

OGPP

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung



**Stabilität
im Wandel**

Die sozialpolitische Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Disclaimer

Die Studie wurde vom Büro für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft der Stadt Wien beauftragt. Der Studienbericht wurde von der Auftragnehmerin, der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP), verfasst. Die Ergebnisse und Aussagen in dieser Publikation liegen in der alleinigen Verantwortung der ÖGPP und reflektieren nicht notwendigerweise die Sichtweise des Büros für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft der Stadt Wien.

Im Auftrag des

Büro für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft der Stadt Wien

Autor*innen

Alexander Furtner, MA, MSc (WU); Mag.^a Susanne Halmer, BA; Selma Kaya, MA

Unter Mitarbeit von

Markus Stübner, BA

Titel

Stabilität im Wandel - Die sozialpolitische Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Erscheinungsjahr

2026

Kontakt

E office@politikberatung.or.at

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

E office@politikberatung.or.at

www.politikberatung.or.at

ZVR: 159115616

Die Publikation wurde sorgfältig erstellt und kontrolliert. Dennoch erfolgen alle Inhalte ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder der ÖGPP aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Vorwort	5
Einleitung	7
Grundlagen der öffentlichen Daseinsvorsorge	9
Daseinsvorsorge: Begriff und Bedeutung.....	9
Bereiche und Leistungen der Daseinsvorsorge	13
Die Geschichte der Daseinsvorsorge: im Spannungsfeld zwischen privat und öffentlich	15
Aktuelle Entwicklungen.....	20
Rekommunalisierung: Rückkehr zur öffentlichen Hand	20
Herausforderungen: Neoliberalismus und Populismus	21
Die Vorteile einer öffentlichen Daseinsvorsorge	23
Finanzierung öffentlicher Daseinsvorsorge in Österreich.....	35
Abfall	43
Ökologische Aspekte	46
Krisenresilienz	53
Gesellschaftliche Aspekte (anhand eines Vergleichs von Dublin und Wien).....	55
Ökonomische und arbeitsmarktpolitische Aspekte	59
Schlussfolgerungen	61
Energie	64
Gesellschaftliche Aspekte	72
Ökologische Aspekte und Krisenresilienz.....	87
Ökonomische und arbeitsmarktrelevante Aspekte.....	96
Schlussfolgerungen	100
Gesundheit	103
Gesellschaftliche Aspekte	107
Krisenresilienz	117
Ökologische Aspekte	126
Ökonomische und arbeitsmarktpolitische Aspekte	130
Schlussfolgerungen	133

Mobilität und Verkehr	135
Ökologische Aspekte	137
Gesellschaftliche Aspekte	143
Krisenresilienz	156
Ökonomische und arbeitsmarktpolitische Aspekte	160
Schlussfolgerungen	165
Wasser	167
Gesellschaftliche Aspekte	173
Ökonomische und arbeitsmarktrelevante Aspekte	185
Ökologische Aspekte und Krisenresilienz	186
Schlussfolgerungen	194
Wohnen	197
Gesellschaftliche Aspekte	198
Ökologische Nachhaltigkeit	209
Krisenresilienz	213
Ökonomische und arbeitsmarktpolitische Aspekte	215
Schlussfolgerungen	219
Schlussfolgerungen	222
Die sozialpolitische Wirkung der öffentlichen Daseinsvorsorge	223
Tabellenverzeichnis	240
Abbildungsverzeichnis	241
Literatur	242

Vorwort

Sehr geehrte*r Leser*in!

Eine verlässliche Energie- und Wasserversorgung, leistbarer Wohnraum, eine den Ansprüchen einer modernen Großstadt gerecht werdende Abfall- und Abwasserentsorgung, ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz sowie der allgemeine Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung bilden die Grundlage für eine hohe Lebensqualität und das Fundament eines prosperierenden Wirtschaftsstandorts. Die Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge prägen unseren Alltag und tragen wesentlich dazu bei, soziale Sicherheit zu vermitteln.

Gerade in weltpolitisch unruhigen Zeiten, in denen sich nicht nur Entscheidungsträger*innen, sondern jede*r mit wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen konfrontiert sieht, wird deutlich, dass eine leistungsfähige Daseinsvorsorge weit mehr ist als die bloße Bereitstellung technischer Infrastruktur. Sie gibt Sicherheit und sorgt für Stabilität, indem grundlegende Bedürfnisse in unserem Leben unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Alter oder Wohnort zuverlässig und niederschwellig erbracht werden.

Die vorliegende Studie der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) - im Auftrag des Büros für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft der Stadt Wien - betrachtet anhand ausgewählter Beispiele aus diversen europäischen Großstädten die ökologischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Aspekte der Daseinsvorsorge sowie deren sozialpolitische Wirkung.

Wir möchten damit einen Beitrag zur Diskussion über die Rolle der Daseinsvorsorge und den Mehrwert der öffentlichen Leistungserbringung für die Bevölkerung wie auch für die Wirtschaft leisten.

Seit den 1980er-Jahren haben weltweit zahlreiche Länder, Städte und Gemeinden die Verantwortung und Kontrolle über die Leistungen der Daseinsvorsorge in private Hände gelegt – mit großteils schwerwiegenden Folgen für die Bevölkerung. Höhere Kosten, Vernachlässigung der Infrastruktur oder eine sinkende Versorgungssicherheit haben in den vergangenen Jahren jedoch immer mehr Städte zu einem Umdenken veranlasst. Die wirtschaftlichen Herausforderungen, diese für die Menschen so wichtigen Leistungen wieder zu rekommunalisieren, sind allerdings enorm und für viele Städte nicht tragbar.

Die vorliegende Studie soll verdeutlichen, dass diese in Wien tagtäglich erbrachten öffentlichen Leistungen, durch die vernetzte, koordinierte Planung und Umsetzung in ihrer Gesamtheit Synergien

und Umwegrentabilitäten schafft und somit einen größtmöglichen Nutzen im Sinne sozialer und wirtschaftlicher Stabilität entfalten kann.

Unzählige Hände arbeiten in der Stadt Wien und ihren Unternehmen – vom Kindergarten, über den Mobilitätssektor bis hin zur Wasserversorgung oder den Gesundheitseinrichtungen – tagtäglich daran, die Stadt am Laufen zu halten und dass Wien weiterhin – zurecht – als eine der lebenswertesten Städte der Welt gelten kann.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine informative Lektüre.

Thomas Bohrn, MBA

Leiter des Büros für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft der Stadt Wien

Wien, im Juli 2026

Einleitung

Die Daseinsvorsorge umfasst die staatliche Aufgabe zur Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Dienstleistungen. Also jenen Leistungen, die für das gesellschaftliche und tägliche Leben jedes Menschen besonders wichtig sind und zu einem guten Leben beitragen. Dazu gehören etwa die Wasserversorgung, die Abwasser- und Abfallentsorgung, Gesundheitsleistungen, der öffentliche Personennahverkehr, die Energieversorgung, Wohnen und Bildung. Bis in die 1980er Jahre wurde ein Großteil dieser Leistungen in Europa von der öffentlichen Hand erbracht, um die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung zu garantieren.

Auf Basis einer erstarkenden neoliberalen Wirtschaftsagenda kam es zwischen den 1980er und 2000er Jahren allerdings zu einem weltweiten Liberalisierungs- und Privatisierungsboom zuvor öffentlich erbrachter Leistungen. Ausgehend von Großbritannien und gestützt durch die Europäische Union wurden immer mehr Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge für den Wettbewerb am Markt geöffnet und deren Erbringung privaten Unternehmen zugänglich gemacht, wenn es auch Unterschiede in den verschiedenen Teilbereichen der Daseinsvorsorge gab. Die Liberalisierung und Privatisierungen waren für die Leistungserbringung und die Nutzer*innen jedoch teilweise mit negativen Folgen verbunden, so zum Beispiel Preisanstiege oder verminderte Qualität. Aufgrund der negativen Erfahrungen, die man vielerorts mit Privatisierungen gemacht hatte, setzte in den 2000er Jahren ein Gegentrend ein, indem es zu Rekommunalisierungen kam. Hierbei werden Leistungen der Daseinsvorsorge, die in der Vergangenheit privatisiert wurden, wieder in die öffentliche Hand überführt, um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Leistungen von guter Qualität und verträglichen Preisen gewährleisten zu können. Denn anders als private Unternehmen folgt die öffentliche Daseinsvorsorge den Prinzipien des Gemeinwohls, der Qualität, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit, wodurch sie nicht nur eine wichtige Versorgungsfunktion, sondern eine gesellschaftliche Integrationsfunktion erfüllt.

Diese sozialpolitische Bedeutung der öffentlichen Daseinsvorsorge wird in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals unterschätzt. Dabei gewährleistet sie soziale Sicherheit und Stabilität, aber auch einen gleichberechtigten Zugang zu grundlegenden Leistungen. Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel und wird immer mehr durch multiple und einander überlappende Krisenszenarien geprägt, wie beispielsweise die Covid-Pandemie, die Energiekrise in Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und ganz zentral die voranschreitende Klimakrise. Gerade in solchen Zeiten tritt die Bedeutung von stabilen, leistungsfähigen Infrastrukturen zur Versorgung der Bevölkerung mit essenziellen Gütern und Dienstleistungen besonders deutlich hervor. In der vorliegenden Überblicksstudie werden deshalb

sowohl die sozialpolitische Bedeutung der unterschiedlichen Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge als auch deren Beiträge zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt herausgearbeitet. Dabei werden auch ihre Resilienz und stabilisierende Wirkung in Krisenzeiten untersucht.

Grundlagen der öffentlichen Daseinsvorsorge

Daseinsvorsorge: Begriff und Bedeutung

Der Begriff Daseinsvorsorge weist keine allgemein gültige und klar abgrenzbare Definition auf.

„Bis heute existiert für den Begriff der Daseinsvorsorge weder eine Legaldefinition noch ist sein Inhalt abschließend bestimmbar. Im Mittelpunkt der Daseinsvorsorge steht üblicherweise die Versorgung mit Infrastrukturgütern. Welche Infrastrukturgüter im Einzelnen dazu gezählt werden, variiert je nach Betrachtung und wohl auch (politischen) Moden.“¹

Daseinsvorsorge meint aber grob gefasst jene Bereiche, die die Basis für das gesellschaftliche Zusammenleben bilden. Welche Bereiche dies umfasst, hängt nicht zuletzt von der Prioritätensetzung der jeweiligen Gesellschaft ab. Auch wenn der Begriff der Daseinsvorsorge allein noch nicht bestimmt, wer die Grundleistungen erbringt, ist das Konzept eng mit der öffentlichen Hand und der Entwicklung des Sozial- und Wohlfahrtsstaats verbunden. Je nach wohlfahrtsstaatlicher Ausprägung², werden diese Leistungen mehr oder weniger vom Staat bereitgestellt.

Im deutschen Sprachgebrauch ist der Begriff tief in der Verwaltungstradition verwurzelt und wurde ursprünglich verwendet, um jene staatlichen Leistungen zu bezeichnen, die der Sicherung elementarer Lebensbedürfnisse dienen – etwa Wasser, Energie, Abfallentsorgung oder öffentlicher Verkehr.³ Daseinsvorsorge meint aber nicht nur funktionale oder technische Infrastruktur, sondern auch kulturelle oder soziale Infrastruktur – etwa Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Gesundheitseinrichtungen sowie im weiteren Sinn auch öffentliche Räume oder Kultur. Damit erfüllt sie eine fundamentale Rolle für soziale Kohäsion, intergenerationelle Gerechtigkeit und die Verwirklichung eines „guten Lebens für alle“.⁴

Neben der Daseinsvorsorge haben sich auch außerhalb des deutschsprachigen Raumes, in anderen kulturellen Kontexten und unter anderen Begrifflichkeiten, weitgehend deckungsgleiche Konzepte etabliert:

„In den USA und Australien werden öffentlich bereitgestellte Dienstleistungen wie beispielsweise Energie oder Wasserver- und -entsorgung ‚universal service (obligations)‘

¹ Neu (2009): 9

² vgl. Esping-Anderson (1990)

³ ÖGPP (2014): 3

⁴ Krisch et al. (2020): 4-6

genannt, in Großbritannien spricht man vom ‚public service‘ beziehungsweise ‚services of general economic interest‘, während in Frankreich vom ‚service public‘ oder ‚service d’intérêt général‘ die Rede ist.“⁵

Auf Ebene der Europäischen Union wird für Leistungen der Daseinsvorsorge meist die Bezeichnung ‚Dienstleistungen von allgemeinem (wirtschaftlichem) Interesse‘ verwendet. Damit wird auch – im Gegensatz zu den anderen hier angeführten Definitionen – die wirtschaftliche Komponente betont, und das, obwohl gerade die Daseinsvorsorge frei von privatwirtschaftlichen Interessen sein und dem Allgemeinwohl dienen sollte.

Diese Bandbreite an Begriffen zeigt, wie unterschiedlich die Auffassung von Daseinsvorsorge sein kann. Gerade die wirtschaftliche Konnotation von Daseinsvorsorge spiegelt den Paradigmenwechsel der letzten Jahrzehnte wider. Während Daseinsvorsorge generell mit menschlichen Grundbedürfnissen in Verbindung steht, haben mit dem Erstarken des Neoliberalismus seit den 1980er Jahren verstärkt ökonomische und profitgetriebene Interessen das Verständnis von Daseinsvorsorge unterlaufen. Wie noch gezeigt wird, hat dies vermehrt zu Privatisierungen geführt. Oft haben die Profitinteressen privater Anbieter*innen aber dazu geführt, dass die Qualität der Dienstleistungen gesunken und die Preise gestiegen sind, was zu einer Welle an Rekommunalisierungen geführt hat.⁶ Das Konzept der Daseinsvorsorge bewegt sich also im konstanten Spannungsfeld zwischen öffentlicher und privater Erbringung.

In den letzten Jahrzehnten sind zudem Konzepte entstanden, die Überschneidungen mit dem Begriff der Daseinsvorsorge aufweisen oder ihn sogar erweitern. Dazu zählen die Konzepte der Universal Basic Services, der Fundamentalökonomie und der Alltagsökonomie.

Universal Basic Services (UBS)

Das Konzept der Universal Basic Services (UBS) wurde 2017 von Forscher*innen des University College of London vorgebracht und von der britischen Labour Party sehr begrüßt. Es zielt darauf ab, allen Menschen einen bedarfsgerechten, universellen Zugang zu grundlegenden Gütern und Dienstleistungen zu garantieren. Statt sich auf monetäre Umverteilung (z. B. ein universelles Grundeinkommen) zu fokussieren, setzt UBS auf die direkte Bereitstellung zentraler Leistungen. Die Grundidee ist, dass ein menschenwürdiges Leben nicht nur von ausreichendem Einkommen, sondern

⁵ Neu (2009): 9

⁶ ÖGPP (2019)

ebenso von kollektiver Infrastruktur und öffentlich bereitgestellten Diensten abhängt. Dabei geht es nicht um Luxusversorgung, sondern um ein gesichertes, gleichberechtigtes Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe. UBS orientiert sich somit stark am Verständnis der (öffentlichen) Daseinsvorsorge und stellt sich gegen Strömungen in England, die Daseinsvorsorge stark mit ökonomischen Interessen und damit auch mit Privatisierung in Verbindung bringen.

Fundamentalökonomie

Die Fundamentalökonomie ist ein Konzept, das zum ersten Mal 2013 von Wissenschaftler*innen aus unterschiedlichen Disziplinen hervorgebracht wurde. Sie plädieren dafür, nicht alle wirtschaftlichen Aktivitäten an denselben Gesichtspunkten und Parametern zu messen. Stattdessen sollte die Wirtschaft in einzelne Bereiche aufgeteilt werden, was vor allem für die grundlegenden bzw. fundamentalen Güter und Dienstleistungen wichtig ist.⁷ Dieser Bereich ist es auch, welcher besonders relevant für die breite Bevölkerung ist. Immerhin sind in Österreich rund 65 Prozent der Menschen in Beschäftigungsfeldern, die der Fundamentalökonomie zuzurechnen sind.⁸ Das sind jene Bereiche der Wirtschaft, die grundlegende Güter und Dienstleistungen für das tägliche Leben bereitstellen. Sie umfassen unter anderem die Versorgung mit Strom und Wasser, die Abfallentsorgung, Nahrungsmittelversorgung, Bildung, Gesundheits- und Pflegeleistungen, Wohnbau und öffentliche Sicherheit (z. B. Polizei). Diese Aktivitäten bilden das Fundament unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems, welches das Gesamtgefüge aufrechterhält. Die Fundamentalökonomie wird als eigenständige ökonomische Zone mit spezifischer Logik betrachtet: Im Unterschied zu handelbaren Exportsektoren oder renditeorientierten Bereichen steht hier die Bereitstellung existenzieller Gebrauchsgüter und -dienste im Vordergrund, nicht die Gewinnmaximierung.

Jene Bereiche, die hier als fundamental angesehen werden, sind zu einem überwiegenden Teil auch die Bereiche der (öffentlichen) Daseinsvorsorge. Die Vertreter*innen der Fundamentalökonomie argumentieren, dass die Logik hier keine profitgetriebene sein darf, sondern kollektivistisch sein muss. "The implication is that public policy should balance any concern with growth of incomes with a clear focus on renewing collective provision of essential services and social structure."⁹ Politische Forderungen aus der Perspektive der Fundamentalökonomie beinhalten etwa die Dekommodifizierung (Entmarktlichung) grundlegender Dienste, umfangreiche öffentliche

⁷ Bentham et al. (2013)

⁸ Kirsch et al. (2020): 4-6

⁹ Calafati et al. (2023)

Investitionen in diese Bereiche und Konzepte wie Universal Basic Services (universelle Basisdienste), um allen Menschen unabhängig von Einkommen und Status Zugang zu qualitativ hochwertiger Grundversorgung zu garantieren.

Alltagsökonomie¹⁰

Die Alltagsökonomie befasst sich, wie auch die Daseinsvorsorge, mit jenen Bereichen wirtschaftlicher Aktivität, die unmittelbar die tägliche Lebensführung der Menschen beeinflussen. Charakteristisch für die Alltagsökonomie sind ihre lokale Verankerung, langfristige Orientierung und ihre zentrale Rolle für soziale Reproduktion und Lebensqualität. Damit werden zur Alltagsökonomie einerseits monetarisierte Dienstleistungen wie Lebensmittelhandel, Gesundheitsdienstleistungen oder Nahverkehr gezählt. Hier legt die Alltagsökonomie vor allem den Fokus auf meist unsichtbare oder unterbewertete Arbeit (z. B. Pflege, Reinigung oder Erziehung) – Tätigkeiten, die mehrheitlich von Frauen erbracht werden und wesentlich für den sozialen Zusammenhalt sind. Andererseits umfasst die Alltagsökonomie unbezahlte, ebenso überwiegend von Frauen ausgeübte Tätigkeiten im Rahmen von Familie, Haushalt und Gemeinschaft (z. B. Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen oder Nachbarschaftshilfe). Wie auch bei der Fundamentalökonomie wird beim Konzept der Alltagsökonomie für eine starke öffentliche Ausfinanzierung der Bereiche plädiert, weil sie wichtige Grundlagen unserer Gesellschaft sind. „In diesem Sinn kann die Alltagsökonomie nicht einfach Marktlogiken überlassen werden, sondern es braucht umfassende öffentliche Planung, Bereitstellung, Finanzierung und Regulierung in vielfältigen Facetten und Kontexten zur Sicherstellung des guten Lebens für alle.“¹¹

Diese drei Konzepte greifen den Grundgedanken der (öffentlichen) Daseinsvorsorge auf und teilen bzw. entwickeln das leitende Paradigma der Gemeinwohlorientierung weiter. Sie bestärken das Bewusstsein, dass die Kernbereiche des Lebens nicht einer Marktlogik unterworfen werden dürfen. Im Kontext multipler Krisen – etwa sozialer Ungleichheit, Klimawandel oder ökonomischer Polarisierung – wird die Daseinsvorsorge verstärkt auch als resilienzstärkende Struktur verstanden. Sie bildet die Basis für gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit, wie sich etwa während der COVID-19-Pandemie

¹⁰ vgl. Kompetenzzentrum für Alltagsökonomie (2025)

¹¹ ebd.

gezeigt hat, in der öffentliche Gesundheits-, Bildungs- und Versorgungsleistungen zentrale Stabilisatoren darstellten.¹²

Bereiche und Leistungen der Daseinsvorsorge

Die Daseinsvorsorge setzt sich aus einer Vielzahl an Infrastrukturen, Diensten und Institutionen, die das gesellschaftliche Leben strukturieren und ermöglichen, zusammen. Sie ist nicht auf einzelne Sektoren beschränkt, sondern umfasst ein breites Spektrum an grundlegenden Gütern und Dienstleistungen, die für die individuelle und kollektive Lebensführung unverzichtbar sind.

Die Stadt Wien, die Daseinsvorsorge als „am Wohl der Bürgerinnen und Bürger und nicht am Gewinn orientiert“¹³ betrachtet, definiert diesen Begriff folgendermaßen:

„Der Begriff Daseinsvorsorge umfasst all jene öffentlichen Dienstleistungen, die für unser tägliches Leben besonders wichtig sind und zur hohen Lebensqualität in Wien beitragen: Dazu zählen unter anderem Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen, öffentlicher Personen-Nahverkehr.“¹⁴

Die vorliegende Studie konzentriert sich im Weiteren auf die in dieser Definition genannten Felder der Daseinsvorsorge sowie den Energiebereich als grundlegende Versorgungsleistung für das Funktionieren aller anderen Infrastrukturen:¹⁵

- Abfallmanagement (z. B. Müllabfuhr, Recycling)
- Energie (z. B. Elektrizität, Heizen, Kühlen)
- Gesundheit (z. B. öffentliche Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Gesundheitszentren)
- Mobilität und öffentlicher Verkehr (z. B. ÖPNV)
- Wasser (z. B. Trinkwasser, Abwasser)
- Wohnen (z. B. sozialer Wohnbau)

Diese Leistungen sorgen nicht nur für die Versorgung der Bevölkerung mit materiellen Grundbedürfnissen, sondern sichern auch deren soziale und kulturelle Integration. Gut sichtbar wird das etwa im Bereich der Mobilität. Für die soziale Integration ist ein Mobilitätsangebot, auf das man

¹² Getzner et al. (2024)

¹³ Stadt Wien: Daseinsvorsorge-Einführung

¹⁴ ebd.

¹⁵ ebd.

sich verlassen kann, unabdingbar. Ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr ermöglicht es den Menschen, Arbeitsplätze, Ausbildungsstätten sowie Gesundheitseinrichtungen zuverlässig zu erreichen. So wird es auch jenem Teil der Bevölkerung ermöglicht, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, der sich den Kauf und Erhalt eines Autos nicht leisten kann – und das auf klimaschonende Weise.

Die Bereiche der Daseinsvorsorge sind dabei nicht isoliert zu verstehen, sondern wirken systemisch ineinander: Wohnraum braucht den ÖPNV, der ÖPNV braucht Energie etc. Dies macht die integrative Steuerung dieser Felder zu einer zentralen Verantwortung, aber auch Herausforderung öffentlicher Planung und Governance. In einer gut ausgebauten und durch die öffentliche Hand gesteuerten Daseinsvorsorge können die unterschiedlichen Bereiche der Daseinsvorsorge wie Zahnräder ineinandergreifen und auch Synergieeffekte erzielen. Deshalb werden auch die hier nicht explizit behandelten Bereiche im Folgenden immer wieder einfließen.

Welche Leistungen zu dem Begriff der Daseinsvorsorge gezählt werden, ist definitionsabhängig und darüber hinaus einem stetigen Wandel unterworfen. So können zu den Basisleistungen, die in dieser Studie auch behandelt werden, je nach Sichtweise etwa auch die Bereiche Bildung, Kultur, öffentlicher (Grün)Raum oder Sport hinzugezählt werden. All jene Bereiche, insbesondere Bildung, wirken in viele andere Bereiche der Daseinsvorsorge und sind in ihren unterschiedlichsten Ausprägungen daher Teil der Daseinsvorsorge. Mit der digitalen und ökologischen Transformation erweitern sich zudem die Grenzen der Daseinsvorsorge kontinuierlich. Heute zählt z. B. der Zugang zu leistungsfähigem Internet ebenso dazu wie die Sicherstellung eines öffentlichen Raums, der soziale Teilhabe ermöglicht.¹⁶ Die Erweiterung des Verständnisses ist politisch umkämpft, aber zunehmend anerkannt – etwa in der Diskussion um universelle Grunddienste (Universal Basic Services), die u. a. Wohnen, Transport, Gesundheit, Bildung und digitale Kommunikation als öffentlich garantierte Rechte definieren.¹⁷

Darüber hinaus gibt es erweiterte Sektoren der Daseinsvorsorge, die insbesondere mit dem Konzept der Alltagsökonomie verbunden sind. Dazu gehören Pflege, Reinigung, Essensversorgung, Erziehung und Betreuungsarbeit – Bereiche, die meist unterbezahlt und von Frauen getragen werden, aber für das Funktionieren einer Gesellschaft zentral sind. Diese „Care-Arbeit“ ist oft informell oder niedrig reguliert, gehört aber strukturell zur öffentlichen Daseinsvorsorge, wenn sie institutionell unterstützt wird.¹⁸

¹⁶ Getzner et al. (2023): 9

¹⁷ vgl. Coote (2020)

¹⁸ Himpele/Pohl (2019): 12

In Österreich zeigt sich die Breite der Daseinsvorsorge exemplarisch an der Struktur kommunaler Dienstleistungen, die häufig durch Stadtwerke, Gemeindeverbände oder ausgegliederte Unternehmen bereitgestellt werden. Hierzu gehören z. B. der Wiener Gesundheitsverbund oder die Energie Burgenland – allesamt Institutionen, die öffentlich organisiert sind, aber oft in betriebswirtschaftlichen Strukturen operieren.¹⁹

Die Geschichte der Daseinsvorsorge: im Spannungsfeld zwischen privat und öffentlich

Die Organisation öffentlicher Daseinsvorsorge ist nicht nur eine technische oder verwaltungspolitische Frage, sondern stets auch ein Austragungsort ideologischer Kämpfe. Seit ihrer Entstehung hat sich die öffentliche Daseinsvorsorge im Spannungsfeld zwischen staatlicher Verantwortung und marktförmiger Steuerung entwickelt – mit deutlichen Auswirkungen auf Qualität, Zugang, Kosten und demokratische Kontrolle.

Von der Subsistenzwirtschaft zur Kommunalisierung

In den frühen Phasen der Menschheitsgeschichte dienten so gut wie alle Tätigkeiten dem Überleben. Es war die Aufgabe der Gemeinschaft und jedes Individuums, die Aufgaben der Daseinsvorsorge zu übernehmen. Erst mit der Neolithischen Revolution, der Produktion von Überfluss, der zunehmenden Arbeitsteilung und der Herausbildung von sozialen Klassen kam es zur Ausdifferenzierung zwischen Aufgaben, die zur Daseinsvorsorge zählen, und Aufgaben, die andere Bereiche des Lebens und der Gesellschaft betrafen. Daseinsvorsorge ist dabei als sich wandelndes Konzept zu verstehen, deren Aufgaben sich mit der Entwicklung der Menschheit und der jeweiligen Gesellschaft veränderten. **(Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**gibt einen groben Überblick über die Entwicklung der Daseinsvorsorge in der Menschheitsgeschichte)

Mit der Herausbildung von komplexen Gesellschaftssystemen und dem Wachsen von Städten wurden die Fragen der Erbringung der Daseinsvorsorge immer wichtiger. In frühneuzeitlichen Gesellschaften war die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen keineswegs eine staatliche

¹⁹ Novy et al. (2023): 11-15

Aufgabe. Vielmehr oblag es Zünften, kirchlichen Einrichtungen oder städtischen Patriziern, für Ordnung, Sicherheit und Infrastruktur zu sorgen.

Zeit	Produktionsweise	Stellung der Daseinsvorsorge innerhalb der Gesamtökonomie	Aneignung der Ergebnisse	Anmerkungen
Eine Mio. Jahre bis viertes Jahrtausend v. u. Z.	Ursprüngliche Akkumulation	Ökonomie = Daseinsvorsorgeökonomie	Ausschließlich direkt Produzent zugleich Konsument	Längste Periode der Menschheitsgeschichte
Drittes bis zweites Jahrtausend v. u. Z.	Altorientalische Gesellschaftsformation Beginn von Mehrwertproduktion als Voraussetzung für das Entstehen einer Ausbeutergesellschaft	Daseinsvorsorge in Dorfgemeinden zentraler, in Palastwirtschaft peripherer Gegenstand der Ökonomie	Mischformen von direkter und indirekter Aneignung als Ergebnis der Arbeitsteilung zwischen der Dorfgemeinde und der Palastwirtschaft (Kaufleute, Handwerker, Sklaven)	Neben ersten Ausbeutungsverhältnissen dominieren in den vorwiegend dörflichen Milieus Verwandtschaftsverhältnisse mit patriarchalisch geprägten hierarchischen Strukturen
Erstes Jahrtausend v. u. Z. bis erstes Jahrtausend u. Z.	Kleine Warenproduktion in den typischen Strukturen der Sklavenhaltergesellschaft Erste Revolutionierung der Produktivkräfte durch die Eisenmetallurgie	Durch neue Qualität in der Arbeitsteilung wird Daseinsvorsorge immer mehr zum integralen Bestandteil einer Gesamtökonomie und Gegenstand von Ware-Ware- und Ware-Geld Austauschbeziehungen	Indirekte Aneignung der Ergebnisse wird außerhalb rein bäuerlicher Strukturen zur dominierenden Form	Entstehung der Polis als Gemeinwesen aus politisch freien, gesellschaftlich mit Bezug auf die ökonomische Stärke, aber unterschiedlich gewichteten Mitgliedern
Beginn zweites Jahrtausend bis 18. Jahrhundert u. Z.	Kleine Warenproduktion in der Periode von spätantiker Sklavenhalterordnung bis zum Ende der Feudalordnung	Mit der wachsenden Bedeutung der Städte, der Herausbildung städtischer Strukturen und ersten Formen der Manufakturproduktion erweitert sich die Arbeitsteilung. Die Daseinsvorsorge wird noch mehr zu ganz „normaler“ Ökonomie, deren Produkte Teil des allgemeinen Austausches werden	Die Identität von Produzent und Konsument gilt nur noch für die rein bäuerlichen Wirtschaften, wobei auch dort der Anteil der zum Austausch bestimmten Produktion deutlich zunimmt	Die Feudalherrschaft wird zur dominierenden Form der Ausbeutung
18. Jahrhundert bis Ende 20. Jahrhundert	Herausbildung der kapitalistischen Warenproduktion und deren stetige Entwicklung	Daseinsvorsorge wird Teil des allgemeinen Wertschöpfungsprozesses. Die Produkte sind Teil des allgemeinen Austauschprozesses auf der Grundlage der Ware-Geld-Beziehung. Der Wert ist gegenüber dem Gebrauchswert die übergeordnete Kategorie	Die indirekte Aneignung ist die herrschende Form. Die direkte Aneignung wird zur atypischen Ausnahme (wenige bäuerliche Einzelwirtschaften, Naturvölker)	Mit Beginn des 19. Jahrhunderts beginnt die Herausbildung der Kommunalwirtschaft als spezifische Produktionsweise zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge in den gemeindlichen und städtischen Strukturen. Kommunalwirtschaft ist Daseinsvorsorgewirtschaft. Zentraler Unterschied zur Daseinsvorsorgewirtschaft der Urgesellschaft: Inkongruenz Produzenten/Konsumenten. Indirekte Aneignung der Produkte und Leistungen
Ende 20. Jahrhundert bis Gegenwart	Marktliberalisierung auch für bis dato in monopolähnlichen Strukturen erbrachte Daseinsvorsorgeleistungen	s. o.	s. o.	Herausbildung Doppelrolle Kommunalwirtschaft: Daseinsvorsorge mit Primat Nutzenstiftung <i>und</i> integraler Teil der Marktwirtschaft

Tabelle 1: Entwicklung der Daseinsvorsorge in der Menschheitsgeschichte (eigene Darstellung)²⁰

²⁰ Schäfer (2023): 34f.

Auch die Versorgung mit Wasser, Energie, Müllabfuhr oder öffentlicher Beleuchtung war lange Zeit durch private Anbieter*innen geregelt. Diese „Versorgungsökonomie“ zeichnete sich durch eine Vielzahl kleinräumiger, oft instabiler Lösungen aus, die kaum systematisch reguliert wurden und oft sehr ineffizient organisiert waren. Nur in Zeiten akuter Gefahren – etwa bei Seuchen – griffen städtische Obrigkeiten regulierend ein.

Im späten 18. und 19. Jahrhundert vollzog sich allmählich ein Paradigmenwechsel. Der Gedanke, dass staatliche bzw. städtische Autoritäten für das Wohl ihrer Bürger*innen Verantwortung tragen sollten, setzte sich langsam durch. Insbesondere mit dem Aufstieg des modernen Staates entstand die Idee, dass öffentliche Aufgaben nicht nur Ordnung, sondern auch Fürsorge umfassen sollten – eine wesentliche Vorstufe zur späteren Daseinsvorsorge.²¹

Mit dem Übergang zur Industrialisierung und dem massiven Bevölkerungswachstum in den Städten wurde schließlich offenkundig, dass eine effektive und gerechte Versorgung nicht dem freien Spiel der Märkte überlassen werden konnte. Dies legte die Grundlage dafür, dass Kommunen begannen, selbst aktiv in die Versorgung einzugreifen – der eigentliche Beginn der kommunalen Daseinsvorsorge.

In den europäischen Ländern hat sich die Daseinsvorsorge unterschiedlich entwickelt und organisiert, je nachdem, welche Rolle den Kommunen zugewiesen wird. Während etwa Frankreich oder Spanien einen starken Hang zu zentralistischen Lösungen aufweisen, die die Kommunen in ihren Kompetenzen stark einschränken, lässt sich in Österreich – ähnlich wie in anderen europäischen Ländern wie Deutschland – eine starke Länder- und Kommunalebene beobachten, die auch mit entsprechenden finanziellen Mitteln und einer Eigenerbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge verbunden ist.²²

²¹ Schäfer (2023): 29-42

²² vgl. ÖGPP (2014); Meilensteine öffentlicher Daseinsvorsorge in Österreich: Österreichisches Staatsarchiv (2024); ÖBB (2023); Steiner (2019); Die Furche (o.J.); Wiener Wohnen (o.J.)

Meilensteine öffentlicher Daseinsvorsorge in Österreich

Schulpflicht 1774	Die Schulreform 1774 unter Maria Theresia, bei der die ersten öffentlichen Staatsschulen gegründet und eine sechsjährige Schulpflicht eingeführt wurde.
Staatsbahn 1884	Die Entwicklung der Staatsbahnen im Laufe des 19. Jahrhunderts und die Gründung der Kaiserlich-königlichen österreichischen Staatsbahn 1884.
Gesundheitsversorgung 2. Hälfte des 19. Jhdts.	Die stufenweise Einführung der Sozialversicherung gewährte Menschen Zugang zu Gesundheitsversorgung abseits kirchlicher Einrichtungen. Wichtige Schritte waren die Einführung der ersten Unfall- und Krankenversicherung für Arbeiter*innen 1859, die Gründung der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Invalidenkasse 1868, Einführung der Unfallversicherung 1887 und Einführung der Krankenversicherung 1889.
Stromversorgung 1886	Die erste öffentliche Stromversorgung mit der Installation einer Straßenbeleuchtung 1886 in der Gemeinde Scheibbs in Niederösterreich. In Wien wurde 1900 der Bau des ersten städtischen Elektrizitätswerks beschlossen. Ab 1907 wurden bestehende private Werke übernommen, so dass die Stadt seit 1914 über das Monopol der Stromerzeugung verfügt.
Wiener Öffis ab 1903	1903 begann Wien die Straßenbahn und später auch die S-Bahn zu kommunalisieren.
Wohnbau 1920er	Der Beginn des sozialen Wohnbaus in Wien in den 1920er Jahren.

Privatisierungsboom und die Folgen

Mit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzte ein ideologischer Wandel in der Wirtschaftspolitik ein, der auch die öffentliche Daseinsvorsorge betraf. Sozialstaatliche Mechanismen und Institutionen zur sozialen Absicherung wurden von Wirtschaftsphilosophen wie Ludwig von Mises oder Friedrich August von Hayek als wohlstandshemmend proklamiert. Jene Denkschule, die heute als Neoliberalismus bekannt ist, erklärte das uneingeschränkte Spiel der Märkte zur überlegenen Wirtschaftsform und postulierte Gewinnmaximierung und Wachstum als oberste, vermeintlich wohlstandsschaffende Paradigmen. Ausgehend von Margaret Thatcher und Ronald Reagan, die den Neoliberalismus zur realpolitischen Doktrin machten, gab es im Bereich der Daseinsvorsorge einen regelrechten Privatisierungsboom, der in der Folgezeit auch von der Europäischen Union vorangetrieben wurde und privaten Unternehmen den Zugang zu immer mehr Bereichen der Daseinsvorsorge gewährte. Viele der Bereiche, angefangen von Wasser über Mobilität und Verkehr bis hin zur Gesundheit, wurden seit den 1980er Jahren an private Unternehmen ausgelagert.

Die Argumentation der Befürworter*innen von Privatisierungen beruhte vor allem auf einem Effizienzversprechen: Mehr Wettbewerb sollte zu niedrigeren Preisen, besserer Qualität und größerer Auswahl führen. Die Realität sah jedoch in vielen Fällen anders aus. Beispielsweise führten Liberalisierung und Privatisierung im Energiesektor zu Marktkonzentrationen, bei denen große Konzerne die Preishoheit behielten. Auch in der Wasserwirtschaft zeigten sich nach der Privatisierung steigende Preise, sinkende Wasserqualität und fehlende Wartung der Infrastruktur.²³ Generell war bei vielen Privatisierungen, auch in anderen Bereichen, das Aufkommen negativer Begleiterscheinungen zu beobachten:

- steigende Preise,
- sinkende Versorgungsqualität,
- Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen,
- mangelnde Transparenz
- und Verlust demokratischer Steuerung.²⁴

Besonders problematisch erwies sich die Vorstellung, Daseinsvorsorgeleistungen ließen sich rein nach dem Prinzip des freien Wettbewerbs organisieren. Viele Dienstleistungen – insbesondere solche mit Netzcharakter wie Strom, Gas, Wasser oder öffentlicher Nahverkehr – erwiesen sich als natürliche Monopole, bei denen Wettbewerb schwer herzustellen ist. Mit der Privatisierung von Daseinsvorsorgeleistungen, die bis dahin öffentlich erbracht wurden, wurde profitorientierten Privatunternehmen diese Monopolstellung gewährleistet.

Auch das Argument, durch Privatisierungen könnten die öffentlichen Haushalte entlastet werden, hat sich vielfach als trügerisch erwiesen. Durch langfristige Verträge und Pachtmodelle entstehen den Kommunen oftmals trotzdem dauerhafte finanzielle Verpflichtungen, ohne dass sie noch wirklich Einfluss auf die Leistung haben.²⁵ Die Realität hat nämlich gezeigt, dass die Kommunen in einigen Fällen nach wie vor die grundlegende Infrastruktur bereitstellen und bei Problemen mit privaten Anbieter*innen immer wieder finanzielle Unterstützung leisten müssen. In diesen Fällen sind die erwarteten großen Einsparungen ausgeblieben und gleichzeitig haben die Kommunen die Steuerungshoheit aus der Hand gegeben. Dadurch konnten weder arbeitsmarktpolitische Akzente gesetzt noch dringend notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels durchgeführt werden. Auch Synergieeffekte zwischen den einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge waren schwerer

²³ ÖGPP (2008): 6

²⁴ Brandt (2008): 244-248

²⁵ ÖGPP (2014): 8f.; 31-41

zu erreichen, da sie sich nicht mehr in kommunaler Hand befanden. Dies ging mit der Zeit auch mit einem Verlust des Know-hows für die Kommunen einher.

Aktuelle Entwicklungen

Auch im 21. Jahrhundert steht die Erbringung der Daseinsvorsorge im Spannungsfeld zwischen öffentlich und privat. In Gemeinden auf der ganzen Welt wurde erkannt, dass menschliche Grundbedürfnisse nicht dem profitgetriebenen Spiel der Märkte überlassen werden, sondern gemeinschaftlich organisiert und demokratisch legitimiert sein sollten. Gleichzeitig kommt es zu einem Erstarken von neoliberalen und populistischen Kräften, die den Sozialstaat und die öffentliche Daseinsvorsorge in Frage stellen.

Rekommunalisierung: Rückkehr zur öffentlichen Hand

Die Privatisierung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ging mit einer Reihe an Versprechen einher. Sobald die Leistungen privatisiert waren, zeigte sich jedoch, dass viele der Versprechen nicht gehalten und die positiven Erwartungen nicht erfüllt wurden. Tarifierhöhungen für die Kund*innen, schlechtere Leistungen und Vernachlässigung der Infrastruktur, wie fehlende Wartung und Investitionen, waren häufig die Folge von Privatisierungen. Die Gemeinwohlorientierung der Daseinsvorsorge geriet dadurch immer mehr in den Hintergrund und musste den Profitinteressen der Unternehmen weichen.

In vielen Fällen wurde dies auch von der Bevölkerung wahrgenommen. In einigen Städten und Kommunen²⁶ ging die Zivilgesellschaft vehement gegen die privaten Unternehmen vor. Es formten sich Bürger*inneninitiativen, die eine Rückkehr zu einer öffentlichen Leistungserbringung forderten.

Dies bewog ab den 2000er Jahren viele Kommunen zum Umdenken und privatisierte Leistungen wurden wieder in die öffentliche Verantwortung überführt. Dieser Prozess wird als Rekommunalisierung bezeichnet und umfasst sowohl die Rückübernahme kommunaler Unternehmen als auch die Neugründung von Stadtwerken oder kommunalen Zweckverbänden.

²⁶ Prominente Beispiele sind etwa die Volksinitiative für den Rückkauf der Hamburger Energieversorgung oder die Bürger*inneninitiative in Grenoble, die die Rekommunalisierung der Wasserversorgung massiv vorantrieb.

Es gibt keine genauen Zahlen, wie viele Leistungen rekommunalisiert wurden. Sie erstrecken sich von großen und gut dokumentierten Bereichen wie der Wasser- und Energieversorgung bis zu kleineren (und weniger gut erfassten) Leistungen wie Straßenbeleuchtung und Gebäudereinigung. Das Transnational Institute konnte aber in den ersten zwei Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts weltweit rund 1.400 Rekommunalisierungen zählen, davon allein 955 in Europa.²⁷

Die Rekommunalisierungen waren in den meisten Fällen ein Erfolg. Die Erfahrungen zeigen, dass die rekommunalisierten Betriebe nicht nur wirtschaftlich tragfähig, sondern meist auch ökologisch innovativer und sozial verantwortlicher agieren als ihre privaten Vorgänger*innen.²⁸

Die Situation in Österreich unterscheidet sich maßgeblich von jenen europäischen Ländern, in denen viel privatisiert wurde, wie etwa in Großbritannien. Hierzulande wurde dem allgemeinen Privatisierungsdruck, der sich auf viele Bereiche der Daseinsvorsorge erstreckt hat, nicht nachgegeben und sehr wenig an private Unternehmen ausgelagert. Österreich zeichnet sich durch eine Daseinsvorsorge aus, die eher staatlich und kommunal geprägt ist. Gerade auf kommunaler Ebene wurde kaum privatisiert. Aus diesem Grund finden sich auch nur wenige Beispiele von Rekommunalisierungen, die verhältnismäßig kleine Aufgaben wie die Rückübertragung einer Garage oder einer Luftseilbahn betrafen.²⁹

Herausforderungen: Neoliberalismus und Populismus

Obwohl viele Länder und Kommunen zu der Erkenntnis gelangten, dass die gesellschaftlichen Vorteile einer öffentlichen Erbringung der Daseinsvorsorge größer sind als bei einer privaten Leistungserbringung, gibt es aktuell dennoch wieder ein Aufflammen der Kritik an der öffentlichen Daseinsvorsorge – und das aus zwei Richtungen, aus denen schon in der Vergangenheit funktionale und ideologische Allianzen entstanden sind.

Die neoliberale Austeritätspolitik versucht weiterhin, öffentliche Aufgaben auf ein „Minimum“ zu reduzieren und durch Marktmechanismen zu ersetzen. Dabei wird das Prinzip der Haushaltskonsolidierung über soziale Ziele gestellt, was in vielen Ländern zu einem systematischen Abbau öffentlicher Infrastrukturen führt. Zudem bringen populistische, auf Ausgrenzung ausgelegte Parteien mit ihrer Exklusionspolitik den gleichen und fairen Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge

²⁷ Kishimoto et al. (2020)

²⁸ vgl. ÖGPP (2019)

²⁹ ebd.: 114 ff.

in Gefahr. Immer wieder gibt es Vorstöße, Leistungen in unterschiedlichen Bereichen für ausländische Staatsbürger*innen zu reduzieren oder ihnen den Zugang zu erschweren. Damit wird die Idee einer inklusiven, gerechten Versorgung für alle durch ein exklusives, ausgrenzendes Verständnis ersetzt. Dies gefährdet das soziale Gleichgewicht demokratischer Gesellschaften.

Die strategische Allianz zwischen Marktradikalismus und Nationalismus ist nicht neu. Schon Friedrich August von Hayek und Milton Friedman, zwei der Ideengeber der heute als Neoliberalismus bekannten wirtschaftspolitischen Strömung, und weitere Verfechter der Idee des radikal freien Marktes, auch bekannt unter dem Namen „Chicago Boys“, scheuten nicht davor zurück, den damaligen chilenischen Militärdiktator Augusto Pinochet zu beraten. Wirtschaftsliberalismus sei wichtiger als Demokratie und Sozialpolitik, so die Meinung. Exemplarisch dafür ist die Aussage Hayeks in einem Interview mit der chilenischen Zeitung El Mercurio: „As you will understand, it is possible for a dictator to govern in a liberal way. And it is also possible for a democracy to govern with a total lack of liberalism. Personally I prefer a liberal dictator to democratic government lacking liberalism.“³⁰ Sowohl die Diktatur Pinochets als auch die neoliberale Doktrin in Chile scheiterten. In den 1980er Jahren kam es zu einer Wirtschaftskrise und der Staat musste eingreifen, um bankrotte Schlüsselunternehmen zu retten.³¹

Trotz dieser und anderer negativer Erfahrungen mit Privatisierungen lassen sich gegenwärtig erneut vergleichbare Tendenzen beobachten. So ist etwa in der aktuellen US-amerikanischen Politik eine Reduktion staatlicher Investitionen in Sozialprogramme und weitere öffentliche Aufgabenbereiche festzustellen. Dies wirkt sich auch auf die Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge aus und führt dazu, dass private Anbieter*innen in diesen Bereichen an Bedeutung gewinnen.

Die Daseinsvorsorge steht damit im Zentrum eines gesellschaftlichen Richtungsstreits: Geht es um monetäre Gewinnmaximierung und Profit alleine oder auch um Effizienz, Gerechtigkeit, Resilienz und demokratische Teilhabe?

³⁰ Hayek nach Ravier (2016)

³¹ vgl. Fischer (2009): 329-333

Die Vorteile einer öffentlichen Daseinsvorsorge

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist nicht bloß ein organisatorisches oder administratives Feld, sondern basiert auf klaren normativen Prinzipien, die sich aus demokratischen, sozialen und ökologischen Zielsetzungen ableiten. Diese Prinzipien unterscheiden sie grundlegend von privatwirtschaftlicher Dienstleistungserbringung. Im Zentrum stehen dabei Werte wie Gemeinwohlorientierung, Gerechtigkeit, Nichtdiskriminierung und demokratische Kontrolle. Auch Bedarfsorientierung und Nachhaltigkeit stehen im Fokus, im Gegensatz zu privatwirtschaftlichen Leistungserbringer*innen auch dann, wenn diese nicht dem Profitinteresse dienen. Aus diesen Grundwerten lässt sich ablesen, warum die Daseinsvorsorge öffentlich und kollektiv und nicht entlang privatwirtschaftlicher Logiken organisiert werden sollte – auch dort, wo sie es derzeit nicht ist. Im Folgenden wird ein Überblick darüber geboten, welche Vorteile eine öffentliche Erbringung der Daseinsvorsorge mit sich bringt.

Gemeinwohlorientierung statt Profitmaximierung

Ein zentrales Unterscheidungsmerkmal der öffentlichen Daseinsvorsorge ist, dass nicht die Gewinnmaximierung im Vordergrund steht, sondern die Förderung des Gemeinwohls. Die Leistungen werden nach den Prinzipien der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit erbracht und erlauben eine langfristige Orientierung an gesellschaftlichen Zielen wie sozialer Integration, Inklusion und gerechter Ressourcenverteilung.³² Diese Ziele sind auch rechtlich verankert. Auf EU-Ebene ist die Gemeinwohlorientierung in den Unionsverträgen festgeschrieben. Art. 106 Abs. 2 hält fest, dass Wettbewerbsregeln nicht gelten, wenn eine funktionierende Daseinsvorsorge durch den Wettbewerb verhindert wird, und „dass auch wenn die Wettbewerbs-/Binnenmarktregeln anwendbar sind, ein Abweichen von diesen im Interesse der Gemeinwohlziele in der Daseinsvorsorge zulässig ist.“³³ Auch Art. 14 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) definiert eine gut funktionierende Daseinsvorsorge als anzustrebendes Ziel.³⁴

Auch wenn sich die Europäische Union zu diesen Prinzipien bekennt, steht die gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge oft im Widerspruch zu marktorientierten Reformen oder Privatisierungen. Während Märkte auf Ausschluss, Wettbewerb und Preisbildung basieren, zielt Daseinsvorsorge auf soziale Inklusion, Stabilität und langfristige Versorgungssicherheit ab. Diese Spannung zeigt sich besonders

³² ÖGPP (2014): 32f.

³³ Getzner et al. (2024): 31

³⁴ Getzner et al. (2024): 202

deutlich in Sektoren wie dem Wohnbau, der Pflege oder dem öffentlichen Verkehr, in denen private Anbieter*innen oft nur lukrative Segmente bedienen, während öffentliche Anbieter*innen eine möglichst flächendeckende und niederschwellige Versorgung zum Ziel haben.

Volkswirtschaftliche Aspekte

Gerade wegen der Gemeinwohlorientierung sind öffentliche Institutionen und Betriebe zum verantwortungsvollen Wirtschaften verpflichtet. Entgegen gängigen Vorurteilen sind öffentliche Leistungen ebenso effizient, teilweise sogar kostengünstiger und nachhaltiger als privatwirtschaftliche Alternativen. Studien zeigen, dass rekommunalisierte Betriebe nicht nur finanziell stabil, sondern auch ökologisch innovativer und sozial gerechter arbeiten können.³⁵ Die langfristige Bindung von Mitarbeiter*innen, die stärkere Verankerung vor Ort und die Vermeidung von Gewinnabführungen an externe Eigentümer*innen können dazu beitragen, dass öffentliche Strukturen volkswirtschaftlich sinnvoll sind – besonders, wenn man soziale Folgekosten und ökologische Schäden einrechnet.³⁶

Langfristige infrastrukturelle Planung und finanzielle Nachhaltigkeit

Die verschiedenen Bereiche der Daseinsvorsorge brauchen eine gute infrastrukturelle Basis. Ob Bau und Instandhaltung von Straßen, Schienen, Energieinfrastruktur, digitaler Infrastruktur oder Zu- und Abwassersystemen, in all diesen Bereichen braucht es wiederkehrend große Investitionen, die kurzfristig keine Rendite abwerfen. Die Geschichte zeigt, dass nur die öffentliche Hand bereit ist, solche Investitionen zu tätigen. Auch jene Initialinvestitionen, die die Voraussetzung für die Herausbildung eines privaten Marktes im jeweiligen Sektor waren, wurden zumeist mittels öffentlicher Gelder ermöglicht.³⁷ Auch die Wartung und Instandhaltung von Infrastruktur brauchen langfristige Investitionen, die sich erst über Jahrzehnte hinweg amortisieren. Privatunternehmen sind häufig nicht bereit, für diese Wartungs- und Instandhaltungskosten aufzukommen, die sich eventuell erst dann bezahlbar machen, wenn die Leistung gar nicht mehr von dem Unternehmen erbracht wird. Ist die Daseinsvorsorge nicht durch die öffentliche Hand organisiert, kann das zu weitreichenden negativen Folgen für die Infrastruktur und letztendlich auch für die Leistungserbringung führen, da eine auf Langfristigkeit ausgelegte Planung in solchen Fällen nicht mehr sichergestellt werden kann.

³⁵ Paul (2021): 53

³⁶ Brandt (2008): 255ff.

³⁷ vgl. Mazzucato (2013)

Abzulesen ist das an den Erfahrungen mit Privatisierungen von Leistungen in vielen Ländern und Kommunen Europas. So etwa im Bereich des Zu- und Abwassers, wo Konzessionsverträge mit Privatunternehmen in der Regel nicht länger als 30 Jahre laufen. Um langfristig aber eine effiziente und sichere Nutzung der Leitungen zu gewährleisten, sind Investitionen nötig, die auf weit mehr als 30 Jahre ausgelegt sind. Dies hatte zur Folge, dass in Ländern bzw. Kommunen, die die Wasserversorgung privatisiert haben (z. B. in Spanien, Frankreich oder Großbritannien), Unmengen an Wasser aufgrund von rissigen und kaputten Rohren verloren gingen. In Anbetracht des Klimawandels, wo steigende Temperaturen vermehrt zu Trockenperioden führen, ist das Versickern von Trinkwasser in maroden Systemen besonders fatal. Einzelne private Anbieter*innen, wie Veolia in Frankreich, gingen sogar so weit und lasteten die Kosten eines Rohrbruchs den Konsument*innen auf. Gemeinsam mit den beobachtbaren Preissteigerungen, die häufig mit Privatisierungen einhergehen, ist das eine doppelte finanzielle Belastung für die Nutzer*innen. Eine gute und langfristig geplante Infrastruktur bedeutet auch, den Versorgungsauftrag für alle Benutzer*innen zu erfüllen. Dies lässt sich gut beim öffentlichen Verkehr illustrieren, wo sich private Anbieter*innen oftmals in erster Linie auf profitable Strecken konzentrieren, während weniger frequentierte Strecken ausgedünnt oder gar aufgelassen werden. Dem Versorgungsauftrag für die Bevölkerung wird hier nur in unzureichendem Maß oder teils gar nicht nachgekommen. Daran zeigt sich, dass private Leistungserbringer*innen – im Gegensatz zur öffentlichen Hand – keinen generellen gesellschaftlichen Versorgungsauftrag erfüllen, sofern die öffentliche Hand diesen im Zuge einer Leistungsbestellung nicht weiter verantwortet.

Ähnlich verhält es sich mit Investitionen in die Infrastruktur auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge, was nicht nur negative finanzielle Folgen für die Konsument*innen, sondern auch für die Kommunen und den Staat hat. In vielen Fällen, in denen die Leistungserbringung und/oder Investitionen in die Infrastruktur von privaten Anbieter*innen unzureichend waren, wurden die Leistungen mit Auslaufen der Konzessionsverträge wieder von der öffentlichen Hand übernommen. Das Problem ist, dass mit jeder ausbleibenden Wartungsarbeit die Kosten für die später folgenden Instandhaltungen immens steigen. Auch wenn sich Kommunen mit der Privatisierung kurzfristige Einsparungen und das Stopfen von Budgetlöchern erhoffen, sind die Kosten auf mittlere und lange Sicht höher als bei der öffentlichen Erbringung der Leistung. Gibt es in der Sparte der Daseinsvorsorge Beitragszahlungen, gehen den Kommunen und anderen öffentlichen Akteur*innen wichtige Einnahmen verloren. Insofern zeigt sich, dass eine Eigenerbringung der Leistungen langfristig gesehen finanziell weitaus nachhaltiger ist.

Ein Beispiel hierfür ist Großbritannien, das zwischen 1994 und 1997 den Bahnverkehr schrittweise privatisiert hat. Trotzdem blieben die öffentlichen Kosten, obwohl man sich Einsparungen erhoffte,

konstant zwischen ein und zwei Milliarden Pfund. Da aber von den privaten Bahnbetreiber*innen notwendige Investitionen in die Infrastruktur nicht getätigt wurden, musste der Staat ab 2001 zusätzliches Geld zuschießen, wodurch die der öffentlichen Hand entstandenen Kosten um ein Vielfaches anstiegen. Hinzu kamen fehlende Ticketeinnahmen.³⁸ Außerdem kam ein Kommissionsbericht aus dem Jahr 2011 zu dem Schluss, dass durch Koordinationsprobleme unter den verschiedenen privaten Anbieter*innen – im Vergleich zu anderen europäischen Bahnsystemen – eine Effizienzlücke von 40 Prozent besteht.³⁹ Im Jahr 2024 wurde schließlich die „Passenger Railway Services Bill“ verabschiedet, die alle britischen Eisenbahnen wieder in staatliche Hand rückführen soll. Ein erster Schritt war die Rekommunalisierung der „South Western Railway“ im Mai 2025.

Ökologische Nachhaltigkeit

Die Menschheit steht aktuell vor der Herausforderung multipler Krisen, allen voran der Klimakrise. Um hier eine effektive Form der Krisenbewältigung zu gewährleisten, braucht es eine langfristige Planung. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Sustainable Development Goals (SDGs) der UN und die Ziele des Europäischen Green Deals der EU in den nächsten Jahrzehnten erreicht werden können. Jedoch geraten diese Zielsetzungen immer wieder ins Wanken, wie etwa durch die Diskussionen auf europäischer Ebene, die das Wirtschaftswachstum stärker in den Fokus rücken als den Klimaschutz.

Auf nationaler und kommunaler Ebene führen Programme wie die SDGs oder der Green Deal zur Ableitung von Klimazielen und Klimaplänen. Die öffentliche kommunale Daseinsvorsorge ist dabei zentral für die Erreichung dieser Ziele, da dadurch die Berücksichtigung klimapolitischer Überlegungen in allen Teilbereichen der Daseinsvorsorge erleichtert wird. Gleichzeitig kann so sichergestellt werden, dass die Umstellung zu einem nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auch sozial verträglich gestaltet wird.

Von Vertreter*innen des Neoliberalismus wird oft versprochen, dass der Markt durch die Präferenzen der Konsument*innen die ökologischen Herausforderungen meistern kann. Die Realität zeigt aber ein anderes Bild. Zum einen deshalb, weil individuelle Kaufentscheidungen sich zu langsam ändern, um die imminenden Gefahren der Klimakrise abzuwehren.⁴⁰ Zum anderen, weil ökologische Ziele bei Privatunternehmen immer wieder durch Profitinteressen unterminiert werden. Der Dieselskandal, bei dem private Automobilhersteller bewusst Abgaswerte verfälschten und beschönigten, hat gezeigt, wie

³⁸ Topham (2025)

³⁹ Department for Transport (2011)

⁴⁰ vgl. Thøgersen (2021)

schnell die ökologische Verantwortung zugunsten von Gewinnmaximierung ignoriert wird. Dem kann gegenübergestellt werden, dass der öffentliche Personennahverkehr wie kaum ein anderer Bereich langfristig zur ökologischen Nachhaltigkeit beiträgt. Der ÖPNV ist nicht nur weit klimafreundlicher als der motorisierte Individualverkehr, er ist auch für Menschen leistbar, die finanziell kein Auto anschaffen und erhalten können.

Auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge lassen sich solche Tendenzen erkennen, etwa im Energiesektor. In Deutschland war zu beobachten, dass private Energiekonzerne, in denen die öffentliche Hand keine Steuerungshoheit besaß, zu einem großen Teil an fossilen Energieträgern festhielten oder die Atomenergie als zukunftsfähig sahen, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung sich mehr erneuerbare Energieträger wünschte.⁴¹ Als Resultat haben in einigen Kommunen Bürger*inneninitiativen⁴² zum Protest aufgerufen und eine Rückübertragung der Leistung in kommunale Verantwortung gefordert.

„(Re-)Kommunalisierung hat sich als eine Option erwiesen, den Energiekonzernen den Rücken zu kehren und auf kommunaler oder regionaler Ebene selbst eine saubere Energieversorgung aufzubauen. Viele Kommunen tun dies auch und setzen bei ihrer (re-)kommunalisierten Energieversorgung auf Wasserkraft, Solarenergie und Biomasse.“⁴³

Ein Kernbereich der Klimapolitik ist das Abfallmanagement. Befindet sich die Abfallwirtschaft in öffentlicher Hand, können die Gemeinden und andere öffentliche Institutionen Verbindungen zu anderen Politikbereichen schaffen, um Kreislaufwirtschaft und Abfallvermeidung ebenso voranzutreiben wie Abfalltrennung und Recycling. Mit einer gut ausgebauten öffentlichen Daseinsvorsorge können auch hier Synergien geschaffen und mehrfach rentable Lösungen entworfen werden, wie etwa durch Waste-to-Energy-Konzepte.

Eine wichtige Rolle für die ökologische Nachhaltigkeit spielt der Bereich Wohnen. Ist die öffentliche Hand stark im Wohnbau vertreten, können hier nicht nur sozial, sondern auch ökologisch nachhaltige Lösungen gefunden werden. In Wien etwa wird durch den sozialen Wohnbau günstiger Wohnraum geschaffen, der viele Menschen finanziell entlastet. Gleichzeitig können hier von der Gemeinde selbst Maßnahmen der thermischen Sanierung, nachhaltigen Energieerzeugung, Gebäudebegrünung und nachhaltigen Stadtplanung umgesetzt werden.

⁴¹ Bundesverband Erneuerbare Energien e.V. (2018)

⁴² Bekannte Beispiele sind etwa Hamburg, wo eine Bürger*inneninitiative den Wiederaufbau der öffentlichen Energieversorgung gefordert und den Rückkauf der Netze forciert hat (2014-2019); Berlin (2013), wo die Bürger*inneninitiative „Berliner Wassertisch“ zur Rekommunalisierung der Wasserversorgung maßgeblich beigetragen hat, ähnlich auch in Montpellier (2016) oder Grenoble (2000). Mehr hierzu siehe ÖGPP (2019)

⁴³ ÖGPP (2019): 34f.

Gerechter Zugang

Daseinsvorsorge stellt die Basis für ein gutes und menschenwürdiges Leben dar. Dementsprechend basiert die öffentliche Daseinsvorsorge auf dem Prinzip des gerechten Zugangs.

Öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht als freiwillige Leistung, fiskalischer Luxus oder gar gesellschaftliche Bürde betrachtet werden. Vielmehr ist sie ein integraler Bestandteil der sozialen Infrastruktur, deren Finanzierung in einem demokratischen Gemeinwesen nicht optional, sondern notwendig und legitim ist – auch dann, wenn sie keine unmittelbare ökonomische Rendite abwirft. Sie ist der Preis für soziale Stabilität, Inklusion und ein menschenwürdiges Leben.⁴⁴ Sie bildet die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt, wirtschaftliche Resilienz und demokratische Legitimation.

Dies steht oft im Widerspruch zur privaten Leistungserbringung, wo eine Vielzahl an Beispielen zeigt, dass es häufig zu Mehrkosten für die Endnutzer*innen kam.

„Privatisierungen hatten in vielen Fällen Tarifierhöhungen für die Kund*innen zur Folge. Besonders schwer treffen Preiserhöhungen einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und tragen damit zu einer Verschärfung des sozialen Ungleichgewichts bei.“⁴⁵

Private Unternehmen halten sich an die Logik des Marktes und versuchen, ihre Position auf der einen Seite durch die Reduktion der Ausgaben und auf der anderen Seite durch die Erhöhung der Einnahmen, also durch Preissteigerungen, zu sichern.

Öffentliche Institutionen hingegen verschreiben sich ihrer Konstitution nach tendenziell eher dem Gemeinwohl und der sozialen Gerechtigkeit, wobei dem jeweiligen politischen Willen der Entscheidungsträger*innen hierbei eine entscheidende Rolle zukommt. Der Fokus auf Gemeinwohl und soziale Gerechtigkeit wird über mehrere Wege sichergestellt. Zum einen bedeutet gerechter Zugang zu Leistungen, dass sie für alle Menschen zugänglich sind, unabhängig davon, wie dicht besiedelt ihr Wohngebiet ist. Es gibt eine Reihe von Beispielen, wo etwa die private Müllabfuhr Gebietsbereiche nicht übernommen hat, da sie zu entlegen und daher nicht profitabel waren, und letztendlich die öffentliche Hand dafür sorgen musste, dass der Müll aus diesen Gebieten abgeholt wird.⁴⁶ Ein anderes Beispiel wäre die öffentliche Mobilität. Auch hier muss sichergestellt werden, dass auch Menschen an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden sind, die in entlegeneren Gebieten leben.

⁴⁴ Brandt (2008): 255ff.

⁴⁵ ebd.: 33

⁴⁶ CCPC (2018): 48

Zum anderen bedeutet gerechter Zugang auch, dass alle Personen die Leistungen der Daseinsvorsorge auch in Anspruch nehmen können und nicht davon ausgeschlossen werden. Das heißt, es braucht eine sozialverträgliche Preisgestaltung. Prinzipiell wird die öffentliche Daseinsvorsorge zwar aus den Einnahmen des progressiven Steuersystems finanziert, wodurch sichergestellt wird, dass benachteiligte soziale Schichten einen kleineren Teil der Kosten tragen müssen. Jedoch können sich manche Menschen den Zugang zu Leistungen wie Strom, Wasser oder öffentlicher Mobilität dennoch nicht leisten. Hier kann die öffentliche Hand über das Tarifsysteem spezielle Angebote für bestimmte Personengruppen (z. B. Jugendliche, Pensionist*innen) oder ökonomisch benachteiligte Personen schaffen, um zum sozialen Ausgleich beizutragen und möglichst niemanden von den Leistungen der Daseinsvorsorge auszugrenzen. Darüber hinaus kann die öffentliche Daseinsvorsorge zusätzliche Ausgleichsregelungen für soziale Härtefälle schaffen.⁴⁷

Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen

Öffentliche Institutionen und Unternehmen erweisen sich als sichere und qualitativ hochwertige Arbeitgeber*innen. Zudem können sie zielgerichtet beschäftigungspolitische Impulse setzen und regionale Ziele des Arbeitsmarktes berücksichtigen. Die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen sowie die Stärkung des regionalen Arbeitsmarktes und der lokalen Wirtschaft lassen sich in kommunalen Unternehmen deutlich einfacher umsetzen. Eigene Betriebe ermöglichen es den Gemeinden, prekäre Beschäftigungsformen zu vermeiden und stattdessen reguläre, fair (auch geschlechtsunabhängig) entlohnte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze anzubieten. Benachteiligte Gruppen – etwa Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund – können auch gezielt in den Arbeitsmarkt integriert werden. Ebenso kann die öffentliche Hand als Ausbildungsstätte in qualifizierte Fachkräfte für die Zukunft investieren. So wurde etwa die Stadt Wien bereits mehrmals als „TOP-Lehrbetrieb“ ausgezeichnet. Auch die Wiener Stadtwerke bieten jedes Jahr Lehrlingen ein breites Spektrum an Berufsmöglichkeiten.

Gerade in wirtschaftlich schwachen Regionen übernehmen Kommunen eine wichtige Rolle als Arbeit- und Auftraggeber*innen. Kommunale Unternehmen werden zunehmend als Instrument gesehen, mit dem sich Lohndumping verhindern und die lokale Wirtschaft gezielt stärken lassen. Durch bewusste Auftragsvergabe an kleine und mittlere Betriebe vor Ort können Gemeinden zusätzliche wirtschaftliche Impulse setzen. Die öffentliche Erbringung der Daseinsvorsorge ist damit – insbesondere im ländlichen

⁴⁷ Krisch et al. (2020): 3ff.

Raum – ein integraler Bestandteil für eine qualitativ hochwertige und nachhaltige Beschäftigungspolitik.

Demgegenüber stehen Erfahrungen mit Privatisierungen, die sich nachteilig auf die Beschäftigten ausgewirkt haben. Entlassungen von Mitarbeiter*innen, schlechtere Bezahlung und eine Prekarisierung der Arbeitsbedingungen zählen zu den Folgen. Besonders in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession sehen sich private Daseinsvorsorgeanbieter*innen gezwungen, Arbeitsplätze zu kürzen, um auf dem Markt konkurrenzfähig zu bleiben.⁴⁸

Demokratische Kontrolle und gesellschaftliches Eigentum

Ein weiteres zentrales Merkmal ist die öffentliche Steuerung und Kontrolle: Entscheidungen über Standards, Preise, Zugang oder Organisation der Leistungen werden nicht von Marktmechanismen, sondern von demokratisch legitimierten Institutionen getroffen.

Viele Leistungen werden zudem von öffentlich-rechtlichen oder gemeinwirtschaftlichen Träger*innen erbracht – sie befinden sich also in kollektiver gesellschaftlicher Hand. Zentral ist hierbei die Beteiligung von Kommunalvertretungen (z. B. Gemeinderäte oder Stadträte), die in öffentlicher Trägerschaft über zentrale Fragen wie Preisgestaltung, Zugangskriterien und strategische Ausrichtung mitentscheiden. Diese Gremien sind unmittelbar demokratisch legitimiert und müssen ihre Entscheidungen gegenüber der Öffentlichkeit verantworten.

Privatwirtschaftliche Anbieter*innen hingegen unterliegen vorrangig ihrer Unternehmensführung und den Interessen ihrer Anteilseigner*innen. Ihre Rechenschaftspflichten richten sich nicht an die Öffentlichkeit, sondern an Aufsichtsräte und Aktionär*innen. Entscheidungen zu Preisänderungen, Leistungskürzungen oder strukturellen Umstellungen erfolgen daher oft ohne öffentliche Transparenz und ohne die Möglichkeit der direkten Einflussnahme durch demokratisch gewählte Gremien. Dies birgt erhebliche Risiken für eine gemeinwohlorientierte Orientierung der Daseinsvorsorge. Praxisbeispiele aus unterschiedlichen Ländern und Bereichen haben gezeigt, dass die Rückgewinnung der demokratischen Steuerungshoheit eines der zentralen Motive für Rekommunalisierung ist.⁴⁹

⁴⁸ vgl. Ellguth/Kohaut (2011)

⁴⁹ vgl. ÖGPP (2019)

Sicherstellung der Steuerungshoheit der Kommunen

Das Prinzip der Subsidiarität ist einer der Grundpfeiler der Europäischen Union und der Mitgliedsstaaten. Es besagt, dass öffentliche Leistungen so nah wie möglich an den Bürger*innen erbracht werden sollen. Die kommunale Ebene ist jene, bei der dieses Naheverhältnis am stärksten ist. Kommunen sind also nicht lediglich ausführende Organe staatlicher Politik, sondern eigenständige politische Akteur*innen mit eigenen Entscheidungskompetenzen, insbesondere in Fragen der lokalen Infrastruktur- und Versorgungsleistungen. Die Nähe zu den Bürger*innen ermöglicht es ihnen, soziale, ökologische und wirtschaftliche Belange angemessen auszubalancieren und öffentliche Dienstleistungen an spezifische örtliche Gegebenheiten anzupassen.

Die Erfahrungen mit Privatisierungen seit den 1980er Jahren haben aber gezeigt, wie schnell die Steuerungshoheit der Kommunen ausgehöhlt werden kann. Die Wiederaneignung von Gestaltungsspielräumen durch Kommunen ist im Zuge von Rekommunalisierungsprozessen besonders deutlich geworden. In vielen europäischen Ländern haben Städte begonnen, zuvor privatisierte Dienste wieder in öffentliche Hand zu überführen – nicht zuletzt, um demokratische Steuerung, Qualität und Leistungsfähigkeit öffentlicher Dienste langfristig sicherzustellen. Dabei ist die Steuerungshoheit nicht nur ein rechtlicher Anspruch, sondern ein entscheidender Faktor für die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen und das Vertrauen der Bevölkerung in staatliches Handeln.

Krisenresilienz

Krisen wie die Covid-Pandemie oder die Finanzkrise 2008/09 machen deutlich: Öffentliche Daseinsvorsorge und deren Beschäftigte sind systemrelevant. Nur ein starker öffentlicher Sektor kann in herausfordernden Zeiten etwa Versorgungssicherheit, Gesundheit, soziale Unterstützung sowie Infrastruktur aufrechterhalten und damit Stabilität und soziale Sicherheit gewährleisten. So hätten während der Pandemie vielfach die systemerhaltenden Bereiche wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Verkehrsbetriebe, Abfallentsorgung oder digitale Bildung unter rein marktwirtschaftlicher Steuerung versagt. Eine gut ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge schafft systemische Resilienz – das heißt: Sie hält Gesellschaften funktionsfähig, auch in Krisen.⁵⁰

Dem entgegengesetzt erweisen sich privatwirtschaftlich organisierte Systeme, die auf Gewinnmaximierung und Profit um jeden Preis ausgerichtet sind, in vielen Bereichen als weit weniger

⁵⁰ Novy et al. (2019): 11-15

stabil. In der Covid-Pandemie zeigte sich in Ländern, in denen die Daseinsvorsorge stark privatisiert wurde, dass der Krankenhausbetrieb unzureichend mit Reservekapazitäten ausgestattet war.⁵¹

Auch in durch den Klimawandel ausgelösten Krisen zeigt die öffentliche Hand ihre stabilisierende Wirkung. Während des Hochwassers in Wien wurden etwa kurzfristig Ersatzlinien bereitgestellt, nachdem gewisse U-Bahn-Abschnitte gesperrt werden mussten.

Die Krisen der letzten zwei Jahrzehnte haben gezeigt, dass Privatunternehmen stark von den Schwankungen der Finanzmärkte abhängig sind und die dadurch für die Unternehmen entstehenden Kosten oftmals auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Ein Beispiel dafür ist etwa die Finanz- und Wirtschaftskrise, als der private Bankensektor die Krise erst verursachte und dann durch staatliche Mittel gerettet werden musste. Ähnliches ist auch bei privatisierten Leistungen der Daseinsvorsorge zu beobachten, die stark von den volatilen Entwicklungen auf dem Markt abhängig sind. In Krisenzeiten liegt es häufig dennoch am Staat und den Gemeinden, mit Garantien oder Förderungen einzugreifen und die Bereitstellung der Daseinsvorsorgeleistungen weiter zu sichern, selbst wenn diese privat organisiert sind.⁵²

⁵¹ vgl. Assa/Calderon 2020

⁵² Hüther (2021)

Das Wiener Modell der Daseinsvorsorge

Das Wiener Modell der öffentlichen Daseinsvorsorge ist ein internationales Best-Practice-Beispiel. Das liegt vor allem daran, dass sich Wien – anders als andere Städte – nie dem Privatisierungsdruck gebeugt hat. Im Gegenteil, die Stadt Wien hat immer klare Kante gezeigt, wenn von Seiten der EU oder europäischen Wirtschaft Privatisierungsbestrebungen laut wurden. In Wien ist und bleibt die Daseinsvorsorge öffentlich. Die Stadt hat eine lange Tradition, die Grundversorgung der Allgemeinheit mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen so weit wie möglich in Eigenregie zu erbringen.

Dabei zeichnet sich das Wiener System durch eine Reihe an Eigenschaften aus:

Breit gedachte Daseinsvorsorge

Die Stadt Wien denkt die Daseinsvorsorge allumfassend und achtet nicht nur auf das Bereitstellen essenzieller Dienstleistungen. Neben Abwassermanagement, Wasser- und Energieversorgung, Müllentsorgung, öffentlichem Verkehr, Gesundheitsversorgung und sozialem Wohnbau, werden auch niederschwellige und kostengünstige/gratis Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten (z. B. Grünräume, Parks und Sportmöglichkeiten), Kulturangebote (z. B. Donauinselfest, Kultursommer) sowie vielfältige (Weiter)Bildungsmöglichkeiten für die Bevölkerung bereitgestellt.

Synergieeffekte

Das breite Leistungsangebot ermöglicht es der Stadt in vielen Bereichen auch bereichsübergreifend zu agieren. So können Maßnahmen aus verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge zielsicher aufeinander abgestimmt werden, so dass der größtmögliche Output erzielt werden kann. Das Ineinandergreifen von verschiedenen Maßnahmen schafft Synergieeffekte, wodurch Ressourcen gebündelt, die Effizienz gesteigert und Kostenersparnisse entstehen. In Wien zeigen Programme wie der „Wien-Plan – Stadtentwicklungsplan 2035“ oder „Wiener Smart City Klima Strategie“, dass die Stadt bereichsübergreifend in der öffentlichen Daseinsvorsorge agiert.

Demokratische Kontrolle

Die Daseinsvorsorge in Wien unterliegt der demokratischen Kontrolle, was die Bedeutung der öffentlichen Hand unterstreicht. Durch die politischen Steuerungsmöglichkeiten kann Wien jederzeit auf neue Entwicklungen reagieren und in Krisenzeiten gegensteuern. So wurde etwa, um der Klimakrise entgegenzuwirken, ökologische Nachhaltigkeit ein wichtiges Kriterium, das in allen Bereichen der Stadtpolitik berücksichtigt wird.

Gemeinwohlorientierung

In Wien wird niemand zurückgelassen. Die Stadt legt großen Wert darauf, dass die Leistungen für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich sind, unabhängig vom finanziellen Hintergrund. Für Menschen in Notlagen sorgen entsprechende Vergünstigungen und Beihilfen (z. B. Wohnbeihilfe, Hilfe in besonderen Lebenslagen) dafür, dass möglichst allen Wiener*innen die soziale Teilhabe gewährleistet wird.

Lebensqualität

Die Wiener Daseinsvorsorge hat stets die Lebensqualität der Einwohner*innen dieser Stadt im Blick. Nicht umsonst zählt Wien in unterschiedlichen Rankings zu einer der lebenswertesten Städte der Welt. Ausschlaggebend dafür ist auch die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ein leistbares und qualitative hochwertiges Angebot soll nicht nur die Grundbedürfnisse der Menschen decken, sondern auch eine hohe Lebensqualität für alle garantieren. Dies geschieht etwa durch das Schaffen von Grünraum, einem für jede*n zugänglichen Kulturangebot oder durch eine Stadt der kurzen Wege (wonach Wohnen, Arbeiten, Erledigungen und Freizeit in einem kleinen Umkreis möglich sind und sich der Bedarf nach Mobilität senkt). Gleichzeitig bedeutet eine gute Lebensqualität auch ausreichende Jobmöglichkeiten für die Bevölkerung. Hier hilft eine gut ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge dabei, dass sich auch internationale Unternehmungen ansiedeln, weil sie die notwendige Infrastruktur vorfinden.

Versorgungssicherheit und Zukunftsorientierung

Wien gewährleistet eine kontinuierliche und zuverlässige Versorgung mit den grundlegenden Leistungen der Daseinsvorsorge. Sie zeichnen sich nicht nur durch Qualität, sondern auch durch eine ständige Instandhaltung und Weiterentwicklung aus. Wien investiert laufend, um die vorhandene Infrastruktur in bestmöglicher Qualität zu erhalten. Zudem wird – nach Möglichkeit – das bereits bestehende Angebot weiterentwickelt und neue technische Entwicklungen in die Leistungserbringung miteingebunden. Damit bleibt auch für zukünftige Generationen die hohe Qualität der Leistungen gewährleistet.

Ausbildner*in und Arbeitgeber*in

Die Stadt Wien und ihre kommunalen Unternehmen zeichnen sich als Arbeitgeber*innen und auch Ausbilder*innen aus. Das zeigt, dass Wien Bildung weiterdenkt und Angebote schafft, damit Menschen sich (weiter) qualifizieren können. Einerseits ist die Stadt Wien wienweit selbst das größte Ausbildungsunternehmen. Derzeit werden direkt bei der Stadt rund 600 Lehrlinge ausgebildet und zusätzliche 750 bei der Wiener-Stadtwerke-Gruppe und der Wien Holding. Andererseits hat die Stadt mit dem waff (Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds) ein einzigartiges Instrument für lebenslanges Lernen geschaffen, das Arbeitnehmer*innen bei einer Umschulung oder Weiterqualifizierung (auch monetär) unter die Arme greift. Ein koordiniertes Vorgehen in der Daseinsvorsorge kann notwendige Schritte setzen, um sicherzustellen, dass es in der Zukunft genügend qualifizierte Fachkräfte gibt. So hat etwa der waff in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer Wien, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, der Industriellenvereinigung, der Bildungsdirektion, der Wirtschaftsagentur und dem AMS im Jahr 2024 ein eigenes Fachkräftezentrum eingerichtet, um rechtzeitig den Bedarf an Fachkräften zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu entwickeln.

Auch als Arbeitgeber*innen sind die Stadt und Stadtwerke ein wichtiger Beschäftigungsmotor in der Stadt. Die Stadt Wien ist mit ihren 69.000 Beschäftigten die größte Arbeitgeberin in Wien. Zudem arbeiten in der Stadtwerke-Gruppe weitere 19.000 Beschäftigte.

Finanzierung öffentlicher Daseinsvorsorge in Österreich

Die Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist ein elementarer Ausdruck staatlicher Gemeinwohlverantwortung. Sie ergibt sich in Österreich aus verfassungsrechtlichen Grundprinzipien, insbesondere dem Gleichheitsgebot, sowie aus politischen Zielsetzungen, die auf soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe abzielen. Diese Verantwortung trifft nicht nur die Bundesebene, sondern in besonderem Maß auch die kommunale Ebene, die in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge direkt zuständig und handlungsverantwortlich ist.⁵³

Für eine zukunftsfähige öffentliche Daseinsvorsorge braucht es eine Gestaltung von kommunalen Finanzhaushalten, die sich nicht an kurzfristiger Defizitvermeidung, sondern an langfristiger gesellschaftlicher Wohlfahrt orientiert. Ein solches Verständnis ist vor allem auch im Hinblick auf die Klimakrise zentral. Viele der bevorstehenden Herausforderungen sind nicht mit kurzfristigem Profitdenken zu bewältigen. Es braucht eine langfristige Koordinierung, die auf kollektiven Prinzipien basiert.⁵⁴

Die klassische Finanzierungsstruktur öffentlicher Daseinsvorsorge in Österreich basiert auf drei Säulen:

- Allgemeine Steuermittel (z. B. Lohnsteuer, Unternehmensabgaben),
- zweckgebundene Gebühren und Beiträge (z. B. Müllgebühren, Kindergartenbeiträge),
- öffentliche Transfers und Ausgleichszahlungen (z. B. Finanzausgleich, EU-Förderungen).

Diese Mittel fließen in Einrichtungen wie Krankenhäuser, Schulen, Pflegezentren, Verkehrsbetriebe oder Wohnbauförderung. Die kommunalen Haushalte spielen dabei eine entscheidende Rolle: Städte und Gemeinden tragen die Hauptlast der operativen Umsetzung vieler Leistungen und sind gleichzeitig auf angemessene Finanzierungsmechanismen angewiesen.⁵⁵

Finanzausgleich

In Österreich werden einige Bereiche der Daseinsvorsorge überwiegend aus allgemeinen Steuern finanziert. Hierbei spielt der Finanzausgleich eine wichtige Rolle - er regelt nicht nur die Verteilung der

⁵³ ÖGPP (2014): 12

⁵⁴ Klien et al. (2023)

⁵⁵ Fritz (2015): 3-5

unterschiedlichen Aufgaben, die von den Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden zu erfüllen sind, sondern auch die Finanzierung derselben. Das Ziel ist es, jede Gebietskörperschaft mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten, damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann.⁵⁶ Aufgrund sich verändernder Bedingungen, zum Beispiel durch neue Aufgabenbereiche, die sich durch den voranschreitenden Klimawandel oder den demographischen Wandel ergeben, muss der Finanzausgleich immer wieder angepasst und neu verhandelt werden. Das ist vor allem für die Städte und Gemeinden wichtig, die in ihrem Wirkungsbereich eine Vielzahl von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge übernehmen und den Großteil ihrer Finanzmittel aus dem Finanzausgleich erhalten.

Der aktuell (2026) geltende Finanzausgleich wurde 2024 beschlossen und ist vorerst bis 2028 gültig. Festgehalten ist er im Finanzausgleichsgesetz (FAG). Der Finanzausgleich ist ein komplexes System aus Finanzbeziehungen und Kompetenzverflechtungen zwischen den Gebietskörperschaften, jedoch kann er auf seine zwei zentralen Elemente, die sogenannten Ertragsanteile und die Transferzahlungen, heruntergebrochen werden. Die Ertragsanteile setzen sich aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die der Staat jährlich einhebt, zusammen. Dazu gehören die Mehrwertsteuer, die Lohn- und Einkommensteuer sowie die Körperschaftsteuer. Im Jahr 2023 waren das 107,7 Mrd. Euro, die wie folgt auf Bund, Länder und Gemeinden aufgeteilt wurden: 68 Prozent der Ertragsanteile gingen an den Bund, 20 Prozent an die Länder und 12 Prozent an die Gemeinden.⁵⁷

Neben den Ertragsanteilen sind die Transferzahlungen ein bedeutender Faktor, der die finanzielle Ausstattung der Gebietskörperschaften bestimmt. Transferzahlungen sind notwendig, da viele Aufgaben der öffentlichen Hand gemeinschaftlich erbracht werden, wie beispielsweise in den Bereichen Bildung, Pflege, Gesundheit und Mobilität. Sie umfassen zum einen Finanzzuweisungen und Zuschüsse des Bundes an die Länder und Gemeinden für die Finanzierung bestimmter Leistungen. Zum anderen gibt es zwischen den Ländern und Gemeinden einige Transferzahlungen, wie die Gemeindebedarfszuweisungen (Finanzmittel, die den Ländern zur Überweisung an die Gemeinden übertragen werden) und die Landesumlage (Transfers von den Gemeinden an die Länder). Ebenso relevant sind die sogenannten 15a-Vereinbarungen. Sie entstehen im Laufe einer Finanzausgleichsperiode, wenn neue Aufgaben für eine Gebietskörperschaft entstehen. Die wichtigsten 15a-Verordnungen in Österreich betreffen die Elementarpädagogik und das Gesundheitswesen. Nach allen Transfers änderte sich im Jahr 2023 das Verteilverhältnis der

⁵⁶ KDZ (2025): 6

⁵⁷ KDZ (2025): 9

Ertragsanteile auf die Gebietskörperschaften folgendermaßen: Der Bund behält 54,2 Prozent, 30,3 Prozent gehen an die Länder und 15,5 Prozent an die Gemeinden.⁵⁸

Insbesondere wegen dieser Transferzahlungen gerät der Finanzausgleich allerdings zunehmend unter Kritik. Das betrifft vor allem die Kofinanzierungsverantwortungen der Gemeinden an bestimmten Landesaufgaben, beispielsweise in den Bereichen Gesundheit und Soziales. Denn dadurch kommt es zu bedeutenden Finanzverschiebungen von den Gemeinden hin zu den Ländern. Das KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung stellte für das Jahr 2022 fest, dass den Gemeinden nach Abzug aller Transferzahlungen nur die Hälfte ihrer Ertragsanteile übrigblieb.⁵⁹ Im Jahr 2024 war es sogar weniger als die Hälfte, nur 47 Prozent ihrer Ertragsanteile verblieben bei den Gemeinden. Für das Jahr 2029 prognostiziert das KDZ, dass den Gemeinden nur noch 39 Prozent ihrer Ertragsanteile bleiben werden.⁶⁰ Für die Städte und Gemeinden werden diese Transferleistungen eine wachsende finanzielle Belastung. Ein immer größerer Brocken ihrer Ertragsanteile muss für Transferzahlungen an die Länder aufgewendet werden. Infolgedessen verringern sich die finanziellen Spielräume der Gemeinden zur Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge.⁶¹ Zusammen mit der steigenden Ausgabenlast der Gemeinden (aufgrund höherer Energiepreise, Baukosten, Inflation und der Herausforderungen, die sich durch den Klimawandel ergeben etc.) wird ein steigender Anteil zu sogenannten Abgangsgemeinden. Im Jahr 2025 sind bereits 45 Prozent, also fast die Hälfte der 2.092 Gemeinden in Österreich, Abgangsgemeinden.⁶² Das bedeutet, sie können ihre Ausgaben nicht mehr durch die laufenden Einnahmen decken. Das stellt eine nicht zu unterschätzende Gefährdung für die lokalen und regionalen öffentlichen Dienstleistungen und folglich auch für den Wohlstand und die Lebensqualität dar.

Die Gemeinden haben darüber hinaus nicht dieselben Möglichkeiten zur Erhöhung ihrer Einnahmen wie Bund und Länder, verfügen jedoch über eigene Abgaben, wie etwa die Kommunal- und Grundsteuer, die sie zur Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge verwenden. Zu den eigenen Abgaben gehören auch Gebühren für die Nutzung der öffentlichen Dienstleistungen.

⁵⁸ ebd.

⁵⁹ KDZ (2024): 21

⁶⁰ KDZ (2025): Gemeindefinanzprognose

⁶¹ KDZ (2025): 25

⁶² KDZ (2025): Gemeindefinanzprognose

Gebühren

Die Bereiche der Ver- und Entsorgung (beispielsweise die Wasserver- und Abwasserentsorgung) in der öffentlichen Daseinsvorsorge werden meist zur Gänze nutzer*innenfinanziert.⁶³ Das heißt, für ihre Nutzung werden Gebühren eingehoben. Wie hoch die Gebühren für bestimmte Leistungen sein dürfen, ist ebenfalls im Finanzausgleichsgesetz im § 17 Abs. 3 geregelt. Sie dürfen das Doppelte des Jahresbedarfs für die Erhaltung, den Betrieb sowie Verzinsung und Tilgung nicht überschreiten. Im Jahr 2023 betrugen die Erträge aus den Gebühren der Gemeinden (ohne Wien) 2,4 Mrd. Euro, das entspricht rund 10 Prozent ihrer operativen Einnahmen.⁶⁴ Durch die Inflation geraten die Gemeinden hier unter Druck, denn sie müssen entscheiden, ob sie die steigenden Kosten über erhöhte Gebühren an die ohnehin finanziell belastete Bevölkerung weitergeben oder die Finanzierung der Leistung gefährden, wenn sie die Gebühren nicht erhöhen. Fallen allerdings Einnahmen aus den Gebühren weg, müssen die kommunalen Leistungen vermehrt durch allgemeine Steuern finanziert werden. Dadurch entstehen Ausgabenkonkurrenzen zwischen den Leistungen.

Öffentliche Investitionen und eine goldene Investitionsregel

Der wachsende Aufgaben- und Erwartungsdruck bei gleichzeitig stagnierenden Einnahmen bringt eine zunehmende Anzahl an Kommunen finanziell an ihre Belastungsgrenze. Die Folge ist eine chronische Unterfinanzierung, die zur Reduktion öffentlicher Leistungen oder im schlimmsten Fall zur Privatisierung ehemals öffentlicher Aufgaben führen kann.⁶⁵ Eine Studie, die in Zusammenarbeit zwischen der TU Wien, der Universität Wien, dem Kompetenzzentrum für Alltagsökonomie und der Arbeiterkammer Wien veröffentlicht wurde, betont, dass eine gute Ausfinanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge essenziell für eine hohe Lebensqualität der österreichischen Bevölkerung und eine Transition hin zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft ist. Um auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige Daseinsvorsorge sicherzustellen, sind der Studie zufolge weitere öffentliche Investitionen und Maßnahmen zur Deckung des steigenden Personalbedarfs notwendig.

Die Studienautor*innen halten fest, dass öffentliche Gelder erstens stärker im Sinne einer nachhaltigen Daseinsvorsorge und des Klimaschutzes verwendet werden sollen. Zweitens sollen neue Finanzierungsquellen für die öffentliche Hand erschlossen werden, die auch zur sozialen Gerechtigkeit beitragen. Das wären zum Beispiel vermögens- oder erbschaftsbezogene Steuern. Drittens brauche es

⁶³ KDZ (2023): FAG-Faktencheck

⁶⁴ KDZ (2025): 10

⁶⁵ Getzner et al. (2024): 130-135

eine Umverteilung innerhalb bestehender Haushalte sowie eine grundlegende Debatte über die fiskalischen Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene. Ziel sollte sein, sozial-ökologische Zukunftsinvestitionen – etwa in Bildung, Gesundheit, klimafreundliche Energieversorgung oder Dekarbonisierung – auch über verantwortungsvolle staatliche Neuverpflichtungen zu ermöglichen. Insbesondere bei langfristig wirksamen, mehrere Generationen betreffenden Infrastrukturprojekten sei dies wirtschaftlich sinnvoll.⁶⁶

Die Fähigkeit des Staates, die Daseinsvorsorge verlässlich zu finanzieren, wird zunehmend durch Austeritätspolitik und Kürzungsmaßnahmen eingeschränkt. Insbesondere die sogenannte Schuldenbremse auf europäischer und nationaler Ebene zwingt öffentliche Haushalte in ein Sparregime, das Investitionen in Bildung, Pflege, Klimaschutz oder soziale Infrastruktur gefährdet.⁶⁷ Solche finanzpolitischen Programme bergen die Gefahr eines sogenannten Investitionsstaus, das heißt, dass notwendige öffentliche Investitionen aufgeschoben oder unterlassen werden, wie dies etwa nach der Finanzkrise 2009 der Fall war.⁶⁸ Auch aktuell ist der Spardruck nach der Covid-Krise hoch. Die Städte und Gemeinden in Österreich sind die größten Investorinnen des Landes, sie müssen allerdings ihre Haushaltsdefizite senken, was dazu führt, dass sie wichtige Investitionen in die Basisinfrastruktur verschieben. Laut einer Umfrage des Österreichischen Gemeindebundes mussten 2025 vier von fünf Gemeinden Investitionen in die Energie- und Gebäudesanierung, den Erhalt und Ausbau von Straßen, Freizeit- und Kultureinrichtungen, Wasser- und Abwasserprojekte sowie Schulen und Kindergärten aufschieben. Auf alle österreichischen Gemeinden aufgerechnet ergibt das ein aufgeschobenes Investitionsvolumen von rund 1 Mrd. Euro.⁶⁹

Das wirkt sich nicht nur negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung aus, sondern führt auch zu einem unzureichend ausgestatteten öffentlichen Kapitalstock (Bestand an Sachkapital wie Gebäude, Infrastruktur etc.), der den langfristigen Herausforderungen der Klimakrise, des demographischen Wandels und der Digitalisierung nicht gewachsen ist.⁷⁰ Wie wichtig aber der Zugang zu einer stabilen Wasser- und Energieversorgung wie auch zu sozialen Dienstleistungen wie Bildung, Kinderbetreuung und Pflege ist, haben nicht zuletzt die Gesundheits- und Energiekrise gezeigt. Die gesellschaftlichen Folgen etwaiger Versäumnisse bei den öffentlichen Investitionen dürfen nicht unterschätzt werden, denn auf Grund der langen Investitionszyklen bei Energie, Mobilität und

⁶⁶ Getzner et al. (2024): 205

⁶⁷ Getzner et al. (2024): 15-19

⁶⁸ Heimberger (2009): 9

⁶⁹ Österreichischer Gemeindebund (30.4.2026)

⁷⁰ Bardt et al. (2019)

Gebäuden sind derartige Versäumnisse nachträglich nur mit einem deutlich höheren finanziellen Aufwand wieder auszugleichen.

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, insbesondere durch den Klimawandel, steigt der Investitionsbedarf in den Kommunen. Das betrifft eine Vielzahl an Leistungen der Daseinsvorsorge, beispielsweise die Umstellung der Energie-, Wärme- und Verkehrssysteme, die thermische Sanierung von Gebäuden, Begrünung, aber auch den Schutz vor Katastrophen. Schätzungen zufolge braucht es in Österreich bis 2030 zwischen 68 und 117 Mrd. Euro an Mehrinvestitionen im Klimaschutz, der Großteil davon entfällt auf die Gemeindeebene.⁷¹ Deshalb fordern die Arbeiterkammer, der Österreichische Gewerkschaftsbund und auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss eine goldene Investitionsregel für öffentliche Investitionen. Die goldene Investitionsregel sieht vor, dass öffentliche Ausgaben für produktive Investitionen (wie Infrastruktur oder Klimaschutz) durch Kreditaufnahmen, also Budgetdefizite, finanziert werden, ohne sie als Verschuldung im eigentlichen Sinne zu zählen. Die einzige Voraussetzung ist, dass dadurch öffentliches Vermögen aufgebaut wird, das den Investitionen entspricht oder sie übersteigt. Diese Regel soll sicherstellen, dass die öffentliche Hand Investitionen tätigen kann, die den aktuellen und zukünftigen Generationen zugutekommen. Öffentliche Investitionen erhöhen den öffentlichen Kapitalstock und schaffen damit nicht nur Stabilität und Lebensqualität für die aktuelle Bevölkerung, sondern wirken sich langfristig auch zugunsten zukünftiger Generationen aus. Deshalb ist es gerechtfertigt, zukünftige Generationen, die von den Investitionen gleichsam profitieren, auch in die Finanzierung einzubeziehen. Werden Investitionen nicht durch Defizite finanziert, hat das in der Gegenwart häufig höhere Steuern oder Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben zur Folge. Das führt zu einem Aufschub notwendiger Investitionen und folglich einem öffentlichen Kapitalstock, der nicht ausreichend ausgebaut oder instand gehalten ist und letztlich auch die nachfolgenden Generationen belastet.⁷²

Public-Private-Partnership (PPP): Potenziale und Risiken

In Reaktion auf die fiskalische Engführung setzen viele Gebietskörperschaften auf Public-Private-Partnerships (PPP) (deutsch: öffentlich-private Partnerschaften), bei denen private Investor*innen die öffentliche Leistungserbringung mitfinanzieren. Dabei kann grundsätzlich zwischen zwei Formen unterschieden werden: Beschaffungs-PPP und Aufgabenerfüllungs-PPP.

⁷¹ KDZ (2024): 29

⁷² Truger (2015): 18f

Im Falle der Beschaffungs-PPP werden Leistungen wie Bau, Planung, Finanzierung oder Betrieb an Private ausgelagert. Im Falle eines Wasserkraftwerks etwa kann diese Form der öffentlich-privaten Partnerschaft bedeuten, dass der Staat Privatunternehmen für den Bau engagiert. Genauso kann PPP bedeuten, dass ein Privatunternehmen auch als Betreiber*in des Kraftwerks fungiert.

Im Falle einer Aufgabenerfüllungs-PPP werden nur punktuelle, einzelne Aufgaben an private Unternehmungen übergeben. Dies kann etwa über Konzessionsverträge passieren, in denen die Art und Dauer der Aufgabenerfüllung festgelegt werden.

Ob eine Public-Private-Partnership gut oder schlecht funktioniert, hängt von den Motiven und der Art der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteur*innen ab. Wichtig ist, dass weiterhin die Grundwerte der (öffentlichen) Daseinsvorsorge respektiert werden und eine gute Leistungserbringung für die Gesellschaft oberste Priorität hat. Es besteht hier aber die Gefahr, dass sich Profitinteressen und Austeritätspolitik in die Bereiche der Daseinsvorsorge mischen und die Qualität der Leistungserbringung darunter leidet.⁷³

Gerade im Bereich sozialer Grundversorgung ist das Risiko besonders hoch. Wird z. B. die Pflegeinfrastruktur renditeorientierten Konzernen überlassen, drohen Personalmangel, Kostendruck und eine Verschlechterung der Versorgungslage – wie zahlreiche Fälle aus Europa zeigen.⁷⁴

Public-Civic-Partnerships: Gemeinwohl durch Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft

Als Alternative zur klassischen Privatisierung oder zu Public-Private-Partnerships gibt es sogenannte Public-Civic-Partnerships (PCPs). Dabei handelt es sich um Kooperationsmodelle, in denen öffentliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen – wie Genossenschaften, Vereine oder Sozialunternehmen – gemeinsam Verantwortung für Planung, Finanzierung und Durchführung öffentlicher Leistungen übernehmen.

Im Gegensatz zu PPPs stehen bei PCPs Gemeinwohlorientierung, Transparenz und lokale Verankerung im Zentrum. Die zivilgesellschaftlichen Partner*innen bringen dabei nicht nur Expertise und soziales Engagement ein, sondern fungieren auch als demokratisierende Kraft, die die Bedürfnisse der Bevölkerung direkt artikulieren kann. Die öffentliche Hand wiederum behält die Steuerungsverantwortung, trägt aber nicht allein das finanzielle Risiko.⁷⁵

⁷³ ÖGPP (2014): 75-78.

⁷⁴ Krisch et al. (2020): 7-8; Hall (2014)

⁷⁵ Holmans (2014): 32-38.

Beispiele für PCPs finden sich u. a. im sozialen Wohnbau, bei kulturellen Einrichtungen, gemeinwohlorientierter Digitalisierung oder im Pflegebereich. In Wien etwa existieren erfolgreiche Modelle der Kooperation zwischen Stadtverwaltung und Sozialorganisationen im Bereich der mobilen Pflege oder der betreuten Wohnformen. In den USA und Großbritannien hat sich in Orten wie Cleveland oder Preston das Konzept des Community-Wealth-Building herausgebildet. Das progressive Regionalentwicklungskonzept funktioniert über eine enge Zusammenarbeit von öffentlichen Institutionen und Zivilgesellschaft. Eines der zentralen Merkmale ist, dass öffentliche Institutionen wie Gemeinden, Schulen oder Krankenhäuser beim Einkauf auf regionale Anbieter*innen zurückgreifen. Vor allem in Preston wird darauf geachtet, dass Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen und nicht-gewinnorientierten Organisationen eingegangen werden.

Die Vorteile dieser Modelle liegen in der größeren Nähe zu den Zielgruppen, der Verankerung vor Ort, sowie in einer gemeinwohlorientierten und stabilen Betriebsform, die nicht durch kurzfristige Renditeziele verzerrt wird. PCPs können eine wichtige Ergänzung staatlicher Finanzierung darstellen, insbesondere wenn öffentliche Budgets unter Druck stehen, ohne jedoch Kontrolle oder Verantwortung an profitorientierte Märkte abzugeben.

Voraussetzung für erfolgreiche PCPs ist jedoch ein klarer rechtlicher und politischer Rahmen, der demokratische Mitsprache, Rechenschaft und langfristige Planungssicherheit garantiert. PCPs sind kein Allheilmittel, aber ein Instrument, das demokratische Beteiligung, soziale Innovation und gemeinwohlorientierte Finanzierung zusammenführen kann.⁷⁶

⁷⁶ ebd.

Abfall

Das Abfallmanagement bildet einen zentralen Bereich der (öffentlichen) Daseinsvorsorge, da es weit mehr umfasst als nur die Sammlung und Verwertung von Abfällen. Ein ökologisch nachhaltiges Abfallmanagement bedeutet, die Wirtschaft und die Warenproduktion dahingehend umzustellen, dass Abfall gar nicht erst produziert wird. Erst danach kommen Schritte wie Vorbereitung zur Wiederverwendung, Recycling, sonstige Verwertung und Beseitigung. Im EU-weiten und nationalen Abfallmanagement ist dies in der Abfallhierarchie festgelegt:



Abbildung 1: Abfallhierarchie-Pyramide⁷⁷

Die Abfallvermeidung hängt maßgeblich von entsprechenden Gesetzen, Regulierungen und gesetzten Maßnahmen von Seiten der Politik, Wirtschaft und Industrie ab, damit das nach wie vor linear funktionierende Wirtschaftssystem so weit wie möglich auf eine Kreislaufwirtschaft umgestellt werden kann. Das aktuell vorherrschende lineare Wirtschaftssystem baut auf dem Abbau von natürlichen Ressourcen, der Produktion von Gütern und der Deponierung dieser Güter auf. Bei einer Kreislaufwirtschaft kommt es hingegen nicht zur Deponierung, sondern die Güter und deren Einzelteile werden immer wieder in den Produktionskreislauf eingespeist. Dafür müssen Produkte aber so konzipiert sein, dass eine Wiederverwertung möglich ist. Aktuell ist eine komplett abfallfreie Wirtschaft technisch noch nicht umsetzbar. Auf EU-Ebene sind hier Initiativen wie etwa die Ökodesign-Richtlinie und die darauffolgende Ökodesign-Verordnung zu nennen. Hier reicht die politische Regulierung in den Produktionsbereich hinein, um die Haltbarkeit, Wiederverwendbarkeit, Nachrüstbarkeit und Reparierbarkeit von Produkten sicherzustellen. Außerdem soll der Einsatz von chemischen Stoffen, die

⁷⁷ Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft

die Wiederverwendung und das Recycling von Materialien verhindern, reduziert werden, die Energie- und Ressourceneffizienz verbessert, der Rezyklatanteil, also der Anteil von wiederverwertbarem Material in einem Produkt, vergrößert, der CO₂- und Umweltfußabdruck verringert und verfügbare Produktinformationen zur Nachverfolgung der Produkteinzelteile gesammelt und ausgewiesen werden.⁷⁸ Außerdem wurden auf EU-Ebene 2015 die erste Version und 2020 die zweite Version eines Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft erarbeitet.

In Österreich sind die grundlegenden Maßnahmen zur Abfallvermeidung in der 2022 beschlossenen österreichischen Kreislaufwirtschaftsstrategie festgelegt. Darin werden sektorenübergreifende Maßnahmen definiert, die die Umstellung der Wirtschaft fördern sollen. Dies umfasst zum Beispiel den Aktionsplan für nachhaltige öffentliche Beschaffung, die Einführung eines Pfandsystems für Einweg-Getränkeflaschen aus Kunststoff und Dosen, die Anhebung der Mehrwegquote oder die Förderung der Reparatur von Produkten. Letzteres passiert etwa über den 2022 eingeführten Reparaturbonus (seit 2026 Geräte-Retter-Prämie), durch den Privatpersonen Gutscheine für die Reparatur bei ausgewählten Werkstätten ausgestellt werden. Der Bund übernimmt dabei 50 Prozent der Reparaturkosten.⁷⁹ Regionale Pilotprojekte dahingehend gab es auch in Graz, Oberösterreich, Salzburg, Niederösterreich und Wien.⁸⁰ Davon wurde nur jenes in Wien zusätzlich zum Reparaturbonus des Bundes weitergeführt.

Um bei den weiteren Schritten des Abfallmanagements – also der Sammlung, dem Recycling, der Verwertung und der Deponierung – einen effizienten Ablauf sicherzustellen, ist ein sektorenübergreifendes Handeln mit klarer Steuerung und Koordination sinnvoll. Dies kann am ehesten durch ein öffentlich reguliertes Vorgehen gewährleistet werden, da so umwelt- und sozialpolitische Ziele gleichrangig berücksichtigt werden können. Die weiter unten angeführten Beispiele Irland und Dublin zeigen, dass eine wettbewerbsorientierte Abfallwirtschaft zu Ineffizienz und negativen sozialen und ökologischen Folgen führen kann.

Obwohl für ein gelingendes Abfallmanagement eine starke öffentliche Steuerung oder im Idealfall eine öffentliche Erbringung notwendig ist, gab es auch in diesem Bereich in den 1990er Jahren und frühen 2000er Jahren auf europäischer Ebene Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen. Diese führten in den letzten 25 Jahren zu einer wachsenden Marktmacht von großen Privatunternehmen. Obwohl die in der EU tätigen Unternehmen im Abfallmanagement zu 99,7 Prozent Kleinst- und Kleinunternehmen sind, erwirtschaften große private Unternehmen die satten Gewinne. Dass dies oft

⁷⁸ Europäische Kommission (2024)

⁷⁹ reparaturbonus.at

⁸⁰ Tröger (2023)

zu Lasten der Konsument*innen geht, wird im Folgenden anhand von Beispielen privatisierter Abfallentsorgung gezeigt werden. Aktuell entfallen auf die 16 größten Unternehmen, die über einen Marktanteil von lediglich 0,3 Prozent verfügen, 40 Prozent der Gewinne. Von diesen 16 sind vier große multinationale Konzerne: Veolia-Suez, Remondis, FCC und Alba. Veolia-Suez, das mit Abstand größte Unternehmen in der europäischen Abfallwirtschaft, entstand 2021 durch den Zusammenschluss von Veolia und Suez, den zwei größten Unternehmen der Branche, wodurch die Marktmacht weiter konzentriert wird.⁸¹

Gleichzeitig gibt es aber auch immer mehr europäische Kommunen, die Services des Abfallmanagements rekommunalisiert haben, wodurch die Leistung nun wieder von kommunalen Dienstleister*innen erbracht wird. Laut der Europäischen Gewerkschaft für öffentliche Dienstleistungen gab es seit 2005 zumindest 19 Rekommunalisierungen in Norwegen, 15 im Vereinigten Königreich, 13 in Dänemark, 12 in Spanien, 11 in Deutschland und jeweils eine in Polen und Portugal. Dabei wurden entweder auslaufende Konzessionsverträge mit den Privatunternehmen nicht verlängert oder Verträge aufgrund von mangelhafter Leistungserbringung frühzeitig beendet. Die Gründe für die Rekommunalisierungen sind der Erhebung der Europäischen Gewerkschaft nach vielfältig: Kostenreduktion für die Konsument*innen, mangelnde Servicequalität, Insolvenz der Privatunternehmen, schlechte Arbeitsbedingungen, Stärkung der demokratischen Kontrolle, Neuausrichtung der öffentlichen Policy-Ziele, Nichteinhalten von Vertragsbedingungen oder zu geringes Investment in die Infrastruktur des Abfallmanagements.⁸²

In Österreich fällt die Abfallsammlung und -verwertung grundsätzlich in den Kompetenzbereich der Länder, vieles wird aber auf die Gemeinden übertragen. So haben Gemeinden die Pflicht, „die in ihrem Gebiet anfallenden, den landesgesetzlichen Vorschriften unterliegenden Abfälle nach einem differenzierenden Schema (nach Abfallarten und teils nach einem Hol-, teils nach dem Bringsystem) zu erfassen.“⁸³ Wer die Leistung erbringt, hängt maßgeblich von der Gemeindegröße ab. Während die größeren Städte die Abfallsammlung und -verwertung selbst oder über stadteigene Unternehmen erledigen, haben kleinere Gemeinden häufig nicht die finanziellen Ressourcen, um das Abfallmanagement selbst zu erledigen. Sie schließen sich dann entweder in Gemeindeverbänden zusammen, lagern an private Anbieter*innen aus oder formen Public-Private-Partnerships.⁸⁴ Auch

⁸¹ Wegmann (2023): 41

⁸² Wegmann (2023): 33-38

⁸³ Berl/Forster (2016): 12

⁸⁴ Eunomia Research & Consulting Ltd (o.J): A-2

wenn eine Vielzahl an privaten Akteur*innen im österreichischen Abfallmanagement operiert, gibt es jedoch eine klare öffentliche Steuerung über Gesetze, Berichterstattungspflichten und Zielvorgaben.

Ein Best-Practice-Beispiel der kommunalen Abfallwirtschaft ist Wien. Wien ist die einzige österreichische Stadt, die fast das gesamte Abfallmanagement kommunal erledigt. Auch in Europa bildet Wien hier eine Ausnahme und stellte sich entschieden gegen den EU-weiten Trend der Privatisierung und Liberalisierung. So veröffentlichte die MA 27 2004 ein Argumentarium gegen die Privatisierung und weitere Liberalisierung des österreichischen Abfallmanagements und für die Stärkung der kommunalen Abfallwirtschaft.⁸⁵ Diese Haltung hat Wien bis heute beibehalten. Wien ist eines der wenigen Fallbeispiele für Städte, die die Abfallsammlung und -verwertung zu einem großen Teil selbst über die MA 48 erbringt. Das ermöglicht eine gut geplante und mit anderen Bereichen der Daseinsvorsorge, wie etwa dem Energiebereich, vernetzte Leistungserbringung.

Die Vorteile von einem System mit starker öffentlicher Steuerung zeigen sich im Vergleich zu einem System, das dem freien Spiel des Marktes überlassen wird, besonders deutlich. Deshalb soll im Folgenden das vorwiegend öffentliche österreichische System einem privatisierten System gegenübergestellt werden. In den meisten europäischen Ländern gibt es Mischformen, in denen aber die Steuerungshoheit grundsätzlich in öffentlicher Hand ist. Nachdem Irland auf nationaler Ebene und Dublin auf kommunaler Ebene die Beispiele in Europa für ein komplett liberalisiertes und privatisiertes Abfallmanagement sind, werden sie dem System in Österreich und Wien gegenübergestellt. Dadurch können die Auswirkungen unterschiedlicher Systeme auf die Krisenfestigkeit und ökologische, gesellschaftliche sowie sozialpolitische Aspekte verglichen werden.

Ökologische Aspekte

Die Abfallsammlung ist nach der Abfallvermeidung der nächste Schritt in der Abfallhierarchie. Die richtig getrennte Sammlung von Müll ist entscheidend, um Abfälle für die Wiederverwertung vorzubereiten und weitere Schritte wie Recycling oder eine thermische Verwertung zu ermöglichen.

In Österreich liegt die Steuerungshoheit über die Abfallsammlung bei den Gemeinden. Wie wichtig dies ist, zeigt sich im Vergleich mit dem stark liberalisierten und privatisierten System in Irland. Es ergeben

⁸⁵ vgl. MA 27 (2004)

sich starke Differenzen bei ökologischen Parametern wie der Abdeckungsrate bei der Sammlung von Siedlungsabfällen⁸⁶, der Recyclingquote und der Deponierungsrate.

Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen in Österreich und Irland

In Österreich sind die wichtigsten legalen Rahmenbedingungen durch das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 vorgegeben. Die nationalen Zielvorgaben werden durch die AWG-Novelle Kreislaufwirtschaftspaket 2021 und die Österreichische Müllvermeidungsstrategie 2023-2028 gesetzt. Letztere unterteilt sich in sieben Aufgabenfelder: Bauen, Plastik und Verpackung, Essen, Textil, Wiederverwendung und Reparatur, Haushalte und Gewerbe und Organisationen.⁸⁷

In Österreich liegt die Verfügungshoheit über das Abfallmanagement bei den Gemeinden bzw. bei Gemeindeverbänden. Sie vergeben Konzessionen und schließen Exklusivverträge mit einem öffentlichen oder privaten – in der Regel – regionalen Kleinbetrieb ab, wodurch es in jeder Region einen klar festgelegten Zuständigkeitsbereich gibt. Insgesamt sind in Österreich 745 öffentliche und private Unternehmen in der Abfallsammlung tätig.⁸⁸ Die Abholungstarife, das Behältersystem und die Qualitätsstandards werden aber von den Gemeinden und Gemeindeverbänden festgelegt:

„So werden den Gemeinden von den Landesgesetzgebern ua die Erlassung der Abfuhrverordnungen, die Festsetzung der Abfallgebühr sowie die Festlegung durch Verordnungen, dass auch die im Gemeindegebiet anfallenden nicht gefährlichen Siedlungsabfälle aus gewerblichen Betriebsanlagen der Systemabfuhr unterliegen, in den eigenen Wirkungsbereich übertragen.“⁸⁹

Haushalte schließen Verträge zur Abholung des Hausmülls mit den Gemeinden ab.

Im Vergleich dazu können in Irland, wo die Organisation der Abfallsammlung durch den Waste Management Act 1996 geregelt ist, mehrere private Unternehmen für dieselbe Region eine Sammellizenz beantragen. Es gibt also ein sogenanntes „Side-by-Side“-System. Haushalte schließen die Verträge zur Abfallsammlung nicht mit den Gemeinden, sondern direkt mit den Unternehmen ab. Preise und Sammelintervalle werden vom Markt bestimmt. Die öffentliche Hand beschränkt sich dabei auf die Lizenzierung, die Umweltaufsicht und die Durchsetzung gesetzlicher Mindeststandards.⁹⁰

⁸⁶ Siedlungsabfälle sind Abfälle aus privaten Haushalten und alle anderen Abfälle, die in Beschaffenheit und Zusammensetzung denen aus privaten Haushalten ähnlich sind. Das bedeutet, dass auch Abfälle aus Unternehmen als Siedlungsabfälle gelten können.

⁸⁷ European Environment Agency (2025): 5

⁸⁸ Industriewissenschaftliches Institut (2024): 5

⁸⁹ Berl/Forster (2016): 12

⁹⁰ vgl. Quinn/Orla (2022)

Ökologische Performance von Irland und Österreich: Abdeckungsquote, Recyclingquote und Deponierungsquote

Erfahrungen wie in Irland zeigen, dass die Auslagerung der (Haus-)Müllsammlung an private Unternehmen ohne ausreichende öffentliche Regulierung mit einer Verschlechterung der Versorgungsqualität für die Bevölkerung einhergehen kann. Hier wird das Risiko deutlich, dass private Unternehmen ihre Leistungen eher an Rentabilitätskriterien und nicht am Gemeinwohl ausrichten, wodurch entlegene und wirtschaftlich weniger attraktive Gebiete mitunter vom Leistungsangebot ausgeschlossen werden können. In der Folge ist ein gleichberechtigter Zugang der Bevölkerung zur Müllsammlung nicht mehr gewährleistet.

In Irland ist dies etwa bei der Sammlung des Hausmülls zu beobachten. Die schwache Regulierung der Abfallwirtschaft und der Wettbewerb der Privatunternehmen führen, entgegen den Versprechen der Privatisierungsbefürworter*innen, nicht dazu, dass die Bürger*innen vom konkurrierenden Angebot profitieren. Im Gegenteil, die Anbieter*innen konzentrieren sich auf urbane Regionen, da hier höhere Renditen erzielt werden können. In dichter besiedelten Gebieten können in kürzerer Zeit mehr Haushalte bedient werden als dies in dünn besiedelten, ruralen Gebieten der Fall ist. Nachdem diese Gebiete nicht genügend Gewinn abwerfen, wird dort von den privaten Unternehmen häufig keine Leistung angeboten. Während in profitablen Gebieten mehrere Anbieter*innen konkurrieren, gibt es also gleichzeitig Gebiete, wo gar kein Leistungsangebot vorhanden ist. Das führt dazu, dass in Irland Schätzungen zufolge 23 Prozent der Haushalte keinen Abholungsvertrag für den Hausmüll haben.⁹¹ Die Abdeckungsrate für Hausmüll liegt also bei nur rund 77 Prozent.

Anders stellt sich die Situation in Österreich dar, wo die kommunalen und privaten Unternehmen bei der Aufgabenausführung der Abfallsammlung streng reguliert sind. Es liegt an der Gemeinde, die Abfallsammlung selbst zu erledigen oder eine berechnigte Organisation zu beauftragen. Grundstückseigentümer*innen müssen mit der jeweiligen Gemeinde bzw. mit den Gemeindeverbänden einen Sammelvertrag für Hausmüll abschließen: Es sind

„die Eigentümer bzw. die Nutzungsberechnigten der im Abfuhrbereich liegenden Grundstücke berechnigt und – von Ausnahmen abgesehen – auch verpflichtet, die Abfälle nur durch die Einrichtungen der Gemeinde, bzw. solcher, deren sich die Gemeinde bedient, erfassen und behandeln zu lassen (sog Andienungspflicht oder Andienungszwang).“⁹²

⁹¹ CCPC (2018): 60

⁹² Berl/Forster (2016): 13

Damit sind in Österreich praktisch alle Haushalte von der kommunal erbrachten oder koordinierten Abfallsammlung erfasst.

Beim Abfallmanagement schneiden jene Systeme, die sich nicht auf öffentliche Erbringung und Steuerung, sondern auf den freien Markt verlassen, auch bei anderen Parametern der ökologischen Nachhaltigkeit oft schlechter ab. So auch beim Recycling, dem nächsten Schritt in der Abfallhierarchie. Generell sieht sich Europa mit einer Zunahme der Abfallproduktion konfrontiert. Vor allem die Produktion von Verpackungsmüll ist in den meisten europäischen Ländern zwischen 2014 und 2022 gestiegen. Umso wichtiger ist daher ein gut ausgebautes Recyclingsystem, um die Belastungen für die Umwelt zu reduzieren.

Die EU-Zielvorgabe für 2025 sieht eine Recyclingquote von 55 Prozent für Siedlungsabfälle und von 65 Prozent für Verpackungsabfälle vor. Die aktuellsten Daten (2022) zeigen, dass die Recyclingquote für Siedlungsabfälle EU-weit bei 49,1 Prozent und für Verpackungsabfälle bei 65,3 Prozent lag.⁹³

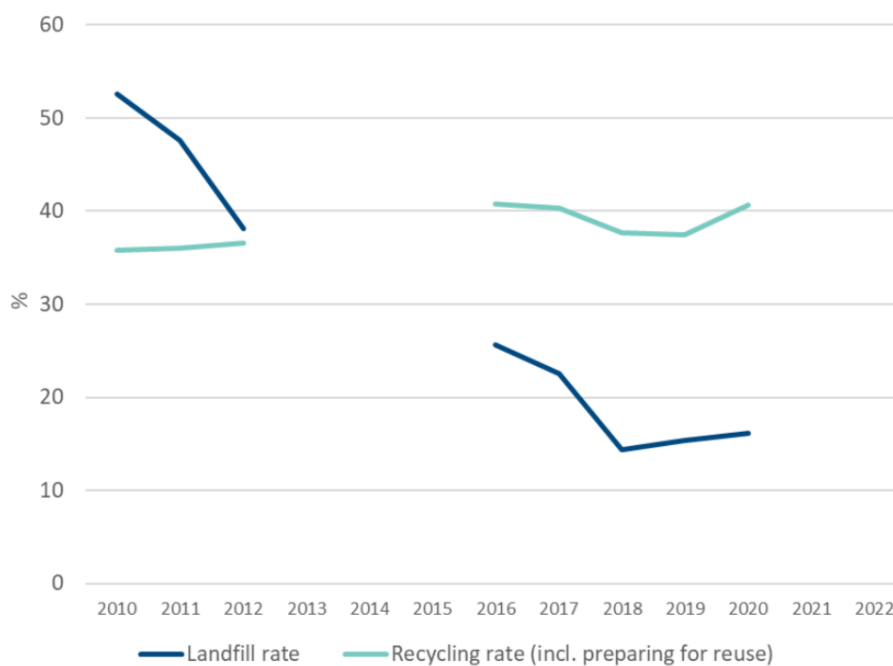


Abbildung 2: Deponierungs- und Recyclingrate von Siedlungsabfällen in Irland 2010-2022⁹⁴

Irland schneidet hier im Vergleich unterdurchschnittlich ab. Die verfügbaren Daten zeigen, dass Irlands Recyclingquote für Siedlungsabfälle zuletzt (2020) bei nur 41 Prozent und damit unter dem EU-Schnitt (49 Prozent) lag. Auch bei der Recyclingquote von Verpackungsmüll lag Irland 2022 mit 62 Prozent

⁹³ Eurostat

⁹⁴ ebd.

etwas unter dem EU-27-Schnitt. Die bisherige Entwicklung hat dazu geführt, dass Irland die derzeitigen EU-Recyclingziele 2025 von 55 Prozent für Siedlungsmüll und 65 Prozent für Verpackungsabfall verfehlt hat.

In Österreich zeigt sich ein anderes Bild. Zwar ist die Müllproduktion auch hierzulande in den letzten 12 Jahren gestiegen, die Recyclingquote lag in Österreich aber, laut den neuesten Veröffentlichungen der European Environment Agency, 2022 bei Siedlungsabfällen bei 63 Prozent und bei Verpackungsabfällen bei 66 Prozent. Österreich liegt damit nicht nur über den Quoten Irlands und über dem EU-Schnitt, sondern übererfüllte bereits im Jahr 2022 die EU-weit gesetzten Zielwerte für 2025 (von 55 bzw. 65 Prozent).⁹⁵

Hier ist anzumerken, dass die Auswirkungen des ab 01.01.2025 in Kraft getretenen Pfandsystems auf Einweggebinde noch nicht abgebildet sind, da es zum Erhebungszeitpunkt noch keine verlässlichen Daten gab. Da aber die Sammelquote im ersten Jahr nach der Einführung des Pfandsystems 81,5 Prozent betrug, ist davon auszugehen, dass die gesetzliche Neuerung zu einem deutlichen Anstieg der gesamten Recyclingquote führen wird.⁹⁶

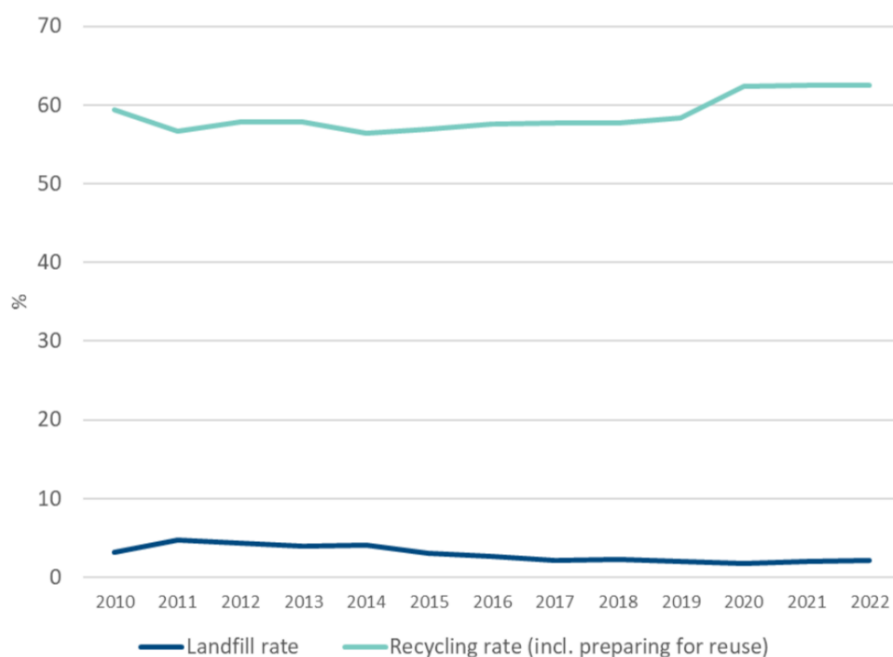


Abbildung 3: Deponierungs- und Recyclingrate von Siedlungsabfällen in Österreich 2010-2022⁹⁷

⁹⁵ European Environment Agency (2025): 2f

⁹⁶ Orf.at (2026): o.S.

⁹⁷ European Environment Agency (2025a): 3

In puncto Deponierungsquote von Siedlungsabfällen wurde der EU-Zielwert für 2035 auf unter 10 Prozent festgesetzt. Der EU-Schnitt lag 2022 bei 21 Prozent. Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Irland und Österreich.

Irland konnte die Deponierungsquote zwar seit 2010 deutlich senken, indem mit 85 Euro pro Tonne relativ hohe Kosten für die Entsorgung von Müll auf Deponien eingeführt wurden, sie lag aber 2020 mit rund 16 Prozent noch immer deutlich über jener Österreichs.⁹⁸

Hierzulande liegt die Deponierungsquote bei 2 Prozent, wodurch nicht nur Irland und der derzeitige EU-Schnitt, sondern auch bereits der EU-Zielwert 2035 unterschritten wurde.⁹⁹ Die niedrige Deponierungsquote liegt in Österreich vor allem an den öffentlichen Investitionen in Waste-to-Energy-Systeme und der gesetzlichen Regulierung der Deponierung. Anders als in Irland wurde 2004 die Deponierung von wiederverwertbarem und kompostierbarem Müll komplett verboten. Abbildung 4: Entwicklung der Verwertung von Siedlungsabfällen in Österreich 1995-2017 zeigt, dass diese gesetzliche Änderung mit einem sofortigen Anstieg der Waste-to-Energy-Lösungen einherging. Die Senkung der Deponierungsquote spielt eine große Rolle bei der Reduktion der Emissionen von Methan, einem Gas, dessen Beitrag zur globalen Erwärmung auf bis zu 28-mal höher geschätzt wird als der von CO₂.¹⁰⁰

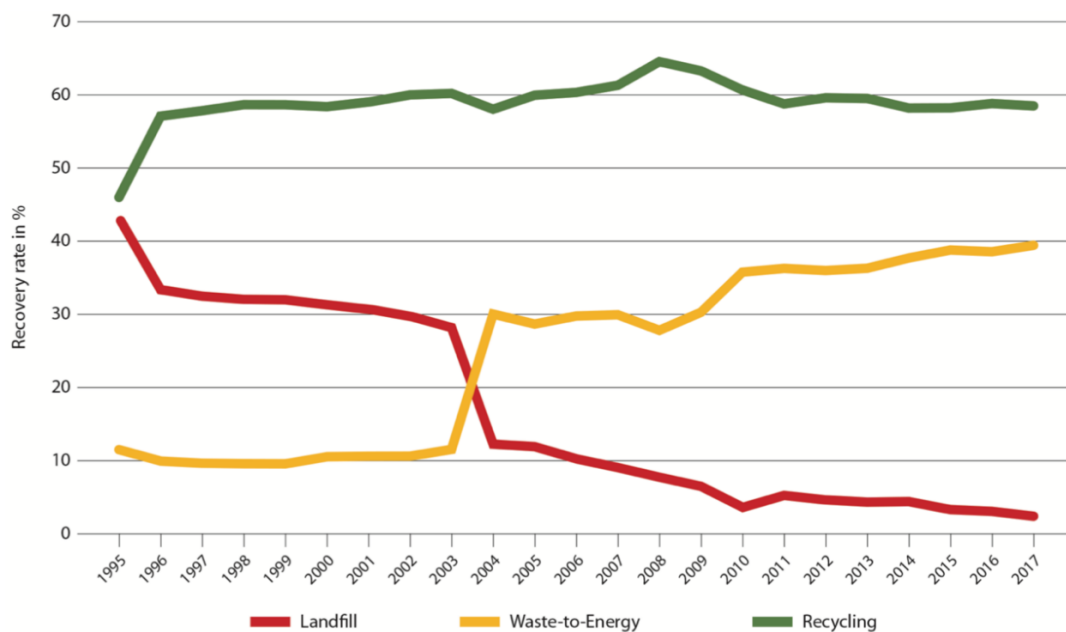


Abbildung 4: Entwicklung der Verwertung von Siedlungsabfällen in Österreich 1995-2017¹⁰¹

⁹⁸ European Environment Agency (2025b): 3f

⁹⁹ European Environment Agency (2025): 2

¹⁰⁰ ÖWAV (2020): 9

¹⁰¹ ebd.

Ein Best-Practice-Beispiel eines Waste-to-Energy-Systems, das auch zeigt, wie die Vernetzung verschiedener Bereiche der Daseinsvorsorge durch öffentliche Erbringung und Steuerung funktionieren kann, ist die Waste-to-Energy-Anlage Spittelau in Wien. Hier werden die Bereiche Abfallmanagement und Energie zusammengebracht. Die Anlage verwertet pro Jahr rund 250.000 Tonnen nicht recycelbaren Restmüll und liefert daraus Fernwärme und Strom. Damit konnten bisher 60.000 Haushalte mit Fernwärme und knapp 30.000 Haushalte mit Elektrizität versorgt werden. Durch die Installation einer Großwärmepumpe konnte zudem die Effizienz der Anlage gesteigert werden, indem ungenutzte Abwärme zusätzlich für die Energieversorgung nutzbar gemacht wird. Damit können 16.000 weitere Haushalte beheizt werden. Insgesamt werden also 76.000 Haushalte durch die Anlage Spittelau versorgt.¹⁰² Eine Studie zur Klimabilanz des Abfallmanagements in Wien hält zudem fest, dass die Anlage Spittelau zu einer Nettominderung der Treibhausgasemissionen beiträgt.

Eine erfolgreiche Klimapolitik ist abhängig von ökologisch nachhaltigen Lösungen und Vorgehensweisen, die im Idealfall auch noch Synergieeffekte nutzen und verschiedene Bereiche der Daseinsvorsorge ineinandergreifen lassen. Der Vergleich zwischen Österreich und Irland zeigt deutlich, dass ein stark privatisiertes und eher schwach reguliertes System wie in Irland in erster Linie nicht auf ökologisch nachhaltige Lösungen achtet und beim Recycling und der Deponierung deutlich schlechter abschneidet als ein öffentlich koordiniertes System, wie es in Österreich vorherrscht. Es lässt sich daher der Schluss ziehen, dass eine stark ausgebaute öffentliche Steuerung klimapolitische Vorteile mit sich bringt.

	EU-Zielwerte	EU-27	Österreich	Irland
Recyclingquote Siedlungsabfälle	55% bis 2025	49% (2022)	63% (2022)	41% (2020)
Recyclingquote Verpackungsabfälle	65% bis 2025	65,2% (2022)	66% (2022)	62% (2022)
Deponierungsquote Siedlungsabfälle	unter 10% bis 2035	21% (2022)	2% (2022)	16% (2020)
Abdeckungsquote Hausmüllsammlung	Keine Zielwerte definiert	Keine Daten	rd. 100%	rd. 77%

Tabelle 2: Vergleich von Parametern des Abfallmanagements in Österreich und Irland¹⁰³

In Irland wurden die Ineffizienz der schwachen Regulierung im Abfallmanagement und das blinde Vertrauen in den freien Markt, die in einer niedrigen Recycling- und einer hohen Deponierungsquote resultierten, mittlerweile erkannt. Es wurden bereits Untersuchungen angestellt, ob eine Umstellung des Systems von "Side-by-Side" auf vertragliche Exklusivrechte für einzelne Regionen, verbunden mit

¹⁰² OTS (29.01.2026)

¹⁰³ ebd.

einer größeren Steuerungskompetenz für die öffentliche Hand, Vorteile bringen würde. Auch Rekommunalisierungen werden angedacht.¹⁰⁴

Krisenresilienz

Ein System der Abfallwirtschaft, das stark liberalisiert, privatisiert und rein nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung funktioniert, ist auch anfälliger für Krisen. Die Kommodifizierung des Abfalls, also dass Abfall zur Ware wird, führt einerseits zu der Verlagerung von Umweltproblemen in ärmere Länder, andererseits sind die abfallexportierenden Länder anfälliger für externe Krisen, wie im Folgenden gezeigt wird.

Die Abfallwirtschaft in Irland basiert seit den 2000er-Jahren, wie bereits erwähnt, auf einer privatwirtschaftlich organisierten, stark marktbezogenen Struktur. Das betrifft aber nicht nur die Sammlung des Mülls. Auch die nachgelagerten Schritte – Sortierung, Verwertung und Export – werden im Wettbewerb organisiert.

Das erwies sich in Irland als besonders problematisch, da die schwache öffentliche Steuerung und die Priorisierung von Profitinteressen dazu geführt haben, dass Irland nur begrenzte inländische Kapazitäten zur Abfallbehandlung hat. Daher werden seit Jahrzehnten Abfälle in erheblichem Umfang ins Ausland exportiert, da dies günstiger ist als der Bau von Abfallverwertungsanlagen. Während in den späten 1990er Jahren und frühen 2000er Jahren der Export größtenteils noch in andere EU-Länder passierte, wurde danach China das primäre Exportland. Im Jahr 2016 gingen Medienberichten zufolge etwa 95 Prozent der irischen Kunststoffabfälle nach China, was die extreme Exportabhängigkeit unterstreicht.¹⁰⁵ Auch wenn konkrete Daten zu den Hintergründen fehlen, ist naheliegend, dass China günstigere Preise für die Entgegennahme des Kunststoffs als europäische Länder anbot, was sich für die irischen Privatunternehmen der Abfallwirtschaft als attraktiv erwiesen hat. Celine Horner, Forscherin bei der irischen Environmental Protection Agency, hielt fest, dass der Abfall nach der Sammlung zur kommodifizierten Ware wird und die Marktpreise das weitere Vorgehen bestimmen. „At this point, all our rubbish becomes a commodity ready to be bought and sold on the open market and the reality is that waste collection and recycling is, generally, a private business.“¹⁰⁶

¹⁰⁴ McHugh (2025); CCPC (2018)

¹⁰⁵ Finn (2018)

¹⁰⁶ Horner nach Ryan-Christensen (2019)

Die privatwirtschaftliche Organisation des irischen Systems, das mit einer hohen Exportabhängigkeit verbunden ist, erwies sich allerdings als wenig krisenresilient. Als China Anfang 2018 einen Importstopp von ausländischen Kunststoffen verkündete, wirkte das auf das irische Abfallmanagement wie ein externer Schock. China führte schrittweise Einfuhrbeschränkungen ein und erhöhte die Qualitätsanforderungen, sodass der bislang wichtigste Absatzmarkt für irische Kunststoff- und Papierabfälle praktisch wegfiel. Panda Recycling, eines der zentralen irischen Entsorgungsunternehmen, reagierte darauf mit Gebührenerhöhungen für Haushalte. Im März 2018 wurden zusätzliche Kosten von 0,80 Euro pro Behälter und 0,045 Euro pro Kilogramm für die Kund*innen eingeführt und explizit mit dem chinesischen Verbot begründet.¹⁰⁷ In Irland hat also die starke Dominanz von gewinnorientierten Unternehmen im Abfallmanagement zu einer starken Exportabhängigkeit geführt, die einerseits anfällig für externe Schocks ist und andererseits die dadurch entstehenden Kosten auf die Bürger*innen abwälzt.

Im Gegensatz dazu ist das österreichische System aufgrund von strenger gesetzlicher Regulierung des Abfallwirtschaftsmarktes überwiegend auf Inlandsverwertung ausgelegt. Deshalb hatte der chinesische Importstopp hierzulande deutlich weniger direkte Auswirkungen und das österreichische Abfallmanagement zeigte sich damit weitaus krisenresilienter auf externe Schocks. Gesetzliche Meilensteine waren in Österreich etwa die Verpackungsverordnung 1992 und das im Jahr 2004 in Kraft getretene Deponierungsverbot. Die Verpackungsverordnung schrieb eine Rückgabepflicht von Verpackungen vor, wodurch Verpackungsabfälle verwertbar gemacht werden sollten. Durch das Deponierungsverbot wurde die Deponierung von unbehandeltem Kunststoff weitgehend verboten. Das bewegte Markteilnehmer*innen zum Aufbau einer adäquaten Infrastruktur für die Sammlung und Verwertung von Abfall.¹⁰⁸ Mittlerweile gibt es in Österreich 38 Kunststoffverwertungsanlagen.¹⁰⁹ Diese Infrastruktur ermöglicht es Österreich, in viel geringerem Ausmaß als etwa Irland von Exportmärkten abhängig zu sein und sogar Abfall zu importieren. Wiegt man die Kunststoffexporte gegen die Importe (Exporte 2015: 250.300 Tonnen; Importe 2015: 256.000 Tonnen) auf, wird in Österreich mehr Kunststoff zur Verwertung eingeführt als ausgeführt.¹¹⁰

Der Fall des chinesischen Importstopps zeigt: Das Abfallmanagement und die dazugehörigen Märkte brauchen eine starke öffentliche Regulierung und Steuerung. Nur so kann verhindert werden, dass Gewinninteressen über ökologischen und sozialen Zielen stehen und begünstigt werden, dass in ganz

¹⁰⁷ Hennessy (2018)

¹⁰⁸ Klampfl-Pernold/Gelbmann (2006): 37

¹⁰⁹ Stoiffel et al. (2017): 68

¹¹⁰ ebd.: 80f.

Europa eine adäquate Infrastruktur zur Abfallverwertung aufgebaut wird. Auch die sektorenübergreifende Umstellung zu einer Kreislaufwirtschaft ist hier als zentraler Hebel für mehr Krisenfestigkeit zu nennen. Werden Produkte so konzipiert, dass sie immer wieder in den Produktionskreislauf eingespeist werden können, wird aus Abfall eine wichtige Ressource. Damit wird auf lange Sicht verhindert, dass Abfälle in großen Mengen in andere Weltteile exportiert werden und äußere Schocks den europäischen Ressourcenkreislauf beeinflussen.

Gesellschaftliche Aspekte (anhand eines Vergleichs von Dublin und Wien)

Mit der verstärkten Privatisierung und Liberalisierung des Abfallmanagements erhofften sich europäische (Groß-)Städte Kosteneinsparungen und sogar Qualitätsverbesserungen. Es zeigt sich aber, dass öffentliche Abfallsysteme in der Regel nicht nur günstigere Tarife für die Bürger*innen bereitstellen können, sondern dass die öffentliche Erbringung und Steuerung (z. B. über Abfallmanagementpläne, Regulierungen und Gesetze) auch einen qualitativ besseren Service zur Folge hat.

Ein Beispiel, das zeigt, welche Auswirkungen die Privatisierung des Abfallmanagements in Irland hatte, ist die Hauptstadt Dublin. Vor dem Jahr 2000 war die Abfallsammlung der Stadt komplett, sowohl die Planung und Koordination als auch die Erbringung, in öffentlicher Hand. Nach der Jahrtausendwende wurden in Irland neue Gesetze erlassen, die die Privatisierung und Liberalisierung des Abfallmanagements ermöglichten. Zwischen 2000 und 2010 begannen private Unternehmen, mit den gemeindeeigenen Unternehmen zu konkurrieren. Dublin versuchte gegenzusteuern und die vier Munizipalitäten der Stadt legten 2008 eine Verordnung vor, die sicherstellen sollte, dass die Müllsammlung nur von Gemeindeunternehmen oder zumindest über Gemeindekonzessionen erledigt werden kann. Eines der privaten Abfallunternehmen – Panda Waste Services – klagte erfolgreich gegen die geplante Verordnung, da sie gegen den Competition Act 2002 verstoße.¹¹¹ Dies führte dazu, dass in Dublin, wie auch im Rest Irlands, die Müllsammlung und -verwertung gänzlich privatisiert wurde. Unternehmen schließen die Verträge für die Müllabholung nicht mit der Gemeinde, wie dies etwa in Österreich der Fall ist, sondern direkt mit den Haushalten ab.¹¹² Während es in Wien eine zentral

¹¹¹ Trantum (2024)

¹¹² KPMG (2024): 2

verantwortliche Stelle für das Abfallmanagement gibt, sind im Raum Dublin elf Privatunternehmen in dem Bereich tätig, wobei sich vier davon – Greyhound Household, Key Waste Management Ltd., Pádraig Thornton Waste Disposal Ltd. und Pandareen Ltd. – fast drei Viertel der Marktanteile gesichert haben.¹¹³

Die Vielzahl an Marktteilnehmer*innen führt aber nicht zu einem kostengünstigeren Service für die Bürger*innen. Im Gegenteil, in Dublin zahlen Haushalte mindestens zwischen 243 Euro und 366 Euro pro Jahr – je nachdem, welche*n Anbieter*in sie für ihre Adresse wählen können – an Müllabholungsgebühr für Restmüll. Dabei wird in Kilogramm pro Monat abgerechnet, wobei ein Überschreiten der Grenze mit hohen Kosten – bis zu 30 Cent pro Kilogramm – verbunden ist. Der günstigste Tarif bezieht sich auf 25 Kilo Restmüll pro Monat. Welcher Tarif für welchen Haushalt möglich ist, unterscheidet sich zudem nach Stadtviertel¹¹⁴, da nicht alle der elf Müllbetriebe in ganz Dublin tätig sind. Manche Nachbarschaften müssen also höhere Tarife in Kauf nehmen als andere. Es kam in Dublin also nicht zu einem Wettbewerb der Unternehmen, die mit niedrigeren Preisen und besserem Service um Kund*innen werben, wie die Theorie des freien Marktes voraussagt. Viel mehr bildeten sich regionale Mono- und Oligopole, die selbst Preise und Service bestimmen. Vertreter*innen von Gewerkschaften und Arbeiter*innenparteien sprechen von einer „Wild-West-Situation“.¹¹⁵

Im Gegensatz zu Dublin hat sich Wien klar gegen die Liberalisierung und Privatisierung des Abfallsektors gestellt. Die Stadt hat nicht nur die Koordination, Planung und Steuerung über den Sektor inne, sondern führt sie über die MA 48 selbst aus. Der gebotene Service ist qualitativ hochwertig und deutlich günstiger als jener in Dublin. Die aktuellen Ziele und Maßnahmen werden im Wiener Abfallwirtschaftsplan & Wiener Abfallvermeidungsprogramm vorgegeben. Die zentrale Steuerung macht es möglich, dass die Abfallvermeidung auch mit anderen Bereichen der Daseinsvorsorge mitgedacht wird. Außerdem können Synergien geschaffen werden, etwa mit dem Energiebereich (z. B. Waste-to-Energy-Anlage Spittelau, Großwärmepumpen etc.).¹¹⁶

In Wien wird die Gebühr für die Restmüllsammlung in Litern gemessen und es gibt keine Gewichtsüberschreitung und damit keine unerwarteten Zusatzkosten. Die einmalige Abholung einer 120-Liter-Restmülltonne kostet in Wien derzeit (Stand: Jahresbeginn 2026) rund 5,60 Euro.¹¹⁷ Ein Abfallbehälter mit einem Volumen von 120 Litern hat eine nominale Nutzlast von etwa 48

¹¹³ Institute of Public Administration (2023): 5

¹¹⁴ Money Guide Ireland (2025): 6

¹¹⁵ O’Sullivan (2024)

¹¹⁶ MA 48(2024)

¹¹⁷ Stadt Wien (2025)

Kilogramm.¹¹⁸ Vergleicht man die Gebühren in Wien mit jenen in Dublin, ergibt sich ein eindeutiges Bild: Während private Anbieter*innen in Dublin im Jahr mindestens 243 Euro für die monatliche Abholung von 25 Kilogramm verrechnen, umfasst der städtische Service der MA 48 fast das Doppelte an Gewicht für nur 67,2 Euro im Jahr.

Auch bei der Altstoffsammlung zeigen sich große Unterschiede zwischen Dublin und Wien. In Dublin wird die Altstoffsammlung über drei „Recycling Centres“, die vom Dublin City Council verwaltet werden, und sieben Sammelzentren, die in die Kompetenz der Gemeinde fallen, organisiert. Die Abfallzentren werden aber nicht gänzlich von der Stadt und den Gemeinden betrieben, sondern zu einem Großteil über Konzessionen an private Anbieter*innen ausgelagert.¹¹⁹ Die Folge ist, dass die Bevölkerung Dublins für einen Großteil des abgegebenen Mülls eine zusätzliche Gebühr entrichten muss. Die Entsorgung folgender Müllsorten ist kostenpflichtig: Sperrmüll, Matratzen, Gaskartuschen und -flaschen, verschiedene Ölsorten, Holz, Bauglas, Essensabfall, Grünschnitt, Stahl, Baustoffe und Styropor. Für all diese Stoffe wird für ein Volumen von einem kleinen Auto 15 Euro verlangt, von einem SUV 20 Euro, für einen Anhänger 40 Euro und für einen Van beziehungsweise einen Kastenwagen 70 Euro.¹²⁰ Zusätzlich zu den hohen Tarifen für die Hausmüllsammlung müssen die Menschen in Dublin also auch Kosten für die Entsorgung anderer Altstoffe entrichten.

In Wien ist die Altstoffsammlung, wie auch die Abholung des Hausmülls, in den Händen der Stadt und wird von der MA 48 koordiniert, gesteuert und erledigt. Die MA 48 betreibt in Wien 13 Altstoffsammelzentren. Die Entsorgung von privatem Abfall ist hier gänzlich kostenlos. Erst wenn die Mengen dem gewerblichen Müll zuzurechnen sind, entfallen Kosten.¹²¹ Die hohe Dichte an Mistplätzen und das Angebot, Müll gratis zu entsorgen, sichern eine niederschwellige Erreichbarkeit für alle Bewohner*innen und erleichtern eine umweltgerechte Entsorgung.¹²² Es zeigt sich am Beispiel der Abfallsammelzentren, dass die Kosten für die Bürger*innen in privatisierten Systemen höher sind als in öffentlich organisierten, was auch negative Auswirkungen auf eine umweltgerechte Entsorgung hat.

Die schlecht geregelte Kompetenzverteilung im Abfallsektor in Dublin ist auch an der geringen Dichte von Mistkübeln im öffentlichen Raum zu beobachten. So haben Unklarheiten und Streitigkeiten über die budgetäre Zuständigkeit von Mistkübeln dazu geführt, dass die Zahl von Mistkübeln in Dublin im

¹¹⁸ t-online (2025)

¹¹⁹ Dublin City Council (o.J.)

¹²⁰ Ringsend Recycling Centre; North Strand Recycling Centre

¹²¹ Stadt Wien (o.J.)

¹²² MA 48 (2024): 8

Verlauf der 2010er Jahre von 5.000 auf 3.000 gesunken ist, obwohl die Zahl der Einwohner*innen gestiegen ist.¹²³

In Wien werden die Anzahl und Verteilung der Mistkübel, wie auch die anderen Bereiche des Abfallmanagements, zentral von der MA 48 koordiniert und ausgeführt. Das resultiert in einer sehr hohen Dichte an Mistkübeln im gesamten Stadtgebiet. In Wien gibt es 475.000 Abfallbehälter und über 21.000 Mistkübel.¹²⁴

Die höheren Kosten für Hausmüllabholung und die Altstoffsammlung sowie die niedrigeren Abdeckungsraten von Abfallbehältern und Mistkübeln haben dazu geführt, dass in Dublin illegale Müllentsorgung zum ernstzunehmenden Problem geworden ist. Im Jahr 2020 wurden nach Angaben des Dublin City Councils 3.400 Tonnen Müll illegal entsorgt.¹²⁵ Das führt zu hohen Kosten für die Allgemeinheit. Während die privaten Müllunternehmen pro Jahr in etwa 350 Millionen Euro erwirtschaften, gibt der Dublin City Council rund 100 Millionen Euro pro Jahr für das Aufräumen von illegal entsorgtem Müll aus.¹²⁶ Kosten, die im Endeffekt die Bürger*innen über Steuern, zusätzlich zu den hohen privaten Gebühren für die Abfallsammlung, tragen. Gewerkschaften, Arbeitnehmer*innenvertretungen und zivilgesellschaftliche Organisationen in Dublin sehen hier eine klare Verbindung zwischen dem privatisierten Abfallmanagementsystem und der illegalen Müllentsorgung. So stieg nach der Privatisierung die illegale Müllentsorgung an. Es wurden bereits zwei Berichte veröffentlicht, die der Stadt empfehlen, das Abfallmanagement wieder in die Hand von einem*einer öffentlichen Anbieter*in zu geben. Nachdem die Forderungen immer mehr öffentliche Zustimmung erfuhren, wurden die Möglichkeiten einer Rekommunalisierung geprüft. Das Problem: Aktuell ist die Rekommunalisierung zu teuer.¹²⁷ Dublin hat sich durch die Privatisierung des Abfallsektors in den letzten Jahrzehnten in eine Pfadabhängigkeit manövriert. Wieder auf einen effizienteren und qualitativ hochwertigeren Weg zu finden, stellt sich als langwierig und kostenintensiv dar. Nichtsdestotrotz wird empfohlen, langfristig rechtliche und strukturpolitische Schritte zur Rekommunalisierung zu setzen.¹²⁸

¹²³ Pepper (2025)

¹²⁴ MA 48 (2024): 8

¹²⁵ Institute of Public Administration (2023): 6

¹²⁶ Fox (2024)

¹²⁷ vgl. KPMG (2024)

¹²⁸ Fox (2024)

Ökonomische und arbeitsmarktpolitische Aspekte

Das österreichische Abfallwirtschaftssystem, das auf gebietsbezogener öffentlicher Zuständigkeit und auf öffentlich-rechtlicher Gebühren- und Leistungssteuerung beruht, nimmt eine wichtige Stellung in der österreichischen Wirtschaft und für den österreichischen Arbeitsmarkt ein.

Österreich verfügt mit rund 2.998 Unternehmen über einen breit diversifizierten, aber zugleich stabil regulierten Abfallwirtschaftssektor, der im Jahr 2022 einen direkten Umsatz von rund 9,2 Milliarden Euro und indirekt sowie induziert weitere 10,2 Milliarden Euro generierte. Insgesamt ergibt sich damit ein gesamtwirtschaftlicher Umsatz von 19,4 Milliarden Euro und ein Multiplikator von etwa 2,1, der die hohe Verflechtung des Sektors mit industriellen und dienstleistungsorientierten Wertschöpfungsketten verdeutlicht.¹²⁹

ÖNACE	Kurzbezeichnung	Unternehmen	Beschäftigte im Jahresdurchschnitt insgesamt	Umsatzerlöse in 1.000 EUR	Produktionswert in 1.000 EUR	Bruttowertschöpfung in 1.000 EUR
D35AB	Abfallwirtschaftliche Biogasanlagen in der Energiewirtschaft	38	133	28.610	27.426	7.459
E37b	Kanal- und Kläranlagenservice ("KKS")	190	2.425	405.982	383.003	237.845
E38	Abfallbehandlung	1.221	20.593	7.968.262	6.279.238	2.365.246
E381	Sammlung v. Abfällen	745	15.156	4.780.780	3.485.371	1.651.914
E3811	Sammlung nicht gefährlicher Abfälle	724	14.785	4.593.639	3.325.064	1.595.044
E3812	Sammlung gefährlicher Abfälle	21	371	187.141	160.307	56.870
E382	Abfallbehandlung und -beseitigung	337	3.010	1.511.435	1.214.086	447.131
E383	Rückgewinnung	139	2.427	1.676.047	1.579.781	266.201
E39	Beseitigung v. Umweltverschmutzungen	16	137	27.336	24.130	12.455
M749a	Abfallberatung	84	129	10.837	7.477	4.309
N8129	Reinigung a.n.g.	1.449	8 156	733.902	558.440	316.748
SUMME Abfallwirtschaft		2.998	31.573	9.174.929	7.279.714	2.944.062

Tabelle 3: Kennzahlen der privaten und öffentlichen Abfallwirtschaft Österreichs¹³⁰

Gemessen an der Wertschöpfung generierte der Sektor 2,94 Milliarden Euro direkt, weitere 2 Milliarden Euro durch indirekte Wertschöpfungseffekte und 1,67 Milliarden Euro durch induzierte Effekte. Insgesamt steuerte die Abfallwirtschaft also rund 6,6 Milliarden Euro an Wertschöpfung zur österreichischen Wirtschaft bei.¹³¹

Auch die Beschäftigungseffekte sind weitreichend. In direkter Beschäftigung hält die Branche 31.573 Arbeitsplätze. Über indirekte und induzierte Effekte werden insgesamt 75.249 Stellen

¹²⁹ Industriewissenschaftliches Institut (2024): 5

¹³⁰ ebd.: 4

¹³¹ Industriewissenschaftliches Institut (2024): 5

gesichert.¹³² Diese hohen Multiplikatoren sind Ergebnis eines klar regulierten Systems, das Planbarkeit, Gebührenstabilität und langfristige Leistungsbeziehungen ermöglicht und damit Investitions- und Beschäftigungssicherheit erhöht. Auch die weiter oben genannten gesamtwirtschaftlichen Effekte sind eine unmittelbare Folge der öffentlichen Gebietsverantwortung: Kommunen und Gemeindeverbände vergeben Leistungen über mehrjährige, stabile Verträge und verfügen über regulative Steuerungsmacht bei Gebühren und technischen Standards. Unternehmen operieren deshalb in einem risikoarmen Umfeld, in dem langfristige Kapitalbindung – insbesondere in Sortier-, Logistik- und Recyclinganlagen – wirtschaftlich darstellbar ist.

Eine Studie des Industriegewerkschaftlichen Instituts hat die regional- und gesamtwirtschaftlichen Effekte der Wiener Abfallwirtschaft berechnet. Die Autor*innen kommen zu dem Schluss, dass die Wiener Abfallwirtschaft im Jahr 2024 eine gesamtwirtschaftliche österreichische Wirtschaftsleistung von insgesamt rund 4,06 Mrd. Euro generiert hat. Dabei sind auch die induzierten Effekte, also auch jene, von denen auch andere verknüpfte Sektoren profitieren, miteingerechnet. „Regionalwirtschaftlich entfallen alleine auf Wien rd. 2,73 Mrd. Euro an Umsatzerlösen, eine Wertschöpfung in Höhe von 1,32 Mrd. Euro und 12.020 abgesicherte Arbeitsplätze.“¹³³

Während in Österreich diese Effekte auf viele kommunale oder regionale Betriebe verteilt sind und damit die regionale Wirtschaft und der regionale Arbeitsmarkt gestärkt werden, hält die irische Wettbewerbs- und Konsumbehörde fest, dass es durch das liberalisierte „Side-by-Side“-System Irlands zu einer großen Konzentration der Marktmacht und der Gewinne kommt, da der propagierte Wettbewerb nicht stattfindet. Im Gegenteil wird sogar die Bildung von natürlichen Monopolen gefördert, da der Aufbau paralleler Infrastrukturen wirtschaftlich nicht rentabel ist.¹³⁴ Eines der größten in Dublin tätigen Unternehmen ist mittlerweile nicht mehr in irischer Hand:

„The company, Beuparc Utilities, controls two domestic waste companies (Panda and Greenstar) and was sold in mid-2021 to an Australian firm for a price in excess of €1 billion [...] Financial statements filed at the Companies Registration Office show the company has a turnover in excess of €500 million annually in 2019 and 2020, of which about 75 % is generated by waste management services. Annual profits are in the order of €15-30 million from 2018 to 2020.“¹³⁵

¹³² ebd.

¹³³ Industriegewerkschaftliches Institut (2025): 11

¹³⁴ CCPC (2018): 55ff.

¹³⁵ Quinn/Feeney (2018): 11

Anstatt an regionale Kleinunternehmen gehen die Gewinne hier also an multilaterale Großkonzerne. Es überrascht daher nicht, dass nicht nur in Dublin, sondern in Irland allgemein von Seiten der Gewerkschaften, Arbeiter*innenparteien und des Dublin City Councils Rufe nach einer Abkehr vom hochprivatisierten und -liberalisierten „Side-by-Side“-System und nach Rekommunalisierungen des Abfallmanagements laut werden. Auch spricht sich die Wettbewerbs- und Konsumbehörde für eine bessere Regulierung des Abfallsektors aus:

„In the CCPC’s view, putting in place a regulator would be the most appropriate way to manage the complexity of this market so that the best economic, environmental and societal outcomes can be delivered in a manner that balances the interests of State, private sector and households.“¹³⁶

In Systemen, wo Profitinteressen überwiegen, besteht die Gefahr, dass sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Arbeitsrechtliche Motive, wie zu niedrige Bezahlung oder nicht eingehaltene arbeitsrechtliche Standards, waren, neben Gründen der Qualitätsverbesserung und Förderung der lokalen Wirtschaft, auch ausschlaggebend für Rekommunalisierungen.¹³⁷ Ein prominentes Beispiel ist Oslo, wo die Abfallsammlung 2017 rekommunalisiert wurde, nachdem der private Betreiber mit Unterbesetzung Kosten sparen wollte und Verstöße gegen das norwegische Arbeitsrecht beging.¹³⁸

Schlussfolgerungen

Nach der Analyse von ökologischen und sozialpolitischen Parametern lässt sich festhalten, dass eine gut koordinierte öffentliche Regulierung, Steuerung und Erbringung eher zu einem effizienten Abfallmanagement führt. Dies basiert auf einem Vergleich zwischen einem stark privatisierten und liberalisierten System wie in Irland bzw. der Hauptstadt Dublin und einem stark kommunal geprägten wie in Österreich bzw. einem sich fast gänzlich in öffentlicher Hand befindlichen wie in Wien.

Die zentralen Erkenntnisse sind:

- **Öffentliches Abfallmanagement stärkt die Kreislaufwirtschaft:** Das Abfallmanagement ist ein grundlegender Bereich der Daseinsvorsorge, der nur durch klare öffentliche Steuerung, Koordination und langfristige Planung ökologisch, sozial und ökonomisch wirksam

¹³⁶ CPCC (2018): 64

¹³⁷ Wegmann (2023): 33-38

¹³⁸ ÖGPP (2019): 84f

funktionieren kann. Vor allem für die Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft ist eine sektorenübergreifende Steuerung und Regulation notwendig.

- **Soziale Probleme in privatisierten Systemen:** Privatisierte Systeme, wie das irische „Side-by-Side“-Modell, zeigen strukturelle Schwächen: niedrige Abdeckungsquoten, ungleiche Versorgung in ländlichen Gebieten, höhere Kosten für Haushalte, geringere Planbarkeit und Qualitätsprobleme.
- **Öffentliche Systeme sind ökologisch effizienter:** Gemeindezentrierte und regulierte Systeme (wie etwa in Österreich) erzielen deutlich bessere ökologische Kennzahlen (Recyclingquote, Deponierungsquote, Abdeckungsquote) und gewährleisten eine flächendeckende Versorgungssicherheit.
- **Öffentliche Organisation schafft Krisenresilienz:** Systeme, in denen der Aufbau von Infrastruktur für die Abfallverwertung durch gesetzliche Vorgaben vorangetrieben wird, wie dies etwa in Österreich der Fall ist, erweisen sich als weniger anfällig für globale Schocks – wie beispielsweise den chinesischen Importstopp – als privatisierte Systeme (wie etwa in Irland). Die starke Exportabhängigkeit privatisierter Systeme führt zu Kostenabwälzungen auf Haushalte und erhöht die Verwundbarkeit externer Preisentwicklungen.
- **Eine umfassende öffentliche Leistungserbringung im Abfallmanagement zeigt Ergebnisse:** In den meisten Ländern Europas finden sich im Abfallmanagement Mischformen aus öffentlicher und privater Leistungserbringung. Wien gilt hier als Ausnahmefall in Europa, indem alle Leistungen öffentlich erbracht werden, wodurch das Potenzial dieses Weges sichtbar wird. Eine breit gedachte und integriert gesteuerte Daseinsvorsorge ermöglicht es, Abfallvermeidung auch mit anderen Bereichen der Daseinsvorsorge (z. B. über Biogasanlagen zur Energiegewinnung, Fernwärmeanlagen oder Second-Hand- und Sharing-Angebote) mitzudenken. Handlungspfade und Synergiemöglichkeiten werden etwa im Wiener Abfallwirtschaftsplan & Wiener Abfallvermeidungsprogramm vorgelegt. Diese konsequent erbrachte öffentliche Abfallwirtschaft führt zu hoher Servicequalität, fairen Gebühren und sozial gerechter Versorgung – auch dank integrierter Lösungen wie Waste-to-Energy.
- **Stabile Verhältnisse durch öffentliches Abfallmanagement:** Systeme mit öffentlicher Erbringung verhindern Fehlanreize wie leistungsschwache Oligopolstrukturen, überhöhte Preise und reduzierte Infrastruktur (z. B. sinkende Mistkübelzahlen in Dublin).
- **Weniger illegale Entsorgung durch öffentliches Abfallmanagement:** Die kostenlose oder kostengünstige Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen (z. B. Altstoffsammelzentren) reduziert illegale Ablagerungen und stärkt umweltgerechtes Verhalten.

- **Pfadabhängigkeit durch Privatisierung:** Wurde eine Daseinsvorsorgeleistung einmal privatisiert, ist es oft schwer – selbst bei ineffizienten Ergebnissen –, wieder zu rekommunalisieren, da dies oft mit hohen Kosten verbunden ist. Dies ist auch bei der Abfallwirtschaft so, wie das Beispiel Dublin zeigt. Die Möglichkeit einer Rekommunalisierung wurde zwar geprüft, wird aufgrund der fortgeschrittenen Privatisierung derzeit allerdings als zu kostspielig bewertet.
- **Wertschöpfungseffekte durch regulierte Abfallwirtschaft:** Ein öffentlich reguliertes und im Idealfall erbrachtes Abfallmanagement bietet hohe Wertschöpfungseffekte. Dies zeigt sich in Österreich, wo das öffentlich regulierte Abfallwirtschaftssystem, begünstigt durch stabile Verträge und planbare Investitionsbedingungen, hohe wirtschaftliche Wertschöpfungseffekte (direkt, indirekt, induziert) generiert. Allein die Wiener Abfallwirtschaft generiert 4,06 Mrd. Euro an induzierten Wertschöpfungseffekten in ganz Österreich.
- **Arbeitsmarkteffekte:** Am Beispiel Österreichs zeigt sich, dass eine öffentliche Abfallwirtschaft nicht nur ökologisch, sondern auch arbeitsmarktpolitisch ein bedeutender Sektor ist, der insgesamt über 75.000 Stellen sichert. Allein in Wien sichert die Abfallwirtschaft 12.020 Stellen.
- **Hohe Marktkonzentration und Ineffizienz in wenig regulierten, privatisierten Systemen:** Privatisierte Systeme, insbesondere jene, die wenig reguliert sind, wie am Beispiel Irland zu beobachten ist, führen häufig zu hohen Gewinnen für einige wenige Marktteilnehmer*innen. Gewinne, die zu einem beträchtlichen Teil ins Ausland abfließen, anstatt vor Ort im Zuge der Instandhaltung und des Ausbaus der Infrastruktur in die heimische Wirtschaft reinvestiert zu werden. Für kleinere Betriebe sind zudem hohe Markteintrittsbarrieren zu beobachten. Im Gegensatz dazu sind die volkswirtschaftlichen Effekte in Österreich vorwiegend auf viele kommunale, regionale Kleinbetriebe aufgeteilt. Eine klar regulierte Kompetenzverteilung führt hier zu einer ökonomisch effizienten Nutzung des natürlichen Monopolcharakters der Abfallwirtschaft.

Energie

Der Energiesektor ist eine der Grundinfrastrukturen für das gesellschaftliche Leben, die Lebensqualität der Bevölkerung, aber auch für das Funktionieren und die Entwicklung der Volkswirtschaften. Für unser alltägliches Leben brauchen wir Energie zum Kochen, Heizen, für Licht und das Betreiben der vielen Geräte, die wir tagtäglich benutzen. Darüber hinaus hängen unzählige andere Infrastrukturen, die unser Leben und Überleben sichern, von einer stabilen Energieversorgung ab. Dazu gehören nicht nur die Gesundheitsversorgung, sondern auch Straßeninfrastrukturen, öffentlicher Verkehr, Telekommunikation, Lebensmittelmärkte und Kaufhäuser sowie die Wasserver- und Abwasserentsorgung (sofern sie von Pumpensystemen abhängig sind), um nur einige Beispiele zu nennen.

Energie gehört zu den Grundbedürfnissen unseres Lebens. Das wird umso deutlicher, wenn es zu Knappheit oder sogar Ausfällen kommt. Der großflächige Stromausfall in Folge eines Brandanschlags im Südwesten Berlins Anfang des Jahres 2026 zeigte beispielsweise die weitreichenden Folgen für die Bevölkerung. 45.000 Haushalte und 2.200 Firmen waren rund fünf Tage von der Energieversorgung getrennt. Ohne Strom fällt nicht nur die Lichtversorgung aus, auch Heizen ist weitestgehend nicht möglich, Warmwasser bleibt aus, auch gibt es kein Internet, keinen Handyempfang, Aufzüge stehen still, Ampeln funktionieren nicht, Bankomaten geben kein Geld aus und Unternehmen bleiben geschlossen. Das gesellschaftliche Leben kommt infolgedessen weitgehend zum Stillstand und die Versorgung der Bevölkerung wird zur Herausforderung. Im konkreten Fall von Berlin kam noch klirrende Winterkälte hinzu, die einen mehrtägigen Stromausfall potenziell lebensbedrohlich macht.¹³⁹

Doch nicht nur (absichtlich herbeigeführte) Schäden an den Infrastrukturen stellen eine Bedrohung für das Energiesystem dar. Ebenso gefährden die Klimakrise und internationale Konflikte eine stabile, sichere und leistbare Energieversorgung. Der Energiesektor und die Klimakrise sind in mehrfacher Hinsicht miteinander verbunden. Auf Grund der Verbrennung von fossilen Brennstoffen gehört der Energiesektor zu den größten Verursachern von Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union und weltweit. In der Europäischen Union ist der Energiesektor (Erzeugung und Verbrauch) sogar für mehr als 75 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich.¹⁴⁰ Der Energiesektor spielt folglich auch eine zentrale Rolle bei der Dekarbonisierung unserer Lebensweise. Darunter versteht man, dass

¹³⁹ derStandard (07.01.2026)

¹⁴⁰ Europäischer Rat/ Rat der Europäischen Union: EU-Maßnahmen für mehr grüne Energie

die Treibhausgasemissionen langfristig auf Netto-Null reduziert werden, um die Folgen des Klimawandels auf ein Minimum zu begrenzen.

2015 einigte sich die Staatengemeinschaft mit dem Übereinkommen von Paris darauf, die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad (gegenüber dem vorindustriellen Niveau) zu begrenzen.¹⁴¹ Rund zehn Jahre später gilt dieses Klimaziel zwar offiziell noch nicht als verfehlt, Expert*innen gehen allerdings davon aus, dass es nicht eingehalten werden kann. Einer aktuellen Studie zufolge wird die 1,5-Grad-Grenze schon 2028 langfristig überschritten werden.¹⁴² Doch nicht nur das 1,5-Grad-Ziel ist kaum noch erreichbar, auch das 2-Grad-Ziel wird mit dem aktuellen Tempo der Erwärmung wohl verfehlt werden. Laut aktuellem UN-Bericht steuert die Welt auf eine Erwärmung von bis zu 2,8 Grad Celsius bis zum Jahr 2100 zu.¹⁴³ Die Deutsche Meteorologische Gesellschaft und die Deutsche Physikalische Gesellschaft befürchten sogar eine Erwärmung um 3 Grad Celsius bis 2050.¹⁴⁴ In einer gemeinsamen Stellungnahme sehen sie eine rasantere Entwicklung der globalen Durchschnittstemperatur aufgrund immer schneller ansteigender Meeres- und Lufttemperaturen, verstärkender Rückkopplungsmechanismen und Klimakipppunkten als wahrscheinlich an. Bis zum Ende des Jahrhunderts könnte dies eine Erwärmung um 4 bis 5 Grad Celsius bedeuten. Eine derartige Erwärmung hätte trotz Anpassungsmaßnahmen katastrophale Auswirkungen auf die Menschheit.¹⁴⁵ Da sich Europa deutlich schneller erwärmt als der globale Durchschnitt – in Österreich beträgt die Erwärmung sogar schon +3,1 Grad Celsius –, werden die Veränderungen schon jetzt deutlich spürbar.¹⁴⁶ Umso wichtiger ist es auch in Europa, die Treibhausgasemissionen drastisch zu senken, um die Erwärmung und ihre Folgen auf einem möglichst niedrigen Niveau zu halten.

Um die Emissionen zu verringern, ist die Dekarbonisierung des Energiesektors von zentraler Bedeutung und ein verstärkter Einsatz erneuerbarer Energie unumgänglich. Der Einsatz und Ausbau erneuerbarer Energieträger ist deshalb auch zentraler Bestandteil des Europäischen Green Deals. Der EU-Green-Deal wurde 2019 von der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen verabschiedet und ist das handlungsleitende Dokument für die europäische Klimapolitik und folglich auch für den Energiesektor. Mit dem EU-Green-Deal soll das Ziel, die Netto-Treibhausgasemissionen der EU bis 2050 auf null zu reduzieren, erreicht werden. Die EU möchte Europa damit auch zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Folglich ist der Green Deal auch eines der ambitioniertesten Vorhaben der Europäischen

¹⁴¹ Oesterreich.gv.at: Das Übereinkommen von Paris

¹⁴² Kirchengast; Pichler (2025)

¹⁴³ science.orf (04.11.2025)

¹⁴⁴ DMG (2025): 4

¹⁴⁵ ebd.: 8

¹⁴⁶ science.orf (15.04.2025)

Union, welches Klimaneutralität, soziale Gerechtigkeit, aber auch wirtschaftliche Prosperität miteinander vereint.¹⁴⁷ Für den Energiesektor legt der EU Green Deal das Ziel fest, die Bevölkerung mit sauberer, erschwinglicher und sicherer Energie zu versorgen.¹⁴⁸ Im Zuge dessen legte die EU-Kommission 2021 mit dem Programm „Fit for 55“ konkrete Maßnahmen für unterschiedliche Bereiche des Green Deals vor. Die Bezeichnung „Fit for 55“ bezieht sich auf das Zwischenziel der EU, die Netto-Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 Prozent zu senken. Mit Bezug auf den Energiesektor soll dies vor allem durch die Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Verschärfung des bestehenden EU-Emissionshandelssystems erreicht werden.¹⁴⁹

Zeitgleich kommt es jedoch auf Grund des voranschreitenden Klimawandels immer häufiger zu Problemen bei der Energieerzeugung. Beispielsweise entstehen durch Unwetter und Überschwemmungen Schäden an den Energieinfrastrukturen und Hitze und Trockenheit führen – insbesondere im Sommer – zu Einbrüchen bei der Stromerzeugung aus Wasserkraft.¹⁵⁰

Eine weitere Herausforderung ist, dass es für die Herstellung von Strom enorme Wassermengen braucht. Von 2020 bis 2023 waren rund 33 Prozent der gesamten Süßwasserentnahmen in der EU auf die Kühlung von Kraftwerken zurückzuführen.¹⁵¹ Damit ist die Energiegewinnung nicht nur der Sektor mit den höchsten Emissionen, sondern auch jener mit der höchsten Wasserentnahme. Seit 2009 ist die Wasserentnahme für die Kühlung von Kraftwerken durch den steigenden Einsatz von erneuerbaren Energieträgern, die einen weitaus geringeren Wasserverbrauch haben, zwar um ein Drittel gesunken,¹⁵² es kam jedoch in den letzten Jahren trotzdem zu Knappheitsszenarien beim Kühlwasser für Gas-, Kohle- und Atomkraftwerke, die die Stromproduktion einschränkten. Atomkraftwerke nutzen Flusswasser zur Kühlung ihrer Reaktoren, das anschließend wieder in die Flüsse geleitet wird. In Dürreperioden, wenn Flüsse wasserarm oder überhitzt sind, müssen Atomkraftwerke entweder die Produktion drosseln oder brauchen Sondergenehmigungen, um Abwässer wärmer als gesetzlich festgeschrieben in die Flüsse zurückzuleiten.¹⁵³ Eine umstrittene Maßnahme, da sie die Flussökosysteme zusätzlich belastet. Trotz Sondergenehmigungen kann es dazu kommen, dass die Flüsse im Sommer ohnehin zu warm sind, um die Reaktoren zu kühlen, und die Produktion gedrosselt werden muss. Dies führte in den Jahren seit 2021 bereits zu einem geringeren Energieangebot und

¹⁴⁷ Europäische Kommission: Der europäische Grüne Deal

¹⁴⁸ Europäische Kommission: Energie und Grüner Deal

¹⁴⁹ Europäischer Rat/ Rat der Europäischen Union: Fit for 55

¹⁵⁰ Österreichs Energie (15.03.2024): Wie der Klimawandel die Wasserkraft beeinflusst

¹⁵¹ EEA (2025): Water abstraction by source and economic sector in Europe

¹⁵² ebd.

¹⁵³ Wirtschaftswoche (02.06.2023)

messbaren Engpässen in weiten Teilen Europas auf Grund von anhaltenden Hitzewellen.¹⁵⁴ Das befeuerte auch die durch die Folgen der Covid-Pandemie und den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine angestoßene, europaweite Energiekrise.¹⁵⁵ Besonders betroffen war Frankreich, wo viel Wasser für die Stromproduktion benötigt wird. Infolge von Trockenheit, Niedrigwasser und der Erwärmung der Flüsse kam es zu Produktionsschwierigkeiten bei den zahlreichen Atomkraftwerken. 2022 war der Output der französischen Atomkraftwerke so niedrig, dass Frankreich keinen Strom exportieren konnte, sondern im Gegenteil importieren musste.

Diese Entwicklungen und Herausforderungen bei der Energieproduktion haben auch einen Einfluss auf den Energiepreis. Schon Ende 2020 und über das Jahr 2021 hinweg waren die Energiepreise, auf Grund des weltweiten Anstiegs der Großhandelspreise infolge der Covid-Pandemie, enormen Schwankungen unterworfen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der im Februar 2022 begann, verschärfte die Situation und sorgte für weitere massive Störungen am Energiemarkt. Es kam zu starken Preisanstiegen für Gas und Strom¹⁵⁶ in den Mitgliedsstaaten und damit zu extrem hohen Energierechnungen für Haushalte, aber auch Unternehmen in der EU.¹⁵⁷

Als Reaktion auf die Störungen des Energiemarkts wurde nur wenige Monate später von der EU der REPowerEU-Plan vorgestellt, der einen sicheren Zugang zu leistbarer Energie und die Vermeidung von Unterbrechungen der Energieversorgung zum Ziel hat. Als zentral wird darin auch der Umstieg auf erneuerbare Energiequellen festgeschrieben, um geopolitische Abhängigkeiten der EU von fossilen Energieimporten, insbesondere aus Russland, zu verringern.¹⁵⁸ In Folge konnte zwischen August 2022 und Mai 2024 der EU-weite Gasverbrauch um 18 Prozent (im Vergleich zu den vorangegangenen fünf Jahren) gesenkt werden, während erneuerbare Energiequellen gefördert wurden.¹⁵⁹ Dadurch war man auf weniger Gaslieferungen aus Staaten außerhalb der EU angewiesen. Die Kohle-, Öl- und Gasimporte aus Russland konnten bis 2025 stark reduziert beziehungsweise gänzlich ausgesetzt werden und durch Importe aus anderen Ländern¹⁶⁰ ersetzt werden.¹⁶¹ Darüber hinaus gab es mit der EU Energy Platform 2022 und dem Programm AggregateEU 2023 Bemühungen seitens der EU, den Wettbewerb der Mitgliedsstaaten um Gas zu vermeiden, indem die Beschaffung gemeinschaftlich und solidarisch erfolgte.¹⁶²

¹⁵⁴ Europäischer Rat/ Rat der Europäischen Union: Anstieg der Energiepreise seit 2021

¹⁵⁵ derStandard (18.07.2022)

¹⁵⁶ Der Grund dafür ist, dass der Strompreis in der EU durch das Merit-Order-Prinzip an den Preis für Erdgas gebunden ist.

¹⁵⁷ Europäischer Rat/ Rat der Europäischen Union: Anstieg der Energiepreise seit 2021

¹⁵⁸ Getzner et al (2024): 91

¹⁵⁹ Europäischer Rat/ Rat der Europäischen Union: Wie hat die EU auf die Energiekrise 2022 reagiert?

¹⁶⁰ Zu den Hauptlieferanten gehören jetzt Norwegen, USA, UK etc.

¹⁶¹ Europäische Kommission: REPowerEU

¹⁶² Europäische Kommission: EU-Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise

Die Preisschwankungen in der EU sowie den einzelnen Mitgliedsstaaten konnten aber durch diese Bemühungen nicht gänzlich abgefedert werden. Es mussten zahlreiche Maßnahmen ergriffen werden, um die Preisanstiege für die Verbraucher*innen abzuschwächen. Laut Schätzungen haben die EU-Länder während der Energiekrise rund 540 Milliarden Euro ausgegeben, um Privathaushalte und Unternehmen vor den stark steigenden Energiepreisen zu schützen.¹⁶³

Im Lichte dieser anhaltenden Belastung durch hohe bzw. volatile Energiepreise für die Verbraucher*innen, die aktuell durch den Krieg im Iran neu aufflammen, stellt sich die zentrale Frage, inwieweit der liberalisierte und teilweise privatisierte Energiemarkt aufkommende Krisenszenarien bewältigen kann oder sie sogar noch verschärft. Die Erfahrungen in den letzten Jahren zeigen, dass die EU und die Mitgliedsstaaten, sprich auch die öffentliche Hand, zahlreiche (finanziell) aufwändige Maßnahmen ergreifen mussten, damit die Belastung durch hohe bzw. volatile Energiepreise aufgefangen bzw. abgefedert werden konnten. Ebenfalls fraglich ist, inwieweit die Dekarbonisierung des Energiesystems privaten Unternehmen, die vor allem auf Kostensenkung und Profitmaximierung ausgerichtet sind, überlassen werden kann, denn eine erfolgreiche Dekarbonisierung des Energiesystems benötigt vor allem langfristige Planung und stetige Investitionen.

Liberalisierung und Privatisierung des Elektrizitätsmarkts

Der Energiesektor ist auf Grund seines Basischarakters, der Leistungen in anderen Bereichen überhaupt erst ermöglicht, und seiner unterschiedlichen Leistungen ein essenzieller Bereich der Daseinsvorsorge. Er umfasst neben der Erzeugung von Strom auch die Wärme- und Kälteerzeugung. Strom kann mittels fossiler Energieträger (Kohle, Erdgas etc.), erneuerbarer Energiequellen (Wasserkraft, Wind, Photovoltaik etc.), aber auch Atomenergie erzeugt werden. Auf EU-Ebene machen erneuerbare Energien mittlerweile den größten Anteil an der Stromerzeugung aus, gefolgt von fossilen Brennstoffen und Kernenergie. 48 Prozent des Stroms stammen aus erneuerbaren Quellen, davon 36,2 Prozent aus Windkraft, 27,4 Prozent aus Wasserkraft und 22,8 Prozent aus Solarenergie. 29 Prozent des Stroms werden mit fossilen Brennstoffen erzeugt, vorwiegend aus Erdgas (56 Prozent) und Kohle (34,3 Prozent). Die übrigen 23 Prozent des erzeugten Stroms in der EU werden durch Kernenergie erzeugt.¹⁶⁴ Ähnlich ist es bei der Erzeugung von Wärme, wo fossile Energieträger wie Gas, Kohle und Erdöl zum Einsatz kommen, aber auch nachhaltigere Erzeugungsmöglichkeiten durch Müllverbrennung, industrielle Abwärme oder Geothermie mittlerweile genutzt werden. Der Anteil

¹⁶³ Europäischer Rat/ Rat der Europäischen Union: Wie wird Strom in der EU erzeugt und verkauft?

¹⁶⁴ ebd.

erneuerbarer Energie bei der Wärme- und Kälteerzeugung in der EU lag 2024 bei 26,7 Prozent, weitaus unter dem 48-Prozent-Anteil der Erneuerbaren bei der Stromerzeugung.¹⁶⁵ Etwa 34 Prozent, also rund ein Drittel, der Haushalte in der EU wurden 2023 allerdings noch mit Gas beheizt. 33 Prozent nutzten Erneuerbare und Biomasse und rund 13 Prozent Heizöl.¹⁶⁶

Aus Gründen der Versorgungssicherheit wurden die Leistungen des Energiesektors in vielen europäischen Ländern mehrheitlich von der öffentlichen Hand erbracht. Jedoch wurden auch diese öffentlichen Dienstleistungen von den aufkommenden Liberalisierungs- und Privatisierungstendenzen in der Europäischen Union erfasst. Die Leistungen des Energiesektors wurden im Laufe der 1990er und 2000er Jahre liberalisiert und teilweise privatisiert.¹⁶⁷ Das Ziel einer Liberalisierung ist es grundsätzlich, wettbewerbsorientierte Marktstrukturen zu schaffen, in denen mehrere Anbieter*innen miteinander konkurrieren und Konsument*innen die Anbieter*innen frei wählen können. Dieser Logik folgend würden sich nicht nur die Effizienz steigern und die Qualität der Leistungserbringung und die Versorgungssicherheit erhöhen, sondern auch die Preise sinken. Darüber hinaus hätte die Liberalisierung die Energiewende hin zu einem nachhaltigeren Energiesystem unterstützen sollen, indem nachhaltige Stromerzeuger*innen einfacher in den Markt hätten einsteigen können.¹⁶⁸

Eingeleitet wurde die Liberalisierung des Energiesektors mit der ersten Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie, die 1996 vom Europäischen Parlament und vom Rat erlassen wurde. Ihre zentralen Ziele waren die Vollendung des Binnenmarkts im Elektrizitätssektor und die Schaffung eines wettbewerbsorientierten Elektrizitätsmarkts, auf dem Unternehmen in Konkurrenz zueinander treten. Die Richtlinie sah eine schrittweise Öffnung des Marktes vor und regelte die Erzeugung, Übertragung und Verteilung von Elektrizität. Zusammen mit der 1998 erlassenen ersten Erdgasbinnenmarktrichtlinie bildete sie das 1. Energiebinnenmarktpaket. 2003 folgten die zweite Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie und die zweite Erdgasbinnenmarktrichtlinie. Zusammen mit der Verordnung über die Netzzugangsbedingungen und die Erdgasfernleistungsnetze bildeten sie das 2. Energiebinnenmarktpaket der EU und darauf aufbauend 2009 das 3. Energiepaket. Vorreiterinnen der Liberalisierung der Strommärkte in der Europäischen Union waren allen voran Großbritannien und Schweden, die den Liberalisierungsfristen der EU häufig voraus waren. Aber auch Dänemark, Finnland, Deutschland und Spanien liberalisierten ihre Energieversorgung rasch. Auch Österreich begann bereits

¹⁶⁵ Eurostat (26.01.2026): Small increase in renewable heating and cooling 2024

¹⁶⁶ Eurostat (2025): Energy consumption in households

¹⁶⁷ ÖGPP (2019): 44

¹⁶⁸ ebd.: 8

in den späten 1990er Jahren mit der Liberalisierung der Elektrizitätswirtschaft. 2001 wurde der österreichische Strommarkt vollständig geöffnet, 2002 folgte die gänzliche Öffnung des Gasmarkts.

Die Liberalisierung des Energiesektors hat allerdings noch keine Auswirkungen auf die Eigentumsverhältnisse. In Österreich sind nach wie vor die meisten bedeutenden Energieversorgungsunternehmen ausschließlich oder zumindest mehrheitlich in öffentlicher Hand. Die starke Beteiligung der öffentlichen Hand ist sogar verfassungsrechtlich festgelegt, die Verbundgesellschaft muss zumindest zu 51 Prozent im Eigentum des Bundes sein sowie auch die Landesgesellschaften mehrheitlich im Eigentum einer Gebietskörperschaft stehen müssen.¹⁶⁹ Im Gegensatz zu Österreich wurde in anderen Ländern Europas – wie etwa in Großbritannien, Schweden oder Deutschland – weitreichend privatisiert.¹⁷⁰ In Großbritannien betraf dies nicht nur den Energiebereich, sondern auch andere Bereiche wie etwa die Wasserversorgung oder den öffentlichen Personennahverkehr. In Deutschland setzte die (Teil-)Privatisierung der kommunalen Energieversorger*innen 1998 ein und bis 2001 hatte jede zweite Stadt mit mehr als 50.000 Einwohner*innen zumindest Teile ihrer Stadtwerke privatisiert.¹⁷¹

Eine zentrale Voraussetzung für die Liberalisierung (insbesondere im Stromsektor) ist das sogenannte Unbundling, wodurch die Übertragung und Verteilung von Erzeugung und Vertrieb getrennt werden. Es bedeutet die (rechtliche oder buchhalterische) Entflechtung der integrierten Teilbereiche eines Versorgungsunternehmens. Traditionell waren nicht nur die Stromerzeugung, sondern auch die Verteilung, Übertragung und der Vertrieb in einem Unternehmen vereinigt. Im Zuge der Liberalisierung des Sektors mussten diese unterschiedlichen Leistungen allerdings voneinander getrennt werden. Mit dem Unbundling werden jene Bereiche, in denen Wettbewerb möglich ist, von jenen, die als natürliche Monopole gelten, getrennt, um sie für den freien Markt zu öffnen.¹⁷² Ähnlich wie im Wasserbereich ist die Netzinfrastruktur im Energiesektor sehr kapitalintensiv, wodurch der Aufbau von Parallelstrukturen sehr teuer ist und sich für Unternehmen nicht lohnt. Die Netzinfrastrukturen der Elektrizitätswirtschaft sind deshalb, wie bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung, als natürliche Monopole anzusehen und eignen sich nicht für den Wettbewerb, im Gegensatz zu Erzeugung und Vertrieb. Mit der Trennung wurde beispielsweise in Österreich die E-Control GmbH als

¹⁶⁹ Getzner et al (2024): 89

¹⁷⁰ Flecker et al. (2009)

¹⁷¹ ÖGPP (2019): 46

¹⁷² Haas et al. (2004): 9

Aufsichtsbehörde geschaffen, die den Markt beobachtet und den Zugang zu den Netzen reguliert, auch wenn der Großteil der Versorger*innen in öffentlicher Hand ist.¹⁷³

Die prognostizierten Erfolge und positiven Entwicklungen, die durch eine Liberalisierung und Privatisierung im Energiebereich eintreten sollten, blieben allerdings kurz- wie auch langfristig aus. Das zentrale Ziel der Liberalisierung war, die Monopolstellung der öffentlichen Versorger*innen zu brechen und den Wettbewerb zwischen den Energieversorgungsunternehmen herzustellen, damit Konsument*innen aus möglichst vielen Anbieter*innen wählen können. Das sollte eine Marktkonzentration verhindern, was wiederum Effizienzsteigerungen, Preisreduktionen und eine bessere Versorgungsleistung herstellen sollte. Für richtigen Wettbewerb braucht es allerdings eine Vielzahl von Konkurrent*innen am Markt. Im Zuge der Liberalisierung und der teilweise erfolgten Privatisierungen kam es jedoch weitgehend zu einem Konzentrationsprozess im Energiesektor. Das heißt, dass in einigen Ländern die Anzahl der Energieversorger*innen sogar zurückgegangen ist, da größere Unternehmen kleinere Konkurrent*innen aufgekauft haben. In Deutschland, wo es vor der Liberalisierung acht große Stromerzeuger*innen gab, waren es danach nur noch vier. Ebenso ging die Anzahl der Stromanbieter*innen zurück, da rund 200 gemeindeeigene Stromversorger*innen wegfielen. Auch in Schweden wurde eine Reihe lokaler Stromversorger*innen von großen Unternehmen in ausländischem Besitz übernommen, die nach der Liberalisierung in den Markt eintraten.¹⁷⁴ Auch dort, wo die Zahl der Stromanbieter*innen gestiegen ist, kam es nicht automatisch zu mehr Wettbewerb, da in vielen Fällen die größten Unternehmen ihre Marktanteile ausbauen konnten. Das war nicht nur in Deutschland, sondern auch in Großbritannien beobachtbar, wo die fünf größten Energieunternehmen rund 70 Prozent der Marktanteile innehaben.¹⁷⁵

Auch bei den Energiepreisen hielt die Liberalisierung nicht, was sie versprochen hatte.¹⁷⁶ Ein liberalisierter Energiemarkt ist nicht mehr auf Versorgungssicherheit ausgelegt, sondern auf Profitmaximierung. Ein Umstand, welcher sich vor allem während der Energiekrise 2022 zeigte: Während die Energiepreise eine enorme Belastung für Haushalte darstellten, erzielten die Energieunternehmen gleichzeitig Rekordgewinne.¹⁷⁷

Darüber hinaus ergab eine Studie aus dem Jahr 2011, dass die Privatisierungen im Elektrizitätssektor in der EU zu einer wachsenden öffentlichen Unzufriedenheit führten.¹⁷⁸ Auch der Trend hin zur

¹⁷³ Brandt; Schulten (2009): 53

¹⁷⁴ Hermann; Verhoest (2009): 3

¹⁷⁵ Flecker; Hermann (2009): 8; Valentin; Steinfeld (2024)

¹⁷⁶ Hermann; Verhoest (2009): 14

¹⁷⁷ Attac (21.07.2025)

¹⁷⁸ Wegmann (2019): 13

Rekommunalisierung von privatisierten Energieunternehmen verdeutlicht, dass die Liberalisierung und Privatisierungen in dem Sektor nicht zu den Verbesserungen geführt haben, die erwartet worden waren. In den letzten zwanzig Jahren gab es mindestens 298 Fälle von Rekommunalisierungen im Energiesektor. Der Großteil davon, nämlich 284, fand in Deutschland statt. Dort führten die (Teil-)Privatisierungen von vormals kommunalen Unternehmen zu einer starken Marktkonzentration und einem starken Anstieg der Preise in kurzer Zeit, weshalb viele Gemeinden den Entschluss gefasst haben, die Energieversorgung wieder selbst in die Hand zu nehmen. In Deutschland konnten zwar die meisten Rekommunalisierungen beobachtet werden, allerdings wurden auch in Großbritannien, in den Niederlanden, Frankreich, Dänemark und Spanien Energieversorger*innen rekommunalisiert.

Gesellschaftliche Aspekte

Versorgungssicherheit

Energie gehört zu den existenziellen Gütern, die nicht nur für das Funktionieren der gesamten Wirtschaft zentral sind, sondern auch für das tägliche Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft. Die gesicherte Versorgung mit Energie ist daher eines der wichtigsten energiepolitischen Ziele und Aufgaben auf regionaler, nationaler und EU-Ebene. Die Sicherstellung der Versorgungssicherheit war in Österreich einer der Hauptgründe für die Verstaatlichung des Energiesektors Ende der 1940er Jahre. Gleichzeitig war sie aber auch das Argument für die Liberalisierung des gesamten Sektors in den frühen 2000er Jahren.¹⁷⁹

Mit der Liberalisierung wurde die Sicherstellung der Versorgungssicherheit weitgehend dem geöffneten Markt übertragen, der die entsprechenden Leistungen erbringen soll. Staatliche Steuerung und Eingriffe der öffentlichen Hand sind erst dann vorgesehen, wenn der Markt die Versorgungssicherheit nicht herstellen kann oder aufgrund einer bereits eingetretenen Krise der Ausfall der Energieversorgung droht.¹⁸⁰ Versorgungssicherheit hat hierbei unterschiedliche Bedeutungen und umfasst mehrere Elemente. Es muss genügend Energie zur Verfügung stehen oder produziert werden können, um den Bedarf zu decken. Dazu braucht es ausreichend Primärenergiegüter (wie Wind-, Sonnen- und Wasserkraft sowie Gas und Öl) sowie Produktionskapazitäten, um Strom und Wärme zu produzieren. Das ist vor allem in Hinsicht auf Strom von Bedeutung, denn dieser lässt sich nur schlecht

¹⁷⁹ Getzner et al (2024): 91

¹⁸⁰ ebd.: 95

speichern und muss deshalb in genau jener Menge produziert oder beschafft werden, in der er im jeweiligen Moment benötigt wird. Die Energiekrise im Jahr 2022, die von einer erheblichen Unsicherheit über Gaslieferungen aus Russland geprägt war, verdeutlichte darüber hinaus die Relevanz von Reservekapazitäten und der Diversifizierung der Energieversorgung, um Verwundbarkeiten bei der Versorgungssicherheit zu reduzieren. Zur Absicherung der Energieversorgung wurde von der EU festgelegt, dass die Gasreserven vor dem Winterbeginn auf 90 Prozent erhöht werden müssen. Zwei Drittel der Gesamtspeicherkapazitäten entfallen auf nur fünf EU-Mitgliedsstaaten: Deutschland, Italien, Frankreich, Niederlande und Österreich.¹⁸¹ Diversifizierung bezeichnet einerseits die Erschließung verschiedener Energiequellen zur jederzeitigen Deckung des Energiebedarfs der Bevölkerung und andererseits die Verringerung der Abhängigkeit von einzelnen Energielieferant*innen auf dem internationalen Energiemarkt. Da die EU mehr als die Hälfte ihrer Energie importieren muss und es sich beim Hauptlieferanten fossiler Brennstoffe um Russland handelte, bestand hier Handlungsbedarf. Um die Abhängigkeit von Gas aus Russland zu verringern, wurden 2022 die Importe schrittweise zurückgefahren (und bei Öl und Kohle beendet). Im Jahr 2025 machten die Einfuhren von Gas aus Russland nur mehr 13 Prozent der gesamten Gasimporte der EU aus.¹⁸² Die wichtigsten Lieferant*innen für Gas in die EU sind nun die Vereinigten Staaten und Norwegen.

Ebenso wichtig ist die Beschleunigung der Energiewende, da sie einerseits die Abhängigkeit von Erdgasimporten aus dem Ausland verringern kann und andererseits die Erreichung der Klimaziele unterstützt. Wie die Energiekrise 2022 gezeigt hat, ist der Umstieg auf erneuerbare Energieträger nicht nur wichtig, um die Klimaziele zu erreichen, sondern auch, um geopolitische Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern zu reduzieren.¹⁸³ In den letzten Jahren konnten hier in der EU schon einige Fortschritte erzielt werden. Während im Jahr 2021 41 Prozent des Stroms in der EU aus erneuerbaren Energiequellen stammten, waren es 2025 bereits 47,2 Prozent. Damit konnte die EU ihre Verwundbarkeit gegenüber Lieferausfällen, Engpässen und Unsicherheit auf dem Markt zwar reduzieren, sie ist aber noch nicht vollständig krisenfest. Nach wie vor muss rund ein Drittel (29 Prozent) des Stroms in der EU aus fossilen Brennstoffen, hauptsächlich Erdgas, gewonnen werden.¹⁸⁴ Ebenso ist der Wärmesektor weiterhin stark von fossilen Energieträgern abhängig, rund 55 Prozent der Haushalte in der EU werden mit fossilen Energieträgern beheizt.¹⁸⁵

¹⁸¹ Europäischer Rat/ Rat der Europäischen Union: Wie viel Gas haben die EU-Länder gespeichert?

¹⁸² Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union: Russische Gaseinfuhren

¹⁸³ Europäischer Rat/ Rat der Europäischen Union: Wie hat die EU auf die Energiekrise 2022 reagiert?

¹⁸⁴ Eurostat (03.04.2023): Renewables: main source of energy production in 2021; Eurostat (19.03.2026): 47% of EU's electricity came from renewables in 2025

¹⁸⁵ Hagemann; Schwab (2026)

Auch in Österreich, das hohe Produktionskapazitäten bei der klimafreundlichen Stromerzeugung aufweist, da der Großteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen wird (im Jahr 2024 waren es 87,5 Prozent), kann es vor allem im Winter zu Produktionseinbrüchen bei den Erneuerbaren kommen.¹⁸⁶ Im Winter 2025/26 schien weder die Sonne noch wehte der Wind in gewohntem Ausmaß, deshalb war kaum Strom aus PV- und Windkraftanlagen im Netz. Um diese Ausfälle auszugleichen, lieferten Gaskraftwerke den Strom. Auch der Wärmesektor in Österreich ist weiterhin stark vom Einsatz von Gas geprägt. Österreich ist hier weiterhin von Importen insbesondere fossiler Energieträger abhängig. Gerade bei geopolitischen Krisen, wie der Energiekrise 2022, und auch den aktuellen Entwicklungen im Iran ist der österreichische und auch der EU-europäische Energiemarkt trotz Diversifizierung ihrer Lieferant*innen weiterhin Preisrisiken ausgesetzt.¹⁸⁷ Volatile und stark steigende Energiepreise wirken sich jedoch negativ auf die Versorgungssicherheit aus. Denn neben der Verfügbarkeit und Verlässlichkeit von Energie ist auch die Leistbarkeit ein zentraler Aspekt der Versorgungssicherheit. Die Bevölkerung muss sich die Energiepreise leisten können, um ihre Energiebedürfnisse zu stillen.

Verwerfungen an der Energiebörse wirken sich auch auf die Energieversorger*innen aus. Die Energiekrise führte nicht nur zu finanziellen Schwierigkeiten bei den Energiekund*innen, sondern setzte kleinere Energieversorger*innen ebenso wie Stadtwerke unter Druck und führte zu mehreren Insolvenzen. In Großbritannien sind im Zuge der Energiekrise 2022 in nur einem Jahr 30 Energieversorger*innen zusammengebrochen und ließen rund 4,5 Millionen Haushalte ohne Energieversorgung zurück. Sie mussten von der britischen Regulierungsbehörde Ofgem an neue Energieversorger*innen angeschlossen werden. Die Ersatzversorgung hatte jedoch deutlich höhere Preise zur Folge.¹⁸⁸ Die Unsicherheiten am Energiemarkt und die steigende Inflation führten außerdem dazu, dass einige Energieversorger*innen in Großbritannien keine kleinen Unternehmen mehr versorgten, da sie Zahlungsausfälle befürchteten.¹⁸⁹ In Deutschland musste auf Grund der Energiekrise beispielsweise der größte Gasversorger Uniper mit staatlichen Geldern in Höhe von 17 Milliarden Euro vor der Insolvenz bewahrt werden. Seit 2022 ist das Unternehmen nun zu 99 Prozent in staatlicher Hand, bis 2028 soll dieser Anteil allerdings wieder auf ein Viertel schrumpfen. Eine Verlängerung wäre nur mit der Erlaubnis der EU möglich.¹⁹⁰ Auch der zweit- und drittgrößte Gasimporteur in Deutschland, Sefo und VNG, mussten Staatshilfen beantragen.¹⁹¹ Auch für einige kommunale Stadtwerke in

¹⁸⁶ Advantage Austria

¹⁸⁷ derStandard (25.03.2026)

¹⁸⁸ theGuardian (23.03.2022): UK households could face 2.4bn bill for energy firm collapses

¹⁸⁹ theGuardian (25.08.2022): Energy firms refusing to supply small UK business over bankruptcy fears

¹⁹⁰ dieZeit (22.12.2022): Uniper ist verstaatlicht

¹⁹¹ dieZeit (21.09.2022): Das ist erst der Anfang

Deutschland war die Lage angespannt, denn auch sie hatten mit den Verwerfungen am Energiemarkt und der anwachsenden Zahlungsunfähigkeit ihrer Kund*innen zu kämpfen.¹⁹²

Neben der Sicherstellung ausreichender Energiequellen und Erzeugungskapazitäten braucht es auch angemessene und sichere Netzinfrastrukturen, über die Energie transportiert werden können, um Versorgungssicherheit herstellen zu können. Die Netzstrukturen wurden im Zuge der Liberalisierung vom restlichen Betrieb entkoppelt und werden auf Grund der hohen Errichtungskosten als natürliches Monopol angesehen. Ihre Sicherheit hängt maßgeblich von Investitionen in ihren Ausbau und ihre Instandhaltung ab. Die bedeutende Rolle der Netze wurde 2025 durch einen der größten Stromausfälle in Europa deutlich. In ganz Spanien und Portugal fiel am 28. April der Strom aus, wodurch es zu schweren Verkehrsproblemen und dem Ausfall des Telekommunikationssystems kam. Grund für den großflächigen, stundenlangen Stromausfall war eine zu hohe Spannung im Netz aufgrund mangelnder Koordination, unklarer Zuständigkeiten und fehlender Transparenz.¹⁹³ Die Energiewende erfordert auch eine Anpassung der Netze, da die Netzinfrastrukturen in Europa in einer Zeit erbaut wurden, als ausschließlich fossile Energieträger zum Einsatz kamen. Durch den vermehrten Einsatz erneuerbarer Energiequellen ist jedoch die Einspeisung von Strom weitaus dezentraler und flexiblierter, was die Anforderungen an die Netze erhöht. Hinzu kommt, dass der Stromverbrauch in Europa durch die Elektrifizierung des Verkehrs, der Industrie und der Heizsysteme stetig steigt. Bis 2030 wird ein Anstieg um 60 Prozent prognostiziert.¹⁹⁴ Um Ausfälle zu vermeiden, die Versorgungssicherheit zu garantieren und die Energiewende zu ermöglichen, müssen die Netze ausgebaut und modernisiert werden.¹⁹⁵ Geschieht dies nicht oder zu langsam, dann hat dies spürbare Folgen, wie man etwa in Großbritannien sehen kann. Hier führt der langsame Ausbau der Netzinfrastrukturen dazu, dass erneuerbare Energieprojekte rund 5,5 Jahre warten müssen, um ans Netz angeschlossen zu werden. Selbiges ist in Ungarn zu beobachten, wo der Übertragungsnetzbetreiber MAVIR angibt, dass es 5 Jahre dauert, erneuerbare Energieprojekte ans Netz anzuschließen.¹⁹⁶ Die EU-Kommission schätzt, dass bis 2040 Investitionen von rund 1,2 Billionen Euro in die Netzinfrastrukturen erforderlich sind.¹⁹⁷ Auch in Österreich erfordert der weitere Ausbau von Photovoltaik und Windkraft massive Investitionen in die regionalen Netze. Laut Austrian Power Grid sollen rund 9 Mrd. Euro in die Netzinfrastuktur investiert werden.¹⁹⁸ In Wien (sowie in Teilen Niederösterreichs und des Burgenlandes) sind die Wiener Netze die

¹⁹² orf.at (14.09.2022): Lage für deutsche Stadtwerke zunehmend angespannt

¹⁹³ orf.at (17.06.2025): Überspannung führte zu Spaniens Blackout

¹⁹⁴ ÖGB Europabüro (24.04.2025)

¹⁹⁵ Beyond Fossil Fuels (2025): 9

¹⁹⁶ ebd.: 14

¹⁹⁷ Europäische Kommission (10.12.2025)

¹⁹⁸ Kleine Zeitung (07.04.2026)

Netzbetreiberin für mehr als zwei Millionen Kund*innen und 200.000 Betriebe. Bis 2029 investieren die Wiener Netze 2,2 Milliarden Euro, um auch weiterhin ein sicheres und modernes Netz bereitzustellen.¹⁹⁹

Energiepreise

Krisenereignisse führen zu Verunsicherungen über die Versorgungssicherheit und haben massive Auswirkungen auf die Energiemärkte. Bereits 2021 war im Zuge der Covid-Pandemie, aufgrund steigender Nachfrage nach Energie, ein Anstieg der Energiepreise zu verzeichnen. Im Jahr 2022 kam es allerdings zu enormen Preissteigerungen durch den Krieg in der Ukraine.²⁰⁰ Wie Abbildung 5: der AEA (Austrian Energy Agency) zeigt, kam es zwischen 2020 und 2022 zu einer Vervielfachung der Energiepreise aufgrund von Versorgungsunsicherheiten bezüglich Gas und Kohle aus Russland.

Durchschnittliche Day-Ahead-Strompreise im Großhandel in EUR/MWh | Spotmarkt | 2020 vs. 2022 (01.01. – 15.03)

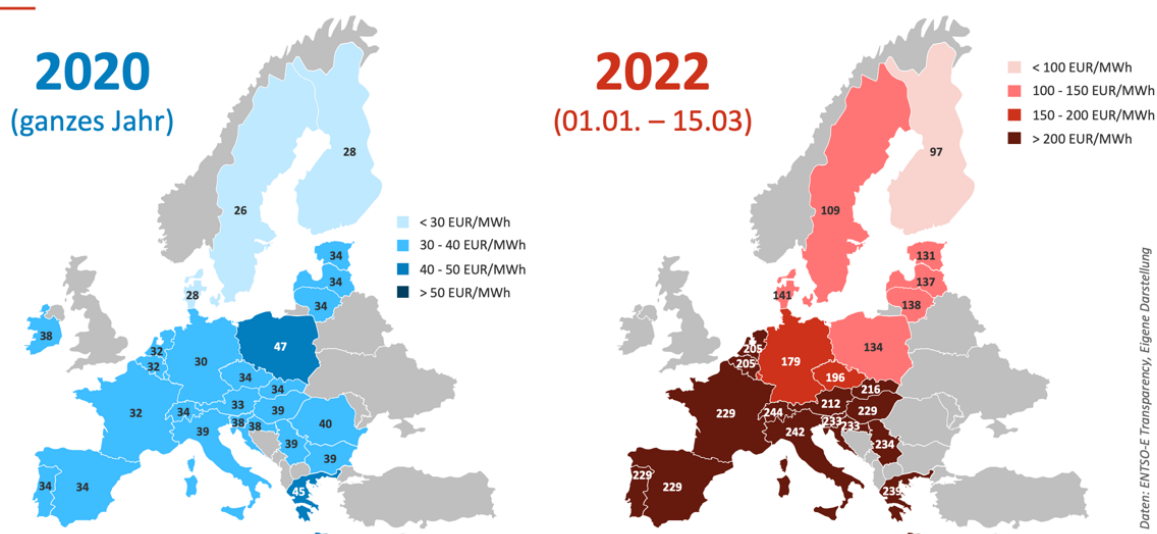


Abbildung 5: Durchschnittliche Day-Ahead-Strompreise im Großhandel²⁰¹

Hohe Energiepreise haben gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen, da sie als indirekte wie direkte Inflationstreiber wirken. 2022 waren die Preise für Gas, Strom und Treibstoffe bestimmend für die Inflationsentwicklung in der gesamten EU. In Österreich lag die Inflation im Juli 2022 bei 9,3 Prozent, der höchsten Teuerungsrate seit Februar 1975. Mehr als die Hälfte der

¹⁹⁹ Wiener Netze (2025)

²⁰⁰ Dolna-Gruber; Knaus; Zwieß (2022): 23

²⁰¹ AEA (2022)

Inflationsrate von 9,3 Prozent war dabei auf die Preissteigerungen bei Haushaltsenergie, Wohnen und Verkehr zurückzuführen.²⁰² Das wirkt sich nicht nur negativ auf Unternehmen, sondern auch auf Privathaushalte aus, die mit der allgemeinen Teuerung zu kämpfen haben. Diese enormen Preissteigerungen am Energiemarkt sind allerdings nicht nur allein durch den Krieg begründet, sondern sind auch der Ausgestaltung des europäischen Energiemarktes und seiner Funktionsweise geschuldet.

Eines der Hauptargumente für die Liberalisierung des Energiesektors war, dass durch den Wettbewerb am freien Markt und die Möglichkeit für die Konsument*innen, ihre Energieversorger*innen frei zu wählen, die Energiepreise sinken würden. In Österreich sanken die Strompreise kurz nach der Liberalisierung des Sektors in den frühen 2000er Jahren tatsächlich. Allerdings nur für große Industrieunternehmen, die sich in den darauffolgenden 10 Jahren rund 30 Prozent an Stromkosten ersparten. Für die privaten Haushalte hingegen lag die Einsparung praktisch bei null.²⁰³ Es ist nicht eindeutig feststellbar, ob diese Preissenkungen, von denen die Großverbraucher*innen profitierten, im Zusammenhang mit der Liberalisierung standen. Während das Wifo und die Regulierungsbehörde E-Control von einer positiven Wirkung der Liberalisierung auf die Energiepreise ausgehen, setzen die Arbeiterkammer und auch Attac die Preisreduktion in einen anderen Kontext.²⁰⁴ Die Arbeiterkammer argumentiert in ihrem Positionspapier zur „Reform des Strommarkt-Designs der Europäischen Union“, dass die Liberalisierung lediglich zu einem günstigen Zeitpunkt durchgeführt wurde, als flächendeckende Infrastrukturen (Gaskraftwerke, Stromübertragungs- und -verteilnetze, Gasfernleitungen und -verteilnetze) bereits errichtet und größtenteils finanziert waren, was zunächst sinkende Energiepreise für Großverbraucher*innen zur Folge hatte.²⁰⁵ Ebenso sieht Attac den Grund für die zunächst sinkenden Energiepreise nicht in der Liberalisierung des Sektors, sondern bei der zur Verfügung stehenden Infrastruktur, die mitverantwortlich für die sinkenden Preise war.²⁰⁶ Eine grundsätzliche (langfristige) Preissenkung bei den Energiekosten seit der Liberalisierung 2001 ist, laut Arbeiterkammer, in Österreich jedenfalls nicht beobachtbar.²⁰⁷ Ebenso kritisiert die Arbeiterkammer, dass die österreichischen Haushalte seit der Liberalisierung des Energiesektors prozentuell einen höheren Kostenanteil an den Netzkosten zu entrichten haben als Großverbraucher*innen.²⁰⁸ Denn wesentliche Bestandteile der Stromrechnung für die österreichischen Haushalte sind die zu zahlenden

²⁰² Perner (o.J.)

²⁰³ Haas et al. (2004): 79

²⁰⁴ E-Control (05.10.2021); Kratena (2004)

²⁰⁵ Arbeiterkammer (2023): 7

²⁰⁶ Attac: Mythen zur Liberalisierung

²⁰⁷ Raab (2023)

²⁰⁸ Arbeiterkammer (2023): 7

Netzentgelte. Ebenfalls von den Privatkund*innen zu zahlen sind die Erneuerbaren-Förderpauschale und der Erneuerbaren-Förderbeitrag, die die Strompreise für die Verbraucher*innen erhöhen.²⁰⁹

Durch die Liberalisierung werden die Preise durch den Wettbewerb zwischen den Energieanbieter*innen und dem Handel an der Börse bestimmt. Große Kund*innen (wie Industrieunternehmen oder Stadtwerke) kaufen ungefähr die Hälfte des Stroms direkt bei den Erzeuger*innen ein, die andere Hälfte wird an der Börse gehandelt. Dabei wird ein Teil in Form von sogenannten „Futures“ gehandelt. Futures sind Termingeschäfte, das heißt, Verkäufer*in und Käufer*in einigen sich auf die Lieferung von einer gewissen Menge Strom zu einem bestimmten Preis, die erst zu einem späteren Zeitpunkt erfüllt wird. Das kann einige Tage oder auch Jahre später sein. Diese Option macht es möglich, die Stromversorgung im Voraus zu planen. Um kurzfristige Schwankungen beim benötigten Bedarf auszugleichen, kann Strom auch am Strom-Spotmarkt (auch „Day-Ahead-Market“ oder „Intraday-Market“) für die sofortige Lieferung gekauft werden.²¹⁰ Einer der Hauptmechanismen der Preisbildung für Strom ist das sogenannte „Merit-Order“-System. Nach dem „Merit-Order“-System werden Kraftwerke entlang ihrer Produktionskosten zur Deckung der Nachfrage eingesetzt. Zuerst werden somit jene Kraftwerke, die günstig Strom produzieren, eingeschaltet, um den Strombedarf zu decken. Die günstigsten Kraftwerke sind jene, die Strom aus erneuerbaren Quellen (Wasser-, Wind- und Solarkraft) gewinnen. Erst dann werden nach und nach die teureren Kraftwerke zugeschaltet. Die teuersten Kraftwerke produzieren Strom aus fossilen Brennstoffen (wie Kohle und Gas), wobei Strom aus Gaskraftwerken am teuersten ist. Allerdings orientiert sich der Strompreis an der Börse immer am zuletzt zugeschalteten, also dem teuersten Energieträger, der schlussendlich den Preis für den gesamten Verbrauch bestimmt. Wenn ausreichend Strom aus erneuerbaren Energieträgern bereitgestellt wird, verdrängt dieser teure fossile Kraftwerke im Rahmen der Merit-Order aus der Stromerzeugung. Das drängt klimaschädliche Kraftwerke vom Markt, während klimafreundliche und günstige Kraftwerke Gewinne verbuchen und damit in die Energiewende investieren können. Häufig kann allerdings nicht genügend Strom aus erneuerbaren Energieträgern gewonnen werden, deshalb muss auf Gaskraftwerke zurückgegriffen werden.²¹¹ Im Jahr 2022 bestimmte Gas europaweit in 63 Prozent der verbrauchten Stunden den Preis für Strom.²¹² Der Strompreis hängt folglich stark mit dem Gaspreis zusammen. Wenn dieser steigt, steigt auch der Preis für Strom. Für die günstigsten Erzeuger*innen, also jene Unternehmen, die ausschließlich Strom aus

²⁰⁹ energie.gv.at: Welche Bestandteile haben Strom- und Gasrechnungen?

²¹⁰ Wien Energie (20.01.2023)

²¹¹ Momentum Institut (14.07.2022)

²¹² derStandard (28.02.2025)

Wind-, Wasser- und Sonnenkraft produzieren, bedeutet das große Gewinne. Für Haushalte bedeutet es allerdings eine empfindliche Erhöhung ihrer Energiekosten.²¹³

Der Preis einer Kilowattstunde Strom wird nicht vorrangig durch die Produktionskosten bestimmt, sondern hängt maßgeblich von weiteren Faktoren wie dem Gaspreis, der Verfügbarkeit von Primärenergieträgern, internationalen Krisen sowie den Entwicklungen an den Energiemärkten ab. Die Energiekrise im Zuge des russischen Angriffskriegs führte deutlich vor Augen, dass die Energiepreise durch den Handel an der Börse zu starken Schwankungen neigen, wodurch die Versorgung der Bevölkerung mit leistbarer Energie nicht ausreichend sichergestellt werden kann. Erst durch einige Interventionen in den Mitgliedsstaaten, darunter Österreich, konnten die Folgen der volatilen Energiepreise für die Bevölkerung abgefedert werden. Mit Energiepreisdeckeln, Übergewinnsteuern und Energiebeihilfen konnten somit die akuten Folgen der volatilen Energiepreise auf die Bevölkerung abgemildert werden.

In Spanien und Portugal wurde im Juni 2022 ein befristeter Preisdeckel auf Gas für die Stromproduktion eingeführt, womit der Strom- vom Gaspreis entkoppelt wurde. Mit dem sogenannten „iberischen Modell“ konnten die Strompreise in Spanien und Portugal im Vergleich stark gesenkt werden.²¹⁴ In der Schweiz ist der Strommarkt nur für Großverbraucher*innen liberalisiert, Haushalte und (Klein-) Betriebskunden werden von der/dem lokalen Monopolisten*in mit Strom versorgt. Die Versorger*innen können zudem ihre Preise – anders als in Österreich – nicht beliebig festlegen, sondern müssen sich an den Vorgaben der Aufsichtsbehörde orientieren. Die Schweiz stützt ihre Energiepreisgestaltung auf eine Durchschnittskostenmethode, hierbei können Stromanbieter*innen die Kosten für die Stromproduktion, Investitionskosten und zusätzliche Kosten, die durch den Handel auf der Börse entstehen, den Kund*innen verrechnen. Der tatsächliche Preis für die Endverbraucher*innen ergibt sich allerdings aus dem Durchschnitt all dieser Kosten. Dadurch können hohe Preise an der Energiebörse nicht eins zu eins an die Verbraucher*innen weitergegeben werden. Deshalb erhöhten sich die Preise der Schweizer Regionalversorger*innen auch während der Krise weitaus weniger dramatisch als in Österreich.²¹⁵ In Österreich wurden im Jahr 2022, wie in einigen europäischen Ländern, eine bis 31. Dezember 2024 geltende Strompreisbremse (oder Strompreisdeckel) und auch eine Übergewinnsteuer, der sogenannte „Energiekrisenbeitrag“, zur Dämpfung der Inflation eingeführt.²¹⁶

²¹³ Wien Energie (20.01.2023)

²¹⁴ Arbeiterkammer (2022)

²¹⁵ derStandard (13.08.2025) und Momentum Institut (14.07.2022)

²¹⁶ Parlamentskorrespondenz (25.05.2023)

Die 2026 rund um die Situation im Iran entstandene Krise und die dadurch wieder ansteigenden Energiepreise verdeutlichen, dass es eine langfristige Lösung braucht. Das beinhaltet neben der Dekarbonisierung des Energiesystems auch eine Reform des Energiehandels an der Börse.²¹⁷ Um die Leistbarkeit von Energie, insbesondere Strom, sicherzustellen, braucht es eine Neugestaltung des EU-Strommarktdesigns. Die EU hat deshalb im Jahr 2024 eine Strommarktreform beschlossen, die stabilere Energiepreise für Verbraucher*innen und einen besseren Schutz vor zukünftigen Krisen bringen soll.²¹⁸ Kern der Strommarktreform sind die zweiseitigen Differenzverträge. Darin werden Mindest- und Höchstpreise für Energieerzeugnisse festgelegt. Während Hochpreisphasen müssen Energieerzeuger*innen ihre überhöhten Einnahmen zurückzahlen, die dann zur Senkung der Stromkosten der Verbraucher*innen oder für den Ausbau von Erneuerbaren verwendet werden. Liegen Preise unter dem Mindestpreis, müssen die Energieerzeuger*innen vom Staat entschädigt werden.²¹⁹ Am vielfach kritisierten liberalisierten Energiemarkt und dem preisbildenden Merit-Order-System wird durch die Strommarktreform allerdings nichts verändert. Dagegen hat das iberische Modell 2022 gezeigt, dass sich eine Entkopplung des Strompreises vom Gaspreis (mit Hilfe eines Gaspreisdeckels) durchaus positiv auf die Energiekosten auswirkt.

Angesichts des Kriegs im Iran verschärft sich die Situation um die Energiepreise erneut. Der Dachverband Erneuerbare Energie Österreich plädiert in diesem Zusammenhang für einen raschen Ausstieg aus Öl und Gas. Er hebt deutlich hervor, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht nur für private Haushalte, sondern auch für Unternehmen und die Industrie essentiell ist, um stabile Energiepreise zu garantieren.²²⁰ Spanien konnte beispielsweise mit einem starken Ausbau der Solar- und Windenergie in den letzten Jahren die Abhängigkeit von Gasimporten verringern und damit die Strompreise stabilisieren. Während Spanien vor wenigen Jahren noch eines der Länder mit den höchsten Strompreisen in Europa war, zählt es 2026 durch den starken Ausbau der erneuerbaren Energien zu den Ländern mit den günstigsten Strompreisen.²²¹

Abgesehen von der allgemeinen Energiemarktliberalisierung der EU, die sich insbesondere in Krisenzeiten deutlich negativ auf die Energiepreise auswirkt, wurden darüber hinaus in einigen Mitgliedsstaaten die Energieversorgungsunternehmen (teil-)privatisiert. Auch das hatte Auswirkungen auf die Energiepreise. So wurden im Jahr 2002 die Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW) an das private Unternehmen Vattenfall veräußert. Daraufhin stiegen die Energiepreise für die Kund*innen,

²¹⁷ Perner (o.J.)

²¹⁸ Europäischer Rat/ Rat der Europäischen Union: Strommarktreform

²¹⁹ Rat der Europäischen Union (21.05.2024)

²²⁰ Erneuerbare Energie Österreich (04.03.2026)

²²¹ Kontrast.at (12.03.2026)

wodurch bereits 2008 der Aufbau eines neuen städtischen Energieversorgers begonnen wurde. 2009 entstand die Hamburg Energie, die sich nicht nur einer sozialen Preisgestaltung verpflichtet, sondern auch 100 Prozent ihres Stroms aus erneuerbarer Energie produziert. Im Jahr 2013 folgte der Rückkauf des Energienetzes, das ebenfalls an Vattenfall verkauft wurde, und schließlich konnte 2018 auch die Gasversorgung rekommunalisiert werden.²²² Auch in der litauischen Hauptstadt Vilnius führten die starken Anstiege bei den Energiepreisen dazu, dass der Fernwärmeversorger wieder rekommunalisiert wurde.²²³ In Großbritannien, der Vorreiterin der Liberalisierung und Privatisierung in Europa, wurden zwischen 1979 und 1990 mehr als 40 staatliche Unternehmen privatisiert, darunter auch die zwölf Energieversorgungsunternehmen. Die Entwicklungen in Großbritanniens Energiesektor seit der Energiekrise 2022, insbesondere die anhaltend stark steigenden Energiepreise und wachsende Energiearmut, führten zu einer steigenden Unzufriedenheit mit dem herrschenden System, weshalb mittlerweile 66 Prozent der Bevölkerung eine Rekommunalisierung des Energiesystems befürworten. In Wales und Schottland gibt es diesbezüglich immer deutlichere Zeichen dafür, einen kommunalen Energieversorger zu etablieren.²²⁴

Die Liberalisierung und (Teil-)Privatisierung des Energiesektors hat dazu geführt, dass die zentralen energiepolitischen Ziele – Versorgungssicherheit und Leistbarkeit – in Krisenzeiten nicht einfach durch Wettbewerb am freien Markt sichergestellt werden können. Durch den Handel an der Energiebörse sind die Strompreise instabil und können auf Grund von Marktverwerfungen unkontrolliert steigen. In den EU-Mitgliedsstaaten mussten schlussendlich die Regierungen als Sicherheitsnetz auftreten. Obwohl in Österreich die Energieversorger*innen mehrheitlich oder gänzlich in öffentlicher Hand sind, sind sie durch die Liberalisierung ebenso gezwungen, auf der Energiebörse zu handeln, wodurch wiederum eine Bindung an ihre Preisbildungsmechanismen stattfindet. Da die Landesversorger*innen mit Ausnahme der Wien Energie (die eine GmbH ist) Aktiengesellschaften sind, argumentiert die Arbeiterkammer, dass diese aus aktienrechtlichen Gründen auch der Gewinnoptimierung verpflichtet sind.²²⁵ Gewinnoptimierung ohne Berücksichtigung anderer Faktoren sollte allerdings nicht das vorrangige Ziel der Unternehmen im Energiesektor sein. Bei einem lebenswichtigen Gut der öffentlichen Daseinsvorsorge sollten auch die Gemeinwohlorientierung und der Schutz der Haushaltkund*innen im Zentrum stehen.

²²² ÖGPP (2019): 48f

²²³ ebd.

²²⁴ Valentin; Steinfert (2024)

²²⁵ Arbeiterkammer (2023): 9

Energiearmut

Immer mehr Haushalte sind infolge der schwankenden Energiepreise von Energiearmut betroffen und können ihren Energiebedarf nicht ausreichend decken. Als Ursachen für Energiearmut gelten neben hohen Energiepreisen aber auch geringe Einkommen und unzureichende Energieeffizienz der Wohnräume.²²⁶

Energiearmut ist ein weitreichendes Problem, das sich wesentlich auf die soziale Teilhabe, aber auch auf die Gesundheit auswirkt. Das Leben in kalten und feuchten Wohnungen ist gesundheitsgefährdend, da es vor allem bei Feuchte und Schimmelbildung zu Atemwegserkrankungen kommen kann. Ebenso können anhaltend zu kalte Raumtemperaturen zu Herz-Kreislauf-Problemen und insbesondere bei älteren Menschen zu Muskel- wie auch Skelettschmerzen führen. Aufgrund des Klimawandels und der damit einhergehenden steigenden Temperaturen und Hitzeperioden sind allerdings nicht mehr nur der Winter und kalte Temperaturen eine Herausforderung für energiearme Haushalte, auch in den heißen Sommermonaten fällt es schwerer, angenehme Raumtemperaturen herzustellen. Darüber hinaus belastet Energiearmut die Haushalte, da diese gegebenenfalls andere grundlegende Bedürfnisse einschränken (z. B. Ernährung, medizinische Versorgung, Freizeit) müssen, um ihre Energiekosten zu zahlen. Außerdem begünstigt diese anhaltende finanzielle Belastung psychosozialen Stress, Angst und Depressionen.²²⁷

Aufgrund der weitreichenden Folgen wurde das Konzept der Energiearmut von der EU-Kommission erstmals 2009 im Rahmen des dritten Energiebinnenmarktpakets aufgegriffen und war seitdem immer wieder Thema von Energierichtlinien der EU. Das vierte Energiebinnenmarktpaket „Saubere Energie für alle Europäer“ aus dem Jahr 2019 legte fest, dass alle Mitgliedsstaaten verpflichtet sind, die Zahl der energiearmen Haushalte zu erheben und Strategien zur Verringerung von Energiearmut in die nationalen Energie- und Klimapläne aufzunehmen.²²⁸ Trotz dieser eindeutigen Vorgabe fehlt nicht nur auf EU-Ebene, sondern auch in vielen Mitgliedsstaaten eine allgemeine Definition, die die empirische Messung und Beobachtung des Problems ermöglichen.

In Österreich wurde im Dezember 2025 mit dem Energiearmuts-Definitions-Gesetz eine zentrale Grundlage für die statistische Erfassung und Beobachtung von Energiearmut geschaffen. Demnach gelten in Österreich Haushalte als energiearm, wenn sie

²²⁶ Europäisches Parlament (2023): 2

²²⁷ kea (2025): 20f

²²⁸ Europäisches Parlament (2023): 6

„(...) die notwendigen Mittel für Ausgaben für Haushaltsenergie (Strom, Heizung, Warmwasser, Kälte, Kochen, Beleuchtung, Betrieb von Haushaltsgeräten) für ein grundlegendes und angemessenes Maß an Lebensstandard und Gesundheit nicht oder nur unzureichend selbst aufbringen können.“²²⁹

Auf Basis dessen berechnet die Statistik Austria die Energiearmutsbetroffenheit in Österreich. Betroffen sind Haushalte, wenn einer der folgenden Aspekte zutrifft:

1. sie haben überdurchschnittlich hohe Energiekosten bei niedrigem Einkommen
2. sie geben an, die Wohnung nicht angemessen warm halten zu können
3. sie haben Zahlungsrückstände bei Energiekosten
4. sie sind armutsgefährdet mit schlechten Wohnverhältnissen.

In Österreich waren auf Basis dieser Definition im Jahr 2024 12,5 Prozent der Privathaushalte von Energiearmut betroffen. Das ist ein enormer Zuwachs seit 2021, als es noch 7,8 Prozent der Haushalte waren.²³⁰ Dabei sind Einkommensarmut und Energiearmut stark miteinander verknüpft – unter den armutsgefährdeten Haushalten lag der Anteil der ebenfalls energiearmen bei 45,8 Prozent. Haushalte, die nicht armutsgefährdet²³¹ sind, waren nur zu 5,9 Prozent von Energiearmut betroffen.²³² Zwar sind Energiearmut und Armut eng miteinander verbunden, allerdings können auch Haushalte mit mittlerem Einkommen von Energiearmut betroffen sein. Grund dafür können ineffiziente Wohnbedingungen bei hohen Energiekosten sein. Niedrige Energieeffizienz hat einen großen Einfluss darauf, wie viel Energie aufgewendet werden muss. Überdurchschnittlich von Energiearmut belastet sind Haushalte, die in älteren Gebäuden (Baujahr vor 1960) leben. Hier liegt der Anteil der energiearmen Haushalte bei 18,8 Prozent.²³³

Aufgrund einer fehlenden einheitlichen Definition in der Europäischen Union ist der Vergleich mit anderen Ländern und der EU nur begrenzt möglich. Der gängigste Indikator auf EU-Ebene, um Energiearmut zu messen, ist, „jene Haushalte, die nicht in der Lage sind, ihre Wohnung angemessen warm zu halten“, als energiearme Haushalte zu klassifizieren. Unter Berücksichtigung dieses Indikators galten in der Europäischen Union im Jahr 2021 6,9 Prozent der Haushalte als energiearm. Im Jahr 2022 lag dieser Anteil bei 9,3 Prozent. Ein starker Anstieg, der sich auch im Folgejahr 2023 fortsetzte. Damals waren 10,6 Prozent der Haushalte von Energiearmut betroffen. 2024 entspannte sich die Lage deutlich

²²⁹ § 4 Energiearmuts- Definitions-Gesetz

²³⁰ Statistik Austria: Energiearmut

²³¹ Armutsgefährdet sind jene Haushalte, deren Nettoeinkommen weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens beträgt.

²³² Wegscheider-Pichler (2026): 12

²³³ Statistik Austria (20.03.2026)

und der Wert sank zunächst auf 9,2 Prozent und 2025 schließlich wieder auf das Niveau von 2021.²³⁴ Beachtet man ausschließlich diesen Indikator, waren laut Eurostat im Jahr 2023 in Österreich 3,9 Prozent der Bevölkerung nicht in der Lage, ihre Wohnung adäquat zu heizen. Dies ist ein weitaus geringerer Anteil, als die Berechnungen der Statistik Austria auf Basis des Energiearmutsdefinitionsgesetzes zeigen. Das zeigt eindrücklich, wie wichtig die Methodologie ist, um die Realität abzubilden.

Dies lässt sich auch in anderen Ländern beobachten. Im Nachbarland Deutschland gibt es bislang keine offizielle Definition des Problems. In einem aktuellen Bericht des Öko-Instituts gehen die Forscher*innen allerdings davon aus, dass 2024 etwa 10 Prozent der Haushalte in Deutschland nicht nach Bedarf heizen konnten oder durch hohe Energiekosten stark belastet waren.²³⁵ Das Statistische Bundesamt erhob dagegen den Anteil der Bevölkerung in Deutschland, die bei Rechnungen von Versorgungsbetrieben wie etwa Strom- und Gasanbieter*innen im Zahlungsverzug waren. 2024 waren das 4,2 Millionen Menschen bzw. 5 Prozent der Bevölkerung.²³⁶ Laut Eurostat waren in Deutschland im Jahr 2023 8,2 Prozent der Haushalte nicht in der Lage, ihre Wohnung angemessen warm zu halten.

Die höchsten Anteile an Haushalten in der EU, die ihre Wohnungen nicht angemessen heizen konnten, verzeichneten im Jahr 2023 Portugal (20,8 Prozent), Spanien (20,8 Prozent), Bulgarien (20,7 Prozent), Litauen (20 Prozent) und Griechenland (19,2 Prozent). Sehr niedrig waren die Anteile dagegen in Luxemburg (2,1 Prozent), Finnland (2,6 Prozent), Slowenien (3,6 Prozent) und Österreich (3,9 Prozent).²³⁷

In Großbritannien, wo alle Energieversorger*innen privatisiert wurden, werden Haushalte als energiearm definiert, wenn sie mehr als 10 Prozent des Haushaltseinkommens für Energie aufbringen müssen, um die Wohnräume angemessen warm zu halten. Auf Basis dieser Definition waren 2024 21,1 Prozent der Haushalte in Großbritannien von Energiearmut betroffen.²³⁸ Der rasante Anstieg der Energiepreise Ende 2021 und im Jahr 2022 führte auch in Großbritannien zu drastischen Einschränkungen des Energieverbrauchs und zu höheren Energieschulden, wovon rund 15 Prozent der Haushalte in Großbritannien betroffen waren.²³⁹ In Großbritannien können Energieversorger*innen Kund*innen, die Energieschulden haben, zwangsweise auf Strom- und Wärmezähler umstellen, die eine Vorauszahlungsfunktion haben. Die Kund*innen müssen dann ihren Energiebedarf im Voraus zahlen.

²³⁴ Europäische Kommission: Energiearmut

²³⁵ Öko-Institut (07.01.2025)

²³⁶ DESTATIS Statistisches Bundesamt (16.09.2025)

²³⁷ Eurostat (2026): Inability to keep home adequately warm

²³⁸ End Fuel Poverty (10.04.2024)

²³⁹ End Fuel Poverty (25.02.2026)

Wenn das Guthaben aufgebraucht ist, wird die Energieversorgung automatisch unterbrochen. Im Jahr 2022 bedeutete das für rund 3,2 Millionen Menschen in Großbritannien, dass sie plötzlich von der Energieversorgung getrennt waren, da ihnen das Guthaben ausgegangen war.²⁴⁰

Energiearmut ist ein weitreichendes und in allen Ländern der EU verbreitetes Problem, das durch volatile und immer wieder stark ansteigende Energiepreise wächst. Auch 2026 ist auf Grund des Krieges im Iran keine Entspannung, sondern viel eher eine Verschärfung der Problematik zu erwarten. Angemessene Maßnahmen zur langfristigen Bekämpfung von Energiearmut in der EU, die sich gegen hohe Energiepreise und zur Erhöhung der Energieeffizienz richten, gewinnen deshalb immer mehr an Bedeutung. Zentral ist, die Preisgestaltung nicht schrankenlos dem Wettbewerb und privaten Unternehmen, die für Profitmaximierung und nicht Versorgungssicherheit wirtschaften, zu überlassen. In einigen Ländern, wie Spanien, Griechenland, Italien, Belgien und Großbritannien, wurden bereits Übergewinnsteuern erlassen, um Einnahmen durch die Preissteigerungen abzuschöpfen.²⁴¹

Kommunale Versorgungsstrukturen spielen, trotz der herrschenden Marktmechanismen am liberalisierten Energiemarkt, oftmals eine wichtige Rolle bei der Bepreisung von Energie, wie die im vorigen Abschnitt beschriebenen Rekommunalisierungsbeispiele gezeigt haben. Ebenfalls können einkommensabhängige (Fixpreis-)Tarife, die Preisobergrenzen für einkommensarme oder vulnerable Haushalte setzen, eine Maßnahme sein, um Energiearmut zu lindern. Im Zuge der Energiekrise 2022 wurden in den meisten europäischen Ländern Preisdeckel oder eine Preisbremse eingeführt, um die Bevölkerung zu entlasten.²⁴² Seit 1. April 2026 gibt es auch in Österreich einen Strom-Sozialtarif für Haushalte mit geringem Einkommen. Anspruchsberechtigt sind alle volljährigen Personen, die von der ORF-Haushaltsabgabe befreit sind. Der Sozialtarif wird automatisch berücksichtigt, was ihn besonders niederschwellig macht.²⁴³

Zumindest in den kalten Wintermonaten sollte von einer Abschaltung der Wärme- und Stromversorgung abgesehen werden, um die Bevölkerung vor den gesundheitlichen Folgen unzureichend beheizter Wohnräume zu schützen. Dazu gehören insbesondere Herz-Kreislauf-Probleme, Atemwegserkrankungen sowie Schimmelbildung. In Wien verzichtet die kommunale Versorgerin Wien Energie auf Energieabschaltungen von 1. Dezember bis 15. Februar. Ebenso stellte

²⁴⁰ theGuardian (11.01.2023)

²⁴¹ ÖGB (27.08.2022): 6

²⁴² Bruegel (2023)

²⁴³ Arbeiterkammer Wien: Strom-Sozialtarif

sie 2025 22 Millionen Euro in Form von Energiegutscheinen zur Verfügung, um Haushalte mit Zahlungsschwierigkeiten zu entlasten.²⁴⁴

All das zeigt, dass der liberalisierte und teilweise privatisierte Energiemarkt allein nicht in der Lage ist, leistbare Energiepreise festzusetzen, sondern dass besonders in Krisenzeiten staatliche Interventionen notwendig sind, damit möglichst alle Menschen ihre Energiebedürfnisse decken können. Langfristig ist fraglich, inwiefern Preisdeckel und Übergewinnsteuern effektive Steuerungsinstrumentarien zur Regulation der Energiepreise darstellen. Attac spricht sich deshalb für einen Energiegrundanspruch aus, um langfristig eine angemessene Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Der Energiegrundanspruch stellt den Grundbedarf an Energie für alle Menschen sicher, während Überverbrauch verteuert wird. Gerade dort, wo kostbare Energie verschwendet wird, soll der Verbrauch teurer werden. Das stellt nicht nur die Versorgung aller sicher, sondern senkt auch den Gesamtverbrauch von Energie. Erreicht wird das über progressive Tarifstufen, die vom Staat vorgegeben werden.²⁴⁵

Zur Bekämpfung von Energiearmut sind nicht nur staatliche Eingriffe in die Preisgestaltung anzudenken, sondern auch Maßnahmen zur Steigerung von Energieeffizienz und Suffizienz.²⁴⁶ Neben der Dekarbonisierung des Sektors ist die Verringerung des Energieverbrauchs einer der Hauptfaktoren für den Klimaschutz, aber auch für den Aufbau eines sozial gerechten Energiesystems.²⁴⁷ Dazu müssen Gebäude, die noch vorrangig fossile Brennstoffe zum Heizen verwenden, umgerüstet und jene mit einer schlechten Energiebilanz saniert werden. Hier ist ein Zusammenspiel des Energie- und Wohnsektors wichtig, welches vom freien Markt nur bedingt gewährleistet werden kann. Am Beispiel des Wiener Gemeindebaus zeigt sich, dass ein Umbau der Energieversorgung sozial gerecht gestaltet werden kann und die Vorteile einer klimafreundlichen Energieerzeugung nicht auf ökonomisch stärkere Haushalte beschränkt sein müssen. Im Wiener Gemeindebau wird der Sonnenstrom stetig ausgebaut, insgesamt kommt Wiener Wohnen auf 25 Photovoltaikanlagen, die eine Gesamtleistung von 1,6 Millionen Kilowattstunden pro Jahr produzieren.²⁴⁸ Die Stadt Wien unterstützt und forciert zudem mit dem Programm Raus aus Gas eine sozial leistbare thermische Sanierung und den Umstieg auf klimafreundliche Heizsysteme. Derzeit ist Gas noch ein zentraler Energieträger in der Wärmeversorgung, rund 600.000 Nutzungseinheiten (der Großteil sind Wohngebäude) werden in Wien noch mit Gas versorgt. Der Ausstieg aus fossilem Gas ist zwar ein zentraler Hebel für die

²⁴⁴ Wien Energie (01.12.2025)

²⁴⁵ Braun et al. (2023): 99

²⁴⁶ Kea (2025)

²⁴⁷ Taz (15.02.2026)

²⁴⁸ Wohnberatung Wien

Klimaneutralität, er ist allerdings auch aufwendig und kostspielig. Gerade für private Haushalte mit geringen finanziellen Spielräumen stellen die Finanzierung der Umstellung und auch einer thermischen Sanierung eine große Herausforderung dar. Im Rahmen des Programms Raus aus Gas werden seitens der Stadt bis zu 35 Prozent der förderfähigen Kosten (max. 12.000 Euro) für Eigentümer*innen und Mieter*innen übernommen. Außerdem wird eine Dekarbonisierungsprämie von bis zu 1.500 Euro ausbezahlt an Eigentümer*innen und Mieter*innen, die ihren Gasanschluss dauerhaft stilllegen.²⁴⁹

Ökologische Aspekte und Krisenresilienz

Die Klimakrise stellt die Europäische Union vor eine der größten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Erzeugung und der Verbrauch von Energie spielen hier eine zentrale Rolle, da sie sowohl EU- als auch weltweit einen Großteil der Treibhausgasemissionen erzeugen. Über Jahrzehnte hinweg basierte das europäische Energiesystem überwiegend auf fossilen Energieträgern wie Kohle, Erdöl und Erdgas, deren Verbrauch massiv zur Erderwärmung beiträgt. Nicht zuletzt auf Grund der Energiekrise 2022 und der aktuellen Entwicklungen rund um den Iran steigt mittlerweile der Druck, den Übergang zu einem nachhaltigen und klimaneutralen Energiesystem zu beschleunigen, um einerseits die Klimaziele zu erreichen und andererseits die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu verringern. Gleichzeitig stehen die Energieerzeugung und der Energieverbrauch in engem Zusammenhang mit zentralen Bereichen des täglichen Lebens und der Wirtschaft. Nicht nur der private Konsum der Haushalte, sondern auch Industrie, Verkehr und Gebäude spielen eine wichtige Rolle beim Verbrauch von Energie. Das macht die Transformation des Energiesystems nicht nur zu einer technologischen, sondern auch zu einer strukturellen und gesellschaftlichen Herausforderung.

Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Union in den vergangenen Jahrzehnten eine Reihe an Strategien und Rechtsrahmen entwickelt, um den Übergang zu einem nachhaltigen, klimaneutralen Energiesystem voranzutreiben. Das Herzstück der EU-Klimapolitik ist der European Green Deal, in dem das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 festgelegt ist. Ergänzend konkretisiert das Maßnahmenpaket „Fit for 55“ die Zwischenziele bis 2030, insbesondere die Reduktion der Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent. Hinzu kommen wichtige rechtliche Grundlagen wie die Energieeffizienzrichtlinie, die eine Senkung des Energieverbrauchs um 11,7 Prozent bis 2030 vorsieht,

²⁴⁹ Wiener Stadtwerke: Sprechen wir über Raus aus Gas

und die Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III), die verbindliche Ausbauziele für erneuerbare Energien festlegt. Erneuerbare Energiequellen sind vielfältig und umfassen Wind, Sonne, geothermische Energie, Umgebungsenergie, Gezeiten-, Wellen- und sonstige Meeresenergie, Wasserkraft und Energie aus Biomasse, Deponiegas, Klärgas und Biogas. Bis 2030 soll nach der aktualisierten Erneuerbare-Energie-Richtlinie der Anteil an erneuerbaren Energiequellen in den Sektoren Elektrizität, Gebäude, Wärme und Fernwärme, Industrie sowie Verkehr (Transport) am gesamten Energieverbrauch auf 42,5 Prozent angehoben werden. Im Jahr 2024 machten erneuerbare Energieträger 25,2 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in der EU aus. Das ist zwar rund dreimal höher als noch 2004 (9,6 Prozent), aber liegt noch weit hinter der Zielvorgabe für 2030.²⁵⁰

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen einige Mitgliedsstaaten noch nachschärfen. Dies geschieht über die nationalen Energie- und Klimapläne (NEKP), die zu den wesentlichen Planungsinstrumenten der EU gehören. Jeder Mitgliedsstaat muss einen nationalen Energie- und Klimaplan vorlegen, in dem Ziele, Vorgaben und Maßnahmen festgelegt werden, mit denen die Klimaziele erreicht werden sollen. Die Pläne decken fünf Dimensionen der Energiepolitik ab: die Dekarbonisierung, die Energieeffizienz, die Energiesicherheit, den Energiebinnenmarkt sowie Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Um neue EU-Vorgaben zu berücksichtigen, werden die nationalen Energie- und Klimapläne nicht nur regelmäßig aktualisiert, alle zwei Jahre muss außerdem ein Fortschrittsbericht vorgelegt werden.²⁵¹

Für Österreich wurde unter anderem festgelegt, dass bis 2030 die klimaschädlichen Emissionen um 48 Prozent sinken müssen. Bei der Wärme- und Kälteversorgung soll der Ausstieg aus fossilem Gas und Heizöl bis 2040 weitgehend erreicht werden. Ebenso soll der Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch auf mindestens 57 Prozent bis 2030 erhöht werden. Ebenso wurde im österreichischen NEKP festgelegt, dass der inländische Stromverbrauch bis 2030 zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden soll.²⁵²

Darüber hinaus hat die EU mit dem EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) ein zentrales Instrument zur Emissionsreduktion geschaffen, indem es marktbasierte Anreize in energieintensiven Sektoren – auch bei Energieerzeuger*innen – schafft. 2005 trat das EU-ETS in Kraft und verpflichtet seitdem, wenn es zum Ausstoß von Treibhausgasen kommt, die Betreiber*innen von Energieerzeugungsanlagen und Industrieanlagen sowie Luftverkehrsunternehmen zum Handel mit Emissionen. Der Emissionshandel erfolgt nach dem sogenannten „Cap-and-Trade“-Prinzip. Das heißt, es gibt eine Obergrenze der

²⁵⁰ Energie.gv.at: REDIII

²⁵¹ Europäische Kommission: Nationale Energie- und Klimapläne

²⁵² Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich (2024): 25ff

maximalen Menge an Emissionen. Den Betreiber*innen wird eine gewisse Anzahl an Zertifikaten kostenlos zugeteilt (ab 2034 wird es diese Freizertifikate nicht mehr geben), der Rest muss ersteigert oder durch Handel mit anderen Unternehmen erworben werden. Stoßen die Anlagen und Unternehmen mehr Emissionen aus, als sie Zertifikate zur Verfügung haben, müssen sie Zertifikate zukaufen oder auf gesparte Zertifikate zurückgreifen. Überschüssige Zertifikate können dagegen verkauft werden. Der entstehende Handel mit Emissionszertifikaten soll Anreize schaffen, um die Treibhausgasemissionen zu senken, da der Ausstoß von Emissionen potenziell teuer werden kann. Das Emissionshandelssystem der EU deckt rund 45 Prozent der Treibhausgasemissionen ab.²⁵³

Anteil erneuerbarer Energieträger an Energieerzeugung und -verbrauch

Österreich hat in den letzten Jahren den Ausbau der erneuerbaren Energieträger forciert und den Anteil am gesamten Energieverbrauch auf 42,9 Prozent im Jahr 2024 erhöht. Damit lag man im europäischen Spitzenfeld und leicht über der Zielsetzung der EU für 2030. Höher war der Anteil Erneuerbarer am gesamten Energieverbrauch nur in Schweden (62,8 Prozent), Finnland (52,1) und Dänemark (46,8 Prozent). Noch unter 30 Prozent lag er beispielsweise in Slowenien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Tschechien. Am niedrigsten war der Anteil in Irland (16,1 Prozent), Luxemburg (14,7 Prozent) und Belgien (14,3 Prozent).

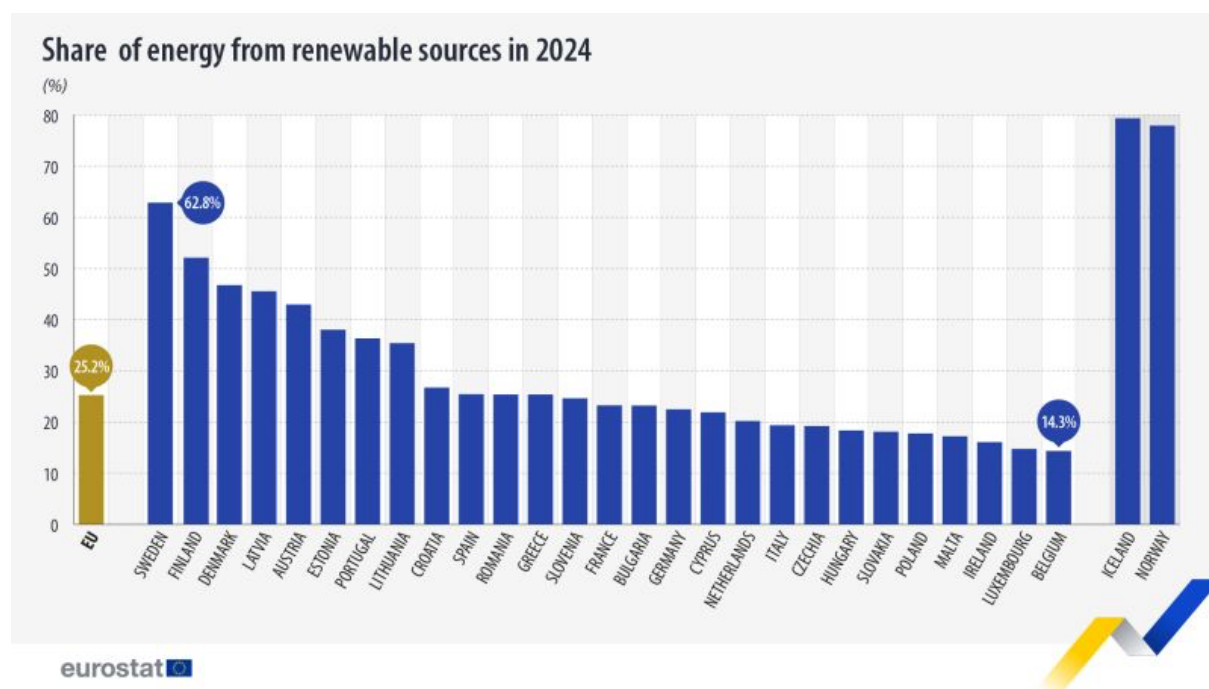


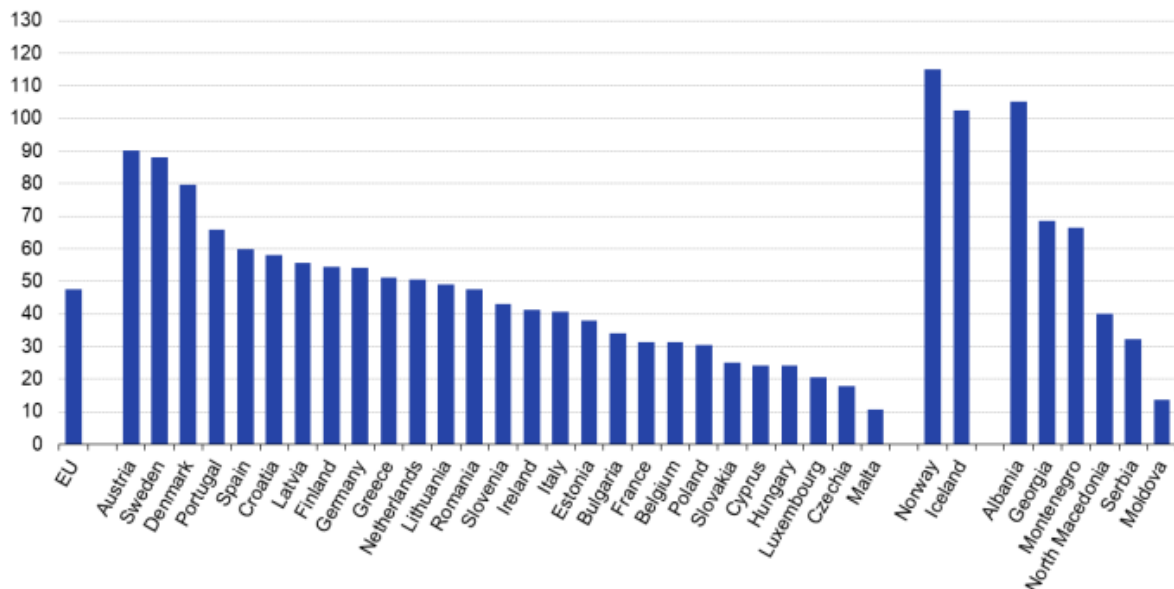
Abbildung 6: Anteil Erneuerbarer am Gesamtenergieverbrauch ²⁵⁴

²⁵³ Wiener Stadtwerke: Das Emissionshandelssystem der EU

²⁵⁴ Eurostat (2024): Renewable energy infographic 2024

Beim Stromverbrauch ist Österreich schon nah an seiner Zielsetzung von 100 Prozent bis 2030, denn 2024 lag der Anteil schon bei 90,1 Prozent und damit nicht nur weit über dem der EU, sondern am höchsten in allen Mitgliedsstaaten. Trotzdem besteht auch hier noch Handlungsbedarf, denn Österreich muss zur Zielerreichung noch rund 27 Terawattstunden neu errichten. Das entspricht der Stromerzeugung von zwei Millionen kleinen Solaranlagen, tausend Windrädern und fünf großen Wasserkraftwerken.²⁵⁵ In der EU lag der Anteil Erneuerbarer am gesamten Stromverbrauch bei 47,5 Prozent. Ebenfalls hoch war der Anteil in Schweden (88,1 Prozent), Dänemark (79,7 Prozent) und Portugal (65,8 Prozent). Am niedrigsten war er in Ungarn, Zypern (jeweils 24,1 Prozent), Luxemburg (20,5 Prozent), Tschechien (17,9 Prozent) und Malta (10,7 Prozent).

Share of energy from renewable sources in gross electricity consumption, 2024 (%)



Source: Eurostat (online data code: nrg_ind_ren)

eurostat

Abbildung 7: Anteil Erneuerbarer am Gesamtstromverbrauch ²⁵⁶

Weitaus schwieriger als beim Stromverbrauch gestaltet sich der Umstieg im Wärme- und Kältebereich, in denen die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern allgemein noch viel stärker ausgeprägt ist. Bei der Wärme- und Kälteversorgung liegt der Anteil der Erneuerbaren am gesamten Energieverbrauch in der EU bei 26,7 Prozent. Auch hier schneiden Schweden (67,8 Prozent) und Finnland (62,6 Prozent)

²⁵⁵ Österreichs Energie: 20 Jahre Strommarktliberalisierung

²⁵⁶ Eurostat (2025): Renewable energy statistics

besonders gut ab. Österreich erreicht einen Anteil von 42,1 Prozent, während die Niederlande und Belgien (11,3 Prozent) sowie Irland (7,9 Prozent) sehr niedrige Anteile aufweisen.²⁵⁷

Während beim Energieverbrauch (der auch Kraftstoffe, Heizen und Industrieprozesse umfasst) fossile Energieträger noch eine größere Bedeutung haben, konnten im Bereich der Energieerzeugung auf EU-Ebene und in den meisten Mitgliedsstaaten bereits erhebliche Fortschritte beim Umstieg auf erneuerbare Energieträger erreicht werden. Seit 2004 hat sich der Anteil der erneuerbaren Energiequellen an der Stromerzeugung fast verdreifacht. Während der Anteil der erneuerbaren Energieträger bei der Stromerzeugung im Jahr 2004 bei nur 15,9 Prozent lag, entfielen 2024 bereits 48 Prozent auf erneuerbare Energieträger.

Besonders hoch ist der Anteil an Erneuerbaren an der Bruttostromerzeugung in Luxemburg mit 96 Prozent, Dänemark mit 92 Prozent und Österreich mit 87 Prozent. Sehr niedrig war der Anteil dagegen in Frankreich und der Slowakei (28 und 24 Prozent), wo man hauptsächlich auf Atomenergie setzt, sowie Zypern (24 Prozent), Tschechien (17 Prozent) und Malta (15 Prozent).²⁵⁸

Der Strom aus Erneuerbaren stammt größtenteils aus Windkraft (36 Prozent), Wasserkraft (27,4 Prozent) und Solarenergie (22,8 Prozent).²⁵⁹ In den letzten Jahren hat die EU vor allem ihre Solar- und Windkapazitäten erheblich ausgebaut. Solarenergie ist die am schnellsten wachsende Energiequelle in der EU und erfuhr vor allem durch die sinkenden Kosten für PV-Anlagen, die sich seit 2010 um 87 Prozent reduziert haben, einen starken Aufschwung.²⁶⁰ Zum Vergleich: Im Jahr 2000 konnten Wind- und Solarenergie nur 0,8 Prozent der gesamten Stromerzeugung in der EU abdecken. 2024 machten sie zusammen fast 30 Prozent der gesamten Stromproduktion in der EU aus.²⁶¹

Der Ausbau von erneuerbaren Energien vermindert nicht nur die Treibhausgasemissionen, sondern kann Kund*innen auch vor Preisschwankungen schützen, wie die Beispiele Spanien und Portugal zeigen. Sie haben ihre Solarkraft-, Windkraft-, aber auch Speicherkapazitäten in den vergangenen Jahren stark ausgebaut, wodurch sie ihre Gasimporte senken konnten. Damit konnten sie einen Puffer gegenüber den aktuellen Preisschwankungen infolge der Entwicklungen im Iran aufbauen. In Spanien konnte der starke Ausbau der Erneuerbaren den Einfluss von Erdgas auf die Strompreisbildung stark reduzieren. Nur noch in 15 Prozent der Fälle ist Erdgas verantwortlich für die Strompreisbildung. Im

²⁵⁷ Eurostat (16.12.2025)

²⁵⁸ Europäischer Rat/ Rat der Europäischen Union; Wie wird Strom in der EU erzeugt und verkauft?

²⁵⁹ ebd.

²⁶⁰ IRENA (2026): 6

²⁶¹ IG Windkraft (22.01.2026)

Vergleich dazu ist in Italien, wo der Anteil von Solar- und Windenergie gering ist, Erdgas in 89 Prozent der Fälle für die Strompreisbildung verantwortlich.

Insgesamt profitierte die EU jedoch vom Ausbau der Erneuerbaren. In der aktuellen Krise (rund um die Entwicklungen im Iran) konnten in der EU durch die bereits vorhandenen Solar- und Windenergiekapazitäten zusätzliche Ausgaben für fossile Brennstoffe in Höhe von 58 Mrd. Euro vermieden werden.²⁶² Dennoch ist die Energieversorgung in Europa noch nicht von der Volatilität der Gaspreise entkoppelt. 2024 mussten noch 29 Prozent des Stroms aus fossilen Brennstoffen generiert werden, was sich nicht nur negativ auf das Erreichen der Klimaziele auswirkt, sondern auch auf die Energiepreise und die Versorgungssicherheit.²⁶³

Der Einfluss von Liberalisierung und Privatisierung auf den Ausbau erneuerbarer Energieträger

Die Erfolge in der EU beim Ausbau und Einsatz erneuerbarer Energien werden von Befürworter*innen der Liberalisierung mit ebendieser in Verbindung gebracht.²⁶⁴ Eines der Hauptargumente der Liberalisierung und teilweise Privatisierung des Energiesektors in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren war, neben der Senkung der Energiepreise, dass mit ihrer Hilfe der Umstieg auf erneuerbare Energieträger in der EU vorangetrieben werden würde. Damit war die Idee verbunden, dass mit der Liberalisierung und der einhergehenden Marktöffnung ein regulatorisches Umfeld geschaffen wird, das den Zugang für neue, klimafreundliche Energieerzeuger am Energiemarkt vereinfachen würde.²⁶⁵

Die positiven Effekte der Liberalisierung und Privatisierung auf den Ausbau erneuerbarer Energieträger in der EU sind allerdings nicht so eindeutig feststellbar. Nicht nur fand im Zuge der Liberalisierung eine erhebliche Marktkonzentration statt, in der wenige Versorgungsunternehmen ihre Marktanteile ausweiten konnten und damit den Einstieg sowie das langfristige Bestehen kleiner Erzeuger*innen erschwerten, auch die Wettbewerbsfähigkeit von erneuerbaren Energieträgern war Anfang der 2000er Jahre aufgrund hoher Kosten nicht gegeben. Wegen dieses bestehenden Wettbewerbsnachteils erließ die EU 2001 die Richtlinie 2001/77/EG „Notwendigkeit einer öffentlichen Förderung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen“ zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen.

²⁶² IRENA (2026): 7

²⁶³ Europäischer Rat/ Rat der Europäischen Union; Wie wird Strom in der EU erzeugt und verkauft?

²⁶⁴ Ee-news.ch (09.05.2018)

²⁶⁵ ebd.

Diese sowie die Nachfolgerrichtlinie 2009/28/EG propagierten ein umfassendes Förderregime für erneuerbare Energiequellen in der EU, um den Wettbewerbsnachteil auszugleichen. Mögliche Unterstützungssysteme auf Ebene der Mitgliedsstaaten sind Investitionsbeihilfen, Steuerbefreiungen und -erstattungen sowie Preisstützungssysteme. Der Ausbau der erneuerbaren Energien in der EU war also nur aufgrund von Subventionen und staatlichen Beihilfen möglich. Die Erzeuger*innen erneuerbarer Energien wurden außerdem durch Festpreisverträge mit Abnahmegarantie vor dem liberalisierten Energiemarkt geschützt.²⁶⁶

Trotz dieser aktiven Förderung von erneuerbaren Energieträgern haben Privatkonzerne hier oft nicht mitgezogen. Wie sich etwa in Deutschland zeigte, wo die vier großen Energiekonzerne RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall nach der Liberalisierung die Energiewende versäumten. Vorangetrieben wurde die Etablierung erneuerbarer Energieträger dagegen von neuen kommunalen sowie rekommunalisierten Stadtwerken, die die Bevölkerung lokal mittels kleiner Wind- und Wasserkraftanlagen sowie Solarenergieanlagen mit nachhaltiger Energie versorgen.²⁶⁷

Der Umstand aber, dass große private, oftmals fossile Energiekonzerne über eine starke Marktmacht verfügten, führte außerdem dazu, dass die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern in der EU verfestigt wurde. Die ungebrochene Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle ist durch die Energiekrise 2022 und auch die im Zuge der kriegesischen Handlungen im Iran entstandenen Verunsicherungen am Energiemarkt wieder deutlich sichtbar geworden.²⁶⁸ Die Auswirkungen dieser Abhängigkeit in einem liberalisierten Energiemarkt zeigen sich in volatilen Energiepreisen, die nicht nur die Bevölkerung belasten, sondern aufgrund hoher Unsicherheit auch die Investitionen in erneuerbare Energien gefährden könnten.²⁶⁹ Die Arbeiterkammer argumentiert, dass die liberalisierten Energiemärkte keine ausreichenden Anreize und Sicherheit für die notwendigen Investitionen in erneuerbare Energien bieten können. In Österreich finanzieren auch deshalb die Stromverbraucher*innen über gesetzlich vorgeschriebene Umlagen die Förderungen für Investitionen in erneuerbare Energien.²⁷⁰

²⁶⁶ Wegmann, Vera (2019): 27f; ÖGB (2023): o.S

²⁶⁷ ÖGPP (2019): 46

²⁶⁸ Attac: Mythen zur Liberalisierung

²⁶⁹ Arbeiterkammer (2023): 5

²⁷⁰ ebd.

Geothermie und Abwärme

Der Auf- und Ausbau erneuerbarer Energien braucht oftmals hohe Vorabinvestitionen, um nicht nur die Forschung, sondern auch den Kauf und die Errichtung der notwendigen Geräte und Anlagen zu finanzieren. Diese hohen Vorabkosten können Investoren abhalten, wenn die Renditeerwartungen unklar sind. Ein Beispiel dafür ist der Ausbau von Geothermie zur Nutzung der natürlichen Wärme aus dem Erdinneren für Heizen, Kühlen und Strom. Geothermie hat den Vorteil, dass sie im Gegensatz zu Wind- und Solarenergie nicht vom Wetter oder der Tageszeit abhängig ist und damit, laut der International Renewable Energy Agency (IRENA), zur Stabilisierung der Stromnetze beitragen kann. Bei der Nutzung von Geothermie für die Wärmeversorgung bietet sie darüber hinaus Effizienzgewinne, weil sie direkt bereitgestellt wird. Allerdings ist sie auch mit langwierigen Verfahren und finanziellen Risiken verbunden, etwa hohen Anfangsinvestitionen und Vorlaufkosten, aufwändiger Planung sowie komplexen Arbeitsvorgängen (z. B. Bohrungen). Zudem kann die Ertragssicherheit oft erst nach den aufwendigen Bohrungen bestätigt werden. Dadurch geht der Ausbau der Geothermie weitaus langsamer voran als der anderer erneuerbarer Energieträger.²⁷¹ Beim Ausbau der Geothermie zeigt sich die große Bedeutung von kommunalen Energieversorger*innen, da sie die risikoreichen Investitionen in erneuerbare Energieträger übernehmen, während private Investoren aufgrund von Unsicherheiten zögerlich sind.

Das Potential für Geothermie ist in Österreich groß und könnte entscheidend für die Dekarbonisierung des Fernwärmebereichs sein. Bis 2030 könnten etwa 500.000 Wohneinheiten in Österreich mit geothermaler Fernwärme versorgt werden. Bis 2050 könnte mit Hilfe von Geothermie außerdem der Anteil Erneuerbarer an der Fernwärmeerzeugung von derzeit 46 Prozent auf 86 Prozent erhöht werden.²⁷²

In Wien hat der kommunale Energieerzeuger Wien Energie bereits 2016 gemeinsam mit AIT, der Geologischen Bundesanstalt, Geo5, Heinemann Oil, der Montanuniversität Leoben, OMV, RAG Austria AG, der Universität Salzburg, der Universität Wien sowie der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) das Forschungsprojekt GeoTief Wien ins Leben gerufen, um die geologischen Voraussetzungen im Großraum Wien für eine mögliche Geothermienutzung zu untersuchen.²⁷³ Tatsächlich konnte ein bedeutendes Thermalwasservorkommen in rund 3.000 Metern Tiefe lokalisiert werden, das Aderklaaer Konglomerat. Seit 2024 wird im Gemeinschaftsunternehmen deeeep von Wien

²⁷¹ Europäische Kommission: Geothermie

²⁷² Geothermie Österreich: Potenzial und aktuelle Nutzung der tiefen Geothermie in Österreich

²⁷³ GeoTief Wien

Energie und OMV (ein teilstaatliches Unternehmen) an der ersten Tiefengeothermieranlage Wiens in Aspern gearbeitet. Dabei handelt es sich um eines der ersten großen Tiefengeothermieprojekte in Österreich. Ab 2028 sollen 20.000 Wiener Haushalte mit Geothermie beheizt werden. Langfristig arbeiten die Wien Energie und OMV daran, mit einer Leistung von bis zu 200 Megawatt Fernwärme aus Tiefengeothermie zu entwickeln und damit rund 200.000 Wiener Haushalte zu beheizen.²⁷⁴

Auch die kommunalen Münchener Stadtwerke setzen auf Tiefengeothermie, um die Fernwärme bis 2040 zu dekarbonisieren. Ihre erste Geothermieranlage ging 2004 in Betrieb, danach folgten fünf weitere Anlagen, darunter Deutschlands derzeit größte Geothermieranlage, die insgesamt rund 169.000 Haushalte mit Wärme versorgen.²⁷⁵ 2024 startete außerdem der Bau der siebten Anlage, mit deren Fertigstellung ab 2033 75.000 Haushalte beheizt werden können.²⁷⁶

Ein weiteres Projekt zur Stärkung der nachhaltigen Wärmeversorgung in Wien ist die Nutzung der Abwärme der Manner-Fabrik in Wien. Seit 2016 wird die Abwärme aus dem Backprozess der Mannerschnitten in das lokale Fernwärmenetz eingespeist und für Heizen, Warmwasser, aber auch die Kälteerzeugung genutzt. Dafür wird die heiße Abluft, die beim Backen entsteht, gesammelt, über einen Wärmetauscher in Heißwasser umgewandelt und ins Fernwärmenetz der Wien Energie eingebracht. 600 Haushalte und Betriebe in der unmittelbaren Nachbarschaft können so mit Fernwärme versorgt werden.²⁷⁷ Auch die Abwärme des Abwassers der Therme Wien wird zusammen mit Thermalwasser aus der Erde zur Fernwärmegewinnung für rund 1.900 Haushalte weitergenutzt, wodurch rund 2.600 Tonnen CO₂ jährlich eingespart werden können.²⁷⁸

Aufgrund der städtischen Gegebenheiten muss die Stadt Wien noch den Großteil der benötigten Energie importieren. Über 16 Prozent der Energie erzeugt sie innerhalb des Wiener Stadtgebiets allerdings selbst, aus erneuerbaren Energien (12,3 Prozent) und brennbaren Abfällen (4,3 Prozent).²⁷⁹ Dazu betreibt die Stadt Wien eine Reihe von Anlagen, wie Kleinwasserkraftwerke, eine Biomasse- und Deponiegasanlage, Müllverbrennungs- und auch Windkraftanlagen. Im Jahr 2025 konnte beispielsweise die Wien Energie alle Anteile des heimischen Wind- und Solarpioniers ImWind erwerben, wodurch der städtische Energieversorger seine Infrastruktur um 52 Windkraft- und vier Photovoltaik-Großanlagen erweiterte. Bis 2030 will die Wien Energie zusammen mit ImWind Windkraft-, Wasserkraft- und Photovoltaikanlagen österreichweit bis zu 200 Standorte betreiben und

²⁷⁴ Wien Energie: Geothermie

²⁷⁵ SWM (02.10.2024)

²⁷⁶ Energie&Management (15.04.2025)

²⁷⁷ Wien Energie (05.03.2026)

²⁷⁸ Science.apa (2022)

²⁷⁹ Stadt Wien: Energie in Zahlen 2025

damit alle Wiener Haushalte mit Ökostrom versorgen. Bis 2040 ist der Ausbau an bis zu weiteren 100 Standorten geplant, um zusätzlich den gesamten städtischen Verkehrssektor mit erneuerbarem Strom zu versorgen.²⁸⁰ Im Stadtgebiet selbst sorgt die Stadt Wien mit der Wiener Sonnenstromoffensive seit 2020 für den Ausbau von Solarenergieanlagen. Mit Stand März 2026 werden in der Stadt mehr als 18.000 PV-Anlagen betrieben, davon befinden sich rund 700 Anlagen auf stadteigenen Flächen und Gebäuden der Magistratsabteilungen und des Wiener Gesundheitsverbunds sowie der Wien Holding und einigen anderen mehr. Insgesamt erbringen diese 18.000 Anlagen eine Leistung von 335 MWp, mit der rund 96.000 Wiener Haushalte versorgt werden könnten.²⁸¹ Bis 2030 soll die PV-Leistung in der Stadt auf 800 MWp ausgebaut werden. Damit wird schließlich rund ein Viertel (230.000) der Wiener Haushalte mit Strom versorgt werden können.²⁸² Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützt die Stadt private Hauseigentümer*innen, Bauträger*innen und Betriebe nicht nur mit kostenlosen Beratungsangeboten, sondern startete im Mai 2026 mit einem neuen Förderpaket für Photovoltaikanlagen. Mit 7 Millionen Euro werden Anlagen an Fassaden gefördert, das betrifft sowohl vorgesetzte Module als auch integrierte Lösungen.²⁸³ Das bringt nicht nur den Klimaschutz voran, sondern unterstützt angesichts der erneut steigenden Energiepreise darüber hinaus die regionale Selbstversorgung mit Strom.

Ökonomische und arbeitsmarktrelevante Aspekte

Arbeitsplatzverluste in Folge von Liberalisierung und Privatisierung

Die allgemeine Liberalisierung und (Teil-)Privatisierungen des Energiesektors hatten auch Auswirkungen auf die Beschäftigung in diesem Bereich. Aufgrund der vielen Umstrukturierungen und vor allem Fusionen von Energieunternehmen kam es zu massiven Arbeitsplatzverlusten, denn die Versorgungsunternehmen reagierten auf die Liberalisierung und teilweise Privatisierung mit Kostensenkungen. Das betraf einerseits den Einsatz von kostensparenden Technologien, andererseits aber auch die Reorganisation der Beschäftigung, wobei Arbeitskosten durch Personalabbau reduziert und die Löhne gesenkt wurden, was auch zu einer steigenden Arbeitsintensität und einer Zunahme von atypischen Arbeitsverhältnissen für die verbliebenen Beschäftigten führte.²⁸⁴

²⁸⁰ Rathauskorrespondenz (06.11.2025)

²⁸¹ Stadt Wien: Wiener Sonnenstromoffensive 2026

²⁸² Wiener Sonnenstrom-Offensive

²⁸³ Stadt Wien: Neues Photovoltaik-Förderpaket ab 1.Mai 2026

²⁸⁴ Flecker; Hermann: (2009)a: 18

Zwischen 1995 und 2004, als die meisten damaligen EU-Mitgliedsstaaten ihre Elektrizitätswirtschaft liberalisierten und teilweise privatisierten, gingen rund 246.000 Arbeitsstellen im Elektrizitätssektor verloren. Das bedeutet, zwischen einem Viertel und einem Drittel der Arbeitsplätze im Elektrizitätssektor sind in dieser kurzen Zeitspanne durch Stellenstreichungen, Outsourcing und Nicht-Nachbesetzung bei (vorzeitigem) Ruhestand weggefallen. In Deutschland und Schweden betraf das rund 30 Prozent der Arbeitsplätze, zwischen 20 und 30 Prozent waren es in Österreich, Belgien und Großbritannien.²⁸⁵ Setzt man die Zeitspanne etwas länger an, gehen Atzmüller und Hermann sogar davon aus, dass im Vereinigten Königreich zwischen 1990 und 2001 rund 60 Prozent der Arbeitsplätze im Elektrizitätssektor verloren gingen.²⁸⁶

Der beobachtete Personalabbau betraf vor allem technische Fachkräfte, Arbeitnehmer*innen, die mit Wartung und Instandhaltung betraut waren, das mittlere Management und die Verwaltung. Dagegen kam es zu einem Anstieg der Arbeitsplätze in den Bereichen Marketing, Kundendienst, Vertrieb sowie Recht, da die Unternehmen mehr Ressourcen dafür einsetzen, Kund*innen anzuwerben. Diese teilweise umfassende Reduktion von Arbeitsplätzen stand in starkem Widerspruch zur vormals herrschenden Beschäftigungssicherheit in den öffentlichen Versorgungsunternehmen.²⁸⁷ Insbesondere, weil der öffentliche Sektor bis in die 1980er Jahre als wichtiges beschäftigungspolitisches Instrument diente, um Arbeitsplatzverluste in der Privatwirtschaft aufzufangen.²⁸⁸

Gleichzeitig kam es zu Veränderungen der Arbeitsbedingungen im Stromsektor. Zum einen durch eine Zunahme von atypischen Arbeitsverhältnissen, wie Teilzeitarbeit und Zeitarbeit, zum anderen durch eine Intensivierung der Arbeitslast. Wegen des Beschäftigungsabbaus, vor allem in der Produktion, kam es zum Anstieg von Mehrarbeit und Überstunden für die verbleibenden Mitarbeiter*innen. Darüber hinaus kam es im Bereich des Kund*innendienstes zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten, um die Betriebszeiten auszuweiten.²⁸⁹ Teilweise erhöhte sich aufgrund des vertikalen Unbundlings und der damit einhergehenden Errichtung von Tochtergesellschaften der bürokratische Aufwand, was wiederum zu einem Anstieg der Arbeitsintensität führte. Der Personalabbau sowie die steigende Arbeitsbelastung im Zusammenhang mit der Liberalisierung und Privatisierung im Elektrizitätssektor führten in Folge auch zu stressbedingten Gesundheitsproblemen bei den Beschäftigten.²⁹⁰

²⁸⁵ Flecker; Hermann: (2009)b: 53

²⁸⁶ Atzmüller; Hermann (2004): 9

²⁸⁷ Flecker; Hermann (2009)

²⁸⁸ Brandt; Schulten (2009): 38

²⁸⁹ Flecker; Hermann (2009): 30

²⁹⁰ ebd.: 29

Neue Beschäftigungsimpulse durch erneuerbare Energieträger

Eine gegenteilige Entwicklung setzte im Energiesektor allerdings mit dem verstärkten Ausbau von erneuerbaren Energieträgern ab den 2010er Jahren ein. Insbesondere für die Zukunft ist ein starker Beschäftigungszuwachs durch den Ausbau erneuerbarer Energieträger (Wind-, Wasser- und Solarenergie) zu erwarten. Die ILO geht sogar davon aus, dass der Ausbau erneuerbarer Energieträger, wie Wind- und Solarenergie, ein größeres Beschäftigungspotential als Kohle und Erdgas hat.²⁹¹ Im Windenergiesektor waren im Jahr 2017 EU-weit 356.700 Menschen beschäftigt, 2024 lag die Zahl bei 380.000. Um die Ziele des REPowerEU-Programms zu erreichen, wird ein Anstieg dieser Anzahl auf 936.000 Beschäftigte bis 2030 prognostiziert.²⁹²

Der Bereich Solarenergie zeigt, dass anhaltende Bemühungen und Investitionen in den Ausbau des Energieträgers wichtig sind, um das Beschäftigungspotential tatsächlich ausschöpfen zu können.²⁹³ Im Jahr 2019 setzte, auch aufgrund sinkender Anschaffungskosten für PV-Module, ein regelrechter Solarenergieboom ein, wodurch es zu einem deutlichen Anstieg der Beschäftigung kam. Während 2017 erst 90.800 Personen in der EU im Photovoltaikbereich tätig waren, stieg die Zahl bis 2024 auf rund 764.400 Menschen, die im Photovoltaikbereich beschäftigt waren. Setzt sich dieser Trend fort, könnten bis 2027 über 1 Million Menschen in diesem Bereich tätig sein.²⁹⁴

Für Österreich wurde in der Studie „Daseinsvorsorge 2030“ das Beschäftigungspotential beziehungsweise der zukünftige Bedarf an Arbeitskräften für den Aus- und Umbau der Energieversorgung in den Bereichen Photovoltaik- und Windkraftanlagen berechnet. Im PV-Bereich ergibt sich ein Bedarf von 7.100 Vollzeitäquivalenten pro Jahr, um das Ausbauziel 2030 zu erreichen. Davon müssen rund zwei Drittel, also 4.700, zusätzlich rekrutiert werden.²⁹⁵ Bei der Errichtung von Windkraftanlagen bis 2030 gehen die Studienautor*innen von einem Bedarf von 1.300 zusätzlichen Arbeitskräften aus. Insgesamt ergibt das einen Zusatzbedarf im Solar- und Windkraftbereich bis 2030 von 6.000 Vollzeitäquivalenten. Zusätzlich wird ein pensionsbedingter Ersatzbedarf von rund 540 Personen angenommen.²⁹⁶

Die Stadt Wien hat sich das Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu werden. Dafür muss der Einsatz fossiler Energieträger heruntergefahren werden. Dabei setzt die Stadt auf die Dekarbonisierung des Energiesystems und nutzt gleichzeitig die Energiewende als Beschäftigungsmotor, um nachhaltige

²⁹¹ Wegmann (2019): 30

²⁹² Europäische Kommission: Windenergie in der EU

²⁹³ Wegmann (2019): 32

²⁹⁴ Europäische Kommission: Solarenergie

²⁹⁵ Getzner et al (2024): 179

²⁹⁶ ebd.: 179f

Green Jobs in der Stadt zu fördern. Insgesamt beschäftigt die Wiener Energie derzeit rund 2.500 Mitarbeiter*innen.²⁹⁷ Damit es auch in Zukunft ausreichend qualifiziertes Personal gibt, bildet der Konzern Wiener Stadtwerke, zu dem auch die Wien Energie gehört, auch selbst Lehrlinge aus. Die Wiener Stadtwerke, die zu 100 Prozent der Stadt Wien gehören, sind einer der größten Lehrbetriebe Österreichs und nehmen jährlich rund 235 neue Lehrlinge für 21 Berufsbilder auf, darunter Fernwärmetechnik, Kälteanlagentechnik und Elektrotechnik für erneuerbare Energien. Ein Großteil dieser Lehrlinge, nämlich 80 Prozent, wird nach der Ausbildung vom Konzern übernommen.²⁹⁸ Aber auch die Stadt Wien unterstützt die Berufsausbildung im Energiebereich. Über den waff – Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds, werden mit der Klimaschutz-Lehrausbildungsprämie zusätzliche Ausbildungen in 70 klimarelevanten Lehrberufen angeboten, um einerseits die Energiewende in der Stadt voranzubringen und andererseits Menschen in zukunftsfähige und sichere Arbeitsverhältnisse zu bringen.²⁹⁹

Wirtschaftliche Vorteile einer stabilen Energieversorgung

Eine verlässliche Energieversorgung bildet die Grundlage für ein stabiles und gutes Leben der Bevölkerung. Sie ist allerdings auch ein unverzichtbarer Faktor in allen Wirtschaftsbereichen und damit ein zentraler Bestandteil eines leistungsfähigen und modernen Wirtschaftsstandorts. Von der industriellen Fertigung über den Dienstleistungssektor bis hin zur landwirtschaftlichen Produktion, sie alle sind auf eine kontinuierliche und stabile Energieversorgung angewiesen, um ihre Produktionsprozesse aufrechterhalten zu können. Versorgungsunterbrechungen können zu erheblichen wirtschaftlichen Schäden, Produktionsausfällen und folglich Wettbewerbsnachteilen führen. Darüber hinaus beeinflussen die Energiepreise maßgeblich die Kostenstruktur von Unternehmen und Betrieben, die vor allem in energieintensiven Industrien einen bedeutenden Anteil an den Produktionskosten ausmachen können. Stabile Energiepreise sind daher ebenso wichtig für den Wirtschaftsstandort wie eine stabile Energieversorgung.

Zur Absicherung der Energieversorgung sowie stabiler Energiepreise sind die Verbesserung der Energieeffizienz und der Ausbau klimafreundlicher Energieerzeugung maßgeblich. Eine verbesserte Energieeffizienz bietet die Möglichkeit, die Energiekosten zu senken und dabei oftmals einen größeren Output zu erzielen. Zusätzlich ist die Energiewende in Österreich und der EU nicht nur eine ökologische

²⁹⁷ Wien Energie: Unternehmen

²⁹⁸ Wiener Stadtwerke (09.09.2025)

²⁹⁹ Waff: Wien 2040 – Klimamusterstadt ohne Erdgas

Notwendigkeit, sondern auch wirtschaftlich von großer Bedeutung. Die Energiekrise 2022 hat gezeigt, wie stark die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von einer sicheren Versorgung und Preisstabilität abhängt. Die hohe Abhängigkeit Europas von fossilen Brennstoffen hat sich 2022 als großer Nachteil erwiesen. Eine diversifizierte Energieversorgung erhöht dagegen die Resilienz einer Volkswirtschaft gegenüber politischen Krisen und kann durch geringere Produktionskosten Preise niedriger und vor allem stabiler halten. Das begünstigt wiederum die Ansiedelung von Unternehmen und Betrieben in der Region.³⁰⁰

Der Energiesektor versorgt nicht nur andere Wirtschaftssektoren mit einem grundlegenden Gut, sondern ist selbst ein bedeutender Wirtschaftszweig, der eine Vielzahl an Personen beschäftigt und enormen Wert generiert. In der Europäischen Union trug etwa die Energieerzeugung aus nachhaltigen Quellen im Jahr 2023 zu rund einem Drittel des BIP-Wachstums bei.³⁰¹ In Österreich hat die Elektrizitätswirtschaft im Jahr 2022 mit 16 Mrd. Euro fast vier Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung beigetragen, etwas mehr als der gesamte Einzelhandel. Vier Euro Wertschöpfung in der Elektrizitätsbranche bewirken zusätzliche drei Euro in anderen vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen. Zu diesen vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen gehören etwa die Herstellung von Kraftwerksteilen, der Leitungstiefbau, die Herstellung von Drähten, Kabeln und Stromtankstellen, die Leistungen von Elektriker*innen und vieles mehr. Ebenso tragen die Investitionen in der Elektrizitätswirtschaft zur Wertschöpfung bei. Im Jahr 2022 bewirkte die Branche mit ihren Investitionen eine Bruttowertschöpfung von rund zwei Milliarden Euro im Land.³⁰²

Schlussfolgerungen

Energie ist ein zentrales Gut des täglichen Lebens, ohne das gesellschaftliches Leben und soziale Teilhabe nicht möglich sind. Deshalb müssen Versorgungssicherheit, Leistbarkeit und Nachhaltigkeit gewährleistet und die zentralen energiepolitischen Ziele sein. Die Liberalisierung und (Teil-)Privatisierung haben den Energiemarkt jedoch stark auf Wettbewerb ausgerichtet und dadurch den Gewinndruck erhöht, was diese Ziele gefährdet.

Die zentralen Erkenntnisse sind:

³⁰⁰ Europäische Kommission (2026): Kopenhagener Forum unterstreicht Bedeutung der

³⁰¹ IEA(2024): Clean Energy Is Boosting Economic Growth

³⁰² Economia (2023): Der ökonomische Fußabdruck der Elektrizitätswirtschaft Österreichs

- **Schwankende Energiepreise:** Der liberalisierte Energiemarkt zwingt die Energieunternehmen in der EU zum Handel an der Börse, wo es im Krisenfall (siehe Energiekrise 2022) aufgrund der Preisbildungsmechanismen (Merit-Order-System) zu volatilen und stark ansteigenden Energiepreisen kommt. Dadurch steigen die Preise für Haushalte und Unternehmen und einige Staaten sahen sich veranlasst, Maßnahmen wie Preisdeckel und Übergewinnsteuern zu setzen, um akute Belastungen abzufedern.
- **Wachsende Energiearmut:** Steigende Energiepreise, ein erhöhter Anteil an Haushalten mit niedrigem Einkommen sowie eine unzureichende Energieeffizienz des Gebäudebestands tragen maßgeblich zur Zunahme von Energiearmut in Europa bei. Das wirkt sich deutlich auf die Lebensqualität, Gesundheit und soziale Teilhabe der betroffenen Haushalte aus. Der liberalisierte Energiemarkt kann keine ausreichende Versorgungssicherheit gewährleisten, weshalb staatliche Eingriffe wie Sozialtarife, Preisdeckel sowie gezielte Förderungen oder Investitionen in Gebäudesanierungen notwendig sein können, um Energiearmut wirksam zu bekämpfen.
- **Abhängigkeit von fossilen Energieträgern:** Die ungebrochene Abhängigkeit von fossilen Energieträgern bleibt ein zentrales strukturelles Problem des europäischen Energiesystems, das stark anfällig für Ausfälle der Versorgungssicherheit sowie Preisschwankungen ist. Die EU treibt zwar die Diversifizierung der Energiequellen und den Ausbau erneuerbarer Energien voran, bleibt aber bis dato noch zu abhängig von fossilen Energieträgern. Für eine vollständige Abkehr sind auch weitere Investitionen in Speicher, Netze und flexible Erzeugungskapazitäten notwendig.
- **Energiewende:** Die Liberalisierung des Energiesektors hat die Energiewende nicht automatisch befördert. Im Gegenteil war und ist die Energiewende von umfangreichen staatlichen Unterstützungen abhängig, die Marktbarrieren reduzieren und Investitionen absichern. Es zeigt sich zudem, dass große private Energiekonzerne häufig zögerlich auf die Energiewende reagieren und weiterhin auf fossile Energieträger setzen, was die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern verfestigt.
- **Erneuerbare Energieträger:** Der Ausbau erneuerbarer Energien ist oft mit hohen Anfangsinvestitionen und finanziellen Risiken verbunden, weshalb (insbesondere bei Technologien wie Geothermie) viele private Investoren zögern. Da Private nicht gemeinwohlorientiert arbeiten, liegt ihr primäres Interesse auch nicht an der Reduktion der Emissionen und folglich am Ausbau der Erneuerbaren, sofern sie davon wirtschaftlich nicht zeitnah profitieren. Der öffentliche Auftrag kommunaler Energieversorger führt demnach dazu, dass sie eher bereit sind, dieses Risiko zu tragen, und deshalb beim Ausbau erneuerbarer

Energien eine zentrale Rolle spielen. Geothermie-Projekte in Wien und München zeigen, dass kommunale Akteur*innen mit gezielten Investitionen und Forschung den Durchbruch klimafreundlicher Energie maßgeblich unterstützen können.

- **Arbeitsplatzverlust:** Die Liberalisierung des Energiesektors in der EU und die einsetzenden (Teil-)Privatisierungen führten in nahezu allen Mitgliedsstaaten zu massiven Arbeitsplatzverlusten und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Zwischen 1995 und 2004 gingen in der EU rund 246.000 Jobs im gesamten Elektrizitätssektor verloren, vor allem durch Rationalisierung, Outsourcing und Nicht-Nachbesetzung. Gleichzeitig stiegen Arbeitsdruck, atypische Beschäftigungsverhältnisse und gesundheitliche Belastungen für die verbliebenen Beschäftigten deutlich an.
- **Neue Beschäftigungsmöglichkeiten:** Der Ausbau erneuerbarer Energien schafft neue Beschäftigungsmöglichkeiten und birgt ein großes Zukunftspotenzial. Besonders im Wind- und Solarbereich steigen die Beschäftigtenzahlen stark und könnten in den kommenden Jahren weiter deutlich wachsen. Gleichzeitig entsteht ein erhöhter Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften, weshalb Ausbildung und Fachkräfteentwicklung zunehmend an Bedeutung gewinnen.
- **Basis für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort:** Eine verlässliche Versorgung mit Energie ist die Basis für einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort, begünstigt die Ansiedelung von Unternehmen und sorgt damit ebenfalls für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Gesundheit

Das Recht auf eine ärztliche Versorgung ist im Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben.

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen gewährleistet sowie das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder Verwitwung, im Alter sowie bei anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“³⁰³

Auch beim Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) ist in Artikel 12 das Recht auf medizinische Versorgung, durch den allgemeinen Zugang zu medizinischer Versorgung im Krankheitsfall, niedergeschrieben.³⁰⁴

Artikel 12 (1): „Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit an.“³⁰⁵

Artikel 12 (2): „Die von den Vertragspartnern zu unternehmenden Schritte zur vollen Verwirklichung dieses Rechtes umfassen die erforderlichen Maßnahmen (...) Art 12d: zur Schaffung der Voraussetzungen, die für jedermann im Krankheitsfall den Genuss medizinischer Einrichtungen und ärztlicher Betreuung sicherstellen.“³⁰⁶

Ein „Recht auf Gesundheit“ an sich ist in den europäischen Länderverfassungen nicht direkt festgehalten, wohl aber sind gewisse Mindestgarantien verzeichnet.³⁰⁷

In Österreich geht zudem das Sozialrecht deutlich über die in der Verfassung verbrieften Mindestanforderungen hinaus und garantiert fast allen in Österreich lebenden Personen einen Anspruch auf eine „ausreichende, zweckmäßige und das Maß des Notwendigen nicht übersteigende“³⁰⁸ Gesundheitsversorgung.³⁰⁹ Handelt es sich aber um einen medizinischen Notfall, ist jedoch allen sich in Österreich aufhaltenden Personen eine Behandlung nicht zu verwehren.³¹⁰ Medizinische Bedarfe, die über das rechtlich verbrieft Maß hinausgehen, werden in Österreich meist

³⁰³ OHCHR (o.J.).

³⁰⁴ Deutsches Institut für Menschenrechte (ICESCR Art. 12d.).

³⁰⁵ ebd.: Art. 12 (1).

³⁰⁶ ebd.: Art. 12 (2)/12d.

³⁰⁷ Stöger (2024): Was bedeutet ein Recht auf Gesundheit

³⁰⁸ ebd.

³⁰⁹ Fuchs (2018)

³¹⁰ ebd.

durch gemeinnützige Organisationen übernommen. Wien zeichnet sich hier durch ein breites Spektrum an gemeinnützigen Organisationen, die medizinische Dienstleistungen über das eben erwähnte Maß hinaus erbringen, aus.³¹¹

Für eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung ist nicht nur die ausreichende Leistung ausschlaggebend, es ist auch notwendig, bereichsübergreifend zu planen und zu handeln. Die öffentliche Steuerung bietet die Möglichkeit, den Gesundheitsbereich mit anderen Feldern der Daseinsvorsorge zu koordinieren. Das war bei den Krisen der letzten Jahre deutlich zu sehen. So hat sich etwa während der Covid-Pandemie gezeigt, dass die Gesundheitspolitik mit anderen Politikfeldern und Krisenstrategien kombiniert werden musste, um eine gute Versorgung weiterhin aufrechtzuerhalten.³¹²

Dies kann ebenso bei der Klimakrise beobachtet werden. Die in Europa immer deutlicher bemerkbaren Folgen des Klimawandels wirken sich auch negativ auf die physische und psychische Gesundheit der Menschen aus. Daher sind Wissenschaftler*innen aus unterschiedlichen Disziplinen schon vor Jahren dazu übergegangen, die Klimakrise und die Gesundheitskrise als miteinander verschränkt zu sehen.³¹³ Ein Beispiel dafür ist die Übersterblichkeit während Hitzeperioden, auf die die WHO verweist.³¹⁴ Wien hat darauf reagiert. Beispielsweise übernimmt die MA 18 (Stadtentwicklung und Stadtplanung) wichtige direkte und indirekte gesundheitspräventive Maßnahmen durch das Erstellen von Datensätzen (z. B. Hitzeempfinden der Bürger*innen), anhand derer Maßnahmen zur Reduktion von Gesundheitsrisiken während klimawandelbedingter Hitzeperioden etabliert werden können.

Auch abseits von aktuellen Krisen zeigt sich die gegenseitige Beeinflussung von verschiedenen Politikbereichen. Ein starker Zusammenhang lässt sich zum Beispiel beim Gesundheits- und Bildungsbereich feststellen. Vom Faktor Bildung hängt oft ab, ob die Menschen die für sie relevanten Gesundheitsangebote kennen und/oder nutzen.³¹⁵ Eine geringe Gesundheitskompetenz führt unter anderem dazu, dass – anstelle eines initialen Hausarzt*innenbesuches – medizinische Notfallversorgungsinstanzen (z. B. Spitalsambulanzen oder Rettungsdienste) häufiger konsultiert werden, als dies eigentlich nötig wäre. Von einer Fokussierung und Steigerung der Gesundheitskompetenz bereits ab jungem Alter würden, auch in Österreich, die Gesundheitsversorgung und -dienstleister*innen profitieren.³¹⁶ Hier kann die sektorenübergreifende

³¹¹ Österreich.gv. (o.J.).

³¹² Dialer et al. (2021): 391

³¹³ ebd.: 397

³¹⁴ WHO (2021): Climate change and health

³¹⁵ Stöger (2024): Das Gesundheitssystem in Österreich ist nicht gerecht

³¹⁶ Griebler et al. (2023): 2

Steuerung der öffentlichen Daseinsvorsorge gezielt zur Kompetenzerweiterung beitragen, wie sich etwa bei Maßnahmen im Bildungsbereich zeigt. So beinhalten die aktuellen Lehrpläne der Primär- sowie Sekundärstufe wesentliche Lerninhalte, welche als Grundlage für ein gesundes und bedachtes Leben betrachtet werden. Die Heranführung an das Radfahren beispielsweise, welches vorwiegend gegen Ende der Primärstufe vorgesehen ist, stellt einen wesentlichen Impuls zur Verkehrserziehung als auch zur gesundheitsfördernden Mobilität dar.³¹⁷ Das tiefgreifende Verständnis bezüglich gesunder Ernährung, das Angebot von ausgewogenen Mahlzeiten während der Schulzeit sowie die multidisziplinäre Förderung eines Körper- und Gesundheitsverständnisses legen einen wesentlichen Grundstein für „den individuellen Bildungserfolg“.³¹⁸ Die Zielsteuerung Gesundheit 2024–2028, auf die man sich zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung geeinigt hat, welche unter anderem eine Stärkung der Individualgesundheitskompetenz sowie eine Verbesserung der psychischen Gesundheit anstrebt, verstärkt die im Bildungsbereich bereits getroffenen Impulse positiv.³¹⁹

Der Gesundheitsbereich blieb in vielen Ländern Europas nicht von den neoliberalen Privatisierungs- bzw. Marktliberalisierungspolitiken verschont. In den meisten europäischen Gesundheitssystemen gibt es daher drei differierende Dienstleister*innengruppen: privat-profitorientierte Akteur*innen, Non-Profit-Organisationen (NPO) und öffentliche Dienstleister*innen.

Non-Profit-Organisationen streben im Unterschied zu privat-profitorientierten Unternehmen keinen monetären Gewinn an. Die Erreichung von gewissen Sachzielen ist hier das primäre Ziel.³²⁰ Sie werden von der Kommune mit Dienstleistungen beauftragt, die sie kostendeckend zu erbringen hat. Im Gegensatz dazu streben privat-profitorientierte Unternehmen primär die Erwirtschaftung eines möglichst hohen Profits an. Sie werden zwar von der Kommune mit Dienstleistungen beauftragt, dies erfolgt etwa über Ausschreibungen und Konzessionsverträge, jedoch ist ihr Handeln von Profitinteressen bestimmt. Dies zeigt sich im Gesundheitsbereich etwa bei privaten Krankenhäusern oder Pflegeheimen.³²¹ „Öffentliche Dienstleistungen sind Leistungen, die von einer Regierung für die Bevölkerung bereitgestellt werden. Üblicherweise liegt dem der soziale Konsens zugrunde, dass gewisse Leistungen allen Menschen unabhängig von ihrem Einkommen zur Verfügung stehen sollten.“³²² Dabei werden diese Leistungen entweder selbst oder über staatseigene oder kommunale Unternehmen erbracht.

³¹⁷ RIS (2025).

³¹⁸ RIS (2024).

³¹⁹ BMASGPK (2024): 8f.

³²⁰ Eichhorn (2001): 45

³²¹ Sitte

³²² AK Wien (2015): 9

Das Zusammenwirken von öffentlichen Akteur*innen mit privat-profitorientierten Akteur*innen (im Rahmen einer Public-Private-Partnership (PPP) und/oder mit Non-Profit-Organisationen im Rahmen einer Public-Civic-Partnership (PCP)) sind gängige Modelle der Leistungserbringung im Gesundheitsbereich.

Als maßgeblich für die Ausgestaltung des Gesundheitssystems hat sich auch die vorhandene öffentliche Regulativmacht gezeigt. Um die Auswirkungen der vorhandenen Regulativmacht in Österreich zu zeigen, bietet sich ein Vergleich mit anderen Ländern an, in denen die Regulativmacht durch liberale Policy-Regime in vielen Bereichen der Gesundheitsversorgung stark eingeschränkt ist. Dieser Vermarktlichungsprozess wurde dabei in einigen Ländern durch legislative Änderungen ermöglicht bzw. stark beschleunigt. Ein Verlust der Regulativmacht in Kombination mit einem wachsenden Anteil privater Anbieter*innen im Gesundheitsbereich hat, wie im Folgenden dargestellt wird, große Auswirkungen auf Faktoren wie Krisenresilienz, ökologische Aspekte oder flächendeckendes Angebot.

Um diese Unterschiede darzustellen, wird das österreichische Gesundheitssystem, das über eine hohe Regulativmacht und einen geringen Anteil privater Akteur*innen verfügt, Systemen mit geringerer Regulativmacht und einem höheren Anteil privater Akteur*innen gegenübergestellt. Solche Systeme finden sich etwa in Schweden, Deutschland oder Italien, die in diesem Vergleich repräsentativ angeführt werden. Da bei manchen Aspekten keine vollständigen Länderdaten vorhanden sind, werden stellvertretend Städte dieser Länder verglichen. Wien wird Stockholm, München und Mailand gegenübergestellt.

Der nachfolgende Länder- bzw. Städtevergleich kann nicht alle Aspekte des Gesundheitsbereichs berücksichtigen. Es wurde auf jene Indikatoren zurückgegriffen, die sich als zentral für die hier untersuchten Teilaspekte (wie Krisenfestigkeit, ökologische Herausforderungen und Transformation oder Versorgungsleistungen und -sicherheit) erweisen und ausreichend Datenmaterial für einen aussagekräftigen Vergleich bieten.

Der vorliegende Vergleich zeigt, dass um eines der wichtigsten Ziele der Daseinsvorsorge, nämlich eine allgemeine Gesundheitsversorgung, die wohnortnah und bedarfsgerecht ist, sicherstellen zu können, eine strategische, nicht dem Streben nach Profit verfallende Planung von Gesundheitsinfrastruktur von großer Bedeutung ist. Eine zentral gesteuerte Bereitstellung der Infrastruktur und Planung, beispielsweise durch die öffentliche Hand, kann hier ressourceneffizienter und verschränkter erfolgen als eine dem Wettbewerb unterliegende Planung privater Unternehmer*innen.³²³

³²³ Damjanovic et al. (2024): 14

Gesellschaftliche Aspekte

Die Veränderungen der europäischen Wirtschaftspolitik durch den Neoliberalismus ab Mitte der 1980er Jahre haben auch die Gesundheitsversorgung in vielen europäischen Ländern nachhaltig verändert. Eine Kommodifizierung der allgemeinen Gesundheitsversorgung wurde im Rahmen von Sparmaßnahmen in vielen Staaten Europas durchgeführt. Das Policy-Regime der EU befördert ebenfalls eine Vermarktlichung des Gesundheitswesens.³²⁴

Eine Kommodifizierung der allgemeinen Gesundheitsversorgung befördert sowohl eine Ausweitung der durch die Differenz an monetären Ressourcen begründeten Zwei-Klassen-Medizin als auch eine Erhöhung der Barrieren für optimale medizinische Versorgung. Des Weiteren wurde durch die Covid-Pandemie evident, dass ein öffentliches Gesundheitssystem sowohl krisenresilienter als auch oftmals effizienter arbeitet als privatwirtschaftlich-profitorientierte Gesundheitsdienstleister*innen.³²⁵

Zugang zu ärztlicher Versorgung in Österreich

Der Zugang zu zeitnaher ärztlicher Versorgung ist in Österreich in den letzten Jahrzehnten durch eine starke Zunahme an Privat- und Wahlärzt*innen, vor allem im fachärztlichen Bereich, erschwert worden. Zwar weist Österreich laut dem Ärztebericht der ÖAK 2024 mit 5,53 Ärzt*innen/1.000 Einwohner*innen die meisten Ärzt*innen im europäischen Vergleich auf³²⁶, in Wien betrug die Ärzt*innendichte sogar über 7 Ärzt*innen/1.000 Einwohner*innen³²⁷, dennoch ist dem Bericht des Rechnungshofes zufolge die Zahl an Wahlärzt*innen, sowohl bei Allgemeinmediziner*innen als auch bei Fachärzt*innen, in Österreich zwischen 2009 und 2019 stark angestiegen, wie Tabelle 4: Entwicklung Wahlärzt*innen in Österreich (ohne Wien) und Wien zeigt.

In Wien war der Anstieg – sowohl bei Allgemeinmediziner*innen als auch bei Fachärzt*innen – noch höher als im österreichischen Schnitt (ohne Wien). Der Anstieg der Wahlärzt*innen unter den Allgemeinmediziner*innen lag rund 5,5 Prozentpunkte über dem österreichischen Anstieg. Der Anstieg bei den Fachärzt*innen, welche als Wahlärzt*innen fungieren, lag im betrachteten Zeitraum sogar doppelt so hoch wie im Rest Österreichs. Die 3.010 Wahlärzt*innen machten (im Jahr 2019) 23 Prozent aller tätigen Ärzt*innen (13.078³²⁸) in Wien aus. Jedoch betrug die allgemeine Versorgungsleistung der

³²⁴ Erne (2024): 264

³²⁵ Damjanovic et al. (2024): 14

³²⁶ ÖAK (2024): 11

³²⁷ ebd.: 20

³²⁸ ÖAK (2019): 21

Wahlärzt*innen nur 5,5 Prozent.³²⁹ Die Belastung für Kassenärzt*innen ist in den letzten Jahren, sowohl in Österreich als auch in Wien, durch das hohe Patient*innenaufkommen gestiegen.

Kategorie	2009	2019	Veränderung in %
Allgemeinmediziner*in (AT ohne Wien)	1.590	2.287	30,5
Allgemeinmediziner*in (Wien)	505	685	36
Facharzt (AT ohne Wien)	3.634	4.740	23,4
Facharzt (Wien)	1.482	2.325	57

Tabelle 4: Entwicklung Wahlärzt*innen in Österreich (ohne Wien) und Wien³³⁰

In einem noch längeren Vergleich zwischen den Jahren 2000 und 2025 zeigt sich die Entwicklung noch deutlicher. Während in diesem Zeitraum in Österreich die Anzahl der Kassenärzt*innen um lediglich 0,4 Prozent zugenommen hat, stieg die Anzahl der Wahlärzt*innen um 148 Prozent.³³¹ Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung ist die Anzahl der Kassenärzt*innen in diesem Zeitraum um 12,7 Prozent gesunken, während die Anzahl an Wahlärzt*innen um 115 Prozent zugenommen hat.³³²

Einige Fachbereiche sind von dem Mangel an Fachärzt*innen mit Kassenverträgen besonders betroffen. Fast 80 Prozent der offenen Kassenstellen entfallen auf nur vier Fachrichtungen, wie **Abbildung 8: Offene Kassenstellen für Fachärzt*innen nach Fachbereichen 2023, Österreich (exklusive Zahnmedizin und Allgemeinmedizin)** zeigt.³³³ Dabei ist vor allem der Mangel an Kassenärzt*innen im Bereich Kinder- und Jugendheilkunde seit Jahren ein ernstzunehmendes Problem in Österreich. Während der Bereich Kinder- und Jugendheilkunde gemessen an der absoluten Anzahl aller Facharztqualifikationen nur 5,6 Prozent ausmacht, macht der absolute Mangel an Fachärzt*innen in diesem Bereich 18,2 Prozent aus.³³⁴ Hierbei ist natürlich die bundesländerspezifische Entwicklung ein Differenzkriterium.³³⁵

³²⁹ ebd.: 17

³³⁰ Rechnungshof Österreich (2021): 97

³³¹ Arthofer (2025)

³³² Bevölkerungsdaten 2025 für AT: Statistik Austria (2025); Bevölkerungsdaten 2000 für AT: WKO (2025): 2

³³³ Arthofer (2025)

³³⁴ ÖAK (2023): 22–24

³³⁵ Parlament Österreich (2023): 16086/AB, Beilage 2

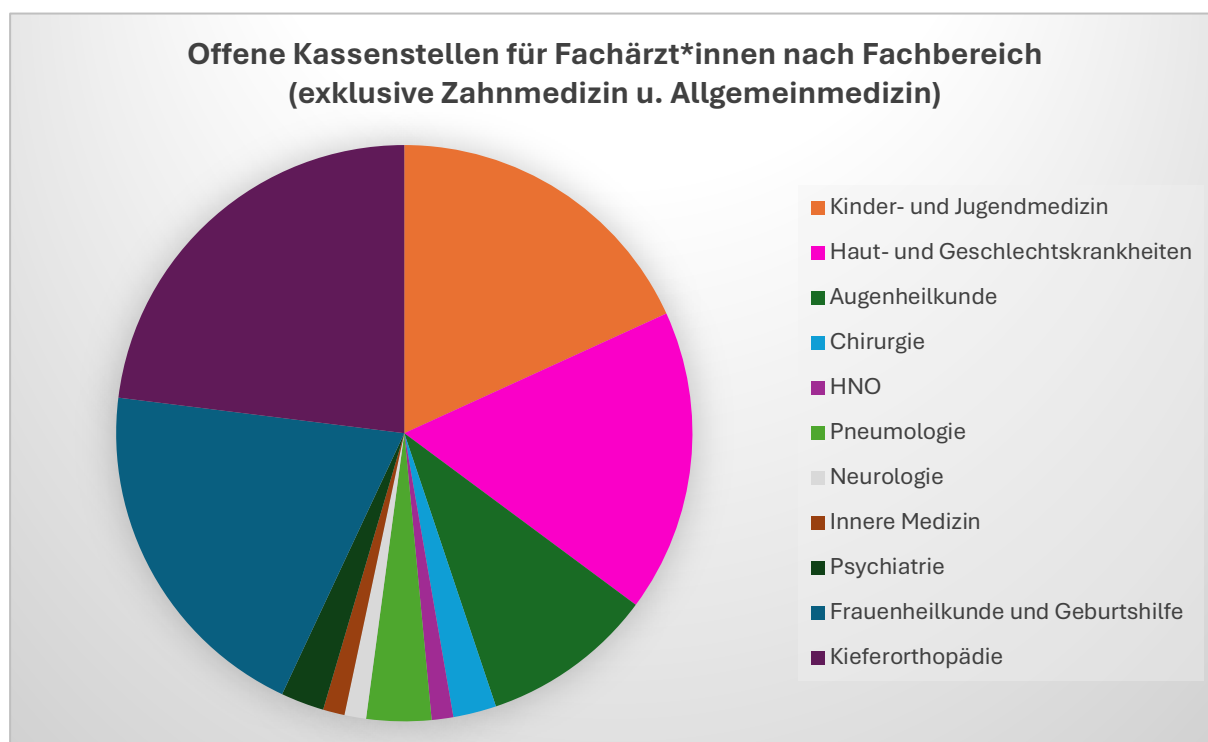


Abbildung 8: Offene Kassenstellen für Fachärzt*innen nach Fachbereichen 2023, Österreich (exklusive Zahnmedizin und Allgemeinmedizin)³³⁶

Davon betroffen war auch Wien, wo der Gesundheitsmonitoring-Bericht aus dem Jahr 2022 festhält: „Niedergelassenen Ärzt*innen kommt eine wichtige Rolle zu. Zum vorherrschenden Versorgungsdefizit gehört auch der Mangel an Kinderfachärzt*innen.“³³⁷ Als problematisch wird festgehalten, dass „viele Kinderärzte zusperrten und dass man mittlerweile fast 50 % Wahlärzte bei den Kinderärzten hat und ganze Bezirke keinen Kinderfacharzt mehr haben.“³³⁸

Diesem Mangel an Kinderfachärzt*innen mit Kassenverträgen wurde 2023 mit der Novellierung des Prim-VG³³⁹ entgegengewirkt. Dadurch wurde die Gründung von Primärversorgungseinheiten (PVE), auch für Kindermedizin, möglich.³⁴⁰ Auch die europäische Gründungsförderung unterstützte durch das Programm „Recovery and Resilience Facility“ (RRF) die Etablierung von Primärversorgungszentren. Die positiven Auswirkungen der Gesetzesnovellierung auf die PVE-Neugründungen sind deutlich erkennbar. Mittlerweile (Stand Oktober 2025) gibt es in Wien neun Kinder-PVE³⁴¹, wodurch der im

³³⁶ Parlament Österreich (2023): 16086/AB, Beilage 2

³³⁷ Stadt Wien (2022): Gesundheitsziele Wien 2025: 68

³³⁸ ebd.

³³⁹ Primärversorgungsgesetz

³⁴⁰ Plattform Primärversorgung (2025): Entwicklung

³⁴¹ Plattform Primärversorgung (2025): Landkarte

Leistungsbericht der Wiener Stadtverwaltung für 2024³⁴² geplante Ausbau der Kinder-PVE bereits erreicht ist.³⁴³ Durch die Einführung der Kinder-PVE gelang die massive Entlastung der im Jahr 2022 noch als desaströs beschriebenen Situation. Bereits zum Jahresende 2023 gab es in Wien keine offenen Kassenstellen im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin mehr.³⁴⁴ Dies zeigt die hohe Krisenreagibilität in Wien, wo dem Mangel an Kinder- und Jugendmediziner*innen schnell entgegengewirkt werden konnte.

Dieses Beispiel zeigt, wie die zeitnahe Anpassung legislativer Maßnahmen durch staatliche oder suprastaatliche politische Entscheidungsträger*innen, die auch über eine gewisse gesetzlich determinierte Regulativmacht verfügen, schnelle Verbesserungen herbeiführen kann. Auch wenn der Erhalt eines gesellschaftlich fairen und niederschwellig zugänglichen Gesundheitssystems, selbst in Österreich, durch privat-profitorientierte Akteur*innen unter Druck gerät, haben die politischen Akteur*innen eine relativ hohe Regulativmacht. Welche Folgen ein Verlust dieser Regulativmacht haben kann, zeigen Vergleiche mit anderen Ländern. Dabei sind die Reagibilität der handelnden politischen Akteur*innen und die Effizienz der daraus abgeleiteten Diffuse-Strategien die wichtigsten Zeichen für ein handlungsfähiges Gesundheitssystem.

Bedeutung der Regulativmacht (am Beispiel Langzeitpflegebetten)

Dies lässt sich beim Vergleich von Langzeitpflegebetten exemplarisch darstellen. Dabei werden, wie eingangs erwähnt, die Länder Schweden, Italien und Deutschland, wo die Regulativmacht im Gesundheitsbereich eingeschränkt wurde, Österreich gegenübergestellt.

Während ein preisregulierter Wettbewerb im Gesundheitsbereich durch einige europäische Staaten in den letzten Jahrzehnten forciert wurde, verblieb das gesundheitspolitische Handeln in Österreich bei einer angebotsorientierten Planung.³⁴⁵ Der Artikel 15a des Bundesverfassungsgesetzes erweiterte die regulativen Kompetenzen des Bundes bereits ab Mitte der 1970er Jahre.³⁴⁶ Im stationären Bereich übernahm der Bund spätestens 1997 „die Rolle einer quasi-gesetzlich definierten Regulierungsbehörde“³⁴⁷. Da der Bedarf bzw. die niederschwellige Erreichbarkeit von medizinischen Leistungen zentrales Ziel des gesundheitspolitischen Handelns Österreichs war, kam es zu keiner legislativ begleiteten Vermarktlichung der Gesundheitsversorgung. Eine umbruchsartige Veränderung

³⁴² Leistungsbericht 2024 der Wiener Stadtverwaltung

³⁴³ MA 24 (2024): 79

³⁴⁴ Parlament Österreich (2023): 16086/AB, Beilage 2

³⁴⁵ Hofmarcher et al. (2006): 230

³⁴⁶ ebd.: 212f

³⁴⁷ ebd.: 230

der Anbieter*innenstruktur zugunsten privat-profitorientierter Anbieter*innen ist in Österreich, im Gegensatz zu anderen Ländern, daher nicht zu beobachten.

In Schweden hat das Gesetz über die Wahlfreiheit im öffentlichen Sektor (2009) den Kommunen die Regulativmacht über die bedarfsorientierte Vergabe von Pflegeheimstandorten entzogen. Dies führte zu einem „weitgehend deregulierten Pflegesektor mit weiterhin öffentlicher Finanzierung“ und zum Abbau von 30 Prozent der kommunalen Alten- und Pflegeheimplätze.³⁴⁸ Das Ergebnis war, dass ein wohnortnaher Langzeitpflegeplatz nicht gewährleistet werden konnte.

In Italien, wo generell „das [...] Langzeitpflegesystem [...] als unterentwickelt“³⁴⁹ gilt, führte eine deutliche Kürzung der öffentlichen Gesundheitsausgaben zwischen 2009 und 2016 auch zu einem Abbau von 25.000 öffentlichen Langzeitpflegebetten, während private Anbieter*innen ihr Angebot nur um 20.000 Betten erweitern konnten.³⁵⁰

In Deutschland wurde mit der Reform der Pflegeversicherung 1995 eine Marktöffnungsklausel legislativ verankert, was de facto zur Aufgabe des Langzeitpflegesektors als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge geführt hat.³⁵¹ Infolge der Gesetzesnovellierung hat sich der Langzeitbettenanteil privat-profitorientierter Anbieter*innen im Zeitraum von 1999 bis 2019 verdreifacht. Demzufolge verfügen jene mittlerweile über einen Gesamtanteil von 52 Prozent, während privat-gemeinnützige Anbieter*innen 46 Prozent der Bettenkapazitäten bereitstellen. Mit einem Marktanteil von 1,3 Prozent verfügen öffentliche Anbieter*innen praktisch über keine Marktmacht.³⁵²

In Österreich stellen auf Bundesebene öffentliche Langzeitpflegeeinrichtungen 49 Prozent und privat-gemeinnützige Anbieter*innen 30 Prozent der Bettenkapazität zur Verfügung. Privat-profitorientierte Anbieter*innen haben einen Marktanteil von 22 Prozent.³⁵³ Die Organisation der österreichischen Langzeitpflege baut systemisch weitgehend auf einem staatlich organisierten universellen Versorgungssystem auf, welches einen sozioökonomisch inklusiven Zugang zum Langzeitpflegesystem ermöglicht. Das Verbot des Pflegeregresses (§330 Allgemeines Sozialversicherungsgesetz), das zu Jahresbeginn 2018 in Kraft getreten ist, verunmöglicht den Zugriff auf das Vermögen bzw. das Vermögen der Angehörigen zur Deckung der für die stationäre Pflege anfallenden Kosten.³⁵⁴ Demgegenüber bringen Systeme mit einem größeren Anteil privater Akteur*innen oft höhere Kosten

³⁴⁸ ebd.: 31

³⁴⁹ Perobelli et al. (2021): zit. nach: Krenn (2023): 32

³⁵⁰ Krenn (2023): 33

³⁵¹ ebd.: 29–33

³⁵² ebd.: 29

³⁵³ Krenn (2023): 33

³⁵⁴ RIS (o.J.): §330

für die pflegebedürftigen Personen mit sich.³⁵⁵ Auch der Rückgriff auf Privatvermögen ist in einem deutlich stärker von Kommodifizierung betroffenen Gesundheitssystem, wie etwa in Deutschland, unter gewissen Voraussetzungen möglich.³⁵⁶

In Wien zeigt sich im bundesweiten Vergleich ein noch einmal anderes Bild, denn die Stadt hat durch das Gemeinnützigkeitsprinzip Rahmenbedingungen geschaffen, die die Langzeitpflege vorrangig auf gemeinnützige Trägerstrukturen ausrichten. In der Langzeitpflege hat der öffentliche Sektor einen Marktanteil von 65 Prozent, während privat-gemeinnützige Akteur*innen 35 Prozent stellen.³⁵⁷ Dies entspricht der allgemeinen Strategie des Wiener Gesundheitssystems, wo der Anteil privat-profitorientierter Akteur*innen vergleichsweise gering ist. Der hohe öffentliche Marktanteil sowie die hohe gesetzlich verbrieftene Regulativmacht machen das Wiener Gesundheitssystem äußerst effektiv, resilient und krisenstabil, wie am Beispiel der Covid-Pandemie noch gezeigt wird.

Gesundheitsprävention

Ein (vorwiegend) öffentliches Gesundheitswesen zeichnet sich gegenüber einem marktliberalen System durch langfristige Planungsmöglichkeiten und eine stärkere Fokussierung auf Präventivmaßnahmen aus. Da ein vermarktlichtes Gesundheitssystem in der Regel nicht über fixe Strukturen verfügt, wird die Erstellung zentralisierter Gesundheitsziele und eines stabilen politischen Handlungsrahmens durch die Volatilität des Marktes torpediert.³⁵⁸ Zudem sind langfristige Investitionen in einem sich schnell verändernden, kompetitiven Markt für viele Unternehmer*innen denkbar unattraktiv. Deshalb werden gesundheitspolitische Präventivmaßnahmen, die langfristig die Kosten deutlich senken würden, vernachlässigt. Eine umfassende und breit gedachte Gesundheitsprävention ist jedoch vor dem Hintergrund multipler gesundheitlicher Belastungen – wie etwa Klimawandel, Digitalisierung oder strukturelle sozioökonomische Ungleichheit – besonders wichtig, damit Frühsymptome diverser lebenswandelabhängiger Erkrankungen rechtzeitig erkannt und behandelt werden können. In Österreich wurde darauf mit der im Jahr 2024 überarbeiteten „Gesundheitsförderungsstrategie“ reagiert, die verschiedenste Aspekte – von gesundheitsfördernder Stadtplanung, psychosozialer Gesundheit, Gesundheitskompetenz mit Fokus auf Chancengleichheit bis hin zu Gesundheitsförderung mit Fokussierung auf Klimaresilienz – berücksichtigt.³⁵⁹ Dadurch wird

³⁵⁵ ebd.: 68

³⁵⁶ WD (2024): 6

³⁵⁷ Krenn (2023): 50

³⁵⁸ Jasiński (2021): 45

³⁵⁹ BMASGPK (o.J.)

versucht, mit verschiedensten bereichsübergreifenden Maßnahmen die Gesundheit der Bevölkerung zu stärken.

Um Krankheiten frühzeitig zu erkennen, wird in Österreich ein besonderes Augenmerk auf Vorsorgeuntersuchungen gelegt. Während sich Österreich aktiv darum bemüht, die Teilnahme an jährlichen Vorsorgeuntersuchungen zu steigern³⁶⁰ und sie für alle Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich ab dem 18. Lebensjahr kostenfrei ist,³⁶¹ liegt der Fokus im stark marktorientierten britischen Gesundheitssystem kaum auf Präventionsmaßnahmen. Im britischen Gesundheitssystem werden nur 40- bis 74-jährige³⁶² alle 5 Jahre zu einer Vorsorgeuntersuchung eingeladen.³⁶³ Auch in Deutschland ist das Angebot ausbaufähig. Personen zwischen 18 und 34 Jahren dürfen in diesem Zeitraum nur einmal eine Vorsorgeuntersuchung machen; für Personen über 35 Jahre ist sie im öffentlichen Gesundheitssystem nur alle drei Jahre möglich.

In Wien lässt sich ein bereichsübergreifendes Handeln in der Gesundheitsförderung anhand zahlreicher Präventivmaßnahmen ablesen, wie stadtplanerische Maßnahmen zur Entschärfung von Hitzeinseln sowie weitere der Hitze entgegenwirkende Angebote, die Attraktivierung von Fuß- und Radverkehr, die verstärkte Bereitstellung von Bewegungsangeboten und gesundheitsfördernde Bildungsangebote im Bildungsbereich. Darüber hinaus wurde im Jahr 2024 ein weiteres Gesundheitsvorsorgezentrum eröffnet, wodurch die qualitativ hochwertige und effiziente Bereitstellung von Vorsorgemaßnahmen sichergestellt werden soll.

Die Gesundheitsprävention beginnt in Wien bereits bei den Kindern. Darunter fallen mehrere Maßnahmen wie die korrekte Mundhygiene in der Volksschule oder ein verstärkter Fokus auf die körperliche und geistige Gesundheit der Schüler*innen. Das Wiener Netzwerk für Gesundheitsfördernde Schulen (WieNGS) vergibt Förderungen an jene Schulen, die den Schüler*innen neben dem kognitiven Lernen auch körperliche sowie psychische Gesundheitsförderungsmaßnahmen anbieten.³⁶⁴ Neben den Schulärzt*innen, die in Wien bereits seit über 100 Jahren in den Schulen tätig sind und die Schüler*innen sowohl medizinisch versorgen als auch gesundheitspräventiv tätig sind (z. B. Impfungen, aufklärerische Arbeit), hat die Stadt mit den School Nurses die Gesundheitsversorgung und -förderung in den Schulen verstärkt. Die School Nurses sind diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger*innen, die neben der Erstversorgung und

³⁶⁰ MA 15 (2024): 52

³⁶¹ ebd.

³⁶² Für Personen mit bekannten chronischen Erkrankungen gelten hier andere Intervalle.

³⁶³ NHS (o. J.): NHS Health Check

³⁶⁴ WieNGS (2025): 3

Unterstützung der Schulärzt*innen auch Präventionsarbeit leisten und die Gesundheitskompetenz der Schüler*innen (durch Beratung, Workshops und Informationsangebote) stärken.³⁶⁵

Für die Gesundheit von Kindern ebenso wichtig wie für erwachsene Menschen ist der Zugang zu einem niederschwelligen Bewegungsangebot. Deshalb hat in Wien die Attraktivierung von Bewegungsangeboten einen großen Stellenwert. So wurde etwa mit der „Sportstättenoffensive“³⁶⁶ die Modernisierung und der Neubau von Sportstätten (zwischen 2020 und 2030) forciert. Dadurch wurde etwa die Realisierung der 2023 eröffneten Fun-Halle Leopoldstadt ermöglicht. Ein anderes Beispiel ist die „Radoffensive“, wodurch das Radwegnetz kontinuierlich erweitert wird, oder auch die Errichtung von verkehrsberuhigten Zonen, so dass eine Bewegung zu Fuß oder mit dem Rad möglich ist. Näheres hierzu findet sich im Kapitel über Mobilität und Verkehr.

Um die gesundheitlichen Auswirkungen der heißer werdenden Sommer für die Bevölkerung zu minimieren, gibt es in Wien zahlreiche Maßnahmen zur Hitzeprävention. So schaffen etwa die sogenannten „Coolen Zonen“, besonders für vulnerable Gruppen, in den Sommermonaten mit kühlen Räumen (zwischen 20 und 24 Grad) Abhilfe und sind kostenfrei zugänglich.³⁶⁷ Auch die hohe Dichte an (teilweise auch mobilen) Trinkbrunnen in Kombination mit den Sprühnebelanlagen wirkt sich positiv auf die Hitzeresilienz der Menschen aus. Die Dichte an Trinkbrunnen ist in Wien mit mehr als 1.800³⁶⁸ im Vergleich sehr hoch. In Berlin etwa gibt es lediglich 240³⁶⁹ Trinkbrunnen. Diese starke Angebotsdifferenz zeigt, dass die Stadt Wien die klimawandelbedingte Anpassungsreaktion seit Jahren sehr ernst nimmt und hier als proaktive Akteurin auftritt.

Die Stadt bringt mit der Förderung von nachträglich angebrachten Sonnenschutzeinrichtungen auch die Kühlung in den Wohnräumen voran. Rollläden, Lamellenbehänge, Jalousien, vertikale Fassadenmarkisen und Fensterläden werden zu 50 Prozent (bis maximal 1.500 Euro) gefördert, um die Wohnung vor Überwärmung zu schützen.³⁷⁰

Die strategische Disposition von Sitzgelegenheiten, die bewusst so platziert wurden, dass sie einen Großteil des Tages im Schatten liegen, ist eine weitere Anpassungsmaßnahme. Dies passiert auf Grundlage des Solarpotentialkatasters, wodurch die MA 41 eine Schattenkarte errechnet und kühle Sitzgelegenheiten in der Stadt geschaffen werden können.³⁷¹ Durch Begrünungsmaßnahmen bei

³⁶⁵ Stadt Wien: School Nurses; Pflege- und Betreuungsdienste – Fonds Soziales Wien: School Nurses

³⁶⁶ Stadt Wien (o.J.)

³⁶⁷ Stadt Wien (o.J.): 2.5 Öffentlicher Raum

³⁶⁸ Stadt Wien (o.J.): Brunnen

³⁶⁹ Berliner Wasserbetriebe (o.J.)

³⁷⁰ Stadt Wien: Stadt fördert außen liegenden Sonnenschutz

³⁷¹ Stadt Wien (o.J.): 2.5 Öffentlicher Raum

Infrastrukturknotenpunkten (wie etwa Bahnhöfen) und die teilweise durchgeführte Entsiegelung können Hitzestaus vermieden werden. Ein rezentes Beispiel ist hier etwa die Begrünung des Wiener Pratersterns.³⁷²

Auch bei Spielmöglichkeiten für Kinder wird auf den Hitzeschutz geachtet. Bei der Spielplatzgestaltung kommen sowohl natürliche als auch künstliche Schattenquellen (z. B. begrünte Pergolen) verstärkt zum Einsatz.³⁷³

Inklusivität

Die Qualität eines Gesundheitssystems zeigt sich auch durch die Inklusivität, sowohl was die Behandlung aller Menschen, unabhängig von ihrem sozio-ökonomischen Status, als auch die Erreichbarkeit von medizinischer Versorgung betrifft.

Das österreichische Gesundheitssystem erweist sich als weitaus inklusiver als in anderen Ländern. So gibt es vergleichsweise relativ viele kostenfreie Angebote für Nicht-Versicherte, wie z. B. AmberMed in Wien, Medcare in Innsbruck sowie die Virgilambulanz in Salzburg. Auch für geflüchtete Menschen stellt Österreich in einem höheren Ausmaß als andere Länder einen Zugang zu medizinischer Versorgung sicher, wie der Migration Integration Policy (MIPEX)-Index zeigt, wo Österreich den dritten Platz belegt.³⁷⁴ Hier lässt sich auch die produktive Zusammenarbeit von staatlichen Träger*innen und zivilgesellschaftlich-gemeinnützigen Institutionen (NPOs) über Public-Civic-Partnerships beobachten. Die NPOs übernehmen einen großen Anteil der Versorgung von Nicht-Versicherten und können dementsprechend auf staatliche Förderungstöpfe zugreifen.

In Wien ist die Versorgungsqualität für Personen ohne Krankenversicherung noch deutlich stärker ausgebaut als in den anderen Bundesländern.³⁷⁵ Neben stationären Angeboten (wie z. B. AmberMed oder dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder) sind auch mobile Angebote, wie etwa der Louisebus, Streetworker*innen diverser Organisationen oder der psychosoziale Dienst, verfügbar, um hilfsbedürftige Menschen leichter erreichen zu können.³⁷⁶ Diese nicht vollständige Auflistung von Angeboten für Nicht-Versicherte macht deutlich, dass leicht erreichbare und kostenfreie medizinische Leistungen in Wien über die gesetzlich verbrieften Vorgaben weit hinausgehen.

³⁷² Stadt Wien (o.J.): Praterstern

³⁷³ Stadt Wien (o.J.): Öffentlicher Raum

³⁷⁴ MIPEX (2020); MIPEX (2025)

³⁷⁵ österreich.gv (o.J.).

³⁷⁶ ebd.

Auch der Zugang zu medizinischer Versorgung in zumutbarer Entfernung und die allgemeine Erreichbarkeit von medizinischen Versorgungseinrichtungen haben sich in Österreich seit Etablierung des Primärversorgungsgesetzes weiter verbessert. In den letzten zehn Jahren wurden österreichweit 125 PVE-Standorte eröffnet, 35 davon in Wien.³⁷⁷

Dies spiegelt sich auch in einem Vergleich mit anderen Ländern wider. In einem OECD-Vergleich, der die Nicht-Erreichbarkeit eines Krankenhauses innerhalb von 45 Minuten Fahrtzeit (sowohl in städtischen als auch in ländlichen Regionen) misst, liegt Österreich weit unter dem OECD-Schnitt. Alle Personen in städtischen Gebieten können innerhalb von 45 Minuten ein Krankenhaus erreichen. In ländlichen Gebieten sind es nur 6,4 Prozent der Bewohner*innen, die es in diesem Zeitraum nicht schaffen, zu einem Krankenhaus zu kommen.³⁷⁸

Access to hospitals in regions far from a functional urban area of 250K people or more (small regions, TL3) in 2023 by degree of urbanisation, population-weighted averages

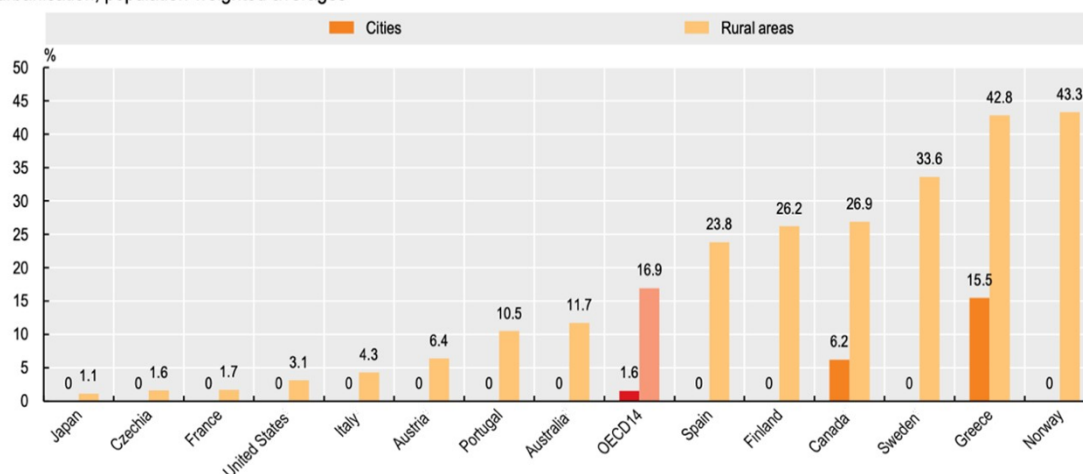


Abbildung 9: Personen, die innerhalb von 45 Minuten Fahrtzeit kein Krankenhaus erreichen können, in Prozent, 2023³⁷⁹

Inklusivität zeigt sich auch durch den schnellen Zugang zu lebenserhaltenden Maßnahmen. Hier kann Wien hervorgehoben werden, wo ein Best-Practice-Modell entwickelt wurde, um den schnellen Herztod durch eine hohe Dichte an Defibrillatoren (pro m²) zu verhindern. Mittlerweile sind in der Stadt 4,57³⁸⁰ Defibrillatoren/km² vorhanden, weit mehr als in anderen städtischen Gebieten in Europa. Die Standorte der Defibrillatoren sind sowohl über die Website der Stadt Wien als auch über den Verein PULS leicht einsehbar. Eine so konsequente Verzeichnung der verfügbaren Defi-Standorte ist in vielen europäischen Städten nicht gegeben. Es steht zudem eine App zur Verfügung, die

³⁷⁷ Plattform Primärversorgung (2025): Landkarte

³⁷⁸ OECD (2025): 113

³⁷⁹ ebd.

³⁸⁰ Basierend auf: Puls (o.J.)

Sanitäter*innen im Nahbereich einer gerade stattfindenden Reanimation alarmiert. Geachtet wird auch auf eine konsequente Verwertung der bei der Reanimation durch die Defibrillatoren gesammelten Daten durch die Berufsrettung Wien, die eine Grundlage für weitere quantitative Auswertungen bietet.

In anderen Städten ist die Registrierung und Verzeichnung nicht zentral organisiert und die Dichte an Defibrillatoren geringer. Als Beispiel sei hier Berlin angeführt, wo es keine zentrale Registrierung von Defibrillatoren gibt, deren Standorte demnach auch nicht zentral verzeichnet sind.³⁸¹ Genaue Daten über die Dichte an Defibrillatoren sind demnach nicht vorhanden. Die höchsten Schätzungen gehen von 0,87 Defibrillatoren/km² aus, was eine weitaus geringere Dichte als in Wien ist.³⁸²

Krisenresilienz

Ein plötzlich auftretendes Krisenereignis zeigt die Qualität der Strukturen der Daseinsvorsorge. Im Gesundheitsbereich erwies sich die Covid-Pandemie als ultimativer Test für die Gesundheitssysteme weltweit. Für die Wissenschaft ist es die erste pandemische Gesundheitskrise seit der Hochphase des Neoliberalismus und der infolgedessen häufig stattgefundenen Vermarktlichung des Gesundheitssystems. Die Spar- und Privatisierungsmaßnahmen, die an den Gesundheitssystemen einiger Staaten vorgenommen wurden, hatten in der Pandemie, wie im Folgenden gezeigt wird, sichtbare Folgen und verursachten im schlimmsten Fall vermeidbare Todesfälle.

Das Argument der kostensparenden, effizienteren privatwirtschaftlichen Gesundheitsversorgung – im Rahmen einer Public-Private-Partnership –, welches davor als tragendes Argument für die Privatisierung des Gesundheitssystems galt, verlor an Glaubwürdigkeit.

„Die verbreitete Annahme, dass private Erbringer effizienter, innovativer und kostengünstiger wirtschaften als öffentliche, hat sich nicht bestätigt. Für die meisten Sektoren zeigt sich, dass die öffentliche bzw. gemeinwohlorientierte Bereitstellung von Gütern und Diensten der Daseinsvorsorge zumindest gleich gut abschneidet wie deren gewinnorientierte Erbringung, oft sogar besser.“³⁸³

³⁸¹ Abgeordnetenhaus Berlin (2023)

³⁸² Deutsches Ärzteblatt (2022)

³⁸³ Damjanovic et al. (2024): 14

Im Bereich der Krisenresilienz lassen sich zwischen Ländern und Städten, deren Gesundheitssysteme einer stärkeren Vermarktlichung ausgesetzt sind (wie etwa Schweden, Deutschland und Italien), und mehrheitlich gemeinwohlorientierten Systemen (wie etwa in Österreich, Norwegen oder Finnland) strukturelle Unterschiede feststellen. Dabei wirken sich vermarktlichte Organisationsformen negativ auf die Krisenresilienz aus, was durch die Betrachtung einiger Indikatoren gezeigt werden kann. Da für die Vergleichsländer Schweden, Italien, Deutschland und Österreich keine vollständigen Daten zur Verfügung stehen, wird hier stellvertretend auf den Vergleich von Städten (Stockholm, Mailand, München, Wien) in diesen Ländern zurückgegriffen. Zudem verfügen die Kommunen bei der Gestaltung der Gesundheitsversorgung über individuelle Spielräume und Ausgestaltungen der Systeme, die bei Analysen hinsichtlich der Krisenresilienz nicht für ganze Länder zu berücksichtigen sind.

Um die Qualität und Krisenresilienz eines Gesundheitssystems bewerten und vergleichen zu können, werden mehrere Indikatoren berücksichtigt. Bei plötzlich auftretenden Gesundheitskrisen erweist sich die Kapazität der bereitstehenden (Intensiv)Betten zwar als äußerst wichtig, jedoch greift ein Vergleich der ICU- und HB-Kapazitäten allein zu kurz, um die unterschiedlichen Problemstellungen, mit denen die einzelnen Länder oder Städte während der Pandemie konfrontiert waren, abzubilden. Deshalb empfiehlt sich darüber hinaus die Analyse folgender Indikatoren:

- Struktur des Gesundheitsbereichs, also die Verteilung von privat-gemeinnützigen, privat-profitorientierten und öffentlichen Krankenhaus- und Pflegeheimbetreiber*innen innerhalb einer Region
- Krankenhauszentrierung des Gesundheitssystems
- Ausbildungsgrades des Krankenhaus- und Pflegepersonals, das während der Pandemie im Einsatz war

Städtevergleich: Struktur, Krankenhauszentrierung, Ausbildungsgrad

Struktur des Gesundheitsbereichs

Bei der Struktur des Gesundheitsbereiches zeigt sich, dass der Anteil öffentlicher Betreiber*innen im Krankenhaussektor bei den verglichenen Städten in München mit rund der Hälfte am geringsten ist. In Mailand, Stockholm und Wien sind etwa zwei Drittel der Krankenhäuser öffentlich.

„In Wien handelt es sich bei der überwiegenden Mehrheit der privaten Anbieter um gemeinnützige Betreiber, die sich zudem denselben von der Stadtverwaltung festgelegten

Qualitätskriterien wie die öffentlichen Einrichtungen unterwerfen müssen, um über den öffentlich-rechtlichen Status Zugang zu den Förderungen der Stadt Wien zu erhalten. Private profitorientierte Betreiber spielen hingegen in Wien eine marginale Rolle. Kommunale und gemeinnützige Krankenhäuser decken weitgehend die gesamte Akutversorgung ab.“³⁸⁴

Die öffentlichen Krankenhäuser in Mailand befinden sich dagegen im Rahmen eines „Quasi-Marktes“ in Konkurrenz mit privaten Anbieter*innen und stehen daher unter einem starken wettbewerbsbedingten Kostendruck. In Stockholm verfügt die öffentliche Hand zumeist über die Spitalsinfrastruktur, der Betrieb wird aber auf private Betreiber*innen ausgelagert.³⁸⁵

Der Anteil der privaten Betreiber*innen hatte auch Auswirkungen auf die Bettenkapazität in den Krankenhäusern. Die Auswirkungen zeigten sich bei der Covid-Pandemie. In Stockholm und Mailand führte ein stark vermarktlichtes Gesundheitswesen auch zu einer geringen Kapazität von (Intensiv)Betten. Auch in München war sie etwas geringer als in Wien.

Stadt/Region	Intensivbettenkapazität (ICU) pro 1.000 Einwohner*innen
Wien	0,4
München	0,2
Stockholm	0,04
Lombardien ³⁸⁶	0,07

Tabelle 5: Vorpandemische Intensivbettenkapazität pro 1.000 Einwohner*innen³⁸⁷

Die „Aufstockung der Intensivbettenkapazitäten [war] eine der größten Herausforderungen“ und erforderte ein hohes Maß an monetärem Aufwand. In München etwa konnten die privat-profitorientierten Privatkliniken in der Frühphase der Pandemie „keine adäquaten Strukturen“ bereitstellen.³⁸⁸ In Wien hingegen musste die Intensivbettenkapazität nur geringfügig angepasst werden und es konnten sogar Patient*innen aus anderen Bundesländern aufgenommen werden, weil noch ausreichend Kapazitäten frei waren.³⁸⁹

Aus diesen Ergebnissen lässt sich schließen, dass ein höherer Anteil an privat-gemeinnützigen Einrichtungen die Krisenresilienz von Städten senkt, wie in Stockholm, Mailand und München während der Covid-Pandemie zu sehen war.

³⁸⁴ Krenn (2023): 47

³⁸⁵ ebd. 47

³⁸⁶ Keine Daten für Mailand alleine, weshalb auf Region zurückgegriffen wurde.

³⁸⁷ ebd.: 49

³⁸⁸ ebd.: 51

³⁸⁹ ebd.: 47f

Krankenhauszentrierung

Neben dem Anteil der öffentlichen bzw. privaten Betreiber*innen im Krankenhaussektor ist auch das Organisationssystem der Gesundheitsversorgung für eine Analyse der Krisenresilienz von großer Relevanz. Hier hat sich gezeigt, dass krankenhauszentrierte Gesundheitssysteme, also Systeme, in denen Krankenhäuser einen hohen Anteil der Versorgungslast tragen, mit hohen ICU-Kapazitäten zumeist eine deutlich höhere Krisenresilienz aufweisen als nicht-krankenhauszentrierte Gesundheitssysteme.³⁹⁰ In dem vorliegenden Vergleich gelten sowohl Wien als auch München als krankenhauszentrierte Systeme, während dies bei Stockholm und Mailand nicht der Fall ist.

Eine hohe Anzahl an (Intensiv)Betten führte in Wien dazu, dass die rapide Steigerung der Aufnahmekapazitäten, die in den anderen Städten vonnöten war, nicht zu einer massiven Beeinträchtigung der anderen Bereiche der Gesundheitsversorgung führte; in München hemmte der hohe Anteil privatwirtschaftlicher Akteur*innen diesen Vorteil. Der ungedeckte Versorgungsbedarf war in krankenhauszentrierten Systemen also deutlich niedriger als jener in nicht-krankenhauszentrierten Systemen.³⁹¹

Ausbildungsgrad

Während der Covid-Pandemie musste auf sich bereits im Ruhestand oder noch in Ausbildung befindendes Personal zurückgegriffen werden, um die Gesundheitsversorgung sicherzustellen. In einigen Regionen musste auch Personal eingesetzt werden, das nicht ausreichend ausgebildet war. Jedoch führte ein hoher Anteil an Hilfskräften mit nahezu keiner Ausbildung zu einer mangelhaften Umsetzung der Hygienerichtlinien und damit auch zu einer höheren Ansteckungswahrscheinlichkeit.³⁹²

Im Städtevergleich zeigt sich, dass der durchschnittliche Ausbildungsgrad des Personals in Wien am höchsten war.³⁹³ Dies erwies sich während der Covid-Pandemie als Vorteil. In den anderen Vergleichsstädten musste weitgehend auf pflegerische Hilfskräfte zurückgegriffen werden, um die Versorgung sicherzustellen.

Darüber hinaus konnte in Wien bereits in den ersten Wochen der Pandemie eine sehr suffiziente Versorgung der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen mit persönlicher Schutzausrüstung

³⁹⁰ ebd.: 50

³⁹¹ ebd.: 28

³⁹² ebd.: 32

³⁹³ ebd.: 56

sichergestellt werden. Es wurde auch ein Portal-Management-System etabliert,³⁹⁴ also eine lückenlose Covidtestung aller eintreffenden Personen, sowohl in Krankenhäusern als auch in Pflegeeinrichtungen.

„Einzig aus Wien wurde berichtet, dass es aufgrund der Anstrengung der Stadtverwaltung zur raschen Schaffung einer zentralen Beschaffungsstruktur, die Krankenhäuser und Pflegeheime von Beginn an gleichberechtigt in den Blick nahm, zu keinen Engpässen in der Versorgung mit Schutzausrüstung in Wiener Pflegeheimen gekommen ist.“³⁹⁵

Durch die Eintrittstests konnte die Ansteckungswahrscheinlichkeit der vulnerablen Gruppen, aber auch des medizinischen Personals, deutlich reduziert werden.³⁹⁶ Die Koordinierung übernahmen übergeordnete Krisenstäbe, die über ein hohes Maß an Regulativmacht verfügten, was die Resilienz sehr positiv beeinflusst hat.³⁹⁷ Ein krankheitsbedingter Personalmangel, wie in anderen Städten, blieb in Wien während der Anfangsphase der Pandemie aufgrund dieser Maßnahmen aus.³⁹⁸

Eine Analyse der drei untersuchten Indikatoren lässt Schlüsse über die Beeinflussung der Krisenresilienz der untersuchten Städte zu.

Kategorie	Negative Tendenz	Positive Tendenz
Struktur des Gesundheitsbereichs	Stockholm, Mailand, München	Wien
Krankenhauszentrierung und Intensivbettenkapazität	Stockholm, Mailand	München, Wien
Ausbildungsgrad des Personals	Stockholm, Mailand, München	Wien

Tabelle 6: Übersicht Krisenresilienz Covid-Pandemie – Vergleich Wien, München, Stockholm, Mailand

Die Beispiele zeigen deutlich die negativen Auswirkungen eines hohen Grades an Kommodifizierung, also eines dem Vermarktlichungsprozess unterworfenen Gesundheitssystems, auf die Krisenresilienz. Dabei wirken sich ein hoher Anteil privater Akteur*innen sowie ein zu geringer Anteil an gut ausgebildetem Pflegepersonal im Krisenfall negativ aus, wie das in Stockholm, Mailand und München während der Covid-Pandemie beobachtet werden konnte. Die gewinnorientierten Logiken innerhalb

³⁹⁴ ebd.: 48–51

³⁹⁵ ebd.: 56f

³⁹⁶ ebd.: 58

³⁹⁷ ebd.: 48

³⁹⁸ ebd.: 57f

von Gesundheitsorganisationen führen demnach zu Wegrationalisierungen nötiger Reserven, die im Notfall dringend benötigt werden, und so zur Senkung der Krisenresilienz.³⁹⁹

Anders stellte sich die Situation in Wien dar, wo bereits zu Beginn der Covid-Pandemie auf deutlich mehr Strukturen zurückgegriffen werden konnte und auch die in der Frühphase getroffenen Krisenreaktionsstrategien erfolgreich umgesetzt werden konnten. Das liegt in erster Linie an dem hohen Anteil öffentlicher Einrichtungen im Gesundheitswesen, der hohen legislativen Regulativmacht der Stadt Wien sowie der schnellen Umsetzung von Krisenresponsestrategien.⁴⁰⁰ Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass ein konstanter und krisenunabhängiger Investitionsfluss in das Gesundheitssystem, wie eben in Wien erfolgt, nicht nur zu einem krisenresilienteren Gesundheitssystem im Allgemeinen führt, sondern dass man sich dadurch auch wirtschaftlich unverhältnismäßige, kurzfristige Investitionen zur akuten Aufnahmekapazitätssteigerung spart. Dies ist nicht nur aus rein ökonomischer Sicht sinnvoller, sondern verhindert auch eine durch systemische Defizite verursachte anfängliche Übersterblichkeit. Die Wiener Krisenbewältigungsstrategien und deren Umsetzung sind daher ein Best-Practice-Beispiel.

Gesundheitsausgaben

Die Höhe der Gesundheitsausgaben (gerechnet am Bruttoinlandsprodukt) sagt noch nichts über die Qualität, Resilienz und Krisenfestigkeit des Gesundheitssystems aus. Österreich, Deutschland und Schweden gehörten sowohl im Jahr 2017⁴⁰¹ als auch 2022⁴⁰² EU-weit zu den Ländern, die überdurchschnittlich viel für das Gesundheitssystem ausgaben. In Italien wurden die staatlichen Gesundheitsausgaben seit 2009 stark reduziert. Neben den Ausgaben sind vor allem die Organisation und Regulativmacht entscheidend für die Ausgestaltung des Gesundheitssystems und die Krisenfestigkeit, was sich auch während der Covid-Pandemie gezeigt hat.

Während der Covid-Krise konnte Österreich eine gute medizinische Versorgungsleistung sicherstellen, für Italien, Schweden und Deutschland lässt sich dies nicht bestätigen. In Deutschland, wo die Vermarktlichung des Gesundheitswesens um die Jahrtausendwende forciert wurde, hat die Covid-Pandemie gezeigt, dass eine Liberalisierung des Gesundheitssystems zu einer verminderten Krisenreaktionsfähigkeit führt. Während privat-profitorientierte Spezialkliniken und private

³⁹⁹ Damjanovic et. al (2024): 14

⁴⁰⁰ ebd.: 47–57

⁴⁰¹ OECD (2018): 135

⁴⁰² Eurostat (2024)

Krankenhäuser dem durch die Pandemie veränderten Bedarf erst nach einiger Zeit nachkommen konnten, mussten die öffentlichen Kliniken unter Einsatz erheblicher finanzieller Mittel den Versorgungsbedarf vorerst alleine decken.⁴⁰³ Dies hatte aber auch einen relativ hohen, ungedeckten Versorgungsbedarf in anderen Bereichen zufolge, welcher im Vergleich zu Österreich auch in anderen markoliberalen Gesundheitssystemen wie Italien und Schweden deutlich höher ausgefallen ist.⁴⁰⁴ Während der Covid-Pandemie wurde deutlich, dass eine Verschiebung von öffentlicher zu privater Gesundheitsversorgung fatale Folgen haben kann:

„Eine internationale Studie, in die 147 Länder einbezogen waren, zeigt jedoch, dass ein 10%iger Anstieg von privaten Gesundheitsausgaben zu einem 4,3%igen Anstieg der Covid-Fälle und zu einem 4,9%igen Anstieg der Covid-19-bedingten Todesfälle führt, während höhere Krankenhauskapazitäten (in Betten pro 1.000 Ew.) die Covid-19-Mortalität in signifikanter Weise senken (Assa/Calderon 2020). Diese Ergebnisse bestätigen die Skepsis gegenüber oftmals mit erhöhter Effizienz argumentierten Privatisierungen von Gesundheitssystemen, da solche Prozesse die langfristigen Fähigkeiten und Kapazitäten zur Bewältigung von Pandemien schwächen.“⁴⁰⁵

Die Bettenkapazität in den österreichischen Krankenhäusern war – aufgrund der hohen Kosten – immer wieder Teil der politischen Diskussion. In der Covid-Pandemie hat die hohe Anzahl der verfügbaren Betten jedoch maßgeblich zur Versorgungssicherheit beigetragen. Länder, die über weniger Bettenkapazitäten verfügten, hatten mit großen Problemen bei der Versorgung der kranken Bevölkerung zu kämpfen.

Ein Vergleich Österreichs mit Schweden, Italien und Deutschland zeigt, dass die Bettenkapazität bei Gesundheitssystemen, die einem starken Vermarktlichungsprozess ausgesetzt sind, deutlich geringer war, was auch eine geringere Versorgungsleistung im Krisenfall zur Folge hatte. Die Bettenkapazitäten von Italien (3,1 Betten/1.000 Einwohner*innen) und Schweden (1,9 Betten/1.000 Einwohner*innen) lagen (2022) deutlich unter jenen von Deutschland (7,7/1.000 Einwohner*innen) und Österreich (6,7/1.000 Einwohner*innen). Auch bei den Intensivbetten zeigt sich, dass Schweden (mit 0,045 Betten/1.000 Einwohner*innen) und Italien (0,1 Betten/1.000 Einwohner*innen) über deutlich weniger Intensivbetten verfügten als Österreich (0,22 Betten/1.000 Einwohner*innen).

⁴⁰³ Krenn (2023): 51

⁴⁰⁴ ebd.: 27f

⁴⁰⁵ ebd.: 82

Land	Intensivbetten (ICU) 2022 ⁴⁰⁶	Krankenhausbetten 2022 ⁴⁰⁷
Europäische Union ⁴⁰⁸	0,18	4,7
Österreich	0,22	6,7
Schweden	0,045	1,9
Deutschland	0,28	7,7
Italien	0,1	3,1

Tabelle 7: Krankenhausbetten/1.000 Einwohner*innen (2022)

Gerade in Zeiten angespannter Finanzlagen könnte der Ruf nach einer Senkung der öffentlichen Gesundheitsausgaben entstehen, da diese in Österreich⁴⁰⁹ vergleichsweise hoch sind. Eine derartige Kommodifizierung des Gesundheitssystems, welches in den letzten Jahrzehnten von einigen europäischen Staaten in vergleichbaren Situationen durchgeführt wurde, stellt jedoch nur eine kurzfristige Reduktion der öffentlichen Ausgaben dar und ist aus folgenden Gründen nicht zielführend:

- Weniger kriseneffizient: Im Rahmen der Covid-Pandemie hat sich gezeigt, dass in kommodifizierten Gesundheitssystemen massive staatliche Investitionen zur I-Bett-Kapazitätssteigerung notwendig waren, da die privaten Akteur*innen hier kaum Kapazitäten bereitstellen konnten.
- Ökonomisch nicht effizienter⁴¹⁰: Vor allem bei der durch die öffentliche Hand finanzierten privaten Gesundheitsversorgung, wie etwa in Schweden, führt dieser Schritt einzig zu einem Verlust der Regulativmacht.
- Erhöhte Folgekosten: Präventionsmaßnahmen, die langfristig eine enorme Kostenreduktion erreichen würden, werden hier meist zugunsten kurzfristiger Marktadaptionsmaßnahmen⁴¹¹ ausgespart.

Die Covid-Pandemie hat zudem zu einer Erosion der Argumente für das Bestehen bzw. einen Ausbau von Public-Private-Partnership im Gesundheitsbereich beigetragen. Einerseits, weil sich gezeigt hat, dass ein hoher Anteil von privatwirtschaftlich-profitorientierten Akteur*innen die Krisenresilienz des Gesundheitssystems senkt, andererseits, weil auch privatwirtschaftlich geführte Gesundheitssysteme privat-gemeinnützige Gesundheitsdienstleister*innen als einen essentiellen Teil des Systems betrachten, also eine Dysfunktion eines rein privatwirtschaftlich-profitorientierten

⁴⁰⁶ WHO (2024): 212f

⁴⁰⁷ ebd.: 200f

⁴⁰⁸ ICU: EU21, KB: EU26

⁴⁰⁹ WKO (2023)

⁴¹⁰ Damjanovic et al. (2024): 14

⁴¹¹ Jasiński (2021): 45

Gesundheitssysteme zugeben.⁴¹² Hinzukommt, dass die Versicherungskosten in privaten Gesundheitssystemen für manche sozioökonomisch benachteiligte Gruppen schlicht zu hoch sind.

„However even in a private health system, it should be taken into account that the costs of financing access to medical services for a certain part of society may turn out to be too high. On the one hand, people are not perfect and make mistakes, and on the other hand, it is very difficult to predict all possible developments in the future.“⁴¹³

Nach der Covid-Pandemie und in Anbetracht der Klimakrise, welche sowohl primäre als auch sekundäre Auswirkungen auf die allgemeine Gesundheit hat, drängt sich die Frage auf, ob eine privat-profitorientierte Beteiligung am Gesundheitssystem im Zeitalter von Polykrisen noch zeitgemäß ist. Die vorliegenden Erkenntnisse legen den Schluss nahe, dass ein starkes öffentliches Gesundheitssystem der beste Garant für Resilienz ist. So sollten jene Länder, in denen bereits viele Leistungen an private Gesundheitsdienstleister*innen übergeben wurden, über einen erneuten Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes und etwaige Rekommunalisierungen nachdenken.⁴¹⁴

Gänzlich anders zu bewerten ist die Rolle von privat-gemeinnützigen Gesundheitsdienstleister*innen in einem öffentlichen Gesundheitssystem. Eine Inklusion von privat-gemeinnützigen Dienstleister*innen im Rahmen einer Public-Civic-Partnership, wie etwa in Wien, ist sehr produktiv, da sie eine über die staatlichen Angebote hinausgehende, ausreichende Versorgung von sozioökonomisch benachteiligten Personen und anderen vulnerablen Gruppen sicherstellt. Im österreichischen Vergleich kann Wien mit seinem breit ausgebauten Angebot an Gesundheitsdienstleistungen für nicht-versicherte Personen hervorgehoben werden.⁴¹⁵

⁴¹² ebd.: 50

⁴¹³ ebd.: 49f

⁴¹⁴ Eglau (2023): 119

⁴¹⁵ Österreich.gv (o.J.)

Ökologische Aspekte

Wie anhand der Covid-Pandemie gezeigt wurde, verfügen vorwiegend öffentlich organisierte Gesundheitssysteme über eine erhöhte Krisenresilienz. Während die Pandemie eine vorübergehende Krise darstellte, ist die Menschheit durch den Klimawandel mit einer dauerhaften Krise konfrontiert. Die Veränderung des Klimas durch den menschengemachten Klimawandel stellt die größte globale Gesundheitsbedrohung dar.⁴¹⁶ Umso wichtiger ist daher eine stark öffentlich koordinierte, krisenresiliente und bereichsübergreifende Gesundheitspolitik zur Stärkung des Gesundheitssystems.

Das Gesundheitswesen ist infolge der Klimakrise mit ökonomischen Folgen konfrontiert. Die klimawandelinduzierten ökonomischen Folgekosten werden sich Prognosen zufolge im Jahr 2050 in Österreich auf etwa 12 Milliarden Euro belaufen.⁴¹⁷ Der größte Teil der Mehrkosten entfällt auf den Gesundheitsbereich.⁴¹⁸ Die Klimakrise muss demnach auch als Gesundheitskrise begriffen werden. Dies wurde auf internationaler Ebene im Rahmen der UN-Klimakonferenz 2021 bestätigt, wo auch die „Alliance for action on climate change and health“ (ATACH) gegründet wurde.⁴¹⁹

„Respond to climate change, an escalating health threat in the 21st century.“⁴²⁰

Darüber hinaus sind schwerwiegende direkte und indirekte Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen bereits jetzt zu spüren, die sich in Zukunft noch verschärfen werden. Zu den direkten Auswirkungen zählen beispielsweise häufiger auftretende Extremwetterereignisse und enorme Hitze. Indirekte Faktoren, wie vermehrtes Aufkommen von Allergien und vektorübertragene Krankheiten, verschlechtern auch die psychische Gesundheit der Bevölkerung.⁴²¹

Auch die WHO machte in den 2025 veröffentlichten globalen Gesundheitsstrategien 2025 - 2028 auf die Notwendigkeit eines adäquaten Umgangs mit den durch die Klimakrise entstehenden Herausforderungen für die Gesundheit der Menschen und die Gesundheitssysteme nachdrücklich aufmerksam.

In Anbetracht dessen braucht es einen Fokus auf einen gesundheitspolitischen Transformations- bzw. Anpassungsprozess, welcher die klimawandelinduzierten Gesundheitsfolgen bestmöglich abfedert und drei Strategien umfasst:

⁴¹⁶ Romanello et al. (2022): zit. nach: Schmidt et. al (2023): 307

⁴¹⁷ Steiniger et al. (2020): zit. nach: Schmidt et. al (2023): 313

⁴¹⁸ ebd.: 313

⁴¹⁹ Schmidt (2023): 308

⁴²⁰ WHO (2025): 19

⁴²¹ Eglau (2023): 118f

- Vollständige Etablierung des Health-in-All-Policies-Ansatzes⁴²²
- Sozioökonomisch faire Transformation⁴²³
- Steigerung der Krisenresilienz durch Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge⁴²⁴

Etablierung des Health-in-All-Policies-Ansatzes

Eine effiziente Reaktion staatlicher Akteur*innen auf die Folgen des Klimawandels kann nur unter einem stabilen Politikrahmen, welcher den Ansatz Health-in-All-Policies (HiAP) inkludiert, geschehen. Dieser Ansatz beschreibt die Notwendigkeit einer intersektoralen Berücksichtigung von gesundheitspolitischen Belangen innerhalb der politischen Praxis. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass sich eine Berücksichtigung von gesundheitspolitischen Interessen in anderen Politikfeldern überaus positiv auf die Klimaresilienz innerhalb der Bevölkerung auswirkt und die durch die Klimakrise entstehenden gesundheitlichen Folgen abschwächt.⁴²⁵

Sozioökonomisch faire Transformation

Der menschengemachte Klimawandel betrifft nicht alle Bevölkerungsgruppen gleich stark, da die gesundheitlichen Auswirkungen stark von demographischen Aspekten und sozioökonomischen Ungleichheiten beeinflusst werden. Insbesondere sozioökonomisch benachteiligte Menschen können sich schlechter gegen direkte klimawandelinduzierte Auswirkungen schützen und sind daher deutlich stärker betroffen, was die bereits bestehenden Ungleichheiten weiter vergrößert.⁴²⁶ Nachhaltige klimagerechte Transformation kann demnach nur gelingen, wenn der Abbau der sozioökonomischen Ungleichheiten mitgedacht wird.

„Die Forderung nach einem guten Leben für alle basiert daher auf der Verknüpfung von ökologischer Nachhaltigkeit mit ökonomischer Absicherung, inklusive eines klima- und umweltverträglichen Lebens und Arbeitens.“⁴²⁷

Auch die Förderung gesundheitlicher Chancengerechtigkeit bedarf der Kooperation aller Politikbereiche, denn sozioökonomisch benachteiligte Gruppen sind von Krisen im Allgemeinen und

⁴²² Dialer et al. (2021)

⁴²³ Krenn (2023)

⁴²⁴ Damjanovic et al. (2024)

⁴²⁵ GOEG (o.J).

⁴²⁶ Braunegger-Kallinger et al. (2023): 276

⁴²⁷ Damjanovic et al. (2024): 7

der Klimakrise insbesondere stark betroffen.⁴²⁸ Die Berücksichtigung von gesundheitspolitischen Belangen in allen Politikfeldern wird dabei zu einem der wichtigsten Eckpfeiler der modernen Präventivmaßnahmen im Gesundheitswesen.

Die Dynamik schleichender Krisen

Insbesondere in Zeiten, in denen mehrere Krisen gleichzeitig gemeistert werden müssen, kommt einer hohen Krisenresilienz höchste Priorität zu. Die Klimakrise ist als „creeping crisis“, also als schleichende Krise, zu bezeichnen, deren Auswirkungen sich zunehmend bemerkbar machen. Die Steigerung der Extremwetterereignisse erfordert eine Fokussierung auf eine resiliente Infrastruktur in allen für die Bewältigung von Katastrophen oder Notlagen relevanten Bereichen.

Das erfordert einen starken öffentlichen Ausbau in diesen Bereichen, wo derzeit privatwirtschaftlich-profitorientierte Strukturen dominieren, da einer öffentlichen Struktur aus mehreren Gründen der Vorzug zu geben ist. Diese Notwendigkeit ergibt sich einerseits aus den bereits gewonnenen Erkenntnissen der Covid-Pandemie und andererseits durch das Erfordernis, Ressourceneffizienz in allen Bereichen voranzutreiben. Ein wirtschaftsliberalisierter Wettbewerb zwischen konkurrierenden privat-profitorientierten Gesundheitsdienstleister*innen ist im Rahmen dessen nicht zweckmäßig, da ein „Wettbewerb um die besten Angebote besonders ressourcenintensiv wäre“.⁴²⁹ Da die vermarktlichten privatwirtschaftlich-profitorientierten Gesundheitssysteme in der Regel nicht über „institutionalisierte starre Strukturen“ verfügen, sondern sich konstant dem Markt anpassen⁴³⁰, führt dies zum einen zu einer sehr heterogenen Infrastruktur und zum anderen zu einem erhöhten Ressourcenverbrauch.

„Mit Blick auf die Klimakrise zeigt sich zudem eine höhere Effizienz einheitlicher Versorgungsstrukturen, die durch Dichte-, Verbund- und Netzwerkvorteile bedingt ist. Verglichen mit einer privatwirtschaftlichen Bereitstellung zeichnet sich die öffentliche Bereitstellung insbesondere auch durch geringeren Energiebedarf infolge der besseren Nutzung von Größenvorteilen aus [...] und kann in der Regel ressourcenschonender erfolgen.“⁴³¹

⁴²⁸ Haas et al. (2023): 14

⁴²⁹ Damjanovic et al. (2023): 5

⁴³⁰ Jasiński (2021): 45

⁴³¹ Damjanovic et al. (2023): 14

Umsetzung des gesundheitspolitischen Transformationsprozesses

Die Gesamtheit der Maßnahmen kann grob in zwei Kategorien unterteilt werden. Zum einen strukturelle Maßnahmen, durch welche die Krisenresilienz gesteigert werden kann, und zum anderen Maßnahmen zur Förderung der „Individuale Krisenresilienzsteigerung“.

Lösungsansätze	Beispiele
Strukturelle Maßnahmen	Rekommunalisierung von privatisierten Bereichen der Daseinsvorsorge, Vereinheitlichung der Strukturen, ...
Individuale Krisenresilienzsteigernde Maßnahmen	Entschärfung von Hitzeinseln, Inklusive Stadtplanung, ...

Tabelle 8: Maßnahmen des gesundheitspolitischen Transformationsprozesses

Als Best-Practice-Beispiel, wie ein struktureller Transformationsprozess gelingen kann, ist Wien zu nennen. Die Stadt verfügt über eine äußerst krisenresiliente Gesundheitsinfrastruktur infolge einer fast marginalen Beteiligung von privat-profitorientierten Gesundheitsdienstleister*innen und sehr suffizienten Public-Civic-Partnerships. Bereits vor einigen Jahren hat Wien diesen sozioökonomisch fairen und auf Krisen- und Klimaresilienz ausgelegten Transformationsprozess in das Stadtentwicklungsprogramm integriert. Obwohl Wien hier bereits seit Jahren auf sehr gutem Weg ist und auf struktureller Ebene kaum noch Handlungsbedarf besteht, wurden hier zusätzliche Maßnahmen wie etwa die Etablierung des Systems der Primärversorgungseinheiten gesetzt. Die bestehende flächendeckende PVE-Struktur ist ein Zeichen für eine sehr agile und zukunftsorientierte Stadtplanung.

Der Ausbau von Maßnahmen, die eine Steigerung der Krisenresilienz zum Ziel haben, wird in Wien ebenfalls seit Jahren sehr intensiv vorangetrieben. Die zur Entschärfung der individuellen Folgen der Klima- und Gesundheitskrise beitragende, flächendeckende Errichtung von Trinkbrunnen, die Entschärfung von Hitzeinseln und die Begrünung von stark versiegelten Flächen führen zu einer merkbaren Steigerung der Hitzeresilienz, was vor allem für demografisch sowie sozioökonomisch benachteiligte Menschen essenziell ist.

Ein ökologischer und sozial gerechter Transformationsprozess, welcher infolge der wirkmächtigen, klimawandelinduzierten Herausforderungen notwendig ist, sollte daher am Beispiel Wiens als Chance verstanden werden, das Zusammenleben und die Lebensqualität nachhaltig und zum Wohle aller zu verbessern.

Ökonomische und arbeitsmarktpolitische Aspekte

Das Gesundheits- und Sozialwesen ist in Österreich mit 318.852⁴³² unselbstständig Beschäftigten der viertgrößte Beschäftigungssektor. Mehr als ein Fünftel davon arbeitet in Wien (70.589⁴³³ unselbstständig Beschäftigte). Verglichen mit anderen europäischen Ländern verfügte Österreich zuletzt (2021) über überdurchschnittlich viele Ärzt*innen. Der in Österreich vorherrschende (Fach-)Ärzt*innenmangel ist in erster Linie relativ zu betrachten und basiert auf einem Mangel an (Fach-)Ärzt*innen mit Kassenverträgen. Denn im Jahr 2024 betrug die Ärzt*innendichte in Österreich 5,53/1.000 Einwohner*innen. Abzüglich der Wahlärzt*innen würde sie jedoch nur bei 4,26/1.000 Einwohner*innen liegen.⁴³⁴

Land	Pflegepersonal/ 1.000 Einwohner*innen	Ärzt*innen/ 1.000 Einwohner*innen
Europäischer Durchschnitt	9,2	4,1
Österreich	10,6	5,5
Deutschland	12,0	4,5
Schweden	10,7	4,4
Italien	6,2	4,2

Tabelle 9: Anzahl an Pflegepersonal und Ärzt*innen/1.000 Einwohner*innen (gerundet)⁴³⁵

Auch die Zahl der Pflegekräfte ist in Österreich, gemessen am europäischen Durchschnitt, überdurchschnittlich hoch. Allerdings stellt der Mangel an Pflegekräften in der österreichischen wie auch europäischen Gesundheitsversorgung eine große Herausforderung der Zukunft dar.⁴³⁶ In Österreich sind zwischen 2023 und 2030 zur Aufrechterhaltung der rezenten Versorgungsqualität 51.000 neue Pflegekräfte notwendig.⁴³⁷ Der bereits vorhandene und erwartete Bedarf ist in der Kranken- und Altenpflege also enorm. Das liegt einerseits an der immer älter werdenden Bevölkerung und andererseits an einem relativ hohen Verlust an Arbeitskräften, wegen Branchenwechsels oder Berufsunfähigkeit, durch den dieser Bereich gekennzeichnet ist.⁴³⁸ Die durchschnittliche Verweildauer in Pflegeberufen beträgt in Österreich aktuell nur sechs bis zehn Jahre.⁴³⁹ Die große Verantwortung, hohe psychische und physische Belastungen sowie Dienstpläne, die mit einem Familienleben oftmals schwer zu vereinen sind, fördern eine hohe Fluktuation in diesem Berufsfeld. Auch niedrige Entlohnung

⁴³² WKO (2024)

⁴³³ Stadt Wien (2023): Beschäftigung - Statistiken

⁴³⁴ ÖAK (2024): 12

⁴³⁵ OECD (2023): Nurses; WHO (2025): Medical doctors

⁴³⁶ Allinger et al. (2021): 78, 104, 116, 142

⁴³⁷ BMASGPK (2025)

⁴³⁸ OECD (2023): 185

⁴³⁹ AK-Niederösterreich (2021)

sowie atypische Beschäftigungsverhältnisse führen bei vielen zu dem Wunsch, den Beruf wechseln zu wollen.

Es ist daher ein Monitoring der Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege essenziell, um daraus entsprechende Maßnahmen für Verbesserungen im Pflegeberuf ableiten zu können. Diese in unterschiedlichen nationalen wie internationalen Berichten⁴⁴⁰ erarbeiteten Erkenntnisse führten in den letzten Jahrzehnten zu dem Ergebnis, dass zwei Maßnahmen entscheidend sind, um den Pflegeberuf zu attraktivieren und die Fluktuation zu reduzieren: eine faire Entlohnung und gute Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

„Haben Pflegebeschäftigte das Gefühl, sie seien auch in fünf Jahren noch qualifiziert genug um ihre Tätigkeit gut und zufriedenstellend auszuüben, fördert dies den Wunsch, im Beruf zu verbleiben.“⁴⁴¹

Die Stadt Wien zeigt hier durch mehrere Initiativen, wie man Menschen dabei unterstützen kann, den Pflegeberuf zu ergreifen. Dadurch wird Bildung in Wien gezielt mit dem Bedarf an Arbeitskräften verknüpft und dem Fachkräftemangel entgegengewirkt. Es werden sowohl Ausbildungsangebote für Jugendliche als auch für Erwachsene bereitgestellt.

Seit September 2025 bietet die Wiener Schule für Pflegeberufe eine dreijährige Ausbildung zur Pflegeassistentin an, die ab dem 15. Lebensjahr absolviert werden kann und den optimalen Einstieg in den Pflegeberuf ermöglicht. Dies ist ein Versuch, die Pflegeausbildung zu attraktivieren, indem die Ausbildung auch während der Phase der Ausbildungspflicht absolviert werden kann.⁴⁴²

Darüber hinaus setzt die Stadt seit 2022 mit der Wiener Pflegeausbildungsprämie auf eine Bildungsoffensive im Pflegekräftebereich. Über 600 Euro (2025: 630 Euro) monatlich beträgt die Unterstützung, wenn man sich für eine Ausbildung im Pflegebereich entscheidet. Diese Initiative, die in Wien vorerst bis 2028 läuft, wurde in ähnlicher Form auch von anderen Bundesländern übernommen. Bis dato wird sie in Wien jährlich von über 2.000 Auszubildenden in Anspruch genommen.⁴⁴³ Durch diese finanzielle Unterstützung können auch sozioökonomische Hürden überwunden und Menschen in Beschäftigung gebracht werden. Darüber hinaus kann im Falle eines

⁴⁴⁰ WHO 2030 agenda; State of the world's nursing report 2025; OECD Health at a Glance 2025

⁴⁴¹ BMSGPK (2021): 23

⁴⁴² FSW (2025): Pflegestarter:innen.

⁴⁴³ Rathauskorrespondenz (2024)

Studiums u. a. der Gesundheits- und Krankenpflege ab dem dritten Semester eine Festanstellung beim WIGEV abgeschlossen werden.⁴⁴⁴

Auch der waff bietet mit dem Programm „Jobs PLUS Ausbildung“ für Sozial- und Pflegeberufe eine Ausbildungsmöglichkeit an, die sowohl eine kostenlose Ausbildung als auch eine Jobgarantie umfasst. Dabei stehen Ausbildungen im Pflegebereich (Bachelorstudium Gesundheits- und Krankenpflege, Pflegeassistent und Pflegefachassistent) und im Gesundheitsbereich (Diplomierte Medizinische Fachassistent, Diplomierte Operationstechnische Assistent und Medizinische Assistentberufe) mit unterschiedlichen Qualifikationsstufen zur Auswahl.⁴⁴⁵

Zu beachten ist jedoch, dass der Pflegeberuf nach wie vor weiblich ist. Das Geschlechterverhältnis bei Personen, die in der Alten- und Krankenpflege tätig sind, ist äußerst ungleich. In Österreich sind, je nach Tätigkeitsfeld, zwischen 79 und 89 Prozent der Pflegepersonen weiblich.⁴⁴⁶ Diese sind von der niedrigen Entlohnung besonders betroffen.

Vor dem Hintergrund eines Arbeitskräftemangels in der Pflege und der daraus resultierenden zusätzlichen körperlichen und psychischen Belastung der derzeit beschäftigten Pflegekräfte kommen Maßnahmen zur Attraktivierung des Berufes eine wachsende Bedeutung zu. Die Inklusion von Pflegekräften in die Schwerarbeitsverordnung durch die Verordnung BGBl. II. Nr. 224/2025, welche mit 1.1.2026 in Österreich in Kraft tritt, kann als ein erstes Zeichen der Anerkennung verstanden werden.⁴⁴⁷

Da der Arbeitskräftebedarf in der Pflege besonders hoch ist, braucht es gezielte Maßnahmen, um mehr Menschen für den Pflegeberuf zu begeistern und die Arbeitsbedingungen so anzupassen, dass diese Menschen den Beruf auch länger ausüben können und wollen.

⁴⁴⁴ WIGEV (o.J.)

⁴⁴⁵ Waff: Sozial- und Pflegeberufe

⁴⁴⁶ Gesundheit Österreich (2025): 1

⁴⁴⁷ RIS (2025)

Schlussfolgerungen

Die gesundheitspolitischen Herausforderungen sind in den vergangenen Jahren durch die Klimakrise oder auch die Covid-Pandemie angestiegen. Ein vermarktlichtes Gesundheitssystem kann in vielen Fällen die dringend notwendigen Reservekapazitäten nicht bereitstellen. Ein gesundheitspolitischer Adaptionsprozess, der auf die veränderten Lebensbedingungen infolge der Klimakrise, der Covid-Pandemie, der Digitalisierung sowie zunehmender psychischer Belastungen reagiert, erfordert ein hohes Maß an Regulativmacht, damit strukturelle Veränderungen zeiteffizient erfolgen können. Dies kann nur durch einen hohen Anteil öffentlicher Beteiligung bei der Gesundheitsversorgung sichergestellt werden.

Die zentralen Erkenntnisse sind:

- **Europäischer Trend:** Im Rahmen der EU-weiten Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen der letzten Jahrzehnte wurde auch im Gesundheitsbereich in vielen Ländern die staatliche Regulativmacht immer weiter reduziert.
- **Soziale Wirkung:** Ein weitgehend öffentliches Gesundheitssystem mit starker staatlicher Regulativmacht sorgt durch einen stabilen Politikrahmen für die optimale medizinische Versorgung. Eine Fokussierung auf Präventivmaßnahmen, deren Effekte teilweise erst Jahrzehnte später messbar werden, ist für ein schnelllebiges, vermarktlichtes System denkbar unattraktiv.
- **Wien als Ausnahme:** Die Stadt Wien setzt weiterhin auf ein weitgehend öffentliches Gesundheitssystem, die rechtlich verbriefte Regulativmacht kann als sehr hoch bewertet werden. Das System erwies sich dadurch bei der Covid-Pandemie als vergleichsweise krisenresilient und war ein Best-Practice-Beispiel. Zudem setzt Wien auf ein hohes Maß an Inklusivität beim Zugang zu Gesundheitsleistungen. Durch die in Wien im Rahmen der Public-Civic-Partnership geschaffenen Angebote können auch Menschen, die nicht versichert sind, auf ein breites Portfolio an medizinischen Leistungen zurückgreifen. Dieses auf (Re-)Integration ausgerichtete Gesundheitssystem fördert sozioökonomischen Ausgleich.
- **Ökonomische Nachhaltigkeit:** Die Covid-Pandemie hat die strukturellen Mängel der privaten Gesundheitsversorgung offengelegt und gezeigt, dass ein kommodifiziertes Gesundheitssystem mit einem großen Anteil an privat-profitorientierten Akteur*innen ökonomisch ineffizient ist.
- **Ökologische Aspekte und Krisenresilienz:** Die Klimakrise ist auch eine Gesundheitskrise. Es braucht deshalb eine starke öffentliche Daseinsvorsorge, die bereichsübergreifend agiert. Ein

Health-in-all-Policies-Ansatz kann dabei helfen, die gesundheitsbezogenen negativen Auswirkungen des Klimawandels abzufedern. Genauso muss die Transformation zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft gerecht ausgestaltet sein, um die ungleiche Betroffenheit abzumildern.

- **Krisenresilienz:** Während der Covid-Pandemie verursachten private Gesundheitsdienstleister*innen eine massive Schwächung der Krisenfestigkeit, die durch hohe finanzielle Aufwendungen seitens staatlicher Akteur*innen nur teilweise korrigiert werden konnten. Hier zeigt sich, dass eine starke staatliche Regulativmacht und ein gemeinnütziges, vorwiegend öffentliches Gesundheitssystem die Krisenresilienz erhöhen.
- **Gesundheitsausgaben:** Aufgrund der aktuellen budgetären Situation könnte v. a. in Österreich der Ruf nach einer Kommodifizierung des Gesundheitssystems zur Senkung der Ausgaben laut werden. Allerdings zeigen die Erfahrungen mit einem hohen Anteil an privaten Akteur*innen die geringere Krisenfestigkeit, ökonomische Ineffizienz und hohe Folgekosten. Gerade in Anbetracht der Herausforderungen der Klimakrise ist daher davon abzuraten, den Gesundheitsbereich privaten Akteur*innen zu überlassen.

Mobilität und Verkehr

„Ein Drittel von Österreichs Gesamtenergiebedarf werden [sic!] für Mobilität und Gütertransport benötigt, so viel wie in keinem anderen Sektor“⁴⁴⁸, stellt der Verkehrsclub Österreich fest und macht damit die Brisanz der Energiefrage deutlich. Der energiepolitischen Ebene von Mobilität und Verkehr kommt, vor allem in Hinblick auf die Klimakrise, eine zentrale Bedeutung zu. Es gilt daher, eine Versorgung der Bevölkerung mit ressourcenschonender und leistbarer Fortbewegung sicherzustellen, denn Mobilität und Verkehr stellen den Zugang zu wichtigen Einrichtungen, sozialer Teilhabe und wirtschaftlicher Aktivität sicher. Zudem helfen sie, soziale Unterschiede zu verringern und eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen.

Nähert man sich den beiden Begrifflichkeiten „Mobilität“ und „Verkehr“ an, lässt sich Letzterer als die „Beförderung, Bewegung von Fahrzeugen, Personen, Gütern, Nachrichten auf dafür vorgesehenen Wegen“⁴⁴⁹ zusammenfassen. Das Konzept der Mobilität hingegen, wie es im Folgenden beleuchtet werden soll, erfordert eine genauere Abgrenzung. Es wird weder als individuell-körperliche Beweglichkeit noch als situative Anpassungsfähigkeit, sondern als geographisches oder räumliches und somit auch soziales Bewegungspotenzial verstanden. Das zuständige österreichische Bundesministerium bietet dafür folgende Definition:

„Mobilität beschreibt die Bewegung von Menschen und Dingen in Räumen. [...] Im verkehrlichen Kontext wird der Begriff Mobilität auf die Beweglichkeit des Menschen außer Haus zum Zwecke der Überwindung räumlicher Distanzen eingeschränkt.“⁴⁵⁰

Mobilität und Verkehr stellen somit die physischen Indikatoren für die Teilhabe an einer Gesellschaft dar. Forscher*innen der Friedrich-Ebert-Stiftung sprechen in der Mobilitätsentwicklung von drei Innovationskomplexen, die sich seit Anfang des Jahrhunderts in der Verkehrsplanung überlagern: „Die Orientierungsinnovationen, die Beschleunigungsinnovationen und die Vernetzungsinnovationen.“⁴⁵¹ In diesen Erneuerungen verbinden und verzahnen sich produkttechnologische Erfindungen mit systemischen Infrastrukturinnovationen. Geschichtlich betrachtet wird das Wachstum der Verkehrsnachfrage durch Ausdehnung, Interdependenzen – also die Erweiterung der internen

⁴⁴⁸ VCÖ (2025): o.S.

⁴⁴⁹ Duden (2026): o.S.

⁴⁵⁰ Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (2011): o.S.

⁴⁵¹ Rammler et al. (2021): 6

Verknüpfungen – sowie durch technische Verbesserungen bei den einzelnen Systemen, wie zum Beispiel in den Bereichen Beschleunigung und Sicherheit, geprägt und aufgefangen.

Im Folgenden wird im Bereich des öffentlichen Verkehrs zwischen dem öffentlichen Verkehr (ÖV), der sowohl den regionalen als auch den überregionalen Personen- und Güterverkehr beschreibt, dem öffentlichen Personenfernverkehr, der sich auf den überregionalen öffentlichen Transport von Personen bezieht, und dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), der den regionalen Transport von Personen meint, unterschieden.

In Österreich kulminierten verschiedene Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten in einem gewaltigen Mobilitätsanstieg. Von 1990 bis 2015 ist die Anzahl der gefahrenen Personenkilometer um 40 Prozent gestiegen. Zu Beginn dieser Zeitspanne wies vor allem der PKW-Sektor ein starkes Wachstum auf. Ab der Jahrtausendwende griffen der zuvor getätigte Ausbau des öffentlichen Bahnnetzes und der Weststrecke, die Modernisierung der Bahnhöfe sowie eine stärkere Vernetzung von öffentlichem Verkehr mit dem Fahrradnetz und Sharing-Angeboten. Als Reaktion darauf stiegen in dieser zweiten Phase vor allem die Fahrgastzahlen im öffentlichen Verkehr. Mit der Coronapandemie gab es einen starken Einbruch, ab 2023 wurde aber wieder das Vorkrisenniveau erreicht. Seitdem steigen die Fahrgastzahlen wieder.⁴⁵² „Im Nah- und Regionalverkehr gab es 2024 insgesamt 254,3 Millionen Fahrgäste, das sind gut 10 % mehr als im Jahr 2023.“⁴⁵³ Das zeigt, dass die seit Jahrzehnten laufend getätigten Investitionen in den Ausbau wirksam sind.

Es ist aber nicht nur die Erweiterung und Verbesserung des überregionalen Angebots in Österreich, sondern auch der Ausbau im innerstädtischen Bereich für die hohe Nutzung von öffentlichem Personennahverkehr von Bedeutung. So hat etwa in Wien, das über das größte innerstädtische Verkehrsnetz Österreichs verfügt, die abgeschlossene Erweiterung der Wiener U-Bahnlinien U1, U3 und U6 und die Modernisierung der S-Bahnen dazu beigetragen, dass die Anzahl der Personen, die täglich Busse, Bahnen, U-Bahnen und Straßenbahnen nutzen, weiterhin kontinuierlich steigt. Mit dem Bau der U5 wird hier ein weiterer wichtiger Schritt für die Zukunft der Mobilität in der Stadt gesetzt. Im Allgemeinen gehören die öffentlichen Verkehrsmittel in Wien, mit einem Gesamtstreckennetz von über 1.200 Kilometern (84 Kilometer U-Bahn, 227 Kilometer Straßenbahn (Linienlänge) und 893 Kilometer Bus), zu den besten der Welt.^{454, 455}

⁴⁵² WKO (2025): 29

⁴⁵³ ÖBB (2025): o.S.

⁴⁵⁴ Wiener Linien (2024)

⁴⁵⁵ Laut des Time Out Magazins lag Wien in einem Vergleich des ÖV-Systems in 20 Städten auf Platz zwei.

Entscheidend für die vermehrte Nutzung von öffentlichem Verkehr ist auch die Leistbarkeit. Angebote wie das österreichweite Klimaticket oder das Jahresticket der Wiener Linien spielen eine zentrale Rolle, damit Menschen weniger den PKW und vermehrt andere Mobilitätsformen nutzen.

Im Folgenden wird einerseits analysiert, welche ökologischen, sozialen, krisenbezogenen sowie wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Vorteile sich durch den ÖV gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV) ergeben. Andererseits soll gezeigt werden, welche Risiken entstehen können, wenn der ÖV von privaten Verkehrsanbieter*innen geführt wird. Dabei muss erwähnt werden, dass der öffentliche Verkehr in den meisten EU-Ländern zu einem überwiegenden Teil öffentlich gesteuert und erbracht wird. Die Liberalisierungstendenzen der EU im Sinne des Wettbewerbsrechts um die Jahrtausendwende wurden in erster Linie beim Zulassen von privaten Unternehmen auf Teilstrecken im Schienenverkehr schlagend.⁴⁵⁶ Auch konnte sich durch die Marktöffnung im Fernverkehr der Fernbusverkehrsanbieter FlixBus als großer privater Player in Europa etablieren. Eine große Privatisierungswelle blieb in Europa aber aus. Beispiele für großflächige und gescheiterte (Teil-)Privatisierung sind im Bereich des Schienenverkehrs British Railways sowie im regionalen Nahverkehr die Londoner U-Bahn. Erstere wurde Ende des letzten Jahrhunderts privatisiert, befindet sich mittlerweile jedoch wieder im Prozess der Rekommunalisierung, letztere befindet sich bereits wieder in kommunalem Eigentum. Dadurch können Rückschlüsse gezogen werden, welche negativen Folgen mit einer Privatisierung im Bereich des ÖV einhergehen können.

Ökologische Aspekte

Energieeffizienz und CO₂-Bilanz

Der öffentliche Verkehr stellt, insbesondere im Hinblick auf ökologische Überlegungen, eine zentrale Komponente nachhaltiger Mobilität dar. Durch die hohe Transportkapazität und die Nutzung elektrischer Antriebe, die zunehmend mit erneuerbaren Energien gespeist werden, ist der ÖV deutlich energieeffizienter und weist eine geringere CO₂-Belastung auf als der motorisierte Individualverkehr. Der MIV verbraucht, vor allem wenn nur wenige Personen im Auto sitzen, deutlich mehr Energie pro Kilometer und ist, neben dem CO₂-Ausstoß, in hohem Maße für die Emission von Stickstoffdioxid (NO₂) und Kohlenmonoxid (CO) verantwortlich.⁴⁵⁷ Das ist wirtschaftlich mit Externalitäten, also zusätzlichen

⁴⁵⁶ Dickhaus/Dietz (2004):21

⁴⁵⁷ Umweltbundesamt Deutschland (2023): o.S.

Kosten, die nicht im Preis abgebildet sind und an anderer Stelle vom Staat oder den Menschen durch Steuern getragen werden müssen, verbunden. Wie Abbildung 10: Externe Kosten unterschiedlicher Verkehrsarten in Österreich zeigt, verursachte der MIV (PKW und einspurige Fahrzeuge zusammen) im Jahr 2022 13,6 Mrd. Euro, der Güterverkehr auf der Straße zusätzliche 4,2 Mrd. Euro an externen Kosten. Im Gegensatz dazu betrugen sie beim öffentlichen Schienen- und Busverkehr zusammen nur 1,2 Mrd. und 40 Mio. Euro beim Schiffsverkehr. Einen weiteren Faktor stellen die Energieträger dar, die für das Verkehrsmittel benutzt werden.

„Hier sind vor allem Erdöl und Erdgas sowie Kohle und Uran zu nennen, die entweder direkt für Verbrennungsmotoren der Verkehrsmittel genutzt werden oder indirekt durch die Stromproduktion für Elektromotoren zum Einsatz kommen.“⁴⁵⁸

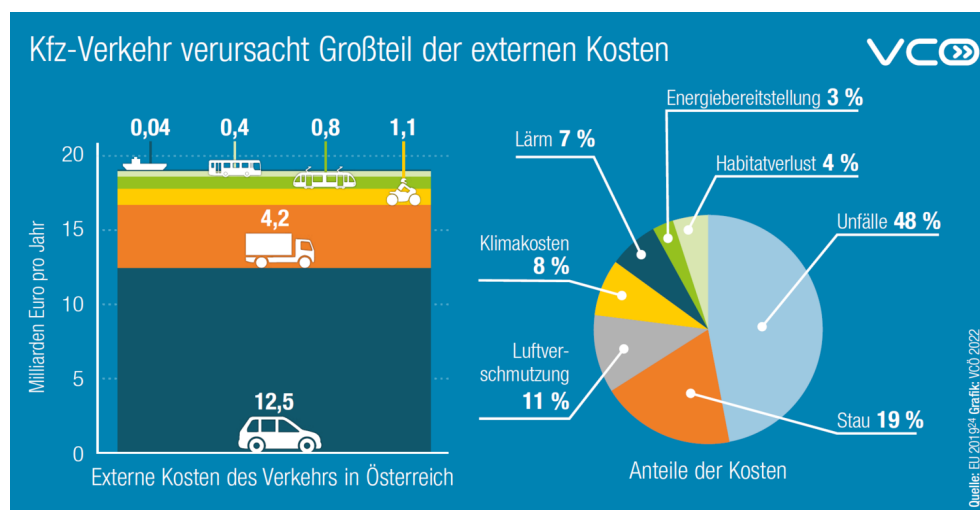


Abbildung 10: Externe Kosten unterschiedlicher Verkehrsarten in Österreich⁴⁵⁹

Es ist daher auch für den öffentlichen Verkehr entscheidend, aus welchen Quellen der verwendete Strom kommt. Während etwa in London der Corporate Environment Plan 2021 des Unternehmens Transport for London als Ziel ausgibt, bis 2030 ausschließlich auf Ökostrom umzusteigen⁴⁶⁰, wurde das in Österreich und Wien bereits erreicht. Die ÖBB und Wiener Linien verwenden 100 Prozent Grünstrom.⁴⁶¹ Auch die letzten Dieselstrecken wie die Traisentalbahn werden zurzeit elektrifiziert.⁴⁶² Der ÖV trägt damit zu hohen CO₂-Einsparungen bei. In Wien allein werden jährlich rund 550.000

⁴⁵⁸ Peistrup (2010): 10

⁴⁵⁹ VCO (2022): o.S.

⁴⁶⁰ Transport for London (2021): 13

⁴⁶¹ Wiener Linien (2026): o.S.; ÖBB (2025 [b]): o.S.

⁴⁶² ÖBB (2025 [c]): o.S.

Tonnen CO₂ dadurch eingespart, dass die Menschen die öffentlichen Verkehrsmittel und nicht das Auto nutzen.⁴⁶³

Die Nutzung des ÖV trägt außerdem zu einer Verringerung des Flächenverbrauchs bei, was gerade in urbanen Räumen von großer Bedeutung ist. Durch den Wegfall von PKW-Stellflächen wird der Ressourcenverbrauch für Infrastruktur reduziert und die entstehenden Flächenpotenziale können für klimarelevante Maßnahmen, wie etwa zur gezielten Begrünung oder Verbesserung der städtischen Kühlung, genutzt werden. Abbildung 11: Flächenverbrauch unterschiedlicher Verkehrsmittel zieht einen Vergleich des Flächenverbrauchs für unterschiedliche Mobilitätsangebote. So bräuchte man, um 20.000 Menschen pro Stunde in eine Richtung zu transportieren, bei einer PKW-Nutzung 12 Fahrspuren, jedoch nur 9 Busspuren und bei einer U-Bahn nur ein Gleis.

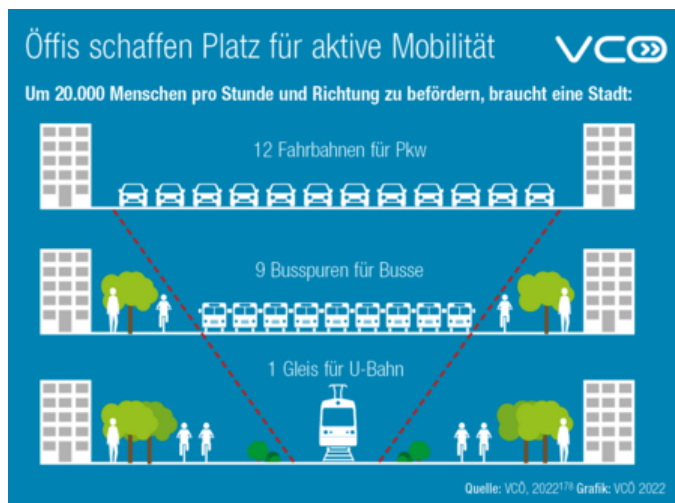


Abbildung 11: Flächenverbrauch unterschiedlicher Verkehrsmittel⁴⁶⁴

In Wien arbeitet die Stadtverwaltung seit vielen Jahren an Initiativen zur Verkehrsberuhigung, um die dadurch frei werdende Infrastruktur anderweitig zu nutzen. Zu nennen wären etwa der Umbau der inneren Mariahilfer Straße zur Begegnungszone im Jahr 2015 oder die Gestaltung des Supergrätzl Favoriten. Das 2021 ins Leben gerufene Projekt lehnt sich an das Konzept des Superblocks an, welches in Barcelona entwickelt und in Berlin und Wien in Zusammenarbeit mit der TU Wien realisiert wurde.⁴⁶⁵ Das Gebiet zwischen der Gudrunstraße, Leebgasse, Quellenstraße und Neilreichgasse erfährt dadurch Verkehrsberuhigung, sodass vor der Mittelschule Herzgasse ein zentraler Platz entsteht, der ausschließlich zu Fuß bzw. mit dem Rad erreichbar ist. Im Zuge des Projekts wurde der Autoverkehr

⁴⁶³ Wiener Linien (2021): o.S.

⁴⁶⁴ VCO (2022): o.S.

⁴⁶⁵ Deutsches Institut für Urbanistik (2024):6

baulich so umgeleitet, dass er den Platz nun umfährt. Dadurch konnten Straßen- und Parkplatzflächen begrünt bzw. in Spiel- und Entspannungszonen umgewandelt werden.⁴⁶⁶

Dadurch verbessert sich nicht nur die Luftqualität erheblich, die Stadt wird auch kühler – auf lange Sicht ein erheblicher Faktor. Darüber hinaus werden in Wien in den heißen Monaten „Coole Spots“ angeboten, um der Hitze zu entfliehen, ohne die Stadt verlassen zu müssen. Zwischen Juni und September stehen diese öffentlichen Räume mit kaltem Wasser (etwa in Form von Nebelduschen oder Sprühduschen auf Hydranten), Spielzonen, Beratung zu Hitzethemen und öffentlichen Toiletten kostenlos zur Verfügung.⁴⁶⁷

Die Reduktion des MIV ergibt eine Vielzahl an Möglichkeiten, Flächen in Städten multifunktional zu nutzen, CO₂ nachhaltig zu verringern, die Lebensqualität zu erhöhen und die Städte widerstandsfähiger gegenüber den Herausforderungen des Klimawandels zu machen. Die geringere Emission von Luftschadstoffen und Feinstaub durch den öffentlichen Verkehr verbessert zudem die Luftqualität und verringert gesundheitsschädliche Belastungen. Nicht zuletzt fördert der Ausbau nachhaltiger Verkehrssysteme die Energieeffizienz des Gesamtsystems. Die Wiener Linien stellen beispielsweise nicht nur auf Elektrobusse bzw. sogar auf Wasserstoffantrieb um, sondern setzen ebenso auf begrünte Gleisflächen, auf denen städtische Biodiversität gefördert wird.⁴⁶⁸

Die Entwicklung des Modal Split

Der ÖV stellt eine energieeffiziente und klimafreundliche Form der Mobilität dar. Für den Übergang zu nachhaltiger Fortbewegung ist ein umfassender Wandel notwendig, der eine klare und zielgerichtete öffentliche Steuerung, die verschiedene Verkehrsträger*innen und Mobilitätskonzepte strategisch miteinander verknüpft, erfordert.

Ein wegweisender Messwert, um den Erfolg der politischen Steuerung abzulesen, ist der Modal Split. Er bildet die „Verteilung des Transportaufkommens und der Transportleistung auf die einzelnen Verkehrsträger“⁴⁶⁹ ab. „Im Personenverkehr werden klassischerweise folgende Modi unterschieden: Fußverkehr, Fahrradverkehr, motorisierter Individualverkehr (MIV) und öffentlicher Verkehr (ÖV).“⁴⁷⁰ Wenn den Fahrgästen durch unterschiedliche Formen der Verkehrsteilnahme ein hohes Maß an

⁴⁶⁶ Stadt Wien (2022): o.S.

⁴⁶⁷ Stadt Wien (o.J.): o.S.

⁴⁶⁸ Wiener Linien (2026): o.S.

⁴⁶⁹ Statistik Austria (2025): o.S.

⁴⁷⁰ FGSV (2021): 5

Flexibilität geboten wird, kann der Anteil des MIV gesenkt werden. Wurde etwa ein Arbeitsweg traditionell mit dem privaten PKW zurückgelegt, kann das Angebot eines sicheren Fahrradweges zum örtlichen Bahnhof, ausreichende Fahrradstellplätze sowie eine reibungslose Anbindung vom Ankunftsbahnhof zum Arbeitsplatz – etwa durch attraktive Fußwege, öffentlichen Nahverkehr oder öffentliche Angebote wie Rad-, Roller- oder Carsharing – zu einer Reduzierung der privaten PKW-Nutzung beitragen.

Eine Betrachtung des Verkehrsverhaltens der Wiener*innen im Modal Split zeigt eine klare Entwicklung hin zu nachhaltiger Mobilität. Maßgeblich dazu beigetragen hat das breit ausgebaute und stetig wachsende Angebot an qualitativ hochwertigen Radwegen. Die Fahrradnutzung hat sich seit den 1990er-Jahren beinahe vervierfacht, erfuhr während der Covid-Pandemie einen zusätzlichen Aufschwung und wächst seitdem weiter. Laut dem Copenhagenize Index 2025 liegt Wien unter den 20 fahrradfreundlichsten Städten weltweit. Mit der 2013 gestarteten „Radoffensive“ begann die Stadt Wien die Erweiterung, Sanierung und Verbreiterung des Radwegnetzes. Allein seit 2018 ist das Radwegnetz um 226 km von 1.585 auf 1.811 km (Stand 2025) gewachsen.⁴⁷¹ Verkehrsberuhigungen sowie Konzeptinnovationen (wie z. B. in der Argentinierstraße) sollen das Stadtbild entschleunigen.⁴⁷² Darüber hinaus wurde mit dem Bike-Sharing-Angebot der Wiener Linien für Fortbewegung ohne eigenes Rad oder für kurze Strecken gesorgt. Schon ab 35 Cent pro halbe Stunde kann ein Rad ausgebaut werden, wobei Smartbikes, Räder mit Kindersitz und sogar E-Bikes zur Verfügung stehen. Insgesamt gibt es in Wien 3.000 WienMobil-Räder an vielen Standorten, die rund um die Uhr gebucht werden können.⁴⁷³ Auch die Fortbewegung zu Fuß wird gefördert, etwa durch Projekte der Stadtbegrünung. Denn Fußwege durch begrünte Zonen „werden im Vergleich zu unattraktiven Wegstrecken um bis zu 30% kürzer wahrgenommen“.⁴⁷⁴ Sollte doch einmal ein Auto benötigt werden, bieten die Wiener Linien 100 E-Carsharing-Autos an, die ab 3 Euro pro Stunde gebucht werden können.⁴⁷⁵

⁴⁷¹ Stadt Wien: Zahlen und Fakten zum Wiener Radverkehrsnetz

⁴⁷² EIT Urban Mobility (2025):22

⁴⁷³ Wiener Linien: WienMobil Rad

⁴⁷⁴ Deutsches Institut für Urbanistik (2024):30

⁴⁷⁵ Wiener Linien: WienMobil Auto

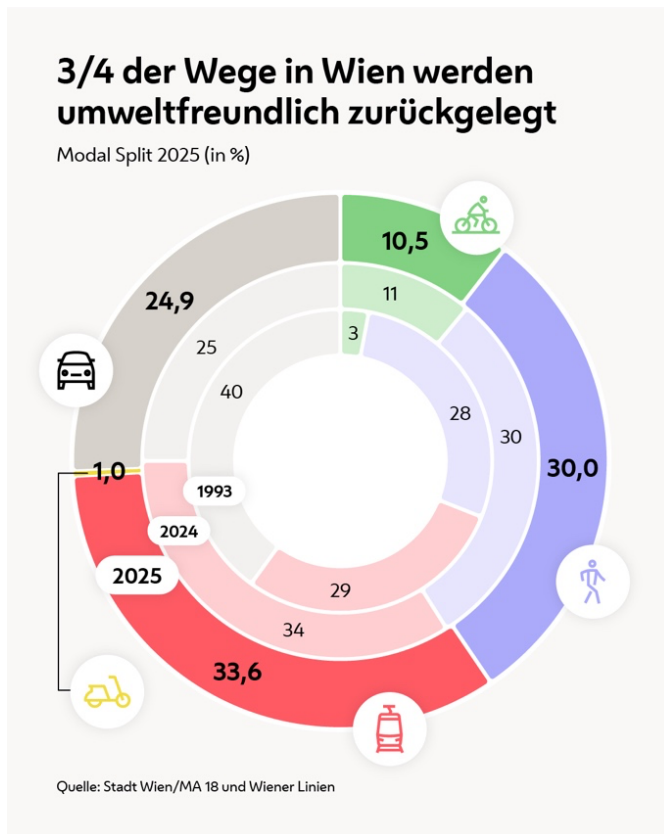


Abbildung 12: Entwicklung des Modal Splits in Wien 1993-2025⁴⁷⁶

Auch die Nutzung des öffentlichen Verkehrs ist in Wien seit den 1990er Jahren gestiegen. 1993 gaben 29 Prozent der Wiener*innen an, für ihre Alltagswege vorwiegend den ÖPNV zu nutzen. 2024 waren es 34 Prozent und 2025 33,6 Prozent. Damit ist der ÖPNV das meistgenutzte Fortbewegungsmittel der Wiener*innen. Gleichzeitig ist die Nutzung des Autos deutlich zurückgegangen: von 40 Prozent im Jahr 1993 auf 24,9 Prozent im Jahr 2025. Dabei gibt es tendenziell geschlechterspezifische Unterschiede, die in Wien durch eine geschlechtersensible Verkehrsplanung berücksichtigt werden. Frauen profitieren besonders vom Angebot des öffentlichen Verkehrs, wie eine Auswertung, die zwischen 2015 und 2019 durchgeführt wurde, zeigt. Denn Frauen legen im Durchschnitt 40 Prozent ihrer Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurück, bei den Männern waren es 37 Prozent.⁴⁷⁷ Auch dem Fußgänger*innenverkehr wird eine wichtige Rolle in der Verkehrsplanung zugeschrieben, da Frauen mehr Wege zu Fuß zurücklegen als Männer.⁴⁷⁸

⁴⁷⁶ Stadt Wien (2025): o.S.

⁴⁷⁷ Stadt Wien (2021): Aktive Mobilität in Wien: 7

⁴⁷⁸ Stadt Wien: Geschlechtssensible Verkehrsplanung

Ein groß angelegter Vergleich des Modal Split in europäischen Städten zeigt, dass bereits im Jahr 2018 (siehe Abbildung 13: Modal Split in ausgewählten europäischen Städten im Jahr 2018) Wien zu den sechs Städten mit dem geringsten Autoverkehr zählte. Dies ist auf das gut ausgebaute öffentliche Verkehrssystem und Initiativen wie „Die Stadt der kurzen Wege“ zurückzuführen, wo sich in Fußweite wichtige Einrichtungen des täglichen Lebens befinden.

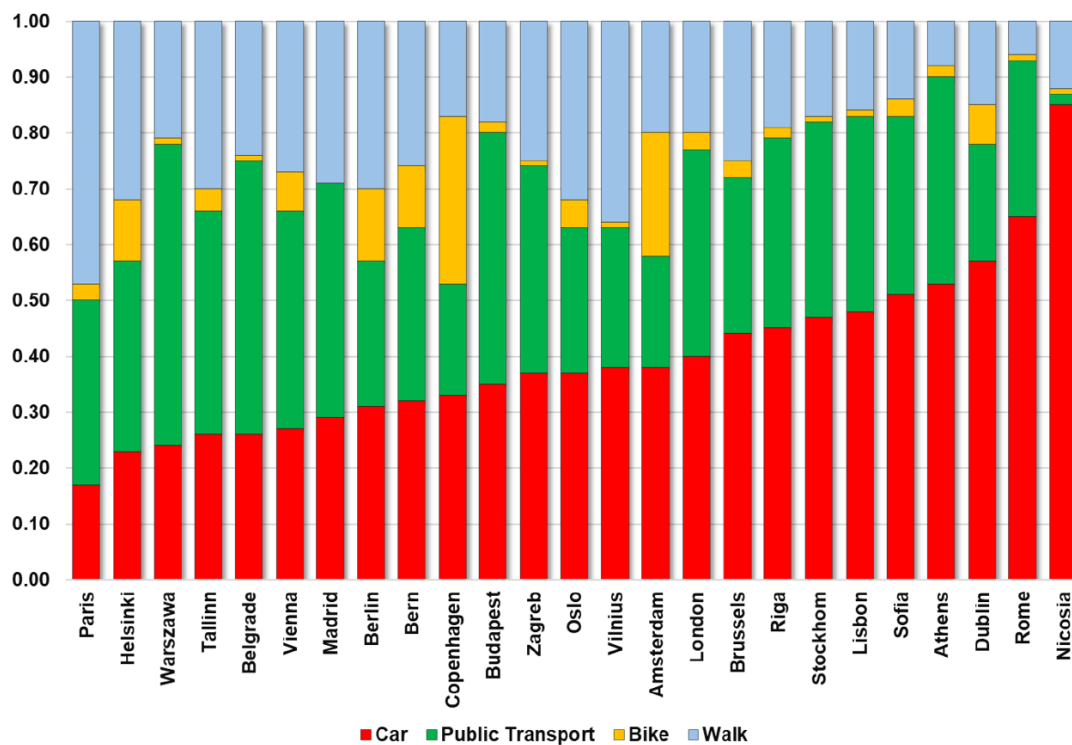


Abbildung 13: Modal Split in ausgewählten europäischen Städten im Jahr 2018⁴⁷⁹

Gesellschaftliche Aspekte

Die ökologische Wirksamkeit eines öffentlichen Verkehrsnetzes hängt eng mit seiner sozialen Ausgestaltung zusammen. Ökologische Vorteile sind nur dann nachhaltig, wenn sie auch sozial verträglich gestaltet werden. Ein öffentlich organisierter ÖPNV kann durch eine soziale Infrastruktur für Mobilität sorgen, die soziale Ungleichheiten abbaut und die gesellschaftliche Integration fördert. Von zentraler Bedeutung ist, dass die Gestaltung und Organisation des öffentlichen Verkehrs dazu beitragen, Zugangsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten zu schaffen, soziale Teilhabe und

⁴⁷⁹ Noussan (2019): 6

Inklusivität zu ermöglichen und soziale Barrieren abzubauen. Eine sozial gerechte Gestaltung des ÖPNV ist somit ein entscheidender Faktor für eine nachhaltige und inklusive gesellschaftliche Entwicklung.

Dies ist jedoch nicht immer der Fall. Die im Folgenden ausgeführten Beispiele der British Rail und der London Tube zeigen, was passieren kann, wenn im öffentlichen Verkehr privatisiert wird, und welche gesellschaftlichen Folgen und Kosten damit einhergehen können. Im Vergleich dazu wird danach gezeigt, wie ein gut ausgebautes, öffentlich erbrachtes und gesteuertes ÖV-System soziale Gerechtigkeit fördern kann, indem es eine leistbare Alternative zum MIV bietet.

Gesellschaftliche Kosten der Privatisierung des öffentlichen Verkehrs

Europaweit gab es in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren eine rechtliche Liberalisierung des ÖV-Marktes, wodurch einzelne Teilstrecken von Privatunternehmen bespielt wurden, wie etwa teilweise in Deutschland oder bei der Londoner U-Bahn. Großflächige Privatisierungen blieben weitgehend aus. Die große Ausnahme bildet die British Rail, an deren Beispiel sich die daraus resultierenden Probleme sowie die Schwierigkeiten der anschließenden Rekommunalisierung des Betriebs zeigen lassen.

Die British Rail war bis in die Mitte der 1980er Jahre ein rein staatliches Unternehmen und wurde letztlich mit dem „Railways Act“ vom 01.04.1994 unter Premierminister John Major privatisiert. Das Credo damals war: Der Staat sei kostspieliger und ineffizienter als der Markt. Dabei wurden nicht nur Fahrenbetriebe und die Zugproduktionsstätten in Derby verkauft, sondern auch die Hoheit über die Infrastruktur der Bahnen mehreren Privatunternehmen abgegeben, wobei der größte Anteil an das neu gegründete Unternehmen „Railtrack“ ging.⁴⁸⁰ In den Folgejahren wurden auch private Unternehmen für Güter- und Personenverkehr sowie drei große Leasinggesellschaften für Schienenfahrzeuge gegründet und zumeist in Franchise-Verträgen von den ebenfalls neu eingerichteten Verwaltungsbehörden beauftragt.

Gut drei Jahre später – der Privatisierungsprozess galt zu diesem Zeitpunkt als abgeschlossen – zeigten sich die ersten Konsequenzen, die durch die Aufteilung des Systems entstanden. In kurzen zeitlichen Abständen kam es zu mehreren tödlichen Zugunglücken:

⁴⁸⁰ vgl. United Kingdom (1994)

- Im September 1997 versagte die Kommunikation zwischen einem Personen- und einem Güterzugunternehmen, wodurch zwei Züge kollidierten. Es kamen sieben Menschen ums Leben, weitere 139 wurden verletzt.⁴⁸¹
- Im Oktober 1999 führten schlechte Koordination und Nachlässigkeiten im Signalsystem zur Kollision zweier Züge. Bei dem Unfall kamen 31 Menschen ums Leben, 417 weitere wurden verletzt.⁴⁸²
- Im Oktober 2000 kam es wegen mangelnder Instandhaltung der Infrastruktur zu der Entgleisung eines Schnellzugs bei Hatfield. Vier Menschen starben und 70 wurden verletzt. Die „Ursache lag unmittelbar in Railtracks Selbstbild begründet, das sich nicht als technisch-operativer Betrieb, sondern als reine Vertragsverwaltungsorganisation verstand.“⁴⁸³
- Im September 2002 kam es zu einer weiteren Entgleisung, wieder wegen mangelnder Instandhaltung der Infrastruktur. Sieben Menschen starben und weitere 150 wurden verletzt.⁴⁸⁴ Auch hier versuchte das für die Wartung der Infrastruktur zuständige Unternehmen Jarvis, die Schuld von sich zu weisen. Kurz nach dem Unglück brachte es das Gerücht eines Sabotageaktes in Umlauf, was sich jedoch letztlich als falsch erwies.⁴⁸⁵

Diese Zugunglücke verdeutlichen, welche Sicherheitsrisiken entstehen, wenn Fragmentierung und mangelnde zentrale Steuerung zu schlechter Koordination führen. Darüber hinaus wird deutlich, zu welchen katastrophalen Folgen Sparmaßnahmen aufgrund von Gewinninteressen führen können. So hatten finanzielle Kürzungen bei Railtrack zur Folge, dass das für die Wartung zuständige Inspektionspersonal schlecht ausgebildet war.⁴⁸⁶

Als Folge der Zugunglücke wurden von Railtrack Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten im ganzen Schienennetz durchgeführt. Die Kosten überstiegen aber deren finanzielle Mittel, zumal das Unternehmen auch bei der Modernisierung der West Coast Main Line zwischen London und Glasgow Aufwendungen von 5 Mrd. Pfund, das Doppelte der ursprünglich veranschlagten Summe, zu stemmen hatte.⁴⁸⁷ Nach dem Unglück in Hatfield suchte Railtrack um ein 1,5 Mrd. Pfund schweres staatliches Rettungspaket an, wovon eine erste staatliche Zahlung von 337 Mio. Pfund getätigt wurde. Kurz darauf wurde von staatlicher Seite entschieden, dass Railtrack in eine private Non-Profit-Organisation

⁴⁸¹ TheGuardian (1997): o.S.

⁴⁸² vgl. Health & Safety Commission (2001)

⁴⁸³ Gareth (2025): o.S.

⁴⁸⁴ BBC (2022): o.S.

⁴⁸⁵ Clark (2002): o.S.

⁴⁸⁶ vgl. Office of Rail Regulation (2006)

⁴⁸⁷ BBC News (1999): o.S.

überführt werden sollte, was einer Renationalisierung gleichkam. Das de facto staatliche Unternehmen Network Rail wurde gegründet und Railtrack für 500 Mio. Pfund gekauft.⁴⁸⁸

Neben Railtrack existierten in England noch weitere private Bahnunternehmen. Auch hier wurden Probleme, die durch die Fragmentierung des Schienenverkehrs entstanden, sichtbar. Das Zugnetz wurde unübersichtlicher und die Pünktlichkeit litt unter der aufwendigen Koordination der verschiedenen Akteur*innen. Es wurden auch weitere staatliche Zuschüsse in den Bereich notwendig. 2019/20, mehr als zwei Jahrzehnte nach der Privatisierung, stammte ein Drittel der Einnahmen der privaten Bahnbranche noch immer aus öffentlicher Finanzierung.⁴⁸⁹ Es zeigt sich hier, wie der Sozioökonom Aistleitner konstatiert,

„dass der Grad der Wettbewerbsorientierung keineswegs den entscheidenden Indikator für Qualität und Leistungsniveau des jeweiligen Eisenbahnwesens darstellt [bzw.] dass eine stärkere Marktorientierung im Eisenbahnsektor zu einer Reduktion der Aufwendungen der öffentlichen Hand führt.“⁴⁹⁰

Aufgrund der Vielzahl an Problemen des privaten Bahnbetriebs sowie der hohen staatlichen Aufwendungen wurde 2021 von der damaligen konservativen Regierung ein Plan für die Gründung des staatlichen Unternehmens Great British Railways und die vollständige Verstaatlichung des Schienenverkehrs vorgelegt.⁴⁹¹ Die Pläne sind von der darauffolgenden Regierung der Labour-Partei fortgeführt und umgesetzt worden.

Die Privatisierung und die daraus resultierende Wiederverstaatlichung des britischen Bahnbetriebs machen die Folgen eines Worst-Case-Szenarios deutlich. Ein Bericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung argumentiert gegen jegliche Privatisierungsversuche im Bahnsektor aufgrund der Notwendigkeit eines ganzheitlichen Zugangs, um einen reibungslosen Transport und Sicherheit für die Bevölkerung zu garantieren. Es mangelt außerdem im ÖV an konkurrenzbasierten Marktbedingungen, wodurch private Akteur*innen einen unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Einfluss gewinnen würden:

„Die Kritik an einem fragmentierten und privatisierten Bahnbetrieb stützt sich wiederum auf drei zentrale Argumente. Erstens ist der Eisenbahnverkehr ein hochkomplexes System, in dem die Einführung kommerzieller Trennlinien an technischen Schnittstellen zu einer Gefährdung von Sicherheit und Effizienz führen kann. Zweitens sind Bahnbetriebe geografische Monopole,

⁴⁸⁸ Tran et al. (2002): o.S.

⁴⁸⁹ Department for Transport (2021): 13

⁴⁹⁰ Aistleitner et al. (2018): 2

⁴⁹¹ vgl. ebd.

in denen Marktbedingungen – wenn überhaupt – nur künstlich hergestellt werden. Drittens handelt es sich beim Bahnverkehr um eine öffentliche Dienstleistung, die nicht scheitern darf.”⁴⁹²

Auch auf kommunaler Ebene zeigen Beispiele von (Teil)Privatisierungen, dass die Privatisierung des öffentlichen Verkehrs nicht die gewünschten Effekte erzielt. Erhoffte Kosteneinsparungen werden hier ebenfalls oft als Argument für den Übertrag an private Unternehmen angeführt. Es zeigt sich aber, dass in der Realität ein öffentlich erbrachter und gesteuerter ÖV tendenziell ökonomisch effizienter sein kann, da die zentrale Steuerung durch öffentliche Institutionen eine optimierte Ressourcenallokation und eine koordinierte Planung der Infrastruktur sowie des Fahrplans ermöglicht. Im Gegensatz dazu führt eine Vielzahl privater Anbieter*innen, ohne klare öffentliche Steuerung, häufig zu erheblichen Koordinationsproblemen, da unterschiedliche Tarifstrukturen, Fahrpläne und Betriebsstandards entstehen. Diese Fragmentierung erhöht nicht nur die Kommunikations- und Abstimmungskomplexität, was wiederum zu erhöhten Transaktions- und Verwaltungskosten führt, sondern führt auch zu redundanten Infrastrukturen sowie ineffizienten Betriebsabläufen. Diese Ineffizienzen wirken sich langfristig auf die Wirtschaftlichkeit des Gesamtsystems aus. Eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung analysierte Fallstudien des ÖPNV in deutschen Großstädten. Dabei wurde festgestellt, dass direkt vergebene öffentliche Verkehrssysteme in den Bereichen Verkehrssteuerung, Fahrgastgewinnung und wirtschaftlicher Erfolg signifikant besser abschneiden. Der entscheidende Faktor für die überlegene Leistung der Direktvergabesysteme im Vergleich zu wettbewerblichen Vergabeverfahren sind die geringeren Transaktionskosten.⁴⁹³ Einen weiteren Aspekt stellen die durch private Unternehmen verursachten Schäden oder durch Fehlverhalten entstandenen Folgekosten dar, die stets von der öffentlichen Hand getragen werden müssen.

Ein Beispiel aus dem ÖPNV, das die möglichen Folgen von (Teil-)Privatisierungen zeigt, ist die inzwischen wieder rekommunalisierte London Tube. Die Londoner U-Bahn wurde 2003 teilprivatisiert. Dabei hatten sich zwei Konsortien, Metronet und Tube Lines, die aus privaten Unternehmen zusammengesetzt waren, gebildet. Sie waren einerseits für den Betrieb von drei U-Bahnlinien und andererseits für die Sanierung eines großen Teils des U-Bahn-Netzes verantwortlich. Die Teilprivatisierung erwies sich jedoch wirtschaftlich als nicht rentabel und Metronet meldete im Jahr 2007 Konkurs an, woraufhin von staatlicher Seite 2 Mrd. Pfund zugeschossen werden mussten, um die

⁴⁹² Gareth (2025): o.S.

⁴⁹³ Gütermann/Stressler (2013):31f.

Schulden zu tilgen und den operativen Betrieb weiterhin sicherzustellen. 2010 folgte der Konkurs des zweiten Konsortiums, Tube Lines.⁴⁹⁴

Die öffentlich geführte „London Underground kaufte die Anteile von Tube Lines für eine Summe von 310 Millionen Pfund zurück. [...] Die Gesamtkosten des PPP-Experiments für die britischen Steuerzahler*innen werden auf mindestens 2,5 Milliarden Pfund geschätzt.“⁴⁹⁵

Als nachteilig erwies sich hier, dass die Konsortien den staatlichen Aufsichtsstellen nicht genügend Daten, die für die Steuerung notwendig gewesen wären, zur Verfügung gestellt hatten. Außerdem gab die öffentliche Hand zu viel an Steuerungshoheit an die Privatkonsortien ab, obwohl Verpflichtungen zur öffentlichen Schuldentilgung eingegangen worden waren.⁴⁹⁶

Stärkung der sozialen Gerechtigkeit durch den öffentlichen Verkehr: Leistbarkeit und Anteil am Einkommen

Der Zugang zu Verkehrsmitteln ist, neben Aspekten wie beispielsweise der Wohnsituation, dem Zugang zu Bildungsangeboten oder Gesundheitsangeboten, einer der wichtigsten Faktoren, die zu einer guten Lebensqualität beitragen. Bei näherer Betrachtung wird die Notwendigkeit, den Verkehr als allgemeines Gut zu verwalten, schnell deutlich: Ein von öffentlicher Hand betriebener ÖV fördert soziale Gerechtigkeit in der räumlichen Fortbewegung, indem er den Zugang für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet. Die öffentliche Steuerung und Erbringung stellen eher sicher, dass der öffentliche Verkehr auch gemeinwohlorientiert ist. Tarife können sozial verträglicher gestaltet werden, um auch einkommensschwachen Gruppen die Nutzung zu ermöglichen. Der öffentliche Betrieb ermöglicht es, den Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheitsdiensten zu erleichtern und eine für alle zugängliche Infrastruktur zu sichern. Zudem sorgt die öffentliche Hand für eine flächendeckende Versorgung, auch in weniger profitablen ländlichen oder strukturschwachen Gebieten, was die soziale Teilhabe fördert. In einem gut geführten öffentlichen System werden diese sozialen Faktoren mitberücksichtigt.

Um die Infrastruktur und den Service für die Fahrgäste sicherzustellen, ist es auch bei öffentlichen Verkehrsmitteln inflationsbedingt manchmal notwendig, Tarifierhöhungen vorzunehmen. Allerdings sieht man am Beispiel Österreichs, wie man trotzdem die soziale Inklusion aufrechterhalten kann. So

⁴⁹⁴ ÖGPP (2019): 97f.

⁴⁹⁵ ebd.

⁴⁹⁶ Williams (2010): 12

sind die Preise im österreichischen Schienenverkehr von 2006 bis 2024 um rund 42 Prozent gestiegen, während die Inflation im selben Zeitraum rund 56 Prozent betrug.⁴⁹⁷ Auch in Wien sind die Preise für eine Jahreskarte sehr moderat gestiegen. Im Jahr 2002 kostete eine Jahreskarte der Wiener Linien 409 Euro, 2012 wurde sie überhaupt auf 365 Euro gesenkt und erst 2026 wieder angehoben. Im Vergleich zu 2002 betrug der Anstieg im Jahr 2026 nur 12,7 Prozent. Ein Vergleich mit einem der bekanntesten Beispiele des privatisierten ÖV zeigt hier ein gänzlich anderes Bild. Von 2004 bis 2023 sind im Vereinigten Königreich die durchschnittlichen Preise für Bahntickets „um rund 104,8 % angestiegen [...] Selbst rund 30 Jahre nach der Privatisierung von British Rail scheint bei dieser Entwicklung kein Ende in Sicht zu sein, stiegen doch die Ticketpreise allein zum Jahresbeginn 2023 um beinahe 6 %.“⁴⁹⁸

Der staatlich organisierte ÖV kann somit ein Steuerungselement bieten, um finanzielle Hierarchien und die damit einhergehenden Unterschiede an gesellschaftlichen Zugangsmöglichkeiten tendenziell abzuflachen. Wie sehr die finanziellen Ressourcen die Mobilität beeinflussen, zeigt sich anhand der Verteilung von Autobesitzer*innen. Der private PKW stellt einen Kostenfaktor dar, den sich nicht alle leisten können. In Österreich lebt rund die Hälfte des 1. Einkommensquartals und gut ein Viertel des 2. Einkommensquartals ohne Auto. Im Vergleich dazu haben im 3. Einkommensquartal nur 14 Prozent und im 4. Einkommensquartal nur 11 Prozent kein Auto. Mehr als ein Drittel dieser Haushalte leisten sich sogar zwei PKWs.

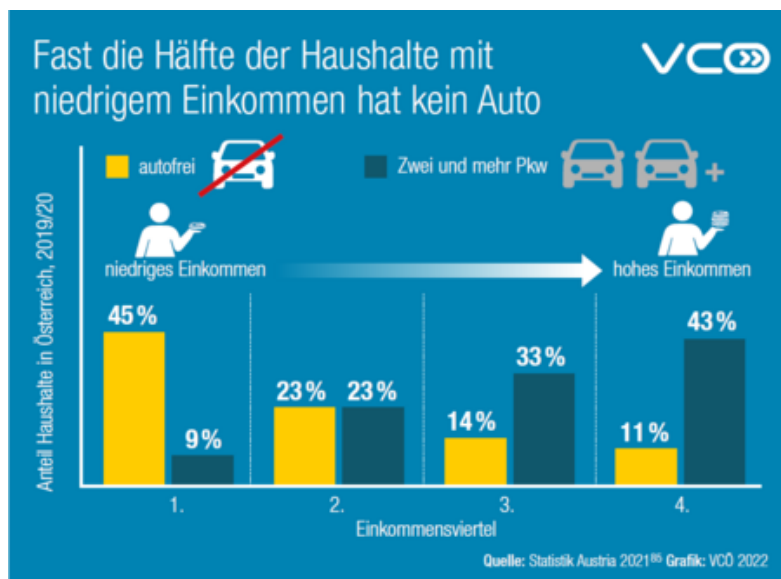


Abbildung 14: Autobesitz unter verschiedenen Einkommensschichten in Österreich⁴⁹⁹

⁴⁹⁷ Statistik Austria (o.J.)

⁴⁹⁸ Engartner (2024):33

⁴⁹⁹ VCO (2022): o.S.

Nachdem der Besitz eines privaten PKWs nicht für alle Menschen leistbar ist, kommt der öffentlichen Daseinsvorsorge hier die Rolle zu, allen Menschen die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Um eine reibungslose soziale Teilhabe zu ermöglichen, sind der Ausbau, die Instandhaltung und der Betrieb öffentlicher Verkehrsmittel – auch jenseits einer rein betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Logik – notwendig. Die öffentliche Hand folgt hier ihrem Versorgungsauftrag und erbringt Leistungen auch dort, wo die Erbringung wirtschaftlich nicht unbedingt sinnvoll erscheint. Damit wird der Zugang der Bevölkerung zu Arbeits- sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sichergestellt. Je besser der ÖPNV ausgebaut ist, desto eher sind die Menschen mobil und können an jedem Ort der Stadt eine Arbeitsstelle annehmen, die ihrem Interesse und ihrer Qualifikation entspricht. Dies schafft auch einen mobilen und flexiblen Arbeitsmarkt, was nicht nur dem Einzelnen, sondern der regionalen Wirtschaft per se hilft. Denn kurze Verkehrswege, eine attraktive und störungsfreie Verkehrsanbindung und leistbare Ticketpreise attraktivieren den Wirtschaftsstandort und agieren als Pull-Faktor für Betriebsansiedelungen und internationale Fachkräfte.

Der öffentliche Personennahverkehr stellt somit die wichtigste Möglichkeit dar, um im Alltag flexibel und ohne (eigenes) Auto von einem Ort zum anderen zu gelangen. Für die Attraktivität des Nahverkehrs sind aus Sicht der Fahrgäste neben dem Fahrzeugkomfort und der Qualität der Verbindungen vor allem die Erreichbarkeit der Haltestellen sowie die Qualität der Fahrplanauskunft und des Fahrkartenerwerbs von entscheidender Bedeutung.

Für die Analyse der Leistbarkeit eines Verkehrssystems ist insbesondere das Verhältnis zwischen den für Nutzer*innen anfallenden Kosten – etwa Fahrpreise beim ÖV sowie Wartungs-, Versicherungs-, Treibstoff- und Fahrzeugkosten beim PKW – und dem zur Verfügung stehenden Einkommen von zentraler Bedeutung. Auf diese Weise lässt sich beurteilen, ob das Verkehrssystem für alle Bevölkerungsgruppen leistbar ist oder ob es insbesondere einkommensschwache Haushalte überproportional belastet. Der Anteil des durchschnittlichen Haushaltsbudgets, der für den ÖV aufgebracht werden muss, hat einen erheblichen Einfluss auf die Nutzungshäufigkeit und die Akzeptanz des öffentlichen Verkehrs. Wenn der Anteil des Einkommens, der für die Fahrtkosten im ÖV aufgewendet werden muss, relativ niedrig ist, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen regelmäßig den öffentlichen Verkehr nutzen. Dies zeigt sich deutlich in Wien, wo der durchschnittliche Haushalt 2024/25 rund 100 Euro im Monat für öffentlichen Verkehr ausgegeben hat. Das entspricht etwa 2,6 Prozent der durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben. Der Aufwand für den MIV liegt hingegen bei 354 Euro, beziehungsweise bei 9,20 Prozent der durchschnittlichen Haushaltsausgaben. Der ÖPNV ist in Wien also deutlich kostengünstiger als der MIV. Durch die hohe Nutzung des öffentlichen Verkehrs und die damit zusammenhängende niedrige Nutzung des Autos

müssen Wiener Haushalte insgesamt einen geringeren Anteil ihrer Haushaltsausgaben für Verkehr aufwenden als Haushalte in anderen, zumeist ländlich geprägten Gemeinden Österreichs.⁵⁰⁰

Um den öffentlichen Verkehr in Österreich auch in ruralen Gebieten attraktiver zu machen und das Pendeln mit dem Zug zu erleichtern, wurde auf nationaler Ebene in Österreich mit der Einführung des Klimatickets reagiert. Laut einem Bericht von Greenpeace zu vergleichbaren Klimaticket-Initiativen liegt Österreich, was die Leistbarkeit von öffentlichem Verkehr betrifft, im europäischen Vergleich auf Platz drei hinter Malta und Luxemburg.⁵⁰¹ Dem VCÖ zufolge ist dies ein ausschlaggebender Faktor, um Menschen weg vom Auto und hin zum öffentlichen Verkehr zu bewegen. Wie Abbildung 15: Faktoren für den Umstieg von Auto auf Bahn zeigt, gaben bei einer Befragung des VCÖ 58 Prozent der Personen an, mehr mit der Bahn zu fahren als früher. 84 Prozent der Befragten nennen dafür die Anschaffung des Klimatickets als einen (sehr) wichtigen Grund.

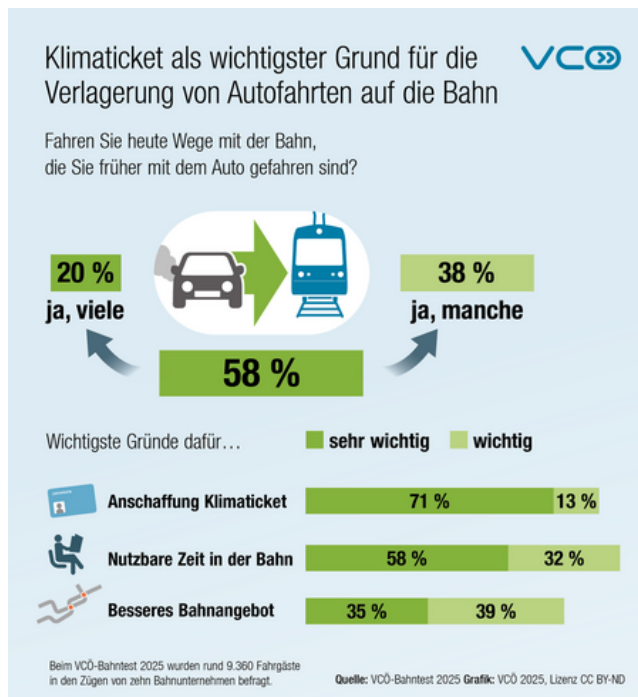


Abbildung 15: Faktoren für den Umstieg von Auto auf Bahn⁵⁰²

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine niedrige bis moderate Kostenbelastung des ÖPNV für die Fahrgäste die Nutzung steigert und den öffentlichen Verkehr als nachhaltige Alternative zum

⁵⁰⁰ Statistik Austria (2026): 12f.

⁵⁰¹ Greenpeace (2023)

⁵⁰² VCÖ (2025 [b]): o.S.

motorisierten Individualverkehr fördert. Um diesen Effekt zu erzielen, sind, wie hier gezeigt wurde, sowohl regionale als auch nationale Initiativen notwendig.

Urbaner ÖPNV im Fokus: Entfernung, Wartezeit, Zuverlässigkeitsquote in Wien und anderen europäischen Städten

Eine gängige Methode zur Messung der Erreichbarkeit von wichtigen Einrichtungen mit dem ÖPNV ist die Angabe der Zeit in Minuten, die benötigt wird, um wichtige Einrichtungen wie etwa Schulen, Krankenhäuser, Supermärkte oder Behörden zu erreichen. Diese Minutenangaben gelten als wichtiger Indikator für die Attraktivität und Zugänglichkeit eines Verkehrssystems. In der Praxis werden oft Zeitgrenzen festgelegt, innerhalb derer wichtige Infrastruktur mit dem ÖPNV (z. B. in 15 oder 30 Minuten) erreichbar sein soll. Die Analyse dieser Erreichbarkeiten ermöglicht es, Schwachstellen im Verkehrsnetz zu identifizieren und Optimierungspotenziale aufzuzeigen.

Aufschlussreich erweist sich ein Vergleich zwischen ÖPNV und MIV, wenn Faktoren wie Taktfrequenz, Linienführung und Verbindungsangebot der Verfügbarkeit bzw. der Suchdauer von PKW-Parkplätzen gegenübergestellt werden. Aus einer aktuellen Untersuchung des ÖAMTC geht hervor, dass unter Berücksichtigung von Stoß-, Warte- und Parkplatzsuchzeiten das Fahrrad das mit Abstand flexibelste und zeiteffizienteste Verkehrsmittel ist. Das Auto punktet zwar im Komfort, ist zu Stoßzeiten allerdings durchschnittlich langsamer als U-Bahn, Straßenbahn oder Bus.⁵⁰³

Im Zuge der Pariser Klimakonferenz 2015 entwickelte der an der Pariser Universität Sorbonne tätige Wirtschaftsprofessor Carlos Moreno das Konzept der „Stadt der Viertelstunde“⁵⁰⁴. In einem Bericht des deutschen Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) wird Wien als Entwicklungsbeispiel für eine Stadt der Viertelstunde angeführt. Eine „qualitätsvolle Nachverdichtung, [das] Fördern des Zufußgehens und des Radverkehrs durch lebendige Zentren und Erdgeschoßzonen“ sollen zu einer weiteren Verbesserung führen.⁵⁰⁵

⁵⁰³ ÖAMTC (2025): o.S.

⁵⁰⁴ Moreno (2016): o.S.

⁵⁰⁵ Schwarze et al. (2024):19f.

„Wien realisiert und fördert die 15-Minuten-Stadt – mit kurzen Wegstrecken, lebendigen, gemischt genutzten Stadtteilen und einer Neuverteilung des öffentlichen Straßenraums zugunsten von aktiver Mobilität, Öffis und attraktiven Verweilmöglichkeiten.“⁵⁰⁶



Abbildung 16: 10-, 15- und 20-Minuten-Städte⁵⁰⁷

Möglich wird die 15-Minuten-Stadt durch gute Stadtplanung, Nahversorgung und ein dichtes sowie gut abgestimmtes öffentliches Verkehrsnetz. Aktuell (Stand 2024) gibt es in Wien insgesamt 5.711 Haltestellen. Laut dem Verkehrsclub Österreich (VCÖ) braucht man in Wien zu Fuß durchschnittlich rund fünf Minuten zur nächsten Haltestelle, in den Bundesländern sind es sieben Minuten.⁵⁰⁸

Aktuell (2026) verfügen die bis dato fünf Linien des Wiener U-Bahn-Systems über insgesamt 110, die Straßenbahnlinien über 1.146 und der Busverkehr über 4.469 Haltestellen, was eine flächendeckende Versorgung sicherstellt.⁵⁰⁹ Im Vergleich dazu verfügt eines der größten U-Bahn-Netze der Welt in London über 272 Stationen. Es ist ein weit verzweigtes System, was nicht nur zu einer höheren Komplexität, sondern auch zu einer Aufteilung in verschiedene Zonen führt, die nur durch einen Aufpreis zu erreichen sind. Paris bietet mit 321 Haltestellen ein ebenso dichtes U-Bahn-Netz, wobei Verteilung und Zugänglichkeit je nach Stadtteil variieren. Eine nicht optimale Anbindung des Straßenbahnnetzes an das U-Bahn-Netz macht kurze Wege in der französischen Metropole jedoch vergleichsweise umständlich.

⁵⁰⁶ Stadt Wien (2022 [a]): 41

⁵⁰⁷ Schwarze et al. (2024):17

⁵⁰⁸ VCÖ (2024):2

⁵⁰⁹ Wiener Linien: Die Wiener Öffis in Zahlen

Ein mit Wien vergleichbares System des ÖPNV findet man in Berlin, wobei hier das ÖPNV-Netz in manchen Stadtteilen eine deutlich niedrigere Dichte aufweist. Nach Angaben der Berliner Verkehrsbetriebe bietet die deutsche Hauptstadt ein Netz aus 10.000 Haltestellen, davon 175 für U-Bahnen und 825 für Straßenbahnen. Der Rest teilt sich auf Busse, S-Bahnen und andere Verkehrsmittel auf.⁵¹⁰ Rechnet man die rund 4 Mio. Einwohner*innen Berlins auf dessen Netzdichte, so ergeben sich 0,0025 Stationen pro Einwohner*in, wohingegen Wien mit rund 2 Mio. Einwohner*innen eine Stationsdichte von 0,0028 aufweist.

Bei den Wartezeiten auf öffentliche Verkehrsmittel haben die Wiener Linien im letzten Jahrzehnt eine starke zeitliche Verdichtung zu verzeichnen. Aktuell (2026) fahren die U-Bahnen zu den Stoßzeiten in zwei bis vier Minuten Intervallen, was dem Standard anderer europäischer Hauptstädte wie Paris, London, Rom oder Madrid entspricht. Spätabends variieren die Zeiten in Wien zwischen sechs und acht Minuten – auch dies weicht nicht vom westeuropäischen Standard ab. Straßenbahnen wiederum fahren zu Stoßzeiten im Fünf- bis Sieben-Minutentakt, was im Vergleich zu den durchschnittlichen Zehn-Minutenintervallen in Paris oder London eine hohe Fahrtendichte darstellt.

Im europäischen Vergleich schneidet Wien auch bei der Preisgestaltung der Tickets für den öffentlichen Personennahverkehr gut ab. Zwar liegt der Preis einer Einzelfahrt bei den Wiener Linien im europäischen Mittelfeld, dafür sind Monats- und Jahreskarten preislich so angesetzt, dass der ÖPNV sozial inklusiv ist und von einer möglichst breiten Masse genutzt wird. Die Jahreskarte der Wiener Linien ist seit 1. Jänner 2026 um 461 Euro in digitaler Form bzw. 467 Euro im Scheckkartenformat erhältlich.⁵¹¹

In London, das eine deutlich größere Fläche als Wien aufweist, gibt es ein zonenbasiertes Tarifsystem mit unterschiedlichen Fahrpreisen. Die Kosten für eine Jahreskarte für alle 9 Londoner Zonen betragen 4.656 britische Pfund (das sind umgerechnet ca. 5.350 Euro).⁵¹² In Berlin kostet ein Jahresabo für den öffentlichen Verkehr (für die Zonen A, B und C) 1.239,60 Euro und in Paris 976,80 Euro. Somit entspricht das Jahresticket der Wiener Linien etwa einem Halbjahresticket in Paris, einem Viermonatsticket in Berlin beziehungsweise einem Monatsticket in London.

⁵¹⁰ BVG (2025): o.S.

⁵¹¹ Wiener Linien (2026[a]): o.S.

⁵¹² Transport for London (2026): o.S.

Ticket (alle Zonen)	Wien	Paris	Berlin	London
Jahreskarte	€ 467/461,00*	€ 976,80	€ 1.239,60	€ 5.350,00
Monatskarte	€ 65,20	€ 90,80	€ 132,00	€ 511,00
Tageskarte	€ 9,70	€ 12,30	€ 12,90	€ 34,00
Einzelfahrt	€ 3,00	€ 2,50	€ 4	€ 8/3,20*

* ausgedrucktes Ticket bzw. Scheckkarte/digitales Ticket

Tabelle 10: Ticketpreise im öffentlichen Verkehr in Wien, London, Paris und Berlin⁵¹³

In seiner Gesamtheit bietet der öffentliche Verkehr der Wiener Linien somit ein sehr gutes Preis-Leistungs-Verhältnis mit einer hohen Fahrtendichte und einem großflächigen Betriebsnetz an unterschiedlichen Fahrtenoptionen.

Wien ist außerdem aufgrund seiner zentralen Lage in Europa ein international wichtiger Verbindungspunkt für den Zugverkehr. Dies lässt sich vor allem anhand der Nachtzüge feststellen.⁵¹⁴ Die Stadt verfügt über eine Vielzahl an direkten Nachtverbindungen zu europäischen Großstädten wie Berlin, Zürich, Budapest, Prag und Mailand. In den letzten Jahren hat das Interesse an nachhaltigem Reisen zugenommen, weshalb die Förderung von Nachtzügen zugenommen hat. Sie stellen eine umweltfreundliche Alternative zu Flugreisen dar.

Barrierefreiheit

Mit dem European Accessibility Act (EAA) hat die EU einen im Juni 2025 in Kraft getretenen Rechtsakt zur Barrierefreiheit verabschiedet, der sicherstellt, „dass wichtige Produkte und Dienstleistungen – wie Handys, Computer, Fernseher, Bank- und Zahlungsdienste, öffentliche Verkehrsmittel, E-Commerce-Plattformen und elektronische Kommunikation – für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind.“⁵¹⁵ Für den öffentlichen Verkehr bedeutet das konkret, dass die Verkehrsbetriebe „über die Barrierefreiheit von Bahnhöfen und ihren Diensten Bericht erstatten“⁵¹⁶ sowie „Informationen über Verkehrsdienste (z. B. Fahrpläne oder Fahrkartenkauf) und Anzeigetafeln an Bahnhöfen barrierefrei sein“⁵¹⁷ müssen. Damit soll ein einheitliches Maß an Barrierefreiheit in der EU geschaffen, die selbstbestimmte Lebensführung gefördert und die Mobilität für Menschen mit Behinderungen verbessert werden. In Österreich wurde der EAA durch das Barrierefreiheitsgesetz umgesetzt und gilt seit 28. Juni 2025.⁵¹⁸

⁵¹³ Wiener Linien (2024); Transport for London (2026); RATP (2026); BVG (2026)

⁵¹⁴ Böhm (2024): o.S.

⁵¹⁵ Europäische Kommission (31.7.2025)

⁵¹⁶ Europäische Kommission (31.7.2025)

⁵¹⁷ Europäische Kommission (31.7.2025)

⁵¹⁸ Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz:

Seit 2010 zeichnet der „Access City Award“, organisiert von der EU-Kommission und dem Europäischen Behindertenforum, Städte aus, die die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen priorisieren. Dabei werden neben der Verkehrsinfrastruktur auch bauliche Umgebung und öffentliche Räume, Zugang zu Information und Kommunikation, öffentlicher Dienst und wohnbauliche Maßnahmen berücksichtigt. Im Jahr 2025 ging der „Access City Award“ an Wien, u. a. auch wegen der Maßnahmen der Wiener Linien, die Mobilität flexibel und zugänglich für alle Personengruppen zu gestalten.⁵¹⁹

Die Wiener Linien bieten neben einer barrierefreien Website auch ein Navigationssystem für blinde und sehbehinderte Menschen, das Hilfestellung bei Wegbeschreibungen liefert. In der Testphase befindet sich derzeit ein Gebärden-Avatar, der Betriebsstörungen in Gebärdensprache übersetzt und über die App abrufbar ist. Barrierefreie WC-Anlagen sind zwar nicht bei allen U-Bahn-Stationen verfügbar, jedoch finden sich bei jeder U-Bahn-Linie mehrere Stationen, die dies anbieten. Der Zugang zu allen U-Bahn-Stationen ist mittlerweile ebenso wie die meisten Haltestellen von Straßenbahnen und Bussen barrierefrei. Der Einstieg in die Verkehrsmittel wird durch Rampen, Aufzüge und Fahrbahnerhöhungen sichergestellt. Zudem gibt es bereits auf vielen Verbindungen Niederflurfahrzeuge, die ein barrierefreies Ein- und Aussteigen ermöglichen. Zwei Drittel der Straßenbahnen sind schon auf Niederflur umgestellt, bei den Bussen sind nur noch Niederflurbusse im Einsatz. Auch die modernen V- und X-Züge der Wiener U-Bahn sind barrierefrei. Ein spezieller Service ist ein kostenloser Fahrtendienst für mobilitätseingeschränkte Personen bei der U-Bahn-Station Pilgramgasse, die derzeit aufgrund der Bauarbeiten des Öffi-Ausbaus von U2/U5 nur beschränkt barrierefrei zugänglich ist. Darüber hinaus ist jeder zweite Ticketautomat tiefer gesetzt, damit er für Personen im Rollstuhl leicht zugänglich ist. Auch fahren Begleitpersonen und Assistenzhunde gratis.⁵²⁰

Krisenresilienz

Krisenresilienz kommt in Bezug auf den ÖPNV auf mehreren Ebenen zum Tragen, wobei sich die Formel „je zentraler, desto stabiler“ als Konstante für Systemstabilität zeigt. Der australische Ökonom John Quiggin warnt vor Privatisierung und Deregulierung des ÖPNV, gerade auch in Bezug auf die Krisensicherheit. Die Gefahr, dass dies zu fragmentierten Netzen, einer geringeren Koordinierung und potenziellen Gefährdung der Gesamteffizienz führt, bietet keine stabilen Voraussetzungen für

⁵¹⁹ Europäische Kommission: „Access City Award“ für barrierefreie Städte

⁵²⁰ Wiener Linien: Barrierefreiheit bei den Wiener Linien

komplexe Systeme wie den ÖV.⁵²¹ All dies war auch nach der Privatisierung der British Rail zu beobachten.

Die Verkehrssysteme des ÖV sehen sich mehreren potenziellen Krisenereignissen gegenüber. So können Starkwetterereignisse und technisch-industrielle Katastrophen erhebliche Folgen für Verkehrssysteme haben. Sie führen zu temporären Betriebsstörungen bzw. dauerhafter Zerstörung von Infrastrukturen, was betriebswirtschaftliche Probleme für den Erhalt nach sich zieht. Ebenso können geopolitische Ereignisse, wie eine Versorgungsunterbrechung bei Erdöl oder drastische Preissteigerungen, Nachfrageverschiebungen bewirken.

Die Coronapandemie hat gezeigt, wie wichtig ein gut funktionierender ÖV für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens ist. Dank des weiterhin zuverlässigen Betriebs von Zügen, U-Bahnen, Straßenbahnen und Bussen war es möglich, dass Mitarbeiter*innen der systemrelevanten Infrastruktur zu ihren Arbeitsplätzen kommen. Der ÖV und die darin arbeitenden Menschen sind somit selbst zum Kern der systemrelevanten Bereiche zu zählen.

Resilienz gegenüber Naturkatastrophen und Starkwetterereignissen

Um die Sicherheit, Zuverlässigkeit und Effizienz eines Mobilitätsnetzes gewährleisten zu können, ist ein ganzheitlicher Zugang zur Überprüfung aller Einzelkomponenten essenziell. Von Gleisen, Brücken, Tunneln bis hin zu Signalanlagen und Sicherheitssystemen können so potenzielle Schwachstellen, Schäden oder Gefahren frühzeitig erkannt, Risiken systematisch minimiert, ungeplante Ausfälle verhindert und die Dauerhaftigkeit der Infrastruktur gesichert werden. Zudem kann die Infrastruktur an veränderte Umweltbedingungen (z. B. durch den Klimawandel verursachte Naturereignisse) oder steigende Anforderungen (z. B. erhöhte Verkehrslasten) angepasst werden.⁵²² Ein öffentlich gesteuerter ÖV zeigt hier Vorteile, da ein zentrales und gut koordiniertes System besser auf Einzelausfälle reagieren kann. So zeigt etwa das durch die Privatisierung stark fragmentierte britische Bahnsystem, mit den damit einhergehenden Sicherheitslücken, die Schwächen der Dezentralisierung in diesem Bereich auf. Anstatt sich vorausschauend gegen zukünftige Herausforderungen in Stellung bringen zu können, mussten in diesem Fall zunächst fehlende Investitionen der Privatunternehmen in die Infrastruktur von Seiten der öffentlichen Hand nachgeholt werden, um überhaupt den gegenwärtigen Herausforderungen gewachsen zu sein.

⁵²¹ Quiggin (2019):16f.

⁵²² Die Presse (2021): o.S.

Wie ein effektiver Plan für ein vorausschauendes Handeln in Bezug auf Naturkatastrophen, die sich durch den Klimawandel in ihrer Häufigkeit und Heftigkeit steigern werden, aussehen kann, zeigt die ÖBB. In ihrem „intelligenten Naturgefahrenmanagement“ wird auf eine Vielzahl von strategischen Maßnahmen gesetzt, um die Sicherheit und Stabilität des Schienennetzes zu gewährleisten. Ein zentraler Aspekt ist die kontinuierliche Überwachung und Wartung der Infrastruktur, um Schwachstellen frühzeitig zu erkennen und zu beheben. Hierzu gehören moderne Sensorsysteme und regelmäßige Inspektionen, die es ermöglichen, potenzielle Schäden durch Naturereignisse wie Überschwemmungen, Erdbeben oder Schneelasten frühzeitig zu identifizieren. Zudem wird in den Ausbau und die Verstärkung der Infrastruktur, beispielsweise durch den Bau von Schutzwällen, Dämmen und Erdbebensicherungen in gefährdeten Gebieten, investiert. Besonders bei Hochwasser oder starken Regenfällen kommen spezielle Schutzmaßnahmen zum Einsatz, um das Risiko von Überschwemmungen zu minimieren. Die ÖBB arbeitet eng mit Expert*innen sowie mit Behörden zusammen, um Frühwarnsysteme zu implementieren und auf Extremwetterlagen schnell reagieren zu können.⁵²³ Durch diese vielfältigen und proaktiven Maßnahmen zeigt die ÖBB deutlich, dass sie großen Wert auf den Schutz ihrer Infrastruktur vor Naturereignissen legt und kontinuierlich daran arbeitet und investiert, um Risiken zu minimieren und die Sicherheit für Fahrgäste und Mitarbeitende zu erhöhen.

Preisstabilität

Ein öffentlich gesteuerter Verkehr zeigt sich nicht nur bei Krisenereignissen resilienter gegenüber privaten Systemen, sondern auch gegenüber dem MIV. Während sich geopolitische Krisen und Versorgungsengpässe auf die weltweiten Ölpreise auswirken und beim Spritpreis für PKWs bemerkbar machen, was das Haushaltsbudget der Menschen belastet, kann der öffentliche Verkehr in solchen Krisenphasen stabilisierend wirken und einen sozial gerechten Zugang zu Mobilität ermöglichen. Dafür ausschlaggebend ist die Preisstabilität eines öffentlichen Mobilitätskonzeptes. Der Geschäftsleiter von „Allianz pro Schiene“, Dirk Flege, unterstreicht die finanzielle Vorteilhaftigkeit des ÖPNV folgendermaßen:

„Der öffentliche Verkehr ist effizienter als der motorisierte Individualverkehr, energieeffizienter und kostengünstiger als der PKW-Verkehr. Das liegt daran, dass der öffentliche Verkehr weniger Spritkosten verbraucht und damit der beste Schutz für die Verbraucher [ist], wenn der Rohölpreis mal wieder nach oben schießt.“⁵²⁴

⁵²³ Die Presse (2021): o.S.

⁵²⁴ Flege nach Kemna (2009): o.S.

Die Stabilität der Preise des öffentlichen Verkehrs wird klar ersichtlich, wenn man sie der Volatilität der Spritpreise gegenüberstellt. Abbildung 17: Entwicklung der Spritpreise in Österreich zeigt die starken Schwankungen der Benzin- und Dieselpreise seit 2012. Die Preisentwicklungen reagieren dabei sehr sensibel auf die weltpolitischen Entwicklungen und Veränderungen auf den internationalen Rohstoffmärkten. So ist 2022, mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine, eine sprunghafte Erhöhung der Spritpreise zu erkennen. Betrachtet man die Fluktuationen in der Entwicklung der wöchentlichen Preise, wird die Volatilität noch sichtbarer. So lagen die durchschnittlichen Benzin- und Dieselpreise vor dem Irankrieg 2026 noch bei 1,51 Euro bzw. 1,56 Euro. Knapp drei Wochen nach Beginn des Krieges erhöhte sich der Benzinpreis um rund 15 Prozent auf 1,74 Euro und der Dieselpreis sogar um rund 27 Prozent auf 1,96 Euro.^{525,526}

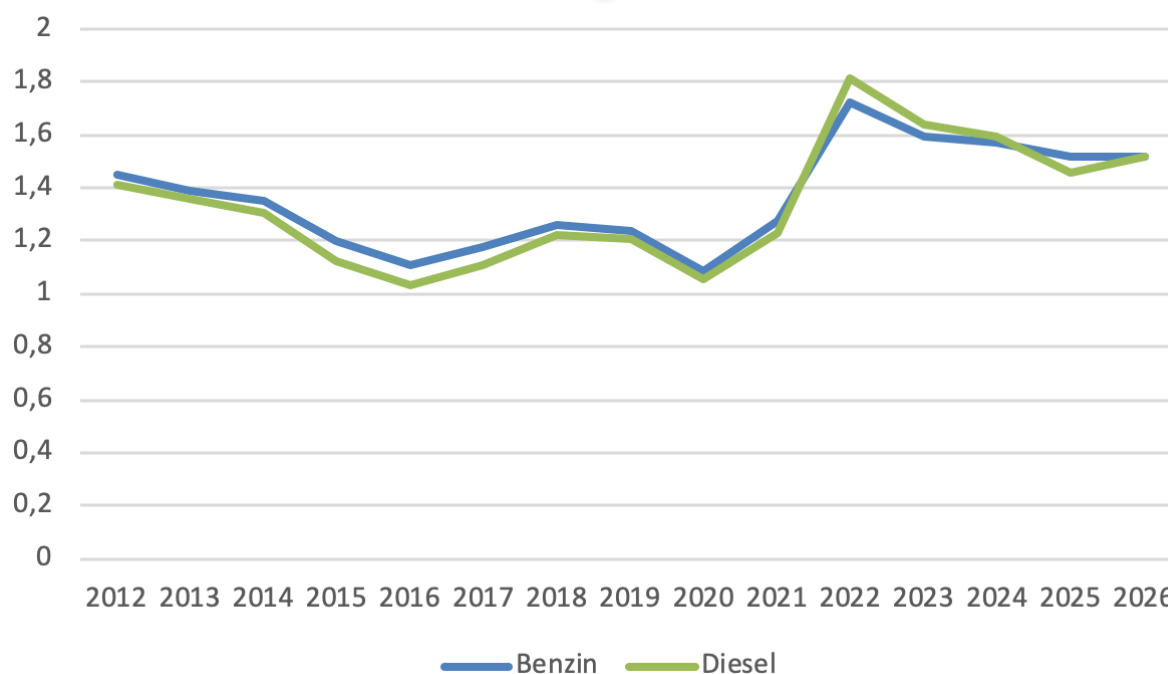


Abbildung 17: Entwicklung der Spritpreise in Österreich⁵²⁷

Im Gegensatz dazu zeigt das Beispiel der Wiener Linien, wie eine sozial verträgliche Tarifgestaltung funktionieren kann. Im Jahr 2012 wurde der Preis der Jahreskarte von 449 Euro auf 365 Euro gesenkt und danach 15 Jahre lang nicht angepasst.⁵²⁸ Die Preise für Lebensmittel, Energie und andere Lebenshaltungskosten sind in diesem Zeitraum stark gestiegen, der Preis der Jahreskarte blieb jedoch

⁵²⁵ ebd.

⁵²⁶ Nachdem zum Verfassungszeitpunkt dieser Studie noch keine aktuelleren Daten verfügbar waren ist der hier genannte Preisanstieg nicht in Abbildung 17 enthalten.

⁵²⁷ WKO (2012-2026)

⁵²⁸ Krutzler (2025): o.S.

unverändert. Erst im Jahr 2026 erfolgte die erste Preiserhöhung auf 461 Euro. Wäre der Preis jedes Jahr angepasst worden, läge der Preis der Jahreskarte mittlerweile bei 524 Euro.⁵²⁹ Die Wiener Linien blieben also nahezu 15 Jahre lang konstant beim Preis der Jahreskarte und das, obwohl seit 2012 das Netz der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien massiv gewachsen ist. 36 neue und erweiterte Linien, 190 zusätzliche Kilometer und fast 1.000 neue Haltestellen sind dazugekommen. Die höhere Preisstabilität im Vergleich zum PKW ist auch auf die Unabhängigkeit der Wiener Linien von Kohle- oder Ölpreisen zurückzuführen, da die Wiener Linien ihren Strom aus 100 Prozent nachhaltiger Produktion beziehen.⁵³⁰ Auch das Klimaticket der ÖBB ist davon nicht betroffen, da die ÖBB für ihre Bahnen ebenfalls 100 Prozent Grünstrom verwendet.⁵³¹

Ökonomische und arbeitsmarktpolitische Aspekte

Der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel hat nachweislich positive Effekte auf den Arbeitsmarkt. Sowohl direkt durch die Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze in unterschiedlichen Qualifikationsbereichen, worunter auch die Förderung von Green Jobs fällt, als auch indirekt einerseits durch die Bereitstellung von Mobilität für die sich im Erwerbsprozess befindende Bevölkerung, die dadurch ihrem Beruf nachgehen kann, und andererseits durch die Attraktivierung des Standorts, wodurch sich Betriebe überhaupt erst ansiedeln.

ÖV als grüner Beschäftigungsmotor

Der öffentliche Verkehr schafft Beschäftigung im Betrieb, wie beispielsweise Fahrer*innen oder Fahrdienstleiter*innen, als auch im Bereich unterstützender Tätigkeiten in den Bereichen Wartung, Planung und Verwaltung. Diese Arbeitsplätze sind zudem Green-Jobs, also „Berufe, die durch ihre Ausbildungsinhalte direkt die Möglichkeit bieten, Umweltschäden zu vermeiden und natürliche Ressourcen zu erhalten.“⁵³²

Investitionen in den ÖV sind also ein grüner Beschäftigungsmotor. Die aktuellen Zahlen der Beschäftigten im öffentlichen Verkehr machen die arbeitsmarktpolitische Relevanz deutlich. So

⁵²⁹ Wiener Zeitung (04.09.2025)

⁵³⁰ Wiener Linien (2026)

⁵³¹ ÖBB (2025[b])

⁵³² Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Klimaschutz (2026): o.S.

beschäftigten allein die ÖBB im Jahr 2024 45.500 Mitarbeiter*innen.⁵³³ In Zukunft wird die Zahl der Beschäftigten steigen, denn Berechnungen der Arbeiterkammer Wien ergeben, dass allein die Investitionen in den Ausbau des österreichischen Bahnnetzes bis 2040 jährlich 12.000 bis 14.400 Arbeitsplätze schaffen und sichern werden. Bis 2040 sind das insgesamt zwischen 195.300 und 230.000 Stellen.⁵³⁴ Auch die größten kommunalen Verkehrsbetriebe in Österreich – die Wiener Linien – sind eine wichtige Arbeitgeberin in diversen Berufsfeldern, die derzeit über 9.500 Menschen aus rund 60 Nationen beschäftigt. Auch hier bringen Investitionen weitere zusätzliche Arbeitsplätze. Laut Angaben der Wiener Linien sicherten oder schufen die Investitionen in den Jahren 2024 und 2025 für die Modernisierung des Netzes und der Flotte 3.200 Stellen.⁵³⁵

Gleichzeitig ist die Branche von einem Fachkräftemangel bedroht, was auch Qualitätseinbußen für die Fahrgäste bedeuten kann. In Deutschland hat der Fachkräftemangel bei Verkehrsbetrieben bereits dazu geführt, dass Angebote eingeschränkt werden mussten, da es an geeignetem Personal mangelt, um den laufenden Betrieb aufrechtzuerhalten oder auszubauen. So kam eine Branchenumfrage des Verbands deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) im Jahr 2023 zu dem Ergebnis, dass es große Probleme gibt, genügend Bus- und Bahnfahrer*innen zu finden. „Mindestens die Hälfte der Unternehmen hat im vergangenen Jahr ihren Betrieb mangels Personals zeitweise eingeschränkt.“⁵³⁶ Auch in Österreich waren Bus- und Zugführer*innen 2024 kurzzeitig auf der Liste der Mangelberufe.⁵³⁷

In Wien reagiert man auf den Fachkräftemangel auch in diesem Bereich mit gezielten Qualifizierungsmaßnahmen. Die Stadt und öffentlichen Unternehmen zeichnen sich hier nicht nur als Arbeitgeber*innen, sondern auch als Ausbilder*innen aus und schaffen hier Weiterbildungsangebote im Erwachsenenbereich, auch nach Beendigung des Schulsystems. Von Seiten der Stadt ist hier das Programm „Jobs PLUS Ausbildung“ zu nennen, welches vom waff gemeinsam mit den Wiener Linien durchgeführt wird. Dabei können arbeitssuchende Wiener*innen mit Pflichtschulabschluss in nur zwei Jahren eine vollfinanzierte Ausbildung im Technikbereich machen und erhalten bei erfolgreicher Absolvierung eine fixe Stelle bei den Wiener Linien.⁵³⁸

Neben Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen durch den waff, zeigen sich die Wiener Linien auch als verlässliche Lehrlingsausbilderin. Hier wurde in den letzten Jahren ein Schwerpunkt gesetzt und 2023 ein neuer Lehrlingscampus in Simmering eröffnet. Dadurch konnte die Anzahl der Lehrlinge

⁵³³ ÖBB (2025[b])

⁵³⁴ Cerjan et al. (2025): 30

⁵³⁵ Wiener Stadtwerke (2025): o.S.

⁵³⁶ Die Zeit (2023): o.S.

⁵³⁷ Staudacher (2023): o.S.

⁵³⁸ waff (2024): o.S.

von 240 auf 500 mehr als verdoppelt werden.⁵³⁹ So soll sichergestellt werden, dass auch in Zukunft genügend Fachpersonal für den Betrieb des ÖPNV zur Verfügung steht.

Ein weiterer Hebel, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sind gute Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne. In Österreich haben die Arbeiterkammer, die Gewerkschaft vda und die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten einen Leitfaden gegen Sozialdumping entwickelt, um die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen zu gewährleisten und faire Arbeitsbedingungen zu sichern. Darin wird empfohlen, essenzielle Kriterien für faire Preisvergleiche, wie die Verhinderung von Lohndumping, Rechtsschutz bei Betreiber*innenwechseln und lokale Gehaltsstandards, einzuhalten.⁵⁴⁰ Bei vielen der Berufsgruppen handelt es sich um Tätigkeiten, die nicht zwangsläufig in die Normalarbeitszeit fallen, weshalb es einer genauen Regulierung der Arbeit bedarf, um faire Arbeitsplätze und die Verhinderung überlanger Arbeitszeiten garantieren zu können.

Da sich in privaten Mobilitätsunternehmen – insbesondere durch den Einsatz von Subunternehmen – die Personalkosten häufig als einzige relevante Stellschraube zur Kostensenkung erweisen, führt dies oftmals zu niedrigen Löhnen für die Beschäftigten. Ein Vergleich zwischen dem privat geführten Fernverkehrsunternehmen FlixBus und staatlichen Mobilitätsträger*innen wie der ÖBB macht dies deutlich: „57 % der Beschäftigten geben an, das Unternehmen [Flix SE] weiterempfehlen zu können, wohingegen die ÖBB mit 75 % sowie SBB und DB AG mit jeweils 73 % deutlich positiver beurteilt werden.“⁵⁴¹ FlixBus selbst gibt zwar an, dass die Gehälter über dem Branchendurchschnitt liegen würden, Mitarbeiter*innen klagen in Berichten aber über zu niedrige Gehälter.⁵⁴²

ÖV als Wirtschaftsmotor

Der öffentliche Verkehr ist ein zentraler Wirtschaftsbereich. Langfristig betrachtet stellt der Ausbau der Infrastruktur eine nachhaltige Investition dar, die auch künftigen Generationen ökologische, soziale und wirtschaftliche Vorteile bringt. Zum einen, weil fehlende Investitionen in Infrastruktur mit immensen sozialen und wirtschaftlichen Folgekosten zusammenhängen, wie das Privatisierungsbeispiel der englischen Bahnwirtschaft zeigt. Zum anderen, weil der Ausbau des ÖV sowohl direkte als auch indirekte wirtschaftliche Effekte mit sich bringt.

⁵³⁹ Wiener Linien (2026): o.S.

⁵⁴⁰ vgl. AK Wien (2009)

⁵⁴¹ Engartner (2024):17

⁵⁴² vgl. ebd.

So erweist sich auch ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz als Pull-Faktor für Betriebsansiedelungen. Eine Studie aus dem Journal of Transport Geography hält fest, dass die öffentliche Verkehrsanbindung ein zentraler Faktor für die Standortwahl von Unternehmen ist.⁵⁴³ Genauso kommt dem öffentlichen Verkehr bei der Förderung von Tourismus eine tragende Rolle zu.⁵⁴⁴ In urbanen Zentren, etwa in Wien, sind diese Effekte deutlich erkennbar. Auch für die Standortwahl für internationale Kongresse wird das gut ausgebaute öffentliche Verkehrssystem als wichtiger Pull-Faktor genannt.⁵⁴⁵

Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie hat die volkswirtschaftliche Wirkung des Ausbaus des Schienennetzes in Österreich bis 2040 berechnet. Sie kommt zu dem Schluss, „dass mit jedem investierten Euro 70 Cent Wertschöpfung generiert werden.“⁵⁴⁶ Berechnungen der Arbeiterkammer Wien kommen zu einem ähnlichen Ergebnis. Ohne induzierte Effekte wurde ein Wertschöpfungsmultiplikator von 0,77 errechnet, mit induzierten Effekten ein Multiplikator von 1,20.⁵⁴⁷ Werden also die mit dem Schienenverkehr verknüpften Branchen wie Technik, Schienenbau oder Eisenbahnbau und die Konsumeffekte berücksichtigt, generiert jede investierte Milliarde 1,20 Mrd. Euro an Wertschöpfung.

Die ÖBB werden auch in den kommenden Jahren intensiv in Ausbau, Modernisierung und Instandhaltung von Netz und Betrieb investieren. Für die Jahre 2025-2030 wurde ein Budget von 19,7 Mrd. Euro festgelegt.⁵⁴⁸ Auch die größte kommunale Verkehrsanbieterin Österreichs, die Wiener Linien, investierte in den Jahren 2024/25 rund 364 Millionen Euro in die Erneuerung und Erweiterung ihres Netzes.⁵⁴⁹ Für 2026 sind Investitionen in Höhe von 759,9 Mio. Euro geplant, wobei etwa die Hälfte auf den Ausbau der U-Bahn entfällt.⁵⁵⁰

Allerdings hängt die Effizienz der Investitionen der öffentlichen Hand in den öffentlichen Verkehr in Österreich in erster Linie vom Grad der individuellen Nutzung ab. Das heißt: Je mehr Leute den öffentlichen Verkehr nutzen, desto mehr rentieren sich auch die Investitionen. Abbildung 18: Kostenentwicklung des ÖV bei steigender Fahrgastanzahl zeigt beispielhaft für den

⁵⁴³ vgl. Valbontin/Hensher (2021)

⁵⁴⁴ vgl. Cui et al. (2024)

⁵⁴⁵ vgl. Vienna Convention Bureau (2025)

⁵⁴⁶ Berrer et al. (2024):4

⁵⁴⁷ Cerjan et al. (2025):30

⁵⁴⁸ ÖBB (2025[b]): o.S.

⁵⁴⁹ Wiener Stadtwerke (2025): o.S.

⁵⁵⁰ wien.orf.at (20.4.2026)

Linienbusbetrieb in Österreich, dass eine bereits instand gesetzte Infrastruktur pro Kopf weniger Kosten erzeugt, je mehr Fahrgäste transportiert werden.

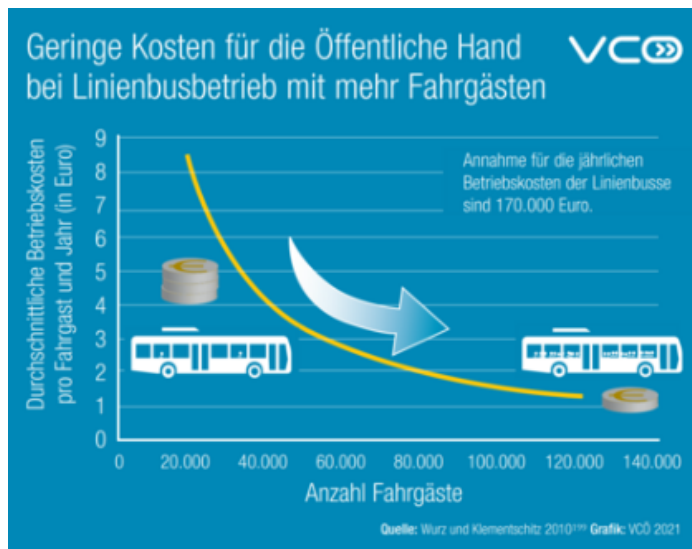


Abbildung 18: Kostenentwicklung des ÖV bei steigender Fahrgastanzahl⁵⁵¹

Im Folgeschluss bedeutet das auch, dass der ÖPNV weit weniger kosteneffizient ist, wenn die Fahrgastauslastung sinkt und mehr Menschen mit dem Auto fahren. Verschärft wird diese Dynamik auch durch politische Steuerungsversuche zugunsten einkommensstarker Personen unter den PKW-Nutzer*innen. Laut dem Verkehrsclub Österreich „[profitierten] vom abgeschafften Klimabonus alle Haushalte quer durch die Einkommensverteilung etwa gleich stark, [...] vom erhöhten Pendlereuro vor allem reichere Haushalte.“⁵⁵² Das ist dadurch zu erklären, dass der Klimabonus pro Person ausgezahlt wurde und somit auch Niedrigverdiener*innen, Studierende, Pensionist*innen, Arbeitslose etc. davon profitierten. Nachdem, wie weiter oben erwähnt wurde, niedrigere Einkommensschichten häufiger kein Auto besitzen, ist der Pendlereuro für diese Menschen nicht zugänglich. Außerdem ist der Pendlereuro an die Pendlerpauschale gekoppelt. Diese wird bei der Einkommensteuer anteilmäßig gegengerechnet. Damit können Menschen mit hohem Einkommen einen höheren Betrag absetzen.

⁵⁵¹ VCO (2021)

⁵⁵² VCO (2025[d])

Schlussfolgerungen

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass der Ausbau und die nachhaltige Gestaltung des öffentlichen Verkehrs eine tragende Rolle bei der Erreichung von Klimazielen, sozialer Gerechtigkeit, Sicherheit in der Mobilität und wirtschaftlicher Stabilität spielen. Dabei erweisen sich eine zentrale und öffentlich gesteuerte Planung, Koordination und Verwaltung oft als effizienter als das parallele Agieren unterschiedlicher privater Akteur*innen. Investitionen in innovative Technologien, eine dichte und barrierefreie Infrastruktur sowie eine sozial ausgewogene Tarifgestaltung sind außerdem notwendig, um die Mobilitätswende erfolgreich zu gestalten.

Die zentralen Erkenntnisse sind:

- **Ökologische Vorteile des ÖV gegenüber dem MIV:** Der ÖV benötigt im Vergleich zum MIV deutlich weniger Energie pro transportierte Person und verursacht sowohl geringere CO₂-Emissionen als auch deutlich weniger externe Kosten für den Staat und die Steuerzahler*innen.
- **Öffentliche Steuerung und Erbringung erhöhen ökologische Wirkung:** Durch politische Zielvorgaben und Entscheidungen, wie den Einsatz von Strom aus erneuerbaren Energieträgern, wird die ökologische Wirkung des ÖV maximiert. Außerdem kann ein öffentlich erbrachter ÖPNV Synergien mit anderen Daseinsvorsorgebereichen erzielen, etwa durch die Reduktion des Flächenverbrauchs im urbanen Raum infolge nachhaltiger Stadtplanung.
- **Privatisierung kann zu hohen gesellschaftlichen Kosten führen:** Privatisierungsbeispiele aus England zeigen, dass eine Fragmentierung des Streckenbetriebs und fehlende Investitionen in Infrastruktur nicht nur zu sinkender Versorgungsqualität, sondern auch zu erheblichen Sicherheitsrisiken und großen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgekosten führen können. Die öffentliche Hand musste in diesen Beispielfällen letztlich Milliarden in die Hand nehmen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten und die Infrastruktur zu erneuern. Zusätzlich können bei Privatisierungen für Vergabeverfahren hohe Kosten anfallen.
- **ÖV sichert gesellschaftliche Teilhabe für alle Einkommensschichten:** Räumliche Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Hier erweist sich der ÖV für die Menschen als deutlich kostengünstiger als der MIV und ermöglicht es auch niedrigen Einkommensschichten, ihren Weg zu ihrem Arbeitsplatz, Bildungseinrichtungen oder Freizeitangeboten zurückzulegen.
- **Sozialpolitischer Ausgleich durch öffentliche Erbringung und Steuerung des ÖV:** Die politische Steuerung im Sinne des Gemeinwohls führt dazu, dass die Preise im ÖV tendenziell sozial verträglicher gestaltet sind und moderater steigen. Zudem kann ein öffentlich gesteuerter

Verkehr die Einnahmen der Tickets für zielgerichtete Investitionen nutzen und auch Lenkungseffekte für die Mobilität der Zukunft setzen. Wie man am Beispiel Wien sieht, kann die öffentliche Hand ein großes Leistungsangebot bieten bei gleichzeitig nur moderatem Preisanstieg.

- **Öffentliche Steuerung und Erbringung tragen zur Krisenresilienz des ÖV bei:** Durch den Klimawandel steigt die Gefahr von Naturkatastrophen und Extremwetterereignissen. Wenn hier gezielt vorausschauende Maßnahmen gesetzt werden, kann dies die Krisenresilienz des öffentlichen Verkehrs erhöhen, wie dies etwa die ÖBB mit ihrem „intelligenten Naturgefahrenmanagement“ zeigt.
- **ÖV erweist sich als preisstabiler als der MIV:** Während die Fluktuationen der Rohstoffmärkte die Kund*innen beim MIV sofort treffen, sorgt die öffentliche Steuerung und Erbringung tendenziell dafür, den Versorgungsauftrag auch in diesen Zeiten mit stabilen Preisen, die sich langfristig eher moderat erhöhen, zu gewährleisten.
- **Langfristige Sicherung qualitativer Infrastruktur durch öffentliche Investitionen:** Öffentliche Investitionen in Netze, Fahrzeuge und Instandhaltung gewährleisten die Versorgungssicherheit und sorgen für langfristige Sicherheit beim Personentransport sowie für die Attraktivität eines qualitativ hochwertigen Angebots.
- **Öffentlicher Verkehr zentral für den Arbeitsmarkt:** Der ÖV ist ein großer und wichtiger Arbeitgeber, der (Green) Jobs schafft und sichert. Tendenziell lassen sich bei öffentlichen Anbieter*innen gute Arbeitsbedingungen und Entlohnung sowie Jobsicherheit in einem nachhaltigen Berufszweig feststellen. Darüber hinaus trägt ein gut ausgebauter öffentlicher Verkehr zur Flexibilität des Arbeitsmarkts bei und stärkt damit den Wirtschaftsstandort.
- **Öffentliche Unternehmen qualifizieren:** Wie das Beispiel Wien zeigt, verstehen sich die öffentlichen Unternehmen nicht nur als Arbeitgeber*innen, sondern auch als Ausbildungsinstitutionen von Fachkräften. Die Wiener Linien verfügen seit vielen Jahren über eine eigene Lehrlingsausbildung und haben 2023 einen eigenen Lehrlingscampus eröffnet. Auch die Stadt trägt mit einem Programm des waff zur Weiterbildung und Umschulung für diesen Bereich bei.
- **Öffentlicher Verkehr als Wirtschaftsmotor:** Der ÖV ist ein wichtiger Treiber für die Wirtschaft. Dies ist etwa abzulesen an den Investitionen in den Ausbau des Schienennetzes in Österreich, die bis 2040 zu induzierten Wertschöpfungseffekten von 1,25 Mrd. Euro pro investierter Milliarde führen. Auch die rund 760 Mio. Euro, die die Wiener Linien 2026 in den Öffi-Ausbau investieren, generieren hohe Wertschöpfungseffekte.

Wasser

Wasser ist eine für den Menschen unverzichtbare Ressource und durch kein anderes Gut ersetzbar. Der Zugang zu gesundheitlich unbedenklichem Wasser, insbesondere zu sauberem Trinkwasser, zählt zu den absoluten Grundbedürfnissen aller Menschen. Es ist überlebenswichtig und, zusammen mit einer guten sanitären Versorgung, entscheidend für die Gesundheit der Bevölkerung. Trotzdem hat rund ein Viertel der Weltbevölkerung keinen Zugang zu sauberem, leistbarem Trinkwasser. Rund 3,5 Milliarden Menschen fehlt es außerdem an einer angemessenen sanitären Grundversorgung.⁵⁵³ Mit dem Ziel, die Versorgung aller Menschen mit sauberem und sicherem Trinkwasser zu garantieren, wie auch eine sanitäre Grundversorgung voranzubringen, haben die Vereinten Nationen im Jahr 2010 ebendiese als Menschenrechte anerkannt. Diesbezüglich heißt es in der Resolution 64/292:

„Die Generalversammlung (...) erkennt das Recht auf einwandfreies und sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung als ein Menschenrecht an, das unverzichtbar für den vollen Genuss des Lebens und aller Menschenrechte ist (...).“⁵⁵⁴

Trotz ihrer großen Bedeutung für das menschliche Überleben ist die Naturressource Wasser zunehmend bedroht. Insbesondere die Klimakrise wirkt sich negativ auf den globalen Wasserkreislauf und die Wasservorräte aus. Das rasante Abschmelzen von Schneeschichten und Gletschern, der Anstieg des Meeresspiegels sowie die Häufung von Extremwetterereignissen - etwa Unwetter, Stürme und Überflutungen – ebenso wie zunehmende Trockenheit und häufigere Dürreperioden weltweit verdeutlichen, dass der Klimawandel und die Ressource Wasser untrennbar miteinander verbunden sind. In vielen Regionen der Welt sinkt auf Grund der Klimakrise die Verfügbarkeit von nutzbarem Wasser, vor allem in den Sommermonaten, stark.

Die wachsende Wasserknappheit in vielen Teilen der Welt macht die Bevölkerung umso verwundbarer für die steigenden Gewinninteressen von privaten Unternehmen an dieser lebenswichtigen Ressource. Den Weltmarkt für Flaschenwasser dominieren Danone, Coca-Cola, Nestlé und PepsiCo, die Grund- und Quellwasser abpumpen und als Markenflaschenwasser gewinnbringend und vor allem deutlich teurer als Leitungswasser an die Bevölkerung verkaufen.⁵⁵⁵ Dazu sichern sich große Konzerne über langfristige Verträge den Zugang zu lokalen Wasserressourcen, die in Folge von der Bevölkerung nicht oder nur zum Teil genutzt werden können. Sie müssen stattdessen oftmals teures Flaschenwasser erwerben. Insbesondere da, wo die Versorgung der Bevölkerung mit Leitungswasser ohnehin schlecht

⁵⁵³ unwater.org (2025)

⁵⁵⁴ Vereinte Nationen: Generalversammlung (2010)

⁵⁵⁵ Heinrich Böll Stiftung (2026): Wasserprivatisierung: Durst auf Profit

ist, können diese Unternehmen hohe Profite generieren, etwa in Pakistan und Südafrika.⁵⁵⁶ Rund die Hälfte der Ausgaben für Flaschenwasser würde allerdings reichen, um mehreren hundert Millionen Menschen weltweit einen langfristig sicheren Zugang zu sauberem Leitungswasser zu ermöglichen. Damit steht die Wasserprivatisierung auch entgegen dem allgemeinen Menschenrecht auf Wasser.⁵⁵⁷ Darüber hinaus tragen diese Konzerne oftmals zur Übernutzung von Grundwasserquellen bei. In Frankreich etwa sinkt die Grundwasserquelle, aus der Nestlé Wasser für die Marke Vittel entnimmt, jährlich um 30 cm. Damit diese Wasserquelle nicht austrocknet, müsste die Wasserentnahme für den Konzern eingeschränkt werden. Stattdessen soll aber die kommunale Wasserversorgung des Ortes umgesiedelt werden, um das Grundwasser zu entlasten. Während der Konzern weiterhin Wasser aus Vittel bezieht, müssen die Einwohner*innen mit Wasser aus dem Nachbardorf versorgt werden.⁵⁵⁸ Ebenso durfte der Konzern Danone während einer Dürre in der Gemeinde Volvic (Frankreich) weiterhin Grundwasser für seine Abfüllanlage entnehmen, während für die Einwohner*innen der Gemeinde eine Beschränkung der Wassernutzung behördlich festgelegt wurde.⁵⁵⁹

Parallel zur wachsenden Wasserknappheit steigt allerdings der Wasserbedarf der Menschheit weiter an. Die Wasserver- und die Abwasserentsorger*innen sehen sich damit weltweit, wie auch in Europa, mit zunehmenden Herausforderungen konfrontiert. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat deshalb im Jahr 2023 den Vorschlag für einen EU Blue Deal eingebracht, der Wasser als strategische und politische Priorität hervorhebt. Es wurden 15 Leitprinzipien und 21 Maßnahmen formuliert, die die gemeinsame Strategie zum Schutz und zur Nutzung von Wasserressourcen in der Europäischen Union abbilden. Allen voran soll Wasserarmut bekämpft und der Zugang zu hochwertigem und erschwinglichem Trinkwasser sowie zu einer angemessenen Sanitärversorgung im Sinne der internationalen Menschenrechte sichergestellt werden.⁵⁶⁰ Denn auch in Europa haben rund eine Million Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und rund acht Millionen keine sanitäre Grundversorgung.⁵⁶¹ Als ebenso wichtig wird auch der Erhalt und die Instandsetzung/Wiederherstellung von Gewässern in der Europäischen Union genannt.

Um all diese Ziele zu erreichen, braucht es laut EWSA eine gerechte und transparente Bepreisung von Wasser, eine widerstandsfähige und nachhaltige Wasserinfrastruktur sowie verlässliche Daten über alle Wasserressourcen und deren Verbrauch. Da Wasserressourcen und Gewässer oftmals mehrere

⁵⁵⁶ Kontrast.at (2017): So macht Nestlé Wasser zur Ware

⁵⁵⁷ Heinrich Böll Stiftung (2026): Wasserprivatisierung: Durst auf Profit

⁵⁵⁸ derStandard (2018): Nestlé streitet um wertvolles Wasser in Vittel

⁵⁵⁹ Heinrich Böll Stiftung (2026): Wasserprivatisierung: Durst auf Profit

⁵⁶⁰ EWSA (2023)

⁵⁶¹ Right2water.eu (2025)

Länder durchqueren, betont die EWSA im Blue Deal auch die Bedeutung einer sogenannten „blauen Diplomatie“, durch die Wasserressourcen auch über die Grenzen der einzelnen Nationalstaaten geschützt werden.⁵⁶²⁵⁶³

Obwohl der Blue Deal bislang nicht rechtlich verankert wurde, konnte eine europäische Wasser-Resilienz-Strategie angestoßen werden. Ihre Ziele sind die Wiederherstellung des Wasserkreislaufs, der Zugang zu sauberem und leistbarem Wasser für alle und eine nachhaltige Wasserwirtschaft in der EU. Zur Erreichung dieser Ziele sind alle Akteur*innen, insbesondere die Mitgliedsstaaten, wie auch die Städte und Gemeinden in der Europäischen Union gefragt.⁵⁶⁴

Städte und Gemeinden sind generell wichtige Akteur*innen in der Wasserver- und Abwasserentsorgung in Europa, da sie in den meisten Fällen die zentrale Rolle bei der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser und der Entsorgung von Abwässern einnehmen. Nur in wenigen Ländern wie Malta, Belgien oder in Teilen Großbritanniens (England und Wales) ist die Wasserversorgung zentralistisch organisiert. Die Kommunen entscheiden in der Regel, ob sie die Leistungen selbst erbringen oder in unterschiedlichem Umfang an Dritte auslagern (Vertrieb, Anlagen etc.). Hierbei haben sie verschiedene Möglichkeiten, wodurch sich die Strukturen und die Ausgestaltung der Wasserver- und Abwasserentsorgung in den Ländern unterscheiden.

Der Bereich des Wassers nimmt in der Daseinsvorsorge aufgrund der Nicht-Substituierbarkeit und Unverzichtbarkeit eine besondere Stellung ein. Dies zeigt sich auch darin, dass es in Europa bei der Wasserversorgung nie zu einer derart weitreichenden Liberalisierungs- und Privatisierungswelle kam wie in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge. Während Telekommunikation, Energie, Post und Mobilität im Zuge von Liberalisierungsmaßnahmen für den Wettbewerb geöffnet und teilweise privatisiert wurden, blieb die Wasserversorgung von vergleichbaren Marktöffnungen weitgehend ausgenommen. Deshalb ist die Wasserver- und Abwasserentsorgung auch heute noch mehrheitlich öffentlich organisiert. Vergleiche zwischen öffentlichen und privaten Leistungserbringer*innen sind in diesem Bereich daher weitaus schwieriger als in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge.

Dennoch ist das Wasser kein ausgenommener Bereich, es tauchen immer wieder Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen auf der europäischen Wirtschaftsagenda auf. Bereits Mitte der 1990er Jahre fasste die EU-Kommission die Liberalisierung des Wassersektors ins Auge. Erstmals stand im Jahr 2003 die Möglichkeit einer EU-Verordnung zur verpflichtenden Ausschreibung der Wasserver- und

⁵⁶² Europäisches Parlament (2025)

⁵⁶³ EWSA (2023)

⁵⁶⁴ Europäische Kommission (2025)

Abwasserentsorgung im Raum. Auslöser dafür war eine Mitteilung der Europäischen Kommission zur Binnenmarktstrategie, die eine Überprüfung der Wettbewerbssituation im Wassersektor vorsah. Gegenwind kam jedoch sowohl vom Europäischen Parlament, das die Öffnung des Wassersektors für den europäischen Binnenmarkt ablehnte, als auch von der Bevölkerung der EU, die sich in der Eurobarometerumfrage 2004 zum Thema Wassersektor gegen eine Liberalisierung des Bereichs aussprach.⁵⁶⁵ Zugleich schlug die Europäische Kommission 2004 eine EU-Dienstleistungsrichtlinie vor, die etwaige Barrieren bei der grenzüberschreitenden Erbringung von (öffentlichen) Dienstleistungen in den Mitgliedstaaten abbauen sollte. Auch hier führte großer Widerstand in den Mitgliedstaaten dazu, dass es schlussendlich nicht zu einer verpflichtenden Ausschreibung von Wasserdienstleistungen kam.⁵⁶⁶

Schon 2011 erfolgte ein erneuter, aber vorerst letzter Versuch, den Wassersektor für den Markt zu öffnen. Mit der überarbeiteten Konzessionsrichtlinie der EU-Kommission sollten auch die Dienstleistungskonzessionen dem EU-Vergaberecht unterworfen werden, wodurch zwar keine direkte Liberalisierung des Wassersektors erwirkt, jedoch seine Öffnung für den Markt vorangetrieben worden wäre. Zentral ist, dass durch einen solchen Entscheid die kommunale Entscheidungsfreiheit beschränkt würde, da es nicht mehr möglich wäre, die Dienstleistungskonzessionen ausschreibungsfrei zu vergeben. Schlussendlich konnte auch hier erreicht werden, dass zumindest die Wasserver- und Abwasserentsorgung aus der neuen, 2014 beschlossenen Konzessionsrichtlinie ausgenommen wurde.⁵⁶⁷ Ausschlaggebend für diese Entscheidung war die Bürger*inneninitiative right2water (Recht auf Wasser), die im Jahr 2013 rund 1,9 Millionen Unterschriften von EU-Bürger*innen aus 14 Mitgliedstaaten sammelte, um den Wassersektor vor einer Liberalisierung zu schützen und einen universellen Zugang zu Wasserdienstleistungen zu fordern.⁵⁶⁸

Wenn auch die Wasserver- und Abwasserentsorgung in der EU bislang vor einer allgemeinen Liberalisierung und weitreichenden Privatisierung geschützt werden konnte, lassen die aktuellen Strategiepapiere der Europäischen Kommission (von der Leyen II), wie auch die Strategische Agenda 2024-2029 des Rates erneut mögliche Vorstöße zur Liberalisierung und Privatisierung im Wassersektor erahnen. Darin werden nicht nur umfangreiche Investitionen in die grenzüberschreitende Wasserinfrastruktur, sondern auch zentral die Beteiligung privater Akteur*innen gefordert. Vertreter*innen der Europäischen Bürger*inneninitiative Right2Water befürchten allerdings, dass die

⁵⁶⁵ Magistratsabteilung 27 (2015): 7

⁵⁶⁶ ebd.

⁵⁶⁷ ebd.: 8f

⁵⁶⁸ ebd.: 10

Bestrebung eines umfangreichen europäischen Fernwassernetzes, das vor allem private Investor*innen einbeziehen soll, eine stärkere Kontrolle über die europäischen Wasserressourcen durch private Anteilseigner*innen zur Folge haben könnte. Die Gefahr bestehe darin, dass je höher die privaten Investitionen ausfallen, sie umso mehr Einfluss auf die Nutzung und Verteilung nehmen könnten.⁵⁶⁹

In den meisten Ländern Europas wird die Wasserver- und Abwasserentsorgung jedoch nach wie vor mehrheitlich öffentlich erbracht. Die moderne Wasser- und Abwasserversorgung wurde im 19. Jahrhundert als Reaktion auf den steigenden Wasserbedarf und die gesundheitlichen Herausforderungen in den urbanen Zentren – traditionell von der öffentlichen Hand – auf- und ausgebaut. Während die Siedlungswasserwirtschaft in vielen Ländern Europas damals wie heute (z. B. in Österreich, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Ungarn) stark öffentlich geprägt war und nach wie vor ist, gibt es in einigen Ländern Europas (z. B. Tschechien, Deutschland, Spanien) vereinzelte Fälle von (Teil)Privatisierungen. In Portugal und Griechenland wurden infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise vereinzelt öffentliche Wasserversorger*innen auf Drängen der EU hin teilprivatisiert, um die Schuldensituation der Länder zu verbessern.⁵⁷⁰ Weitreichende Privatisierungen im Wasserbereich beschränken sich allerdings auf nur zwei Länder Europas – Frankreich und Großbritannien. In Frankreich hat die private Wasserversorgung eine in das 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition und in Großbritannien wurden im Zuge des neoliberalen Paradigmenwechsels Ende der 1980er Jahre alle Anlagen der Wasserversorgung verkauft und in Privatunternehmen umgewandelt.

Es besteht jedoch die Gefahr, dass die immer knapper werdenden öffentlichen Budgets, die vor allem die kommunale Ebene, also die Städte und Gemeinden, betreffen, die Möglichkeiten und Handlungsspielräume für die Finanzierung und Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen – auch im Wassersektor – einschränken. Die Übernahme öffentlicher Dienstleistungen durch private Akteur*innen wird im Lichte der angespannten Haushaltslage der öffentlichen Budgets wieder zur potentiellen Bedrohung, wenn Kommunen durch Verkäufe von öffentlichen Vermögenswerten einmalige Einnahmen generieren, um Defizite auszugleichen und ihr Budget zu sanieren. Gerade die kostenintensive Infrastruktur der Wasserver- und Abwasserentsorgung stellt die Kommunen vor finanzielle Herausforderungen und lässt Privatisierungen oftmals vorteilhaft wirken, was bereits in der Vergangenheit zu Privatisierungen (z. B. in Paris 1984 oder Berlin 1999) führte.⁵⁷¹ Diese Beispiele zeigen

⁵⁶⁹ verdi.de (2024)

⁵⁷⁰ ÖGPP (2015): 11

⁵⁷¹ ÖGPP (2019): 68, 71

jedoch, dass sich Privatisierungen im Nachgang meist als nachteilig erwiesen und sich die versprochenen Effizienzsteigerungen und niedrigeren Preise für Konsument*innen nicht realisiert haben. Entgegen den Versprechungen und Erwartungen führten diese Privatisierungen oftmals zu niedrigeren Investitionen, zu einem Marodieren der Infrastruktur, steigenden Wasserpreisen für die Konsument*innen, sinkender Qualität, Umweltverschmutzung und einer Reduzierung von Arbeitsplätzen. Als Reaktion auf diese negativen Auswirkungen sah man sich schließlich in vielen Fällen dazu genötigt, eine Rückführung in öffentliche Hand durchzuführen, um die negativen Effekte abzufangen.

Mit der Jahrtausendwende setzte der Trend der Rekommunalisierungen im Wassersektor ein, seitdem konnten mindestens 166 Rekommunalisierungen in 12 europäischen Ländern verzeichnet werden. Die meisten Rekommunalisierungen gab es in Frankreich, wo auch viel privatisiert worden war. Durch die Rückübertragungen sank der private Anteil an der Wasserversorgung von 82 (1970) auf 61 Prozent (2015). Einige Beispiele für Rekommunalisierungen der Wasserversorgung gibt es auch in Spanien. Dort geht sie auf das zivilgesellschaftliche Engagement sozialer Bewegungen zurück, die sich für den egalitären Zugang zur Ressource Wasser einsetzten. Auch in Deutschland konnten einige Rekommunalisierungen gezählt werden.⁵⁷²

Wiener Wassercharta

Mit der Wiener Wassercharta hat die Stadt Wien schon im Dezember 2001 einen wichtigen Schritt gesetzt, ihre Wasserressourcen vor Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen zu schützen. Als weltweit bislang einzige Stadt hat Wien ihr Trinkwasser mit einer Verfassungsbestimmung geschützt.

Die Wiener Wassercharta schreibt fest, dass die Wasserversorgung nicht an gewinnorientierte Unternehmen übergeben werden darf. Außerdem legt sie die schonende Nutzung der lebensnotwendigen Ressource Wasser, eine faire Preisgestaltung nach dem Prinzip der Kostendeckung und die hohe Trinkwasserqualität auch für die nächsten Generationen fest.

⁵⁷² ÖGPP (2019): 63

Gesellschaftliche Aspekte

In der Europäischen Union werden in rund 100.000 Versorgungsgebieten etwa 474 Millionen Menschen mit Trinkwasser versorgt.⁵⁷³ Ihr Überleben, ihre Gesundheit und auch ihre Lebensqualität sind maßgeblich von einer Versorgung mit sicherem und sauberem Trinkwasser wie auch einer verlässlichen Abwasserentsorgung abhängig. Doch Europa hat mit einer steigenden Wasserknappheit zu kämpfen. Obwohl der Kontinent allgemein als wasserreich gilt, wird die ganzjährige Versorgung mit ausreichend Wasser immer mehr zum Problem. Nicht jedes Land der Europäischen Union verfügt über ausreichende Süßwasserressourcen, um den Wasserbedarf der Bevölkerung zu decken. Im Jahr 2022 waren bereits 34 Prozent der Bevölkerung in der EU und 40 Prozent des EU-Gebiets von saisonaler Wasserknappheit betroffen. Besonders in den Ländern Südeuropas (vor allem Zypern, Malta, Rumänien und Griechenland) ist die Wasserknappheit spürbar. Rund 30 Prozent der Bevölkerung sind dort dauerhaft und bis zu 70 Prozent saisonal von sogenanntem Wasserstress betroffen. Wasserstress entsteht, wenn der Wasserbedarf die verfügbare Wassermenge übersteigt.⁵⁷⁴ Doch auch der Rest Europas erlebt zunehmend Perioden geringer Wasserverfügbarkeit. Das ist zum einen durch den steigenden Wasserbedarf begründet, zum anderen führt der fortschreitende Klimawandel zu schrumpfenden Wasserressourcen. Angesichts des sich verändernden Klimas ist davon auszugehen, dass die Zahl der von Wasserknappheit betroffenen Menschen innerhalb der Europäischen Union weiter ansteigt.

Denn Europa bleibt nicht von der Klimakrise verschont, tatsächlich erwärmt sich der europäische Kontinent weltweit am schnellsten. Im Vergleich zum globalen Mittel steigt die Temperatur in Europa circa doppelt so schnell und lag im Jahr 2024 bereits 2,9 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau. In der Folge ist weniger Wasser in den Flüssen und Seen verfügbar; zugleich ist in ganz Europa seit Jahren ein anhaltend niedriger Grundwasserspiegel zu beobachten. Laut Daten der Europäischen Dürrebeobachtungsstelle (EDO – European Drought Observatory) sind die Böden in Europa weitflächig zu trocken.⁵⁷⁵ Besonders betroffen ist der Osten Europas. So waren etwa in Bulgarien die Böden fast vollständig zu trocken.⁵⁷⁶

Hinzu kommt, dass Wasser immer mehr durch Chemikalien, Düngemittel, Pestizide, Arzneimittelrückstände und antibiotikaresistente Bakterien verschmutzt wird, wodurch es für den menschlichen Konsum ungeeignet ist. Laut der Europäischen Umweltagentur konnte im Jahr 2021 nur

⁵⁷³ unsertrinkwasser.at

⁵⁷⁴ EEA (2025)

⁵⁷⁵ Umweltbundesamt (2025)

⁵⁷⁶ orf.at (2025)

rund 37 Prozent der Oberflächengewässer in der EU ein guter oder sehr guter ökologischer Zustand ausgestellt werden. Nur 29 Prozent wiesen einen guten chemischen Zustand auf. Grund dafür sind Industriechemikalien, insbesondere Schwermetalle, sowie agrarische und sogenannte ewige Chemikalien, die zunehmend die Wasserressourcen verschmutzen.⁵⁷⁷ Besonders angespannt ist die Lage in Luxemburg, Kroatien und Deutschland – mehr als die Hälfte der Oberflächengewässer befinden sich dort in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. In Österreich sind vergleichsweise wenige (12 Prozent) der Oberflächengewässer in schlechtem bzw. sehr schlechtem Zustand.

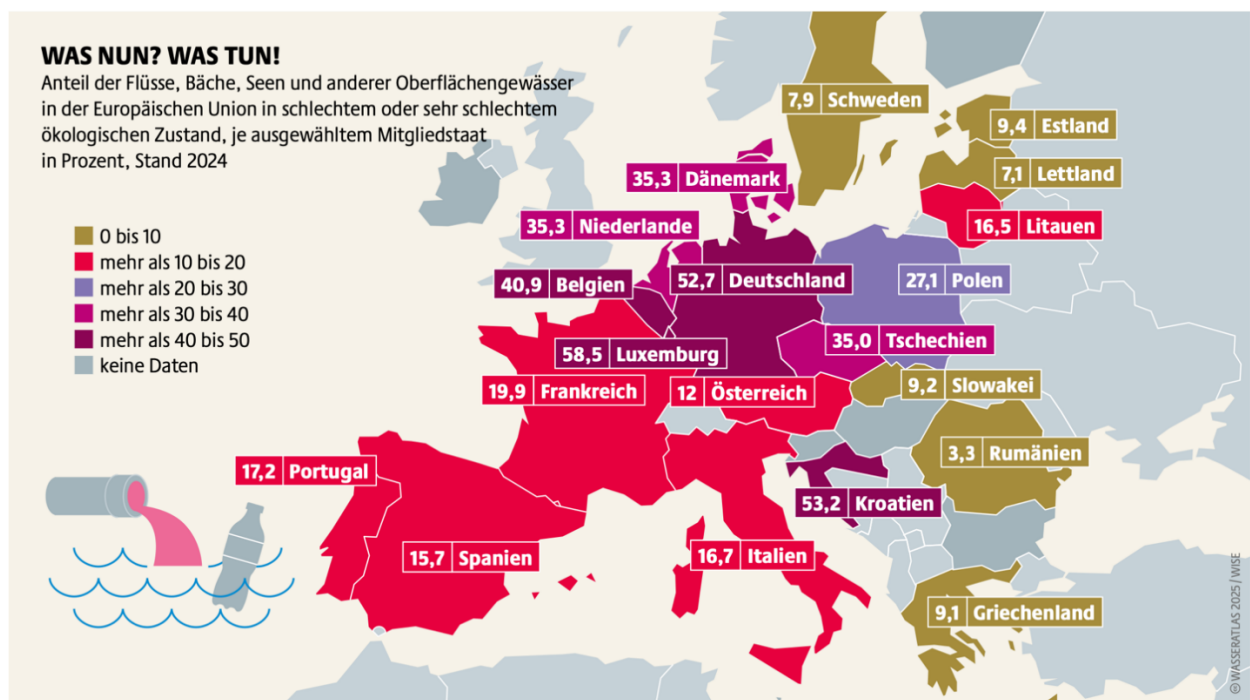


Abbildung 19: Gewässerqualität in der EU aus Wasseratlas 2025 (Heinrich Böll Stiftung)

All das bedroht unsere Lebensgrundlage und hat enormes lokales, regionales, aber auch globales Krisenpotential. Vor allem Nutzungskonflikte zwischen menschlicher und kommerzieller Verwendung von Wasserressourcen werden mit einer sinkenden Wasserverfügbarkeit zunehmend zur Herausforderung. In vielen Regionen der Welt schwelen schon seit geraumer Zeit Wasserkonflikte.⁵⁷⁸ Denn Wasser ist nicht unendlich vorhanden und kann nicht einfach nach Bedarf herangeschafft werden. Ideen, um die Verfügbarkeit von Wasser zu erhöhen, wie beispielsweise die Entsalzung von Meerwasser, sogenanntes „Cloud Seeding“ oder das Gewinnen von Wasser aus Eisbergen, sind nicht neu, gehen jedoch mit erheblichen Nachteilen einher. Sie alle haben einen hohen Energieverbrauch, schaden potenziell der Umwelt und brächten auch kaum den benötigten Ertrag.

⁵⁷⁷ AK Europa (2025)

⁵⁷⁸ Heinrich Böll Stiftung (2025): 24

Angesichts dessen braucht es nachhaltige Lösungen, um Wasserressourcen zu schützen und die Versorgung der Bevölkerung, auch bei zunehmender Verknappung der Ressource, mit ausreichend Trinkwasser zu garantieren.

Sicherung der Wasserver- und Abwasserentsorgung

Eine widerstandsfähige, nachhaltige und qualitative Wasserwirtschaft umfasst ganz zentral den sicheren und leistbaren Zugang der Bevölkerung zu sauberem Trinkwasser, der auch in Zeiten der Krise aufrechterhalten werden kann. Die Versorgungssicherheit mit sauberem Wasser wird insbesondere in den kommenden Jahrzehnten durch die zunehmenden Herausforderungen – bedingt durch den Klimawandel und den Bevölkerungszuwachs – von zentraler Bedeutung sein. Der Zugang zu ausreichend und vor allem unbedenklichem Trinkwasser hängt einerseits von den geographischen Begebenheiten in den Regionen, andererseits von den technischen Infrastrukturen der Wasserversorger*innen ab.⁵⁷⁹

Das Wasserdargebot, also die Verfügbarkeit von Wasserressourcen, ist auch in Europa nicht überall gleich ausgeprägt, sondern unterscheidet sich in den unterschiedlichen Ländern und Regionen nicht nur in seinem Volumen, sondern auch in seiner Form.⁵⁸⁰ In vielen Regionen Europas kommt es schon jetzt aufgrund des Klimawandels vermehrt zu langen Trockenperioden und in Folge zu Wasserknappheit, ein Problem, das sich in Zukunft weiter zuspitzen wird. Davon wird kein Land ausgenommen bleiben, auch jene nicht, die grundsätzlich über genügend Wasserressourcen verfügen, verzeichnen periodisch häufigere Verknappungen.⁵⁸¹ Überall schwinden die Grundwasserstände und auch die Oberflächengewässer verzeichnen immer öfter dramatisch niedrige Wasserstände, insbesondere im Frühling und Sommer, wenn der Wasserbedarf allgemein am höchsten ist. Allerdings beziehen die europäischen Länder aus diesen Quellen Wasser für die Trinkwasserversorgung, Landwirtschaft, Energiewirtschaft (z. B. zur Kühlung) und Industrie.⁵⁸² Die sinkenden Wasserbestände haben zur Folge, dass es in Europa zukünftig schwierig wird, den Wasserbedarf in all diesen Bereichen zu decken.

Vor allem Grundwasser gerät durch eine steigende Entnahme bei gleichzeitig sinkender Verfügbarkeit immer mehr unter Druck. Die Entnahme aus Grundwasserressourcen erhöhte sich in der EU seit 2000

⁵⁷⁹ Getzner; Köhler (2018): 86

⁵⁸⁰ ebd.

⁵⁸¹ EEA (2025): Water scarcity

⁵⁸² EEA (2024): Water abstraction

um 6 Prozent. Das geht auf den erhöhten Wasserbedarf in der kommunalen Wasserwirtschaft und Landwirtschaft zurück, denn Grundwasser macht rund 65 Prozent des Trinkwassers und 25 Prozent der landwirtschaftlichen Bewässerung in Europa aus.⁵⁸³ Gleichzeitig sind die Grundwasserspiegel auf dem gesamten Kontinent seit 2018 konstant niedrig.⁵⁸⁴ Besonders Südeuropa, allen voran Zypern, Malta, Portugal, Griechenland und Spanien, ist saisonal von Wasserknappheit betroffen. Trockenheit beschränkt sich jedoch nicht nur auf Südeuropa, sondern betrifft Gebiete überall in Europa.⁵⁸⁵ Regionen, in denen große Ballungsräume, Energieerzeugung, Industrie oder eine wasserintensive Agrarwirtschaft angesiedelt sind, werden zunehmend zu Problemgebieten für Wasserknappheit.⁵⁸⁶ In Großbritannien ist die Belastung durch Trockenheit mittlerweile in mehreren Regionen spürbar, insbesondere im Südosten und Osten Englands, wo aufgrund der Metropolregion London auch die höchste Bevölkerungsdichte vorliegt.⁵⁸⁷ Auch in Frankreich wird Trockenheit zunehmend zum Problem. Beispielsweise folgte auf einen zu trockenen Sommer 2022 eine Winterdürre, was die Grundwasserreserven erheblich schrumpfen ließ. In Frankreich waren in 80 Prozent der Fälle die Grundwasserspiegel mäßig bis sehr niedrig. Die Folge waren Rationierungen in fast allen Bereichen.⁵⁸⁸

Auch wasserreiche Länder wie Österreich sind nicht von Engpässen ausgenommen. Aufgrund regionaler Unterschiede im Wasservorkommen sind auch hierzulande während langer Trockenperioden lokale Versorgungsengpässe möglich. Bei einer Erhebung, die im Zuge einer Studie („Hochwasser, Überflutungen und Stand der Wasserversorgungssicherheit im Jahr 2024“) der „Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW)“ durchgeführt wurde, gaben über ein Drittel (36 Prozent) der 70 befragten österreichischen Wasserversorger*innen an, bereits von Trockenheit betroffen gewesen zu sein.⁵⁸⁹ Laut Ergebnissen der Studie „Wasserschatz Österreichs“ ist anzunehmen, dass die verfügbaren Grundwasserressourcen bis 2050 um 23 Prozent abnehmen werden, dagegen wird der Wasserbedarf laut Prognose im besagten Zeitraum um 11 bis 15, in einzelnen Gemeinden sogar um 50 Prozent ansteigen. Sollten diese Prognosen eintreffen, könnte das dazu führen, dass die Nutzungsintensität der Wasserressourcen die lokal verfügbaren Ressourcen übersteigt.⁵⁹⁰

⁵⁸³ EEA (2022): Europe's groundwater

⁵⁸⁴ TUGraz (2023)

⁵⁸⁵ EEA (2025): Water scarcity

⁵⁸⁶ EUA (2018): Wasser ist Leben

⁵⁸⁷ erf.at (2025)

⁵⁸⁸ erf.at (2023)

⁵⁸⁹ Kommunal (2025)

⁵⁹⁰ BMLUK (2021): 8

Um die Versorgung mit Wasser zu jeder Zeit und in allen Gebieten sicherzustellen, ist die technische Infrastruktur der Wasserversorger*innen ausschlaggebend. Die Wasserwirtschaft muss für die Zukunft Infrastrukturen und Systeme herstellen, die möglichen Engpässen, Nutzungskonflikten und Störungen entgegenwirken. Eine gute und resiliente Wasserinfrastruktur erhöht dabei einerseits den Zugang und die Versorgungssicherheit in Gebieten mit Wasserknappheit, indem Gebiete mit geringen Wasserressourcen mit Wasser aus Gebieten mit hohen Wasserressourcen beliefert werden. Andererseits müssen die Wasserinfrastrukturen gegenüber Störungen und Ausfällen widerstandsfähig sein. Störungen bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wirken sich zum einen schädlich auf die Lebensqualität der Bevölkerung aus, zum anderen haben sie auch negative Auswirkungen auf diverse Wirtschaftsbereiche und Infrastrukturen. Nicht nur die Landwirtschaft ist davon abhängig, dass es genug Wasserressourcen gibt, auch die Industrie, vorrangig in Westeuropa, ist relativ wasserintensiv. 47 Prozent der Wasserentnahme in Westeuropa gehen auf die Industrie zurück. Vor allem die Produktion von Stahl, Zellstoff und Papier, Lebensmitteln und Getränken ist von einer stabilen Wasserversorgung abhängig.⁵⁹¹

Wichtig ist folglich, dass eine gut ausgebaute Wasserinfrastruktur vorhanden ist, die auch präventive Maßnahmen für den Ernstfall integriert, um großflächige und vor allem langfristige Ausfälle zu verhindern. Leider fehlt es europaweit an Daten über die Häufigkeit und Länge von Ausfällen in der Wasserver- und der Abwasserentsorgung, wodurch ein Vergleich der Wirksamkeit der unterschiedlichen Systeme nicht möglich ist.

In Österreich werden seit 2003 verstärkt Investitionen getätigt, um auch bei kleinen Wasserversorger*innen langfristig die Versorgungssicherheit herzustellen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Maßnahmen wie die Erschließung zusätzlicher Ressourcen, die Aufbereitung vorhandener Ressourcen und die Vernetzung gesetzt. Es ist davon auszugehen, dass es ohne diese frühen Interventionen im Rekordsommer 2015 zu deutlich mehr Versorgungsengpässen und Einschränkungen gekommen wäre.⁵⁹² So gab es nur einige wenige Regionen, wo die Situation im Sommer 2015 durch anhaltende extreme Temperaturen und ausbleibende Niederschläge problematisch wurde.⁵⁹³ Etwa im Waldviertel, wo bedingt durch Hitze und anhaltende Trockenheit Tankwagen rund 400.000 Liter Trinkwasser am Tag in die Region transportieren mussten, weil die Versorgung über die Hausbrunnen nicht mehr gedeckt werden konnte. Damit in Zukunft die Versorgungssicherheit zu jedem Zeitpunkt gegeben ist, investierte die EVN (ein

⁵⁹¹ EEA (2025): Water savings

⁵⁹² Umweltbundesamt (2025a): Wasserversorgung in Rekord Sommern

⁵⁹³ ZAMG: Witterungsübersicht für das Jahr 2015

gemischtwirtschaftlicher Betrieb vorrangig in öffentlicher Hand) in eine 2025 fertiggestellte Wasserleitung im Waldviertel. Über eine 60 Kilometer lange Rohrleitung von Krems an der Donau bis nach Zwettl werden in Zukunft 120.000 Menschen mit Trinkwasser versorgt.⁵⁹⁴

Auch in Wien hat man reagiert und die Wasserinfrastruktur erweitert, um die Wasserversorgung langfristig zu sichern. Es wird ein Anstieg des Trinkwasserverbrauchs in Wien bis 2050 um rund 15 Prozent erwartet. Die Stadt bereitet sich auf diesen Anstieg mit dem Bau eines neuen Wasserwerks bis 2030 auf der Donauinsel vor. Dafür wird ein 70 Meter langes und 30 Meter breites Werk entstehen, das aus 17 Grundwasserbrunnen mit rund 1.000 Litern Trinkwasser pro Sekunde beliefert wird. Im Wasserwerk wird das Wasser anschließend in einem vierstufigen Prozess aufbereitet und gefiltert, bevor es der Bevölkerung als Trinkwasser zur Verfügung gestellt wird.⁵⁹⁵ Ein ebenso bedeutsames Projekt für die Versorgungssicherheit in Wien ist die Erweiterung des Wasserbehälters in Neusiedl am Steinfeld in Niederösterreich. Nach seiner Fertigstellung kann dieser bis zu einer Milliarde Liter Wasser speichern, was ihn nicht nur zum größten geschlossenen Trinkwasserbehälter der Welt macht, sondern auch die Trinkwasserspeicherkapazität der Stadt Wien auf zwei Milliarden Liter erhöht.⁵⁹⁶ Zurzeit liegt der durchschnittliche Wasserbedarf der Stadt Wien bei 400 Millionen Litern pro Tag⁵⁹⁷, mit einer Speicherkapazität von 2 Milliarden Litern kann die Stadt im Notfall unter Normalbetrieb bis zu fünf Tage versorgt werden, ohne dass es zu Einschränkungen der pro Person verbrauchbaren Menge kommen müsste.

Qualitätssicherung des Trinkwassers

Daten von Eurostat zeigen, dass die Anschlussrate der Bevölkerung an die kommunale Wasserver- und Abwasserentsorgung in allen EU-Ländern sehr hoch ist. Damit haben die allermeisten Menschen in Europa einen Zugang zu diesen Leistungen.⁵⁹⁸ Der bloße Zugang allein ist allerdings nicht ausreichend, um von einer guten und sicheren Versorgung zu sprechen. Es ist vor allem auch die stoffliche Qualität des Trinkwassers, die eine gute Wasserversorgung ausmacht. Die Qualität wird zum einen durch den Ursprung des Wassers (Quellwasser, Grundwasser, Wasser aus Oberflächengewässern, aufbereitetes Meerwasser) und zum anderen durch den Zustand der Leitungen und Filteranlagen beeinflusst. Geregelt wird die Trinkwasserqualität in der Europäischen Union durch die europäische

⁵⁹⁴ orf.at (2020): Neue Trinkwasserleitung ins Waldviertel

⁵⁹⁵ MeinBezirk (2025): Neues Wasserwerk entsteht bis 2030 auf der Donauinsel

⁵⁹⁶ ebd.

⁵⁹⁷ Wiener Wasser 2050: 19

⁵⁹⁸ Eurostat (2025): Population connected to public water supply; population connected to wastewater treatment plants

Trinkwasserrichtlinie, die 1980 erstmals eingeführt und zuletzt 2020 überarbeitet wurde. Sie stellt sicher, dass das Trinkwasser in den Mitgliedsstaaten einem gewissen Standard genügt und keinerlei Stoffe enthält, die die menschliche Gesundheit gefährden. Die Mitgliedsstaaten sind verpflichtet, alle drei Jahre über die Qualität ihres Trinkwassers zu berichten.⁵⁹⁹

Darüber hinaus hängt die tatsächliche Nutzung von Trinkwasser wesentlich davon ab, dass die lokale Bevölkerung dessen Qualität als sicher und vertrauenswürdig einschätzt. Allerdings zeigen Daten der Europäischen Kommission, dass nur 55 Prozent der EU-Bevölkerung regelmäßig Wasser direkt aus der Leitung trinken.⁶⁰⁰ Beispielsweise sind rund 40 Prozent der Einwohner*innen Frankreichs, wo die Wasserversorgung hauptsächlich durch private Unternehmen übernommen wird, davon überzeugt, dass das Wasser aus der Leitung nicht trinkbar wäre.⁶⁰¹ Eine Ausnahme stellt das Wasser in Paris dar, wo der öffentliche Wasserversorger Eau de Paris erreichen konnte, dass 88 Prozent der Kund*innen von der guten Wasserqualität überzeugt sind.⁶⁰²

Frankreich hat immer wieder mit Verunreinigungen im Trinkwasser zu kämpfen. Zuletzt (2024) brachte die Europäische Kommission eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen Frankreich ein, da die Nitratkonzentration im Trinkwasser über einen längeren Zeitraum hinweg über dem zugelassenen Maximalwert lag. Betroffen waren 107 Wasserversorgungsgebiete in sieben Regionen Frankreichs.⁶⁰³ Auch in England und Wales kommt es immer wieder zu Problemen hinsichtlich der Überschreitung von Grenzwerten. Seit 2021 wurden der Trinkwasseraufsichtsbehörde für England und Wales 362 Fälle gemeldet, in denen Wasser als nicht für den menschlichen Gebrauch geeignet eingestuft wurde, obwohl die Wasserversorger*innen gesetzlich verpflichtet sind, die Bevölkerung mit angemessenem Trinkwasser zu versorgen.⁶⁰⁴ Trotzdem werden die Versorger*innen in England und Wales immer wieder zu Umweltverschmutzer*innen.⁶⁰⁵ (Näheres dazu findet sich im Unterkapitel Abwasseraufbereitung.)

Diese Beispiele zeigen, dass es trotz Trinkwasserrichtlinie der EU immer wieder zu Problemen mit der Trinkwasserqualität kommt. Das liegt einerseits an den wachsenden Herausforderungen durch den Klimawandel, da Starkregenereignisse, Hochwasser sowie Murenabgänge die Infrastrukturen beschädigen und dadurch das Eintreten von Schadstoffen ins Trinkwassernetz ermöglichen. Andererseits zeigen die Fälle Frankreich und Großbritannien, dass eine Trinkwasserversorgung durch

⁵⁹⁹ Trinkwasserrichtlinie 2020/2184

⁶⁰⁰ Europäisches Parlament (2018)

⁶⁰¹ Schönböck et al (2003) zit. nach Schenner (2006): 68

⁶⁰² Eau de Paris (2021)

⁶⁰³ Europäische Kommission (2024)

⁶⁰⁴ The Guardian (2024): Only three water company prosecutions in England and Wales for unfit drinking supply

⁶⁰⁵ BBC (2025): Serious water pollution incidents up 60% in England

private Unternehmen potenziell mit Qualitätsrisiken verbunden ist, insbesondere da sie Instandhaltungsmaßnahmen der Wasserinfrastruktur unzureichend umsetzen und dadurch Schadstoffe ins Trinkwasser gelangen. Zudem zeigen Erhebungen, dass private stärker als öffentliche Wasserunternehmen dazu neigen, ungeklärte Abwässer in die Umwelt einzubringen, was wiederum die Verschmutzung von Trinkwasserressourcen zur Folge hat.

Eine sehr gute Trinkwasserqualität weist dagegen Österreich auf, wo es nicht nur eine lange Tradition der öffentlichen Versorgung mit Wasser gibt, sondern dem Bereich traditionell eine hohe Bedeutung beigemessen wird.⁶⁰⁶ Österreich kann im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern 100 Prozent des Trinkwassers aus geschützten Quellen und Grundwasser mit hoher Qualität beziehen.

Auch in Wien ist das Trinkwasser qualitativ hochwertig. Und das, obwohl die Versorgung von Ballungsräumen, in denen viele Menschen auf engem Raum zusammenleben, mit ausreichend sicherem und sauberem Trinkwasser grundsätzlich herausfordernd ist. Wiener Wasser (MA 31) versorgt das gesamte Stadtgebiet mit Trinkwasser aus den niederösterreichisch-steirischen Alpen. Zwei Hochquellleitungen, die schon 1873 und 1910 ihren Betrieb aufnahmen, liefern bis zum heutigen Tag bestes Wasser⁶⁰⁷ aus den Quellgebieten Schneeberg, Rax und dem Hochschwab. Zum Schutz der Bevölkerung wird das Wasser zusätzlich mit Chlor oder UV-Licht desinfiziert und die Wasserqualität durch Wiener Wasser mittels Sensoren in der II. Hochquellenleitung in Echtzeit gemessen.⁶⁰⁸ Zu ihrem 150-jährigen Bestehen wurde die Erste Wiener Hochquellenleitung 2023 mit dem Hydro-Environment World Heritage Award ausgezeichnet. Der Award zeichnet „international anerkannte, nachhaltige Wasserinfrastrukturprojekte, die seit mindestens 100 Jahren von nationaler Bedeutung sind“ aus. Denn Wiener Wasser liefert nicht nur ausgezeichnetes Trinkwasser, sondern dieses auch besonders nachhaltig. Durch das Gefälle der Hochquellenleitung braucht es kaum Pumpleistung, um die Haushalte zu versorgen. Darüber hinaus liefern 16 Wasserkraftwerke und Photovoltaikanlagen auf den Wasserbehältern Ökostrom.⁶⁰⁹

⁶⁰⁶ Schenner (2006): 73

⁶⁰⁷ vgl. z. B. EU Muds Limited

⁶⁰⁸ Stadt Wien (o.J.): EU – Trinkwasser – Richtlinie

⁶⁰⁹ Stadt Wien – Presse Service (2023)

Leistbarkeit

Einer der wichtigsten Parameter einer guten Wasserversorgung ist die Leistbarkeit für die einzelnen Haushalte. Hohe Kosten bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung behindern einen egalitären Zugang zu Wasser- und Abwasserinfrastrukturen. Ein ungleicher Zugang zu diesen essenziellen Leistungen ist nicht mit dem Grundsatz, dass Wasser ein Menschenrecht ist, vereinbar und verschärft darüber hinaus Armutslagen. Wasserinfrastrukturen gehören deshalb vielerorts traditionell zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

Es hat sich auch gezeigt, dass Privatisierungen in vielen Fällen zu starken Preisanstiegen für die Haushalte führten, obwohl eines der Hauptargumente von Privatisierungsbestrebungen im Wassersektor die durch den einsetzenden Wettbewerb niedrigen Kosten für die Konsument*innen sind. Diese Logik hält jedoch den bisherigen Erfahrungen nicht stand, da unzählige europäische Beispiele den gegenteiligen Effekt, also Preisanstiege, zeigen.

So unter anderem Berlin, wo 1999 die Berliner Wasserbetriebe teilprivatisiert und 49,9 Prozent der Anteile an ein Konsortium aus RWE und Vivendi (später Veolia) verkauft wurden. Nach einer anfänglichen Festschreibung der Wasserpreise bis 2003 wurden die Wasserpreise 2004 schlagartig um 15 Prozent erhöht. Ein Anstieg, der sich auch in den Folgejahren fortsetzte und dazu führte, dass 2005 der Berliner Wasserpreis einer der höchsten in Deutschland war. Im Folgejahr 2006 nahm sich die damals regierende Berliner Regierungskoalition, gebildet aus SPD und Die Linke, deshalb die Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe zum Ziel. Ein langwieriger Prozess, der erst 2013 vollständig umgesetzt werden konnte. Die Stadt Berlin als neue Eigentümerin der Berliner Wasserbetriebe beschloss anschließend einen Gewinnverzicht, der es erstens ermöglichte, günstigere Preise anzubieten, und zweitens alle Einnahmen direkt in das Unternehmen zu reinvestieren. Damit konnte die Modernisierung der Wasserwerke wie auch der Klärwerke finanziert werden, die zur Verbesserung der Wasserqualität führte und eine bessere Reinigung der Abwässer ermöglichte.⁶¹⁰

Ein ähnliches Bild zeigt sich in der französischen Hauptstadt Paris, wo die Wasserversorgung 1984 von einem mehrheitlich konservativen Stadtsenat an private Wasserversorgungsunternehmen übergeben wurde. Der Grund für die Privatisierung war, dass die Stadt ihr kommunales Budget nicht durch dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur belasten wollte. Nach der Privatisierung blieben die von der Stadt erhofften Investitionen des privaten Betreibers aus, wodurch die Stadt sich gezwungen sah, Druck auszuüben, um das private Wasserversorgungsunternehmen zu

⁶¹⁰ ÖGPP (2019): 70

Finanzierungsmaßnahmen zu bewegen. Zugleich kam es aber zu massiven Preisanstiegen – von 1985 bis 2009 nahm der Wasserpreis pro Kubikmeter um 265 Prozent zu, die allgemeine Inflation betrug im selben Zeitraum allerdings nur 70,5 Prozent. Nach Ende der Vertragslaufzeit mit den privaten Wasserversorger*innen 2010 übernahm die Stadt Paris wieder selbst und begann, die Preise zu senken. Auch zehn Jahre später lagen die Preise noch unter jenen vor der Rekommunalisierung und gehören zu den niedrigsten in der Metropolregion.⁶¹¹ Das öffentliche Unternehmen leistet außerdem einen jährlichen Beitrag von 500.000 Euro an den „Fonds de Solidarité pour le Logement de Paris“, der Haushalte unterstützt, ihre laufenden Kosten zu begleichen, wie beispielsweise Wasserkosten.⁶¹²

Auch in England und Wales werden für eine geringe Versorgungsqualität vergleichsweise hohe Preise fällig. Nach der Privatisierung der Wasserunternehmen in den 1990er Jahren stiegen die Wasserpreise um rund 40 Prozent.⁶¹³ Das führte dazu, dass rund ein Viertel der Haushalte in England Schwierigkeiten hatte, ihre Wasserrechnung zu zahlen. Es kam in Folge auch zu Abschaltungen durch die Wasserunternehmen, wenn Kund*innen nicht zahlen konnten (1991/92 waren über 21.000 Haushalte davon betroffen).⁶¹⁴ Eine Praxis, die 1999 durch den Water Act von der Labour-Regierung verboten wurde.⁶¹⁵ Zwar ist es seitdem in England nicht erlaubt, dass Haushalte bei Nichtbezahlung der Rechnungen vom Wassernetz genommen werden, allerdings steigt die Zahl der Haushalte mit Wasserschulden an. 2025 hatten 2,5 Millionen Einwohner*innen Schulden bei ihren Wasserversorger*innen.⁶¹⁶ Zahlungsrückstände bei Wasserrechnungen sind die häufigste Art von Schulden privater Haushalte mit niedrigem Einkommen. Sichtbar wird das auch am Anteil der Bevölkerung, der wegen Wasserschulden bei der sogenannten „National Debtline“ eine Beratung in Anspruch nimmt – er stieg von 4 Prozent im Jahr 2008 auf 16 Prozent im Jahr 2016.⁶¹⁷

Die unterschiedlichen Herangehensweisen von privaten und öffentlichen Versorger*innen bei der Preis-/Gebührenentwicklung im Wassersektor zeigt auch ein rezenter Vergleich zwischen Österreich und Großbritannien. Aufgrund von Inflation und/oder notwendigen Investitionen in die Wasserinfrastruktur werden die Preise bzw. Gebühren immer wieder angepasst.

In Österreich werden die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung nach dem Kostendeckungsprinzip durch Gebühren finanziert. Das bedeutet, dass die Nutzer*innen die Leistung direkt bezahlen, im Gegensatz zu anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die durch

⁶¹¹ ÖGPP (2019): 71

⁶¹² Eau de Paris (o.J.)

⁶¹³ Bayliss; Mattioli et al. (2021): 485

⁶¹⁴ Schönböck et al. (2003): 237

⁶¹⁵ Schenner (2006)

⁶¹⁶ OFWAT (2025): 7

⁶¹⁷ Bayliss; Mattioli et al. (2021): 485

allgemeine Steuermittel finanziert werden. Das Finanzausgleichsgesetz setzt jedoch rechtlich fest, wie hoch die Gebühren sein dürfen. In Österreich dürfen sie demnach maximal „das doppelte Jahreserfordernis für die Erhaltung und den Betrieb der Einrichtung oder Anlage sowie für die Verzinsung und Tilgung der Errichtungskosten (...)“ betragen. Mit den eingehobenen Gebühren dürfen ebenfalls Folgekosten im Zusammenhang mit der Leistung gedeckt werden, wie Hochwasser- und Katastrophenschutz und Leistungen zum Klimaschutz. Außerdem werden mit der Gebührenhöhe auch politische Lenkungsziele verfolgt, wie der sorgsame und sparsame Verbrauch von Wasser und die Reduktion von Abwasser.⁶¹⁸

In Wien werden Gebührenanpassungen nach dem Verbraucher*innenpreisindex (VPI) gestaltet. Er ist der Maßstab für die allgemeine Preisentwicklung bzw. für die Inflation in Österreich. Die Gebühren steigen allerdings nur dann, wenn der jeweils gesetzlich definierte Schwellenwert von 3 Prozent überschritten wird. Die regelmäßigen Gebührenanpassungen sollen dabei vor allem private Haushalte davor schützen, plötzlich massiven finanziellen Belastungen ausgesetzt zu werden, die unregelmäßige Erhöhungen zur Folge hätten.⁶¹⁹ Die letzte Gebührenanpassung für die Wasserver- und Abwasserentsorgung wurde für 2025 mit 5,9 Prozent festgelegt, der Tarif für Trinkwasser liegt 2025 bei 2,27 Euro pro Kubikmeter. Das ist für Wien eine vergleichsweise starke Erhöhung, doch die Einnahmen werden direkt in das Wasser- und Abwassersystem reinvestiert und kommen damit allen Wiener*innen zugute. So werden bis 2028 rund 330 Millionen Euro in neue Kanalinfrastrukturprojekte investiert, weitere 60 Millionen werden für den Erhalt und die Sanierung bestehender Anlagen aufgewendet.⁶²⁰

Auch in England und Wales, wo die Leistungen der Wasserver- und Abwasserentsorgung zu 100 Prozent durch private Anbieter*innen erfolgen, werden Preisbeschränkungen durch die nationale Regulierungsbehörde OFWAT vorgenommen. Sie legt die Preiserhöhungen über eine Periode von jeweils fünf Jahren fest. Die Debatte über die geplanten Preiserhöhungen in England und Wales für die Periode 2025-2030 zeigt, dass ohne eine solche Regulierung die privaten Unternehmen die Tarife deutlich höher gestalten würden. Das private Unternehmen Thames Water, das 16 Millionen Kund*innen in London und Südostengland mit Wasser versorgt, hat für die Periode 2025-2030 eine Preiserhöhung von 59 Prozent geplant. Die Regulierungsbehörde OFWAT erlaubte schließlich eine Erhöhung von 35 Prozent. Noch höher fallen die Preissteigerungen bei Southern Water aus, OFWAT erlaubte dem Unternehmen eine Preissteigerung von 53 Prozent. Ursprünglich angefragt hat das

⁶¹⁸ KDZ

⁶¹⁹ Stadt Wien (2025)

⁶²⁰ Presseservice-Rathauskorrespondenz (2024)

Unternehmen allerdings eine 83-prozentige Erhöhung der Preise. Ebenfalls sehr hoch fällt die Preissteigerung von Severn Trent aus. Die 4,6 Millionen Kund*innen müssen mit einer Preissteigerung von 47 Prozent rechnen, 5 Prozentpunkte weniger, als das Unternehmen geplant hatte. Die Hauptlast dieser Steigerungen schlägt dabei schon im ersten Jahr der veranschlagten Periode auf, während die Erhöhungen in den Folgejahren geringer ausfallen.⁶²¹ Die Haushalte stehen also vor der großen Herausforderung eines sehr abrupten und vor allem hohen Preisanstiegs. Die extremen Preissteigerungen, die von den Unternehmen ursprünglich gefordert wurden, stehen dabei in starkem Kontrast mit der tatsächlichen Versorgungsleistung. Insbesondere Thames Water stand in den vergangenen Monaten mehrfach in der Kritik. Ursachen waren anhaltende Umweltverschmutzung durch ungeklärte Abwässer, ein hoher Schuldenstand, der Anfang des Jahres 2025 eine Debatte über eine mögliche Renationalisierung auslöste, unzureichende Investitionen in die veraltete Infrastruktur sowie ein mangelhafter Kund*innenservice.⁶²²

Es zeigt sich also, dass private Wasserunternehmen tendenziell sowohl höhere Preise verlangen als auch stärkere und sprunghaftere Preisanstiege umsetzen als öffentliche Unternehmen, trotz oft geringerer Versorgungsleistung. Eindrucksvoll zu beobachten ist dies bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung in England und Wales, wo die privaten Unternehmen extreme Preissteigerungen planten, die nur durch die Regulierungsbehörde OFWAT gebremst wurden. Zudem waren die (vergleichsweise wenigen) Privatisierungen im Wassersektor meist mit plötzlichen Preissprüngen für die Konsument*innen verbunden, während sich die Qualität der Leistung oftmals verschlechterte. Erst durch Rekommunalisierungen konnten die Preise durch die öffentliche Hand wieder gesenkt werden.

Zugänglichkeit zu Trinkwasser

Die Anschlussraten an die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung zeigen, dass der Zugang zu sauberem Trinkwasser und einer sicheren Abwasserversorgung in allen europäischen Ländern weitgehend gegeben ist. Eine Ausnahme sind Menschen, die auf Grund von Obdachlosigkeit keinen Zugang zur Wasserinfrastruktur haben. Für diese Menschen kann der Zugang zu sauberem Trinkwasser über öffentliche Trinkwasserbrunnen, ein Aspekt der Wasserversorgung, der manchmal übersehen wird, sichergestellt werden.

⁶²¹ The Guardian (2024)

⁶²² BBC (2025): Why is Thames Water in so much trouble?

Trinkwasserbrunnen sind bisher aber nur in einigen europäischen Großstädten Teil des Stadtbilds. Die Stadt Wien stellt mit 1.800 Trinkbrunnen, allein 2025 kamen 200 neue hinzu, eine sehr dichte Infrastruktur öffentlich zugänglichen Trinkwassers für die Bevölkerung zur Verfügung.⁶²³ Auch in Paris wurden nach der Rekommunalisierung des städtischen Wasserversorgers Eau de Paris eine große Zahl, nämlich 1.200 Trinkbrunnen, installiert.⁶²⁴ Ebenso installierten die rekommunalisierten Berliner Wasserbetriebe 240 Trinkbrunnen im Stadtgebiet.⁶²⁵ In London errichtete das private Unternehmen Thames Water 100 Trinkwasserbrunnen, die sie für die nächsten 25 Jahre betreiben werden.⁶²⁶

Ökonomische und arbeitsmarktrelevante Aspekte

Die Erfahrungen in den beiden europäischen Ländern, in denen die Wasserversorgung gänzlich oder zu einem großen Teil in privater Hand ist – Großbritannien und Frankreich – zeigen, dass die Privatisierungen auch einen großen Einfluss auf die Beschäftigten hatten und mit einem beträchtlichen Arbeitsplatzabbau einhergingen. In England und Wales haben die Privatisierungen in allen Bereichen der Daseinsvorsorge zu Personaleinsparungen geführt, auch im Wassersektor. Nach der Privatisierung der Wasserversorgung im Jahr 1989 wurde das Personal stetig abgebaut. Zwischen 1990 und 1999 wurden 21,5 Prozent des Personals entlassen.

„Die Auswirkungen von Unternehmensfusionen und -übernahmen auf den Personalstand waren beträchtlich. Personaleinsparungen waren ein erklärtes Ziel bei zahlreichen Übernahmeentscheidungen, so etwa bei West Water, Welsh Water, Northumbrian Water und Southern Water, die alle nach der Umstrukturierung massiv Stellen kürzten.“⁶²⁷

Ein ähnliches Bild war auch in Frankreich zu beobachten. Neue private Anbieter*innen von Wasserdienstleistungen hielten sich nicht an die traditionelle Personalübernahme und übernahmen das bestehende Personal nicht in vollem Umfang.⁶²⁸

Auch in Deutschland wurden im Zuge von Privatisierungen im Wassersektor rund 25 Prozent des Personals im Wassersektor reduziert.⁶²⁹ Die Hans-Böckler-Stiftung geht davon aus, dass durch

⁶²³ Stadt Wien (o.J.): Brunnen in Wien

⁶²⁴ Eau de Paris (2022)

⁶²⁵ ÖGPP (2019): 63f.

⁶²⁶ london.gov.uk: Drinking fountains for London

⁶²⁷ Schönböck; Oppolzer et al. (o.J.): 40

⁶²⁸ Schenner (2006): 71

⁶²⁹ Broughton; Manzoni (2017): 27

Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen zwischen 1989 und 2007 insgesamt rund 600.000 Arbeitsplätze verloren gingen. Davon waren es allein in der Energie- und Wasserwirtschaft 127.000 Stellen.⁶³⁰ Für den Rest der Arbeitnehmer*innen, die auch nach der Privatisierung ihren Job behalten konnten, führte das auf Grund der Gewinnorientierung der privaten Versorger*innen und damit einhergehenden Rationalisierungsmaßnahmen im Betrieb oftmals zur Intensivierung der Arbeit bei gleichzeitiger Verschlechterung der Löhne.⁶³¹

Ökologische Aspekte und Krisenresilienz

Wasser und die Wassernutzung stehen im engem Zusammenhang mit dem sich verändernden Klima. Durch den veränderten Wasserkreislauf kommt es vermehrt zu Trockenheit und Dürre – Wasserknappheit und ganzjährige Bodentrockenheit sind in Europa und auch in Österreich bereits weitflächig auftretende Probleme. Der Klimawandel beeinflusst das Wasserdargebot in Flüssen und Seen, ebenso kommt es zu Schwankungen bei den Grundwasserständen und immer längeren Perioden niedrigen Grundwassers. Ergebnisse der TU Wien zeigen, dass die Wasserverfügbarkeit sensibler auf Klimaveränderungen reagiert als bisher angenommen. Das bedeutet, dass auch das Risiko von lokalen Wasserversorgungskrisen aufgrund der Klimaveränderung in Zukunft deutlich höher ist.⁶³²

Das wirkt sich auch auf die Wassergewinnung für die Trinkwasserversorgung aus, die zunehmend vor Herausforderungen steht. Bei einer Befragung von 70 österreichischen Wasserversorger*innen, die rund 5 Millionen Menschen mit Wasser versorgen, gaben 36 Prozent an, dass sie im Jahr 2024 von Trockenheit betroffen waren.⁶³³ Zu weitreichenden Versorgungsengpässen kam es in Österreich zwar noch nicht, doch auch hier werden in Zukunft weitere Maßnahmen notwendig werden, um genug Trinkwasser zur Verfügung zu stellen.

In anderen Ländern Europas ist die Situation schon deutlich angespannter. Im Osten wie auch im Süden Europas kommt es immer häufiger zu Dürreereignissen und Wasserknappheit. Umso wichtiger ist ein nachhaltiger Umgang mit der Ressource Wasser, wobei vor allem auch die Wasserver- und Abwasserentsorger*innen ihr Vorgehen an die sich verändernden Bedingungen anpassen müssen.

⁶³⁰ Hans Böckler Stiftung (2008)

⁶³¹ Terzic, Laurentius (2017)

⁶³² TU Wien (2023)

⁶³³ Kommunal (2025)

Vermeidung von Leitungsverlusten

Leckagen im Rohrsystem stehen im Widerspruch zum nachhaltigen und sinnvollen Umgang mit der Ressource Wasser. Leckagen entstehen durch Schäden an der Infrastruktur durch Alterung, Materialermüdung, Korrosion oder Bodenerschütterungen, -senkungen und im Zuge von Bauarbeiten. Dadurch können Löcher, Risse und Brüche in den Rohrleitungen und Verbindungen entstehen und Trinkwasser geht verloren. Insbesondere im Lichte der steigenden Verknappung von Wasserressourcen werden diese vermehrt zum Problem, da sie eine lebenswichtige Ressource, deren Verfügbarkeit limitiert ist, verschwenden und zu höheren Wasserpreisen führen. Die Wasserversorgungssysteme in Europa sind zum Großteil vor und in der Nachkriegszeit entstanden und haben schon ein erhebliches Alter und zum Teil das Ende ihrer Lebensdauer erreicht. Deshalb braucht es regelmäßige Wartungen, Erneuerungen und Investitionen in die Wasserinfrastruktur.

Die Europäische Kommission gibt an, dass die Wasserverlustrate in den EU-Mitgliedsstaaten aufgrund von Leckagen in Rohrleitungen zwischen 8 und 57 Prozent liegt.⁶³⁴ Das sind mitunter bedeutende Verluste von Trinkwasser im Rohrsystem, die gegebenenfalls die Versorgungssicherheit gefährden. Überdurchschnittlich hoch sind die Wasserverluste in Bulgarien (rund 57 Prozent),⁶³⁵ Kroatien, Portugal (bis zu 35 Prozent) wie auch in Großbritannien (ehemaliger EU-Mitgliedsstaat), Frankreich und Ungarn (22 bis 24 Prozent). Dagegen weisen die Wassernetze in den Niederlanden, Deutschland und Österreich nur geringe Wasserverluste (6 bis 11 Prozent) auf.^{636, 637}

Privatisierte Wasserversorgungen weisen oftmals auch eine höhere Wasserverlustrate auf, wie sich in Großbritannien am Beispiel Thames Water, das 15 Millionen Kund*innen in der Metropolregion London versorgt, zeigen lässt. Eine Schätzung aus dem Jahr 2013 geht von einem Wasserverlust in Großbritannien⁶³⁸ von rund 23 Prozent aus.⁶³⁹ In der Metropolregion London bedeutet dies einen täglichen Verlust von rund 690 Millionen Litern Wasser durch marode Rohrleitungen.⁶⁴⁰ Damit könnte der Wasserbedarf von fast 5 Millionen Menschen gedeckt werden. Grund dafür ist, dass die Investitionen in die Wasserinfrastruktur nach der Privatisierung im Jahr 1991 sukzessive zurückgefahren wurden und nur unzureichend gewartet und erneuert wurden.⁶⁴¹ Auf 1.000 Kilometern

⁶³⁴ Europäische Kommission (2025)

⁶³⁵ Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer (2020): S.36

⁶³⁶ AWBlog(2019): Europäische Wasserversorgungssysteme

⁶³⁷ Zu beachten ist allerdings, dass es bislang keine einheitlichen Parameter zur Messung von Wasserverlusten aufgrund von Infrastrukturschäden in der EU gibt, wodurch die genaue Quantifizierung und der Vergleich zwischen den Ländern oftmals schwierig ist.

⁶³⁸ In England wird der Wasserverbrauch nicht überall mit Wasserzählern gemessen, lange Zeit war eine pauschale Abrechnung üblich, wodurch die Verlustraten nicht eindeutig messbar sind.

⁶³⁹ Getzner; Köhler (2018): 186

⁶⁴⁰ Cooper (2019): 8

⁶⁴¹ Handelsblatt (2023)

Leitungsnetz verzeichnet Thames Water 329 Leckagen, der Durchschnitt in der Wasserbranche liegt allerdings bei nur rund der Hälfte, 172 Leckagen.⁶⁴² Trotzdem hat der Versorger über die Jahre Schulden angehäuft und Dividenden in Milliardenhöhe an Aktionär*innen ausgezahlt. 2024 bezifferte der Guardian die Höhe der seit 1991 erfolgten Auszahlungen mit 78 Milliarden Pfund.⁶⁴³ Übrig bleibt eine Infrastruktur, die sowohl den bis 2050 erwarteten Anstieg des Wasserbedarfs um rund 5 Milliarden Liter Wasser pro Tag nicht decken kann als auch die wachsenden Probleme mit Wasserknappheit in der Region verschärft.⁶⁴⁴ Seit einigen Jahren kämpfen weite Teile Englands mit anhaltender Trockenheit, sodass die britische Umweltbehörde (EA) sogar davon ausgeht, dass London in rund 25 Jahren, also bis 2050, das Wasser ausgeht.⁶⁴⁵ Das würde nicht nur die Lebensqualität in der Millionenstadt London extrem verschlechtern, sondern sogar das Funktionieren der Gesellschaft gefährden. Im Lichte dieser Entwicklung ist jeder Tropfen Wasser, der durch Leckagen im Rohrsystem verloren geht, zu viel. Die vom privaten Versorger Thames Water vorgelegten Maßnahmen zur Gewährleistung einer ausreichenden Wasserversorgung legen den Schwerpunkt weniger auf die Instandhaltung und Modernisierung der Infrastruktur, sondern vielmehr auf die Einspeisung geklärten Wassers aus dem Abwassersystem ins Trinkwassernetz. Das würde allerdings nur bedeuten, dass teuer aufbereitetes Wasser durch das marode Leitungsnetz verloren ginge. Es ist daher wenig verwunderlich, dass die Kritik gegen die Privatisierung der Wasserversorger*innen immer lauter wird und eine Verstaatlichung beziehungsweise Renationalisierung auf breite Zustimmung stößt. 82 Prozent der Bevölkerung würden, laut einer Umfrage, eine staatliche Wasserversorgung befürworten.⁶⁴⁶

Auch in Frankreich ist die Wasserverlustrate mit rund 22 Prozent relativ hoch. Hier wurde ebenso an der Erneuerung der Infrastruktur gespart. Trotz des Alters der Netzinfrastuktur – rund die Hälfte ist älter als 45 Jahre und circa ein Fünftel wurde vor 1960 errichtet – liegt die Austauschrate der Rohre jährlich bei nur 0,6 Prozent.⁶⁴⁷ Zudem schwinden die ganzjährig verfügbaren Wasserressourcen, da weite Teile Frankreichs immer mehr unter anhaltenden Trockenperioden und Dürren leiden, die Grundwasserpegel sinken, Seen austrocknen und Flüsse weniger Wasser führen. Die Folgen sind weitreichend und treffen alle Bereiche, von der Landwirtschaft über die Energiewirtschaft bis hin zur kommunalen Versorgung der Bevölkerung. Immer öfter kommt es zu Ausfällen in der Versorgung und

⁶⁴² Lebensraumwasser (2019)

⁶⁴³ The Guardian (2024): water firms in England and Wales

⁶⁴⁴ ebd.

⁶⁴⁵ London Assembly (2024)

⁶⁴⁶ Die Presse (2025): Marode Infrastruktur in Großbritannien

⁶⁴⁷ Getzner; Köhler et al. (2018): 186

zu Rationierungen. Mit dem Voranschreiten des Klimawandels spitzt sich diese Situation weiter zu. Bis 2050 wird erwartet, dass 30 bis 40 Prozent weniger Wasser zur Verfügung steht.⁶⁴⁸

Dagegen sind die Wasserverluste durch Rohrleckagen in Österreich sehr gering und liegen durchschnittlich bei rund 11 Prozent. Obwohl auch in Österreich die bestehende Infrastruktur vergleichsweise alt ist, können die Wasserverluste durch kontinuierliches und konsequentes Management der Netzinfrastuktur und laufende Investitionen in ihre Wartung auf ein geringes Maß reduziert werden.⁶⁴⁹

In Wien sind die Wasserverluste mit 7 Prozent noch geringer als im österreichischen Durchschnitt.⁶⁵⁰ Die Abteilung Wiener Wasser, eine 100-prozentige Tochterunternehmung der Stadt Wien, investiert laufend in die Wasserinfrastruktur – rund 120 Millionen Euro jährlich. Diese Investitionen fließen auch in die Sanierung und Instandhaltung des 3.000 Kilometer langen Rohrnetzes, wovon jährlich rund 40 Kilometer, also mehr als 1 Prozent, erneuert werden.⁶⁵¹ Diese stetigen Investitionen erweisen sich als wirtschaftlich sinnvoll, da man dadurch nie in die Lage kommt, allzu große Investitionen auf einen Schlag tätigen zu müssen, um ein völlig marodes System von Grund auf zu sanieren. Die in so einem Fall anfallenden Kosten wären um ein Vielfaches höher. Um den Zustand der Rohre zu überwachen, wird auf moderne Technologie wie das Geoinformationssystem (kurz GIS), welches die Lage, den Durchmesser, das Material, die Druckzone, das Baujahr und den technischen Zustand aller verlegten Wasserrohre in Wien verzeichnet, zurückgegriffen. Zusätzlich unterstützt das EDV-Tool Pipe Rehabilitation Management (PiRem) die frühzeitige Erkennung von Schäden an der Infrastruktur. Außerdem wird das Leitungsnetz regelmäßig akustisch überprüft, um Rohrschäden durch Austrittsgeräusche zu erkennen und zu beheben. Im Zuge der Wiener Wasserrohrnetz-Offensive werden neben Geräusch- auch Mengenüberwachungssysteme im Stadtgebiet verstärkt eingesetzt.⁶⁵² In einem erfolgreichen Pilotprojekt wurden dazu 4.000 Funkwasserzähler installiert. Sie übermitteln den Wasserverbrauch automatisch, was nicht nur das Ablesen erleichtert, sondern die frühzeitige Erkennung untypischer Verbrauchsverläufe beispielsweise durch Leckagen im Rohr ermöglicht.⁶⁵³ Die Sanierung des Rohrnetzes ist neben seiner Erweiterung auch einer der Hauptpfeiler der Strategie „Wiener Wasser 2050“ mit der sich die Stadt Wien auf die Herausforderungen in der Wasserversorgung der nächsten Jahre vorbereitet.⁶⁵⁴

⁶⁴⁸ Süddeutsche Zeitung (2023)

⁶⁴⁹ Getzner; Köhler (2018): 185

⁶⁵⁰ Stadt Wien: Veröffentlichung gemäß der EU – Trinkwasser - Richtlinie

⁶⁵¹ Stadt Wien – Presse Service (2025)

⁶⁵² Stadt Wien (o.J.): Offensive Rohrnetzerneuerung

⁶⁵³ Stadt Wien (2025)

⁶⁵⁴ Wiener Wasser 2050

In Anbetracht der Klimakrise, die die Verfügbarkeit der Ressource Wasser reduziert und gleichzeitig einen höheren Wasserbedarf produziert, wirken sich Leitungsverluste besonders drastisch aus. Wie das Beispiel des britischen Versorgers Thames Water eindrücklich zeigt, achten private Versorger*innen in ohnehin angespannten Zeiten weniger auf den schonenden und nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser. Investitionen ins Rohrleitungsnetz werden oft lange Zeit auf Grund der Gewinnorientierung von privaten Versorger*innen zurückgehalten, so dass durch Leckagen im Rohr große Mengen Trinkwasser verloren gehen. Bei Thames Water wurden erst durch den Druck neuer staatlicher Richtlinien, die die Reduktion von Wasserverlusten vorsahen, Maßnahmen ergriffen, um Verbesserungen am Rohrleitungsnetz vorzunehmen. Kommunale Versorger*innen, wie sie in Österreich oder Deutschland (Leitungsverluste 7 bis 11 Prozent) vorherrschend sind, schneiden hierbei besser ab als private Versorger*innen in Großbritannien oder Frankreich.⁶⁵⁵

Um Wasserverluste aufgrund von Rohrschäden zu vermeiden, braucht es vor allem eine gute finanzielle Ausstattung der Versorger*innen, damit kontinuierliche und vorausschauende Investitionen in das Wassernetz getätigt wie auch Monitoringsysteme etabliert werden können. Wie gut diese Strategie funktioniert, zeigt das Beispiel Wien, wo geringe Wasserverlusten durch die kontinuierliche Erneuerung, Sanierung und Instandhaltung der Wasserinfrastruktur erreicht werden. Die Stadt verfolgt hierbei ein proaktives Management, das sowohl eine rasche Reaktion auf etwaige Gebrechen im Rohrleitungssystem erlaubt als auch eine vorausschauende Planung ihrer Investitionen ermöglicht. Dadurch kann die optimale Nutzung der verfügbaren Wasserressourcen garantiert und auch langfristig vor ihrer Übernutzung durch Verschwendung geschützt werden.

Abwasseraufbereitung

Zur nachhaltigen und schonenden Nutzung der Ressource Wasser gehört ganz zentral auch der Schutz der Wasserressourcen durch das konsequente Klären von Abwässern. In den täglich anfallenden Abwässern aus Haushalten, Industrie und Landwirtschaft sind eine Vielzahl schädlicher Stoffe wie Fette, Eiweiße, Nitrate und Phosphor, Schwermetalle, Pestizide und Chemikalien, aber auch Medikamentenrückstände und gefährliche Krankheitserreger und Bakterien gelöst. Gelangen diese Abwässer gänzlich unbehandelt in unsere Umwelt, gefährdet das nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Natur, die Sicherheit von Nahrungsmitteln und die lokale Wirtschaft. Die Sammlung und auch

⁶⁵⁵ Getzner/Köhler (2018) :203

die Reinigung von Abwasser sind daher einer der wichtigsten Schritte, um Risiken für Mensch und Umwelt zu minimieren.⁶⁵⁶

In der EU gibt es seit 1991 entsprechende Regelungen und Richtlinien zur Reinigung von Abwasser, die zu etlichen Verbesserungen geführt haben. So hat die Nitratbelastung im Grundwasser in der EU seit 1991 um 9 Prozent, die Phosphatbelastung in Flüssen sogar um 17 Prozent und auch der biochemische Sauerstoffbedarf um 21 Prozent abgenommen. Zudem werden mittlerweile (Stand 2019) 98 Prozent des Abwassers gesammelt und 92 Prozent nach EU-Standards gereinigt.⁶⁵⁷ Eine Klärung nach EU-Standards sah bislang eine Reinigung von Abwasser in drei Schritten vor: das mechanische Aussieben, die biologische Reinigung und die chemische Reinigung. Aufgrund neuartiger Belastungen trat 2025 eine neue Kommunalabwasserrichtlinie in Kraft, die jene aus dem Jahr 1991 ablöste und zu einer vierten Reinigungsstufe in den Kläranlagen verpflichtet, um Mikroschadstoffe (wie Arzneimittelrückstände), die die Umwelt zunehmend belasten, zu entfernen. Ebenfalls sollen Nitrate und Phosphate durch die vierte Reinigungsstufe weiter reduziert werden, da es hier durch die Klimaerwärmung zunehmend zu Problemen in der Umwelt kommt.⁶⁵⁸

Es gibt zwischen den EU-Mitgliedsländern erhebliche Unterschiede bei der Klärung von Abwasser. Daten der Europäischen Umweltagentur (EEA) zum Umgang mit kommunalen Abwässern ergeben, dass nur vier Länder – Österreich, Deutschland, Luxemburg und die Niederlande – 100 Prozent ihres kommunalen Abwassers gemäß EU-Standards klären. Zehn weitere Länder erreichen einen Wert von über 90 Prozent, während Irland, Bulgarien, Rumänien, Kroatien und Malta weniger als die Hälfte ihrer Abwässer EU-konform reinigen.⁶⁵⁹

Hinsichtlich der Veränderungen des Wasserkreislaufs durch den Klimawandel wird es in Zukunft immer größere Anstrengungen brauchen, um die Qualität der Grund- und Oberflächengewässer zu halten. Durch schwindende Wasserressourcen erhöht sich die Konzentration von Schadstoffen in den verbleibenden Gewässern und wird damit umso gefährlicher für Umwelt und Mensch. Ebenso kommt es durch das Zusammenspiel von Verschmutzungen durch Nitrate und der Klimaerwärmung zu gefährlichen Entwicklungen in der Umwelt. So etwa in Frankreich, wo es im Sommer immer wieder zur sogenannten Algenblüte an der bretonischen Küste kommt. Die Grünalgen breiten sich, begünstigt durch den Klimawandel und die Rückstände von Düngemitteln aus der Landwirtschaft, rasant aus und entziehen nicht nur den Sauerstoff aus dem Wasser, was zum Absterben der Meerestiere führt,

⁶⁵⁶ Heinrich Böll Stiftung (2025): 20f

⁶⁵⁷ Europäischer Rat (2025): Abwasserbehandlung

⁶⁵⁸ Kommunale Abwasserrichtlinie (RL 2024/3019)

⁶⁵⁹ EEA (2021): waste water treatment

sondern setzen beim Verrotten giftige Gase frei. 2016 kam es sogar zu einem Todesfall, als ein Mann beim Laufen auf einen verrottenden Algenteppich getreten war, dabei die giftigen Gase eingeatmet hatte und daran verstarb.⁶⁶⁰

In England und Wales zeigt sich zudem, wie nachlässig manche privaten Versorger*innen mit der Abwasserbehandlung umgehen. Es kommt immer wieder zu schwerwiegenden Problemen, etwa wenn Abwässer in die Umwelt gelangen oder absichtlich in Gewässer eingebracht werden, wo sie zu Verschmutzungen führen. Allein von 2023 auf 2024 stiegen Vorfälle schwerer Verschmutzungen wegen ungeklärter Abwässer um 60 Prozent. Insgesamt kam es 2024 in England und Wales zu 2.801 Umweltverschmutzungsvorfällen, der höchsten Zahl seit Beginn der Aufzeichnungen. Davon wurden 75 Vorfälle als schwerwiegende Gefahr für die Fischerei, das Trinkwasser und die menschliche Gesundheit eingestuft. Die britische Umweltagentur gibt an, dass alle Wasserversorger*innen eine schlechte Leistung hinsichtlich der Abwasserentsorgung erbringen. Allerdings sticht auch hier der Versorger Thames Water hervor, der für 44 Prozent der schwerwiegendsten Vorfälle verantwortlich ist.⁶⁶¹ Da in England Mischkanalisationssysteme üblich sind und deshalb auch Regenwasser über dasselbe System abgeleitet wird, ist es bei starken Regenfällen erlaubt, begrenzte Mengen an Abwasser in Gewässer zu leiten, um die Infrastrukturen nicht zu überfordern. Ansonsten könnte es zu Überschwemmungen von Häusern, Straßen und Freiflächen kommen. Laut Angaben der Umweltbehörde haben die privaten Wasserunternehmen im Jahr 2024 insgesamt 3,6 Millionen Stunden lang ungeklärtes Abwasser in Flüsse und Meer geleitet, auch dann, als kein Regen fiel. Der Hauptgrund dafür ist die alternde Infrastruktur, die von den Wasserversorgungsunternehmen nicht ausreichend erneuert und instandgehalten wird.⁶⁶²

In Österreich, wo 100 Prozent der Abwässer nach EU-Standards geklärt werden, ist die Belastung mit Nitraten und Phosphor in Gewässern weit weniger problematisch. Bei Stickstoff und Phosphor werden 80 beziehungsweise 90 Prozent herausgereinigt. Die Reinigungsleistung der Abwassersysteme wird durch laufende Investitionen in die Infrastruktur außerdem ständig verbessert.⁶⁶³

Wien versucht darüber hinaus, die Klärleistung ständig zu verbessern. In der größten Kläranlage Österreichs in Wien werden täglich 500 Millionen Liter Abwasser in drei Reinigungsstufen geklärt. Gemeinsam mit der TU Wien wird bereits seit einigen Jahren an einer vierten Klärstufe mit Hilfe von Ozon und Aktivkohle gearbeitet, um so viele Problemstoffe wie möglich aus den Abwässern zu

⁶⁶⁰ Tagesschau 2025

⁶⁶¹ Reuters (2025)

⁶⁶² BBC (2025): How much sewage is spilled near you?

⁶⁶³ WISE Freshwater

entfernen, bevor sie zurück in die Umwelt geleitet werden.⁶⁶⁴ Die Wiener Kläranlage ist zudem seit 2021 ihr eigenes kleines Ökokraftwerk. Die Reinigung der täglich anfallenden 500 Millionen Liter Abwässer der Stadt hatte zuvor eine enorme Menge an Energie verbraucht. Mehr als 1 Prozent des gesamten von der Wien Energie produzierten Stroms lief in den Betrieb der Kläranlage. Dieser wurde durch den erneuerbaren Energieträger Klärgas ersetzt, wodurch die gesamte für die Abwasserreinigung benötigte Energie selbst auf dem Gelände erzeugt werden kann. Der produzierte Überschuss kann zudem in die Netze eingeleitet werden. Das hat auch positive Auswirkungen auf die Wiener Klimabilanz, denn der Ausstoß von CO₂-Äquivalenten konnte um rund 40.000 Tonnen pro Jahr reduziert werden. Die Kläranlage reinigt damit nicht nur die Abwässer, sondern ist auch eines der größten Klimaschutzprojekte der Stadt Wien.⁶⁶⁵

Hochwasserschutz

Zu den vermehrt auftretenden Extremwetterereignissen, die durch den Klimawandel verursacht werden, gehören ganz zentral auch Starkregenereignisse oder Überflutungen. Um die Bevölkerung und Infrastrukturen vor Hochwasser zu schützen, müssen laufend Vorkehrungen getroffen und der Hochwasserschutz an neue Parameter angepasst werden. In Wien wurden durch laufende Investitionen und Großprojekte in den vergangenen Jahrzehnten, ganz zentral durch den Bau der Donauinsel, aber auch durch Rückhaltebecken und ein gut ausgebautes Kanalsystem, bisherige Hochwasser gut überstanden.

Im September 2024 war die Stadt Wien von einem 1.000-jährlichen Hochwasser betroffen. Der anhaltende Starkregen in weiten Teilen Österreichs hat in kurzer Zeit enorme Mengen Wasser gebracht, die selbst das gut ausgebaute Kanalsystem wie auch den Hochwasserschutz vor Herausforderungen stellten, sodass es zu lokalen Überflutungen in der Stadt kam. Vor allem der Wienfluss trat, bedingt durch geologische Gegebenheiten im Einzugsgebiet, die eine geringe Wasserdurchlässigkeit aufweisen und diesen bei Starkregen schnell ansteigen lassen, teilweise über die Ufer. Da in das Kanalnetz investiert und mit riesigen Rückhaltebecken vorgesorgt wurde, konnten allerdings bedeutendere Schäden minimiert werden. Verhindert werden konnte etwa die Überflutung der Trasse der an den Wienfluss angrenzenden U-Bahnlinie U4. Trotzdem kam es zu Wassereintritten, die den U-Bahnbetrieb beeinträchtigten und an der im Bau befindlichen U-Bahnstation (U5 Pilgramgasse) enorme Schäden

⁶⁶⁴ Wiener Zeitung (2024)

⁶⁶⁵ ebswien.at

verursachten. Deshalb verbessert Wien seine Schutzbauten, um für das Niveau eines 5.000-jährlichen Hochwassers gewappnet zu sein. Konkret bedeutet das eine Aufstockung der Wehrmauern um bis zu einem Meter entlang des Wienflusses sowie die Sanierung der sechs Rückhaltebecken in Auhof, die 1,2 Mio. Kubikmeter Wasser fassen. Die Investitionen in die Auhof-Becken alleine betragen 30 Mio. Euro. Weitere 40 Mio. Euro investiert die Stadt u. a. in den Bau einer zusätzlichen Schutzmauer in Wien-Penzing, in die Verstärkung der Hochwassermauer vom Donaukanal Richtung U4 sowie in natürliche Schutzbauten beim Liesingbach. Zusätzlich sind in diesen Mitteln die Sanierung der Wehre bei der Donauinsel und die Verbesserung der Steuerung und des Betriebs berücksichtigt.⁶⁶⁶

Investitionen in den bzw. in die Verbesserung des Hochwasserschutzes scheinen angesichts der Bedrohungen durch Extremwetterereignisse infolge des Klimawandels für den Schutz der Bevölkerung unumgänglich. Sie zahlen sich jedoch auch aus wirtschaftlicher Perspektive aus. Die finanziellen und wirtschaftlichen Schäden, die durch Hochwasser entstehen, sind enorm. So haben, laut Supply Chain Intelligence Institute Austria (ASCI), dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) und dem Complexity Science Hub (CSH), die Hochwasserereignisse zwischen 14. und 21. September 2024 in Österreich Schäden in Höhe von mindestens 1,3 Mrd. Euro verursacht. 700 Mio. Euro entfielen allein auf Privathaushalte. Auch der Agrarsektor sowie über 700 Unternehmen waren von den Überflutungen stark betroffen.⁶⁶⁷ In Wien stellte die von der Stadt eingesetzte Schadenskommission Hochwasserschäden in Höhe von 6,75 Millionen Euro fest.⁶⁶⁸

Schlussfolgerungen

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte im Wassersektor zeigen deutlich, dass die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in öffentlicher Hand nicht nur effizient, sondern auch sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig ist. Auch wenn im Wassersektor im europäischen Vergleich weit weniger privatisiert wurde als in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge, so zeigen Vergleiche mit privaten Wasserunternehmen (v. a. in Großbritannien und Frankreich), dass öffentliche Wasserversorger*innen in vielen Fällen eine weitaus sicherere, qualitativere und kostengünstigere Versorgung mit Wasser garantieren und die Ressource vor Verschmutzung schützen. Nur eine gemeinwohlorientierte

⁶⁶⁶ orf.at (15.09.2025); Der Standard (10.11.2025); Stadt Wien: Hochwasserschutz

⁶⁶⁷ WIFO (14.10.2024)

⁶⁶⁸ Stadt Wien Magistratsdirektion (2025)

Wasserver- und Abwasserentsorgung stellt sicher, dass Wasser nicht zur Handelsware wird, sondern ein dauerhaft gesichertes Gut für alle Menschen bleibt.

Die zentralen Erkenntnisse sind:

- **Europäischer Trend:** Der Wassersektor war zwar mehrheitlich von den Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen seit den 1980er Jahren ausgenommen, allerdings gibt es immer wieder aufflammende Bestrebungen, privaten Unternehmen auch mehr Zugang zum Wassersektor zu verschaffen. Die Widerstände waren jedoch groß und konnten eine landläufige Liberalisierung und infolge auch Privatisierung verhindern. Bis heute gibt es hier nur vereinzelte Beispiele von Privatisierungen in Europa. England und Wales mit ihrer gänzlich privatisierten Wasserwirtschaft sowie Frankreich mit einer langen Tradition der privaten Versorgung stellen hier die Ausnahmen dar, zeigen aber, wie es durch kurzfristige Gewinninteressen zu Tarifierhöhungen, Personalabbau, Umweltverschmutzungen sowie Einsparungen bei der Wartung und Erneuerung der Infrastruktur kommt.
- **Herausforderung Klimawandel:** Der Klimawandel hat zwei Auswirkungen auf die Ressource Wasser. Einerseits sinkt die Verfügbarkeit, andererseits steigt der Bedarf (durch Dürre, Brände, Bevölkerungszunahme usw.). Nur eine öffentliche und gemeinwohlorientierte Wasserversorgung kann sicherstellen, dass allen Menschen Wasser auch in Krisenzeiten zur Verfügung steht.
- **Sicherung:** Um die Versorgungssicherheit und den ressourcenschonenden Umgang mit dem Gut Wasser zu gewährleisten, braucht es ständige Wartung und den Ausbau der Infrastruktur. Ein Best-Practice-Beispiel findet sich in Wien mit dem Bau des größten geschlossenen Trinkwasserbehälters der Welt in Neusiedl am Steinfeld, der ab 2028 bis zu einer Mrd. Liter Wasser speichern kann.
- **Qualität:** Die stoffliche Qualität des Wassers ist ausschlaggebend für eine gute Wasserversorgung. Bei der privaten Wasserversorgung in Frankreich und Großbritannien zeigen sich immer wieder Probleme, da durch eine schlechte Wasserinfrastruktur schädliche Stoffe in die Wasserleitungen kommen, die das Trinkwasser verschmutzen.
- **Leistbarkeit:** Wasser muss für alle Menschen leistbar sein. Erfahrungen aus Frankreich und England zeigen aber, dass die Tarifierhöhungen bei privaten Versorger*innen weitaus höher sind als bei öffentlichen. Für die langfristige Leistbarkeit von Wasser ist ein solidarisches und gemeinwohlorientiertes System besonders wichtig. In Wien, Paris und Berlin werden vom öffentlichen Wasserversorger deshalb öffentliche Trinkbrunnen im Stadtgebiet zur Verfügung gestellt, die den kostenlosen Zugang zu Trinkwasser für alle ermöglichen. Die Stadt Wien hat

außerdem mit Wiener Wasser bereits 2001 nicht nur den Schutz, sondern auch die Leistbarkeit des Wiener Wassers verfassungsrechtlich geschützt.

- **Nachhaltige Wassernutzung:** Wo Gewinne im Vordergrund stehen, wie bei den privaten Versorger*innen in Frankreich und England, werden langfristige Investitionen in die Infrastruktur oftmals aufgeschoben oder minimiert, was zu hohen Wasserverlusten führt. Die öffentliche Versorgung in Österreich zeigt dagegen, dass kontinuierliche Investitionen und vorausschauendes Management der Leitungsnetze zu niedrigen Wasserverlusten führen. Besonders gering sind sie in Wien, wo auf moderne Technologien zur Instandhaltung der Leitungen gesetzt wird.
- **Umweltverschmutzung:** Der Schutz von Oberflächen- und Grundwasser gehört zu den Säulen einer qualitativen Wasserwirtschaft. Besonders wichtig ist die konsequente Klärung von Abwässern. Private Unternehmen erfüllen oftmals nicht die von der EU eingeführten Standards und bringen ungeklärte Abwässer in den ohnehin belasteten Wasserkreislauf. Bei der öffentlichen Bereitstellung steht ökologische Nachhaltigkeit mehr im Fokus.

Wohnen

Wohnen bzw. das Recht auf Wohnen ist ein internationales Menschenrecht. Artikel 11 des internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) hält fest:

„Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden Menschen auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhenden Zusammenarbeit an.“⁶⁶⁹

Mit dem „Recht auf Unterbringung“ wird Wohnen als zentrales Kriterium eines angemessenen Lebens definiert. Obwohl es den Menschenrechten zufolge in der Verantwortung des Staates liegt, ausreichend Zugang zu leistbarem und gutem Wohnen sicherzustellen, ist in Europa vielerorts in den letzten Jahrzehnten ein Trend der Liberalisierung und Privatisierung am Wohnungsmarkt zu beobachten.

Immer mehr Regierungen in Europa haben sich aus staatlichen Großinvestitionen im Wohnsektor zurückgezogen und die finanzielle Unterstützung auf das notwendige Minimum, zur Absicherung der am meisten von Wohnungsnot betroffenen Menschen, gekürzt.⁶⁷⁰ Gleichzeitig sind die Mieten in der Europäischen Union stark angestiegen, stärker als der Anstieg der durchschnittlichen Einkommen: “Looking at housing markets, over the past decade (from 2010 until the fourth quarter of 2022) average rents increased by 19 % in the EU and house prices by 47 %, and house price growth has consistently outpaced growth in incomes.”⁶⁷¹ Diese Entwicklung ist nicht nur in Europa, sondern global zu beobachten und ist so weit fortgeschritten, dass in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung von einer Global Urban Housing Affordability Crisis gesprochen wird.⁶⁷² Die Kommodifizierung des Wohnungsmarktes, also die zunehmende Entwicklung von Wohnraum hin zu einer Ware auf dem freien Markt, wird dabei als treibender Faktor angesehen, der anhand verschiedener Parameter beobachtet werden kann: die zunehmende Dominanz von Akteur*innen der Finanzwirtschaft oder etwa die Vermehrung von Leerständen aufgrund von Spekulationen am Wohnungsmarkt.⁶⁷³

⁶⁶⁹ Deutsches Institut für Menschenrechte (2025)

⁶⁷⁰ Kettunen/Ruonavaara (2021): 1446

⁶⁷¹ Housing Europe (2023): 7

⁶⁷² Peverini (2023): 1

⁶⁷³ Peverini (2023): 32f.

Diese durch neoliberale Reformen angestoßenen negativen Entwicklungen sind besonders in den meisten europäischen Großstädten zu beobachten. Eine große Ausnahme bildet Wien. Das zeigt sich etwa durch den Vergleich der durchschnittlichen Mietpreise in europäischen Städten. So liegen etwa die durchschnittlichen Mietpreise pro Quadratmeter in Wien rund zwei Drittel unter jenen in London, Dublin, Paris oder Barcelona.⁶⁷⁴ Entscheidend für die vergleichsweise niedrigeren Mieten ist die lange und starke Tradition der öffentlichen Beteiligung am und Regulierung des Wohnungsmarktes in Wien. Nicht ohne Grund ist Wien ein von nationalen wie internationalen Politiker*innen, Stadtplaner*innen, Architekt*innen und Wissenschaftler*innen immer wieder hervorgehobenes Best-Practice-Beispiel für leistbares Wohnen.⁶⁷⁵

Eine komplette öffentliche Erbringung dieses Bereiches der Daseinsvorsorge ist in rein am Kapitalmarkt orientierten Systemen nicht zu finden, es ist aber entscheidend, wie stark die öffentliche Beteiligung am Wohnungsmarkt ist. Die Absicherung des Wohnens durch Gemeinden, Länder und Bund scheint unumgänglich für die adäquate Sicherstellung des Menschenrechts auf Wohnen. Im Folgenden wird analysiert, welche gesellschaftlichen, sozialpolitischen, ökonomischen und arbeitsmarktrelevanten Vorteile sich aus der starken öffentlichen Beteiligung dieses Bereiches der Daseinsvorsorge ergeben.

Gesellschaftliche Aspekte

Eine starke öffentliche Beteiligung am Daseinsvorsorgebereich Wohnen dient der Verwirklichung eines menschenrechtlich verankerten Anspruchs auf angemessenes Wohnen, der über „ein Dach über dem Kopf“ hinaus Sicherheit, Würde und soziale Teilhabe umfasst. Öffentliche und gemeinwirtschaftliche Wohnbauträger*innen können diesen Anspruch systematisch in Zugangskriterien, Mietpreisbildung, Belegungssteuerung und Rechtsdurchsetzung übersetzen – und damit Segregation vorbeugen, Verdrängung dämpfen und Wohnkostenbelastungen gerade für einkommensschwächere Haushalte senken. Das ist nicht nur normative Pflicht, sondern auch, wie im Nachfolgenden gezeigt wird, empirisch belegt: In Systemen mit nennenswertem gemeinnützigem/öffentlichem Segment – wie auf den folgenden Seiten dargestellt wird – steigen private Mieten tendenziell langsamer und Wohnkostenrisiken werden durch soziale Wohnformen, Mietbeihilfen und Beratungs-/Schlichtungsangebote abgefedert. Öffentliche Träger*innen sind zudem demokratisch rechenschaftspflichtig und können soziale Kriterien – etwa unbefristete Mietverhältnisse, Transparenz

⁶⁷⁴ Linhart et al. (2024): 30

⁶⁷⁵ vgl. Kadi/Lilius (2022); vgl. Natarajan (2024); vgl. Oltermann (2024); vgl. Peverini (2023); vgl. Reinprecht (2014); vgl. Tsenkova (2021)

der Entgeltbildung oder Härtefallregelungen – verbindlich machen; das unterscheidet sie von renditegetriebenen Anbieter*innen, deren Steuerung primär gegenüber Anteilseigner*innen erfolgt.

Leistbarer und qualitativ hochwertiger Wohnraum durch sozialen Wohnbau

Wie groß der gesellschaftliche Nutzen des sozialen Wohnbaus ist, zeigt sich zunächst bei einer Analyse von unterschiedlichen Wohnmärkten. Dies kann am Beispiel Wien sehr gut nachvollzogen werden, da hier der öffentliche Wohnbau und eine starke Beteiligung von gemeinnützigen Bauträger*innen Tradition haben. Seit den 1920er Jahren werden soziale Wohnbauten errichtet, um für die Bevölkerung günstigen Wohnraum zu garantieren, der nicht dem freien Spiel des Marktes überlassen wird.

Wien führt diese Tradition fort und beschloss 2018, dass bei jeglicher Neu- und Umwidmung von Grund für Wohnbauzwecke (bei Bauvorhaben, die wohnbaulicher Natur und größer als 5.000 Quadratmeter sind) zwei Drittel der Wohnungen geförderte Wohneinheiten sein müssen. Damit wurde ein Mechanismus eingeführt, der sicherstellt, dass auch abseits von Gemeindebauten, welche direkt von der öffentlichen Hand errichtet und gemanagt werden, oder Genossenschaftsgebäuden genügend leistbarer und vor Spekulation geschützter Wohnraum entsteht.⁶⁷⁶ Zudem hat die Stadt 2019 wieder begonnen, Gemeindebauten zu errichten. Damit kann in Wien der Wohnkostenanteil – also jener Anteil des verfügbaren Haushaltseinkommens, der für Wohnen aufgewendet wird – weiter deutlich unter dem anderer europäischer Großstädte gehalten werden.

So mussten 2021 86 Prozent der Haushalte in London mehr als 25 Prozent ihres Einkommens für Wohnen aufbringen, 62 Prozent der Haushalte sogar mehr als 40 Prozent. In Berlin sind es 79 Prozent der Haushalte mit einem Wohnkostenanteil von über 25 Prozent und 50 Prozent der Haushalte mit einem Wohnkostenanteil von über 40 Prozent. In Hamburg fallen 70 Prozent der Haushalte in die erste Kategorie und 38 Prozent der Haushalte in die zweite Kategorie. In Paris sind es 67 Prozent beziehungsweise 28 Prozent. Deutlich geringer fällt der Wohnkostenanteil dagegen in Wien aus. Hier müssen 44 Prozent der Haushalte mindestens 25 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Wohnen ausgeben und bei nur 18 Prozent der Haushalte sind es mehr als 40 Prozent des Haushaltseinkommens.⁶⁷⁷

⁶⁷⁶ orf.at (2018)

⁶⁷⁷ Baron et al. (2021): 104

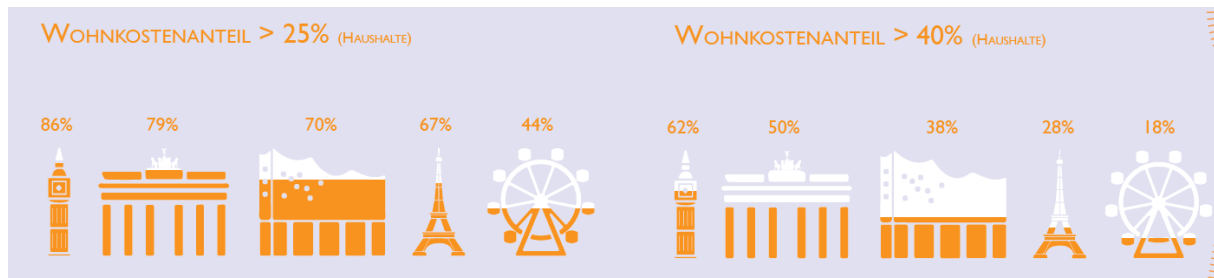


Abbildung 20: Wohnkostenanteil in London, Berlin, Hamburg, Paris und Wien⁶⁷⁸

Der soziale Wohnbau wirkt auf den Wohnungsmarkt auf direkte und indirekte Weise. Untersuchungen zeigen, dass der Wohnkostenanteil bei geförderten Wohnungen deutlich unter jenen am Privatmarkt liegt: In Österreich leben rund 19 Prozent der Haushalte in Wohnungen des freien Marktes und 24 Prozent in Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen.^{679,680} 67 Prozent der Haushalte, die in Wohnungen des freien Marktes leben, müssen mindestens 37 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufwenden, unter den Haushalten in geförderten Wohnungen sind es nur 16 Prozent.⁶⁸¹ Die breite Verfügbarkeit geförderten Wohnraums trägt somit wesentlich zur sozialen Stabilität bei.

In Wien profitiert ein besonders großer Teil der Bevölkerung vom öffentlichen und geförderten Wohnbau: 41 Prozent der Wiener*innen leben im Gemeindebau und im geförderten Wohnbau (24 Prozent im Gemeindebau/öffentlichen Wohnbau und 17 Prozent in Wohnungen von gemeinnützigen Bauträger*innen).⁶⁸² Dies wirkt einerseits ausgleichend für armutsgefährdete Personen, zu denen auch überdurchschnittlich viele Frauen und Alleinerzieherinnen zählen. Andererseits entzieht dieser großflächige strukturpolitische Eingriff in den Wohnbereich dem Markt potenzielle Spekulationsobjekte und wirkt preisregulierend, weil der gemeinnützige Sektor auch für mittlere Einkommensgruppen offensteht. Das reduziert den Druck auf die unteren Segmente des Marktes. Damit trägt der öffentliche Wohnsektor maßgeblich zur sozialen Sicherheit bei. In Wien, wo der geförderte Wohnbau sehr stark vertreten ist, müssen die Menschen im Schnitt weniger ihres Einkommens für Wohnen aufbringen. Dadurch bleibt mehr Geld für andere Lebensbereiche, wie etwa Kultur und Freizeit, was zu einer gesteigerten Lebensqualität beiträgt.

Eine Studie des WIFO zu der preisdämpfenden Wirkung des sozialen Wohnbaus am Wohnungsmarkt belegt, dass in Städten mit einem hohen gemeinnützigen Wohnungsanteil die privaten Mieten deutlich

⁶⁷⁸ Hauller et al. (2021)

⁶⁷⁹ Neben Miete gibt es unter den Hauptwohnsitzen 36,2 Prozent Hauseigentum, 11,7 Prozent Wohnungseigentum und 9,1 Prozent andere Rechtsverhältnisse.

⁶⁸⁰ Statistik Austria (2024): 25

⁶⁸¹ Altzinger/List (2020): 22

⁶⁸² Klien et al. (2022): 123

langsamer steigen und insgesamt weniger volatile Entwicklungen aufweisen. Der preisdämpfende Effekt steigt mit dem Anteil an gemeinnützigen Wohnungen am Wohnungsmarkt. Dabei führt ein Plus von 10 Prozent des Marktanteils an gemeinnützigen Wohnungen zu einer durchschnittlichen Reduktion des Mietpreises pro Quadratmeter um 30 bis 40 Cent.⁶⁸³ Umgekehrt zeigt sich, dass, wenn der Anteil gemeinnütziger Akteur*innen im Vergleich zu privaten Anbieter*innen am Markt niedrig ist, auch die preisdämpfende Wirkung des sozialen Wohnbaus gering ist.

Dies lässt sich anhand des Vergleichs der Mietpreise pro Quadratmeter in europäischen Städten belegen, der regelmäßig von Deloitte im Rahmen des Property Index ausgegeben wird. Im Spitzenfeld der teuersten Mietpreise finden sich Städte wie London mit 33,8 Euro pro Quadratmeter, Dublin mit 31,5 Euro, Paris mit 31,3 Euro und Barcelona mit 30,6 Euro. Der durchschnittliche Quadratmeterpreis in Wien liegt dagegen bei 10,5 Euro; also nur rund ein Drittel der Mietpreise, die in den Städten am hochpreisigen Ende des Rankings anfallen. Vergleicht man im Ranking nur die Quadratmeterpreise in den europäischen Hauptstädten, dann sind nur Bukarest (9,2 Euro/m²) und Sofia (9,1 Euro/m²) günstiger als Wien.

⁶⁸³ ebd.

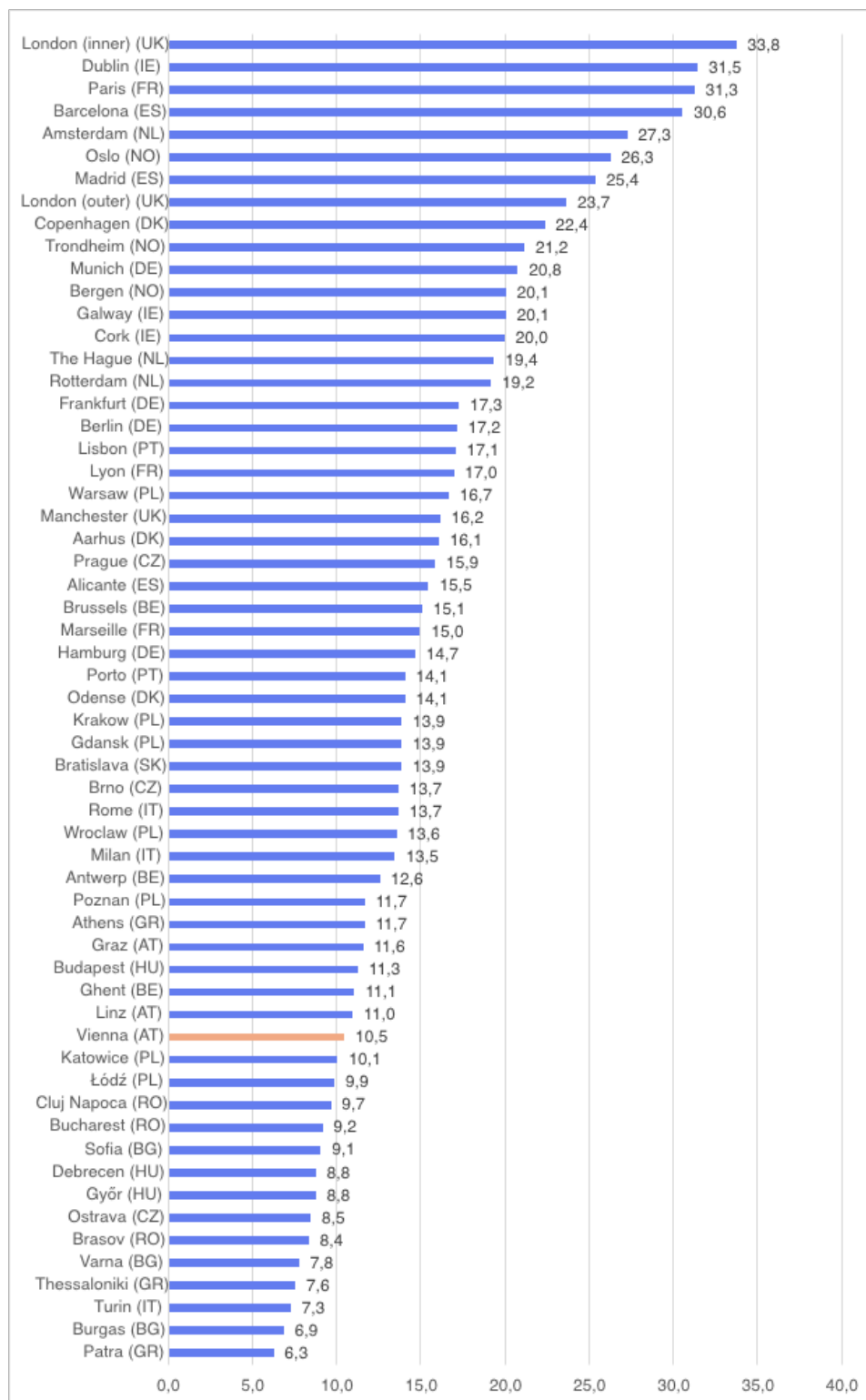


Abbildung 21: Durchschnittliche Mietpreise pro Quadratmeter in ausgewählten europäischen Städten, pro Monat 2023⁶⁸⁴

⁶⁸⁴ Linhart et al. (2024): 30

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt zudem, dass der soziale Wohnbau neben dem preisdämpfenden Effekt auch einen positiven Effekt auf die Wohnqualität am gesamten Wohnungsmarkt hatte. Die bereits zitierte Studie des WIFO hat auch untersucht, welche Arten von Wohnungen und Häusern mit WC ausgestattet waren. Sowohl in ganz Österreich als auch in Wien ist erkennbar, dass öffentliche und gemeinnützige Wohnbauformen zu Beginn des Analysezeitraums – Anfang der 1970er Jahre – eine deutlich bessere Ausstattung mit WC-Anlagen hatten und damit eine höhere Wohnqualität aufwiesen. In den darauffolgenden Jahrzehnten zogen private Wohnanbieter*innen nach. Erst gegen Ende der 1990er Jahre kam es zu einer Konvergenz, wo auch die deutliche Mehrheit der Wohnungen auf dem privaten Markt mit WCs ausgestattet war. Im öffentlichen und gemeinnützigen Wohnbau entwickelte Qualitätsstandards wirkten richtungsweisend und wurden im Zeitverlauf sukzessive auch von privaten Anbieter*innen aufgegriffen.

Ausstattungsqualität

Anteil der Wohnungen / Häuser mit WC im Wohnungsverband. Veränderung zwischen 1971 und 2001.

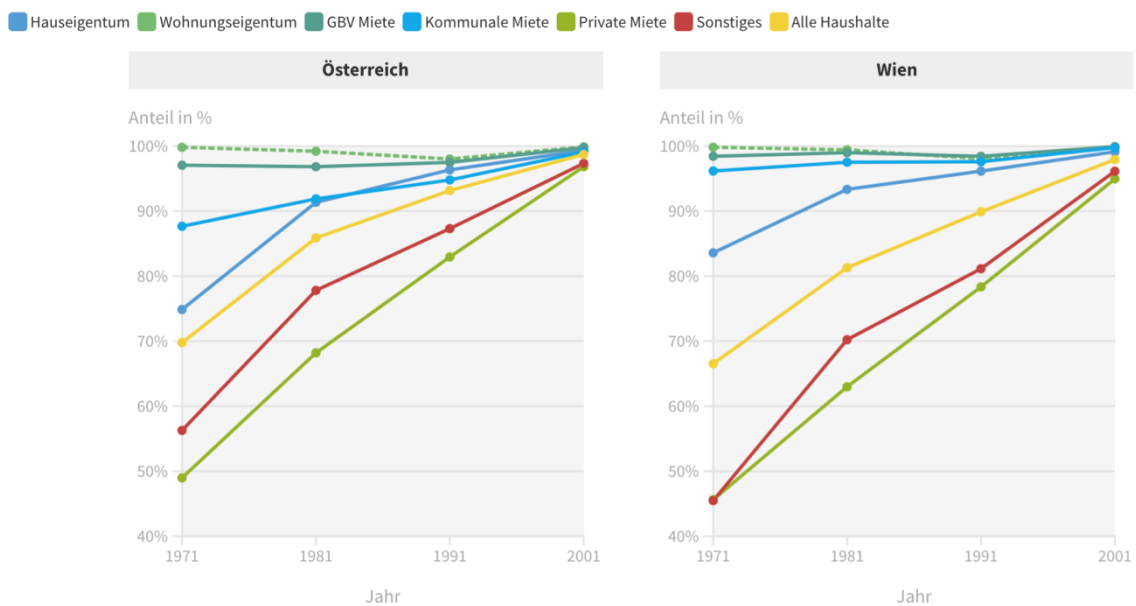


Abbildung 22: Ausstattungsqualität: Anteil der Wohnungen/Häuser mit WC im Wohnungsverband. Veränderung zwischen 1971 und 2001⁶⁸⁵

Neben Leistbarkeit und Wohnqualität schafft der gemeinnützige Wohnbau auch Planungssicherheit für die Mieter*innen, da Mietverträge meist unbefristet sind. Daher sind 76,6 Prozent der Hauptmietverträge im gesamten Wohnsektor Österreichs unbefristet, nur 23,4 Prozent sind befristet. Wobei ein Großteil der befristeten Mietverträge auf den privaten Wohnungsmarkt entfällt, wo 51 Prozent der Mietverträge befristet sind und nur 49 Prozent unbefristet. Hingegen sind bei den

⁶⁸⁵ Klien et al. (2022): 33

Mietverträgen in Genossenschaftswohnungen 95,3 Prozent und bei Gemeindewohnungen 96,4 Prozent unbefristet.⁶⁸⁶

Darüber hinaus sind Mietanpassungen – anders als im privaten Wohnsektor – bei Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen gesetzlich stärker reguliert. Die Verknüpfung von Mietzins mit sozialen Kriterien (z. B. Einkommensgrenzen) verhindert eine Preisbildung entlang reiner Zahlungsfähigkeit und schützt damit vor allem im städtischen Raum vor Gentrifizierungstendenzen, also der Verdrängung einkommensschwächerer Bevölkerungsteilen im Zuge der Aufwertung von Vierteln. Wenn auch das Phänomen der Gentrifizierung nicht anhand eines Indikators messbar ist, lassen qualitative Untersuchungen Aussagen über die Verbreitung zu. Dies kann auch in Wien belegt werden, wo Gentrifizierung durch vorbeugende Maßnahmen in der Stadtplanung und wegen der hohen Dichte an sozialem Wohnbau nur punktuell, und wenn dann nur am freien Wohnungsmarkt, zu beobachten ist.⁶⁸⁷

Soziale Nachhaltigkeit durch öffentliche Beteiligung am Wohnsektor

Eine starke öffentliche Beteiligung im Bereich Wohnen schafft soziale Nachhaltigkeit nicht nur über die Bereitstellung von leistbarem Wohnraum, sondern auch durch soziale Standards wie gute Wohnqualität, Anbindung an den öffentlichen Verkehr oder gute Nahversorgung, die eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und zu einer hohen Lebensqualität für alle beitragen.

Ein Beispiel dafür ist das 4-Säulen-Modell in Wien bei der Vergabe von öffentlich geförderten Bauaufträgen. Dabei wird die soziale Nachhaltigkeit explizit als Grundvoraussetzung, neben ökonomischen Standards (der Leistbarkeit für Mieter*innen), architektonischen wie auch Kriterien der ökologischen Nachhaltigkeit, definiert. Die Kriterien der sozialen Nachhaltigkeit umfassen bauliche Voraussetzungen wie Gemeinschaftsräume, Begegnungsflächen, Räumlichkeiten für Sharing-Initiativen, gemeinschaftliche Freiräume, Initiativen des Community-Building (wie gemeinschaftliches Gärtnern, Angebote für gemeinschaftliche Aktivitäten), Kommunikationskonzepte und Wohnangebote für spezifische Gruppen (wie zum Beispiel Wohnen für Ältere, Geflüchtete oder Alleinerziehende).⁶⁸⁸

„Dass solche Maßnahmen nicht zu Mehrkosten führen müssen, zeigen zahlreiche Beispiele des Urban Gardening, ebenso sinnvolle Mehrfachnutzungen von Flächen, mehr

⁶⁸⁶ Statistik Austria (2023)

⁶⁸⁷ vgl. Kadi/Verlič (2019); vgl. Musil et al. (2021)

⁶⁸⁸ Wohnfonds_Wien (2024): 5

Eigenverantwortung und -leistung. Eine Kultur des Teilens wird zudem zum neuen Maßstab für Qualität im städtischen Wohnen.“⁶⁸⁹

Diese Initiativen fördern sozialen Zusammenhalt und soziale Integration und machen das Modell der Wiener Gemeindebauten auch international zum Vorbild, weil soziale Durchmischung und nicht Isolation gefördert wird, was auch dabei helfen soll, interkulturelle Unterschiede zu überbrücken. Diese Maßnahmen stellen eine Ergänzung zum sozialen Wohnbau dar, dessen Anliegen die soziale Durchmischung ist und der deshalb über das ganze Stadtgebiet verteilt wird. Zwar gibt es auch in Wien Gebiete, in denen mehr Menschen aus wohlhabenderen Schichten wohnen oder Gegenden, wo überdurchschnittlich viele Menschen mit weniger Einkommen leben,⁶⁹⁰ allerdings ist die soziale Segregation in Wien insgesamt weniger stark ausgeprägt als in anderen europäischen Großstädten.⁶⁹¹

Der soziale Wohnbau nimmt hier eine steuernde Stellung ein, um der sozialen Segregation entgegenzuwirken. Durch politische Entscheidungsprozesse kann beim Wohnungsbau und der Wohnungsvergabe auf soziale Durchmischung geachtet und die Diversität gesteigert werden.

Die öffentliche Beteiligung geht aber über das Bauen und Bereitstellen von Wohnungen hinaus. Auch niederschwellige Hilfs- und Beratungsangebote sind für die Sicherung des Rechts auf qualitativ gutes Wohnen entscheidend. In Österreich gibt es hierfür bei Mietrechtsstreitigkeiten sogenannte Schlichtungsstellen, also Stellen, die außergerichtliche Einigungen und Mediationsprozesse herbeiführen. In manchen Fällen (z. B. Nachbarschafts- und Mietrecht) ist ein Schlichtungsversuch obligatorisch, bevor geklagt werden darf.⁶⁹² Daneben existieren in allen Bundesländern Mieter*innenvereinigungen und Mieter*innenschutzverbände, die Mieter*innen rechtliche Beratungsleistungen anbieten. Die Mitgliedschaft in solchen Vereinen ist jedoch kostenpflichtig. In Wien wird dies – neben den ebenfalls existierenden Mieter*innenschutzvereinen – von der Stadt Wien kostenlos angeboten. Die Magistratsabteilung bietet eine unentgeltliche Mietberatung sowie eine Schlichtungsstelle an.⁶⁹³ Solche öffentlichen Einrichtungen stellen niederschwellige Anlaufstellen dar, um Mieter*innenrechte durchzusetzen (z. B. Rückforderungen unzulässiger Ablösen über die Schlichtungsstelle binnen 10 Jahren).

Die öffentliche Hand verfügt zudem über die Möglichkeit, sozial Bedürftige gezielt durch Beihilfen zu unterstützen, damit möglichst viele Menschen ihr Menschenrecht auf gutes Wohnen in Anspruch

⁶⁸⁹ Förster (2017): 89

⁶⁹⁰ vgl. Molina et al. (2020)

⁶⁹¹ vgl. Tammaru et al. (2016)

⁶⁹² oesterreich.gv.at

⁶⁹³ mieterhilfe.at

nehmen können. In Österreich sind etwa die Mietzinsbeihilfe oder Wohnbeihilfe Ländersache und werden von jedem Bundesland selbst geregelt. Von Bundesseite ist ein Wohnkostenanteil in der Sozialhilfe miteinberechnet. Im Jahr 2023 gab es in Wien 9.955 Mietzinsbeihilfebezieher*innen und 31.043 Wohnbeihilfebezieher*innen. Die Stadt Wien investierte insgesamt 63,6 Mio. Euro in die soziale Absicherung der Betroffenen.⁶⁹⁴ Damit soll verhindert werden, dass die Wohnkostenbelastung der Betroffenen so weit steigt, dass sie andere Grundbedürfnisse des Lebens nicht decken können und die Gefahr der Wohnungslosigkeit droht. Gerade für von Armut betroffene Menschen ist der soziale Wohnbau ein Garant für leistbares Wohnen und ein menschenwürdiges Leben.

Damit Menschen effektiven Zugang zu den für sie geeigneten Förderungen bekommen, beschäftigt Wiener Wohnen ein Team an Sozialarbeiter*innen, die jene Menschen unterstützen, denen Zahlungsunfähigkeit droht. Nach Angaben der Stadt Wien wurde 2024 in 835 Fällen erfolgreich Delogierungsprävention geleistet.⁶⁹⁵

Weniger Leerstand und Spekulation dank öffentlicher Beteiligung am Wohnbau

Der soziale Wohnbau hat auch einen zentralen Stellenwert bei der Vorbeugung von Leerstand. Ein internationaler Vergleich zum Leerstand ist kaum möglich, da die wenigsten Länder und Städte die Leerstandsquote direkt erheben und sich zudem Probleme durch die unterschiedlichen regionalspezifischen Definitionen von „Leerstand“ ergeben. Jedoch gibt es komparative Studien, die österreichweit und innerhalb Wiens den Leerstand nach gemeinnützigen/öffentlichen und den restlichen Bauträger*innen untersuchen.

So hat eine Studie der Arbeiterkammer Wien den Wohnbau in Bezug auf Leerstand in Wien zwischen 2018 und 2021 analysiert und unterschiedliche Bauträger*innen verglichen. Dabei kommt die Studie zu dem eindeutigen Schluss:

„Klar ersichtlich ist, dass gemeinnützige Bauträger mit 90% höhere Besetzungsgrade (Median) bzw. mit 10% geringere Leerstandsraten aufweisen. Darunter liegt der Median im Bereich der von gewerblichen Bauträgern errichteten Projekten, die einen mittleren Besetzungsgrad von rund 83% bzw. eine Leerstandsrate von 17% aufweisen. Die Spannweite der Werte ist bei gewerblichen Projekten zudem größer. Bei der Definition, die nur Hauptwohnsitzmeldungen

⁶⁹⁴ Stadt Wien (2024): 163

⁶⁹⁵ Stadt Wien (2024a)

berücksichtigt, sind 78% der gewerblichen und 85% der gemeinnützigen Wohneinheiten belegt.“⁶⁹⁶

Auch wenn die Studie keine direkte Erklärung für die Gründe der Diskrepanz in der Leerstandsrate gibt, ist es naheliegend, dass die stärkere Bedarfskontrolle im sozialen Wohnbau Leerstand unwahrscheinlicher macht und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den sozialen Wohnbau Spekulation in dem Bereich sehr erschwert. Im sozialen Wohnbau sind nämlich Mieten so weit gedeckelt, dass sie sozial verträglich sind, ebenso sind die Renditen begrenzt. In Wien wird dies etwa über das Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz geregelt.

Unterschiede sind auch hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der Bauprojekte zu erkennen. Handelt es sich um als Eigentum veranschlagte Wohnanlagen, ist die Leerstandsquote höher als bei Projekten, die vermietet werden sollen:

„Hier zeigt sich, dass die als Eigentums-Projekte erfassten Bauträgerprojekte einen mittleren Leerstand von 18% aufweisen, während Mietprojekte geringere Leerstands-Quoten von etwa 9% haben. Projekte, die nicht eindeutig nach der Wohnrechtsform zugeordnet werden konnten, haben mit knapp 17% eine etwas geringere Leerstands-Rate als Eigentumsprojekte. Alle diese Werte sind deutlich höher, wenn man nur Hauptwohnsitzmeldungen berücksichtigt: Eigentumswohnungen haben dann eine Leerstandsquote von 22%, bei der Miete liegt sie bei 14% und bei Wohneinheiten mit unbekanntem Typ bei 25%“⁶⁹⁷

Nachdem Leerstand als Indiz für Spekulation gesehen werden kann, lässt sich schlussfolgern, dass bei Eigentumsprojekten und nicht dem sozialen Wohnbau dienenden Projekten Spekulation ein weit häufigeres Problem ist. Die Studienautor*innen halten zudem fest, dass Leerstand bei den Eigentumsprojekten im beobachteten Zeitraum 2018-2021 als ernst zu nehmendes Phänomen zu betrachten ist. Deshalb werden immer mehr Stimmen laut, die eine bundesweite Lösung für eine Leerstandsabgabe fordern.⁶⁹⁸ In Wien wurde zur Reduktion des durch Kurzzeitvermietungen (z. B. Airbnb) entstehenden Leerstandes ein Gesetz eingeführt, das diese Art der Vermietungen bei Privatwohnungen auf maximal 90 Tage im Jahr begrenzt.

Eine Untersuchung des Leerstands nach Bundesländern verdeutlicht die Bedeutung eines starken sozialen Wohnbaus, wie er in Wien praktiziert wird. Wie Abbildung 23: Leerstandsquote in

⁶⁹⁶ Plank et al. (2022): 74

⁶⁹⁷ Plank et al. (2022): 75

⁶⁹⁸ vgl. Arbeiterkammer (2023)

Österreichs Bundesländern zeigt, hat Wien mit 3,4 Prozent die niedrigste Leerstandsquote aller Bundesländer, gefolgt von Vorarlberg (3,9 Prozent), Oberösterreich (4,2 Prozent), Burgenland (4,9 Prozent) und Niederösterreich (5,0 Prozent).

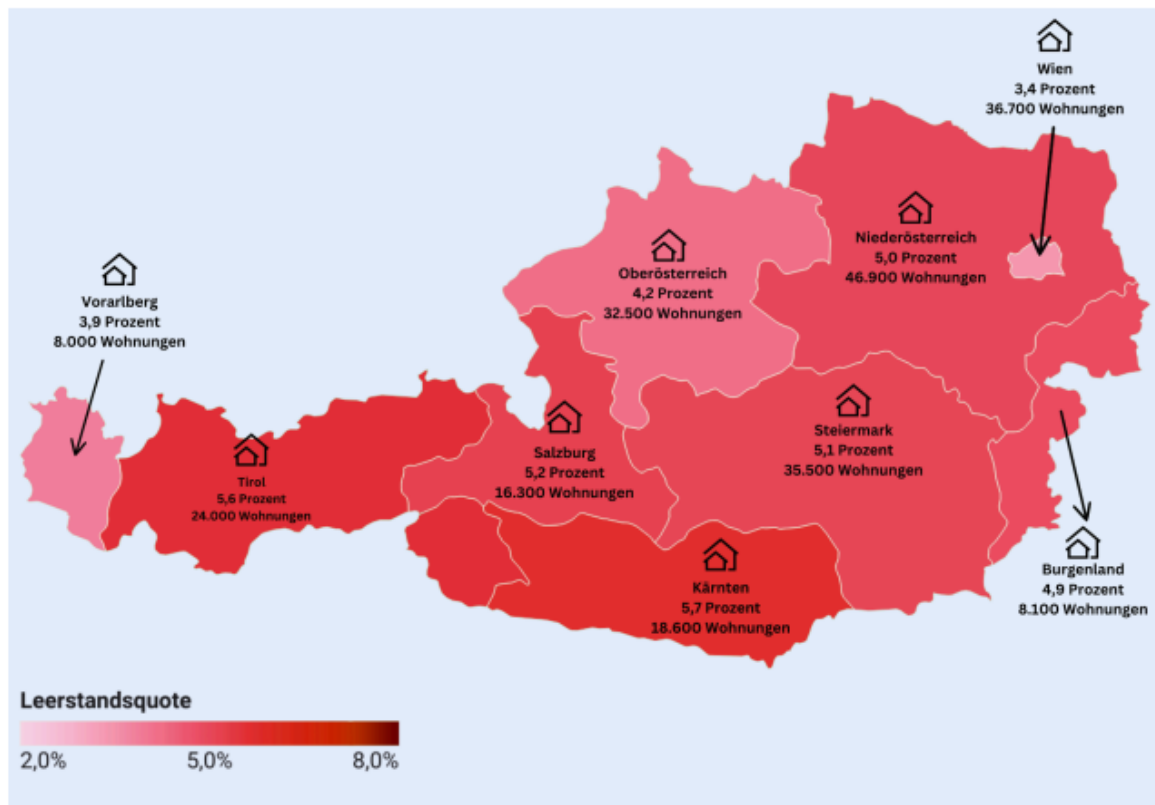


Abbildung 23: Leerstandsquote in Österreichs Bundesländern⁶⁹⁹

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Nutzung von Wohnungen. Auch hier lassen sich aufgrund national unterschiedlicher Meldegesetze keine internationalen Vergleiche anstellen, jedoch gibt Tabelle 11: Wohnungen nach Wohnsitzmeldungen und Bundesland, 2021 einen Überblick über die Nutzung der Wohnungen als Haupt- oder Nebenwohnsitz bzw. ohne Wohnsitzmeldung im österreichischen Bundesländervergleich. In Österreich sind insgesamt 81,8 Prozent aller Wohnungen als Hauptwohnsitz gemeldet. Im Bundesländervergleich liegt wieder Wien (86,2 Prozent) an erster Stelle und damit deutlich über dem österreichischen Durchschnitt.

⁶⁹⁹ Greenpeace (2024)

Bundesland	Wohnungen absolut			Wohnungen in %		
	mit Hauptwohnsitzmeldungen	mit nur Nebenwohnsitzmeldungen	ohne Wohnsitzmeldung	mit Hauptwohnsitzmeldungen	mit nur Nebenwohnsitzmeldungen	ohne Wohnsitzmeldung
Österreich	4 015 886	240 496	653 028	81,8	4,9	13,3
Burgenland	129 573	12 763	23 277	78,2	7,7	14,1
Kärnten	256 783	15 913	53 104	78,8	4,9	16,3
Niederösterreich	742 473	63 344	133 967	79,0	6,7	14,3
Oberösterreich	651 375	26 924	92 729	84,5	3,5	12,0
Salzburg	244 541	18 815	46 454	78,9	6,1	15,0
Steiermark	559 205	30 193	101 498	80,9	4,4	14,7
Tirol	332 376	23 029	68 391	78,4	5,4	16,1
Vorarlberg	172 780	6 057	28 879	83,2	2,9	13,9
Wien	926 780	43 458	104 729	86,2	4,0	9,7

Q: STATISTIK AUSTRIA, Gebäude- und Wohnungszählung 2021. – Beim Wohnungsbestand in Wien fehlen Wohnungen ohne Wohnsitzmeldung, welche nach 2011 durch An-, Auf- oder Umbautätigkeiten errichtet wurden.

Tabelle 11: Wohnungen nach Wohnsitzmeldungen und Bundesland, 2021⁷⁰⁰

Außerdem nimmt sich die Stadt Wien jenen Fällen an, in denen Immobilienunternehmen aus Spekulations- und Wertsteigerungsgründen Häuser verfallen lassen, in denen noch Mieter*innen wohnen. Nachdem in Österreich Mieter*innen mit unbefristeten Verträgen gut geschützt sind, greifen Immobilienunternehmen vereinzelt auf solche Maßnahmen zurück, um die Wohngebäude mietfrei zu machen, sie anschließend zu renovieren und wieder teurer zu vermieten. Mit Stand April 2025 standen in Wien 90 bis 100 sogenannte Spekulationshäuser unter Beobachtung. Von Seiten der Stadt wird betont, dass gerichtlich gegen diese Form von Immobilienspekulation vorgegangen wird.⁷⁰¹

Ökologische Nachhaltigkeit

Der Gebäudesektor ist für einen entscheidenden Anteil an Treibhausgasemissionen verantwortlich – in Österreich sind es 10 Prozent, in Wien sogar ein Drittel.⁷⁰² Der Bereich des Wohnbaus, als einer der Kernbereiche des Bausektors, hat somit großes Potenzial, zur Bekämpfung des Klimawandels beizutragen. Klare politische Zielsetzungen und Verordnungen (z. B. Bauordnung) und eine starke Vertretung der öffentlichen Hand im Wohnbereich können die Sanierungs-, Heizungs- und Stromsystemwechsel strategisch koordinieren (z. B. Bündelung von Quartierssanierungen, Umstieg auf zentrale, erneuerbare Wärme, Photovoltaik auf Beständen) und diese Ziele mit sozialer Leistbarkeit

⁷⁰⁰ Statistik Austria (2023a): 39

⁷⁰¹ Pucher (2025)

⁷⁰² Sibille et al. (2025):11

verknüpfen (z. B. Mietbeihilfen oder Energiearmut-Prävention). Das adressiert gleich mehrere öffentliche Ziele: Emissionsminderung, Senkung der Energiekosten und Resilienz gegenüber Energiepreisschocks. Eine starke öffentliche Beteiligung erleichtert zudem die Kopplung mit anderen Daseinsvorsorgebereichen (z. B. Energie, etwa über die thermische und energetische Sanierung, oder Mobilität, etwa über die Verbindung von Stadt- und Wohnraumplanung mit öffentlichem Verkehr).

Thermische und energetische Sanierung

Die öffentliche Verantwortung im Bereich des Wohnens bietet erhebliche ökologische Potenziale, insbesondere dann, wenn Förderinstrumente systematisch mit Klimazielen verknüpft werden. Die Stadt Wien demonstriert beispielhaft, wie eine starke öffentliche Beteiligung im Wohnbausektor zur Erreichung ökologischer Nachhaltigkeitsziele beitragen kann. Grundlage dafür bildet das Wiener Wohnbauförderungsgesetz, das Wohnbaudarlehen unter klar definierten sozialen und ökologischen Auflagen vergibt – unabhängig davon, ob es sich um gemeinnützige Bauträger*innen, kommunale Träger*innen, gewinnorientierte Entwickler*innen oder Privatpersonen handelt.

Öffentliche Förderprogramme und Gesetze haben einen ersten wichtigen Schritt in Richtung des im Nationalen Energie- und Klimaplan festgehaltenen Ziels der Klimaneutralität bis 2040 gesetzt, dem sich auch Wien mit dem Wiener Klimagesetz verschrieben hat.⁷⁰³ So haben Förderungen zum Austausch von Öl- und Gasheizungen bereits die angestrebte Wirkung erzielt, da ölbasierte Heizsysteme seit 2003 um 43 Prozent zurückgegangen sind. „Gleichzeitig hat sich die Zahl der Fernwärmesysteme mehr als verdoppelt (+107 % absolut, +67 % relativ), während die Solar- und Wärmepumpensysteme regelrecht explodiert sind (+314 % absolut, +267 % relativ).“^{704,705} Aktuell haben in Österreich 32 Prozent aller Haushalte ein Fernwärmesystem und 14 Prozent verfügen über ein auf Solarenergie oder auf Wärmepumpen basierendes System. In Wien sind es 47 bzw. 2 Prozent.⁷⁰⁶ Zusätzlich wird das Verbot von Gasheizungen bei Neubauten im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz 2024 den Ausstieg aus Gas fördern.

Besonders wichtig für den Erfolg dieser Programme ist die Verbindung von klimapolitischen Zielen mit sozialer Verträglichkeit. So wird sichergestellt, dass Klimamaßnahmen von allen Teilen der Gesellschaft mitgetragen werden. Im bereits erwähnten 4-Säulen-Modell der Wiener Wohnbauförderung werden ökologische und soziale Nachhaltigkeit explizit miteinander verknüpft. Neben Anforderungen an die

⁷⁰³ Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2024): 11

⁷⁰⁴ ebd.: 22

⁷⁰⁵ Die absolute Steigerung bezieht auf die Anzahl der Heizsysteme, ungeachtet der Veränderung des Wohnungsbestandes. Die relative Steigerung berücksichtigt auch die Steigerung des Wohnungsbestandes.

⁷⁰⁶ Statistik Austria (o.J.): Energieeinsatz der Haushalte

Energieeffizienz wird hier auch die Gründung von Energiegemeinschaften gefördert. Diese ermöglichen nicht nur eine dezentrale Energieversorgung, sondern schaffen auch soziale Teilhabe an der Energiewende – etwa durch gemeinschaftlich betriebene Solaranlagen oder lokale Speicherlösungen.

Die Klimaziele der Stadt Wien, insbesondere das Ziel der Klimaneutralität bis 2040, prägen zunehmend auch die wohnungspolitischen Maßnahmen. So soll die thermische Sanierung des Gebäudebestands in den kommenden Jahren vorangetrieben werden. Dies umfasst nicht nur die finanzielle Förderung entsprechender Maßnahmen, sondern auch niederschwellige Beratungsangebote (etwa über die städtische Anlaufstelle „Hauskunft“)⁷⁰⁷ sowie digitale und partizipative Unterstützungssysteme. Ein integraler Bestandteil dieser Strategie ist die schrittweise Umstellung der Wärmeversorgung auf CO₂-neutrale Quellen. Wien plant, Ölheizungen bis 2035 und Erdgasheizungen bis 2040 vollständig zu ersetzen – insbesondere durch Fernwärme und Wärmepumpentechnologie.⁷⁰⁸

Die städtische Wohnungspolitik verbindet Stadtplanung, Energieversorgung und Sanierungspolitik in einer koordinierenden Rolle, wie sie nur durch eine starke öffentliche Daseinsvorsorge möglich ist. Durch diesen integrierten Ansatz werden Synergien genutzt, die im privatwirtschaftlich dominierten Wohnbau häufig ungenutzt bleiben. Besonders deutlich wird dies bei der Förderung von Energiesuffizienzstrategien im Gebäudebestand, darunter die Umstellung auf zentrale Heizsysteme und die Nutzung der Gebäudehülle zur Energiegewinnung (z. B. durch Photovoltaik).⁷⁰⁹

Die Kombination aus langfristiger öffentlicher Planungssicherheit, sozial gerechter Mietpolitik und ökologischer Steuerung macht deutlich: Eine starke öffentliche Erbringung im Bereich Wohnen kann ein zentraler Hebel für die Umsetzung von Klimazielen sein. Sie kann nicht nur ökonomische und soziale Stabilität, sondern auch die institutionellen Voraussetzungen für eine tiefgreifende ökologische Transformation im urbanen Raum bieten.

Begrünungsmaßnahmen und nachhaltige Stadtplanung

Die hitzebezogenen Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels sind bereits jetzt, vor allem im urbanen Raum, zu spüren. Das Ausweiten von Grünräumen und Parks sowie die Gebäudebegrünung sind wichtige Stellschrauben der Gemeinden und Kommunen, um dem spürbaren Temperaturanstieg im Wohnbereich entgegenzuwirken.

⁷⁰⁷ <https://www.hauskunft-wien.at>

⁷⁰⁸ Deistler et al. (2022): 60ff

⁷⁰⁹ Deistler et al. (2022): 63

Wie bereits erwähnt ist es im Bereich Wohnen wichtig, dass Synergien mit anderen Gesellschafts- und Wirtschaftsbereichen geschaffen und genutzt werden, um die vielfältigen Herausforderungen des Klimawandels zu meistern. Bezogen auf die ökologische Nachhaltigkeit sticht hier neben dem Bereich Energie die nachhaltige Stadtplanung hervor. Bei einer starken öffentlichen Daseinsvorsorge können hier Maßnahmen einfacher und effizienter aufeinander abgestimmt und bereichsübergreifend vollzogen werden.

Wie so etwas funktionieren kann, zeigt Wien mit der „Smart Klima City Strategie“. Es finden sich dabei

„folgende relevante Zielsetzungen:

- Bauträgerwettbewerbe im geförderten Wohnbau als Treiber sozialer Innovationen und neuer Lösungen in der Klimawandelanpassung, insbesondere bei Begrünungsmaßnahmen
- Begrünungen und natürliche Beschattung als etablierte Standards in der Bauwerksklimatisierung
- Sämtliche Bau- und Stadtentwicklungsprojekte werden hinsichtlich ihres Beitrages zur Klimawandelanpassung geprüft und optimiert
- Einsatz von Gebäudebegrünungen in dicht verbauten Gebieten zur Verbesserung des Mikroklimas
- Begrünungen, Beschattungen und weitere Maßnahmen im öffentlichen Raum für klimafitte Grätzl
- Lokale Rückführung des Regenwassers in den natürlichen oder naturnahen Wasserkreislauf
- Ausbau, Neuschaffung und strukturelle Verbesserung von Grün- und Freiflächen zum Schutz vor sommerlicher Überhitzung“⁷¹⁰

Außerdem soll auch die Entsiegelung in der Stadt vorangetrieben werden. Nach eigenen Angaben wurden in der gesamten Stadt Wien in der Legislaturperiode 2020 bis 2025 344 Begrünungsprojekte umgesetzt.⁷¹¹

Auch im geförderten Wohnbau stehen in Wien Begrünungsmaßnahmen im Fokus. Bereits in den 1980er Jahren wurden Gebäudebegrünungen umgesetzt, etwa im Wohnpark Alterlaa. Auch die von Friedensreich Hundertwasser entworfenen Gebäudeanlagen sind hier zu nennen. Ein aktuelles Beispiel der modernen Stadtbegrünung ist die Biotope City Wienerberg. Der Prozess der Planung und

⁷¹⁰ Formanek et al. (2024): 28

⁷¹¹ orf.at (2025)

Errichtung des nachhaltigen Projekts wurde von einem interdisziplinären Team durchgeführt und von einem Forschungsprojekt begleitet.⁷¹²

Auch in anderen österreichischen Städten gibt es vermehrt öffentliche Pläne und Strategien, die die urbane Begrünung vorantreiben sollen. Im Zuge des Green Market Report 2023 wurden 37 österreichische Städte zu klimapolitischen Maßnahmen befragt. 60 Prozent gaben an, bereits Klimawandelanpassungsstrategien ausformuliert und beschlossen und mit der Umsetzung begonnen zu haben. Gleichzeitig haben 40 Prozent der befragten Städte noch nicht begonnen, Maßnahmen zu ergreifen.

Krisenresilienz

Ein weiterer wichtiger Vorteil einer starken öffentlichen Beteiligung an der Daseinsvorsorge im Bereich des Wohnens ist die erhöhte Krisenresilienz. Öffentliche Investitionen sind nicht so stark an Konjunkturzyklen gebunden wie private Investitionen. Der Staat und die Gemeinden fungieren in Krisenzeiten als Stabilitätsfaktor und können darüber hinaus durch ein Eingreifen negative Auswirkungen abfedern.

Der soziale Wohnbau sichert – gerade in Krisen – leistbaren Wohnraum für die Bevölkerung. Für ganz Österreich ist der gemeinnützige Wohnbau hier ein wichtiger Stabilisator. Seit den 1970er Jahren stellen die rund 180 in Österreich tätigen gemeinnützigen Bauvereinigungen zwischen 12.000 und 19.000 Wohnungen pro Jahr fertig. Auch in Zeiten, in denen der private Wohnbaumarkt Krisen durchlebte, blieb diese durch Wohnbauförderung ermöglichte Art des Bauens konstant. „Besonders deutlich gelang dies in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, als die Gemeinnützigen jährlich mehr als 18.000 Wohnungen fertigstellten und dadurch den schwächelnden kommerziellen Neubau ausgleichen konnten.“⁷¹³

Sehr deutlich zeigt sich die Krisenresilienz des sozialen Wohnbaus in Wien. In Vergleichsstudien zwischen Amsterdam, Helsinki und Wien werden die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 auf den sozialen Wohnbau analysiert. In allen Städten war die Krise im Wohnbau generell und im sozialen Wohnbau im Speziellen zu spüren. Sparmaßnahmen mussten in allen Systemen durchgesetzt werden. Gleichzeitig erwies sich das Wiener System im Vergleich mit den anderen beiden

⁷¹² Reinwald et al. (2020)

⁷¹³ Amann/Mundt/Orberhuber (2024a): 58

Städten als resilient. Einerseits, weil die gemeinnützigen Wohnbauträger*innen in Wien aufgrund ihrer langen Tradition mit großer Effizienz auf die Krise reagierten. Zusammenschließungen von Organisationen im sozialen Wohnbau führten zu Kostenreduktionen und ermöglichten die Fortführung von gemeinwohlorientierten Projekten, die die Bereitstellung von leistbarem Wohnraum weiter sicherstellten.⁷¹⁴ Andererseits, weil Wien im Gegensatz zu anderen europäischen Städten seinen Wohnungsbestand nicht privatisiert hat. Das gilt vor allem für die Zeit um die Jahrtausendwende, in der etwa durch die von der ÖVP und FPÖ geführte Bundesregierung die Privatisierung der BUWOG veranlasst wurde.⁷¹⁵ Auch der Blick nach Deutschland zeigt, dass die heutigen Bestände großer Immobilienkonzerne wie Vonovia teilweise auf Privatisierungen von öffentlichen Wohnungsbeständen in den 1990er und frühen 2000er Jahren zurückzuführen sind. Mit der Übernahme der Deutschen Wohnen hat sich Vonovia 2021 noch mehr Einfluss auf dem Markt gesichert. Kritiker*innen sehen darin einen Versuch, Mieten zu erhöhen, sich stärker gegen öffentliche Regulierungen zu positionieren und die Vermarktlichung des Wohnungsmarktes voranzutreiben.⁷¹⁶

Auch in den letzten Jahren wurde der Wert des sozialen Wohnbaus wieder klar ersichtlich. Zwischen 2019 und 2024 wurden in der Bundeshauptstadt insgesamt 96.820 neue Wohneinheiten fertiggestellt. 23.630 davon entfielen auf den sozialen Wohnbau.⁷¹⁷ Das ist knapp ein Drittel der dem sozialen Wohnbau zurechenbaren Wohneinheiten, die in ganz Österreich in dem Zeitraum gebaut wurden. Das hat dazu beigetragen, dass Wohnraum weiter leistbar bleibt, obwohl von einer internationalen Wohnkrise gesprochen wird. Und das trotz einer stark positiven Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren, von der Wien weit mehr betroffen ist als der Rest Österreichs:

„Österreich zeigt die im Vergleich zu den Nachbarländern (außer der Schweiz) stärkste Bevölkerungsentwicklung. Auch in den Zeiten der Pandemie legte die Bevölkerung kräftig zu. 2022 kam es, bedingt durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, zu einem Wachstumsschub um über 100.000 Personen. Auch für 2023 wird ein starker Anstieg um fast 80.000 Menschen erwartet. Der Zuwachs entfällt überproportional auf die Bundeshauptstadt. Gleichzeitig zeigen viele Indikatoren eine trotz der Krise sehr gute Wohnversorgung der Bevölkerung. Die Wohnkosten und der Anteil des Haushaltseinkommens, den der Durchschnittshaushalt für Wohnen aufzuwenden hat, nähern sich zwar dem EU-Durchschnitt

⁷¹⁴ Tsenkova (2021): 178f.

⁷¹⁵ Kadi/Lilius (2022): 1615

⁷¹⁶ Peter (2025): o.S.

⁷¹⁷ Statistik Austria

an, liegen aber dennoch unter dem Niveau der Mehrzahl der Nachbarländer, vor allem jenen mit ähnlich großen Mietwohnungsbeständen.”⁷¹⁸

Wien hat zudem auch für die Zukunft Maßnahmen gesetzt, die sicherstellen sollen, dass Wohnen weiterhin erschwinglich bleibt. Die Stadt hat sich strategisch darauf ausgerichtet, Grundstücke im Stadtbesitz nicht zu verkaufen, sondern eher Baurecht an Bauträger*innen zu vergeben.⁷¹⁹ Damit wird bei der Vergabe über Bauträger*innenwettbewerbe sichergestellt, dass zwei Drittel der neugebauten Wohnungen geförderter Wohnraum sind. Nachdem die Mieten im geförderten Wohnbau gedeckelt sind und der Grund in öffentlicher Hand bleibt, wird der Anstieg der Mietpreise verlangsamt und Spekulation erschwert. Mit der „Wohnbau-Offensive 2024+“ sollen zudem insgesamt 22.000 geförderte Wohnungen, in denen über 45.000 Menschen leben können, entstehen. Aktuell sind 16.100 geförderte Wohnungen in Vorbereitung, Planung oder Bau, die restlichen 5.900 sollen in den kommenden Jahren folgen.⁷²⁰

Außerdem hat die öffentliche Hand auch über den sozialen Wohnbau hinaus die Möglichkeit, aktiv in den Bereich Wohnen einzugreifen, um die sozialen Auswirkungen von Krisen abzdämpfen. So wurde angesichts der starken Inflation eine temporäre Mietpreisbremse auf Bundesebene eingeführt, die die jährlichen Mieterhöhungen auf maximal 5 Prozent beschränkte. Die Stadt Wien setzte in den Gemeindebauten noch weitreichendere Maßnahmen um. So sind die indexierten Mietanpassungen in Wiener Gemeindebauten für 2024 und 2025 ausgesetzt. Davon profitieren nach Eigenangabe der Stadt etwa 370.000 Mieter*innen.⁷²¹

Ökonomische und arbeitsmarktpolitische Aspekte

Die öffentliche Beteiligung am Wohnsektor leistet einen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung. Öffentliche Investitionen schaffen und sichern gut qualifizierte Arbeitsplätze in diesem Bereich. Dies erfolgt einerseits direkt durch Beschäftigte im öffentlichen Sektor, die in der Wohnungsplanung, -verwaltung und -förderung tätig sind. Andererseits entstehen indirekt Arbeitsplätze entlang der gesamten Wertschöpfungskette des Wohnbaus, etwa bei Architekt*innen, Planer*innen und Bauarbeiter*innen. Verlässliche Daten zu den konkreten indirekten

⁷¹⁸ Amann/Mundt/Oberhuber (2024): 5

⁷¹⁹ Stadt Wien (2024c)

⁷²⁰ Stadt Wien (2024d)

⁷²¹ Stadt Wien (o.J.)

Arbeitsmarkteffekten von rein öffentlichen Investitionen in dem Bereich gibt es aktuell nicht, es wird in diesem Abschnitt aber versucht, sich dem anzunähern und einen Überblick darüber zu geben, wie sich die Investitionen in den Wohnbau, speziell in den sozialen Wohnbau, entwickelt haben.

Arbeitsmarktpolitische Aspekte der öffentlichen Beteiligung am Wohnsektor

Investitionen in den Wohnbereich sind ein wichtiger Arbeitsplatzmotor. Nachdem der soziale Wohnbau in Wien in diesem Kapitel einen zentralen Stellenwert eingenommen hat, wird in diesem Abschnitt versucht, Aussagen über die direkten und indirekten Arbeitsplatzeffekte im Wohnbereich zu tätigen.

Direkt bei Wiener Wohnen sind nach Eigenangaben mehr als 4.500 Mitarbeiter*innen beschäftigt. Dies umfasst Wohnberater*innen, Techniker*innen, Mitarbeiter*innen im Backoffice, Hausbesorger*innen, Mitarbeiter*innen der Wiener Hausbetreuung, Ordnungsberater*innen und Sozialarbeiter*innen.⁷²² Weiters sind knapp 185 Menschen bei der MA 50, dem Magistrat für Wohnbauförderung und Schlichtungsstelle für wohnrechtliche Angelegenheiten, weitere 130 bei der MA 25, der Magistratsabteilung für technische Stadterneuerung, und weitere 104 beim Wiener Wohnfonds beschäftigt. Es sind also allein direkt bei der Stadt Wien über 5.000 Menschen im Bereich Wohnen beschäftigt. Hinzu kommen 2.628, die bei gemeinnützigen Bauträger*innen tätig sind.⁷²³ Damit arbeiten derzeit in Wien über 7.500 Menschen im Bereich des sozialen Wohnens.

Darüber hinaus zeigt eine Analyse des Baubereichs insgesamt, dass Investitionen in den Wohnbereich positive Effekte auf den Arbeitsmarkt haben. So hat das WIFO berechnet, dass pro 100 Millionen Euro an Gesamtinvestitionen (private und öffentliche Investitionen) in den Wohnbau 1.700 Stellen geschaffen werden.⁷²⁴ Außerdem führten die Institute L und R Sozialforschung und KMU Forschung im Jahr 2020 eine Fachkräfteerhebung in unterschiedlichen Branchen durch. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass sich die Baubranche in Wien hauptsächlich aus Kleinstunternehmen (Bau- und Handwerksfirmen, wie Maler*innen, Elektriker*innen, Fliesenleger*innen etc.) mit maximal 9 Beschäftigten zusammensetzt. 82 Prozent aller Bauunternehmen in Wien zählen zu dieser Kategorie. Inkludiert man die nächstgrößte Kategorie, also Kleinunternehmen mit maximal 49 Beschäftigten, sind es 89 Prozent der Unternehmen.⁷²⁵ Diese Zahlen beziehen sich nicht allein auf den Wohnbau, aber auf den Hochbau, zu dem der Wohnbau mehrheitlich zu zählen ist. Die dabei geschaffenen Stellen weisen

⁷²² Wiener Wohnen (o.J.)

⁷²³ GBV (2024): 32

⁷²⁴ Horvath et al. (2016): 11

⁷²⁵ Hekckl et al. (2023): 54

überdurchschnittlich hohe Medianeinkommen auf, ein Trend, der schon zu Beginn der Lehre in dem Bereich zu beobachten ist:

„Das Bruttojahreseinkommen für unselbständig Erwerbstätige liegt im Bausektor im Jahr 2021 im Median bei € 31.481 und damit über dem durchschnittlichen Medianeinkommen aller Erwerbstätigen in Wien (€ 29.515). [...] Im Bausektor ergeben sich nicht nur überdurchschnittliche Verdienstmöglichkeiten, sondern auch die Lehrausbildung wird bereits entsprechend entlohnt. Die befragten Expert*innen weisen darauf hin, dass die Lehrlinge in der Baubranche über vergleichsweise hohe Lehrlingsentschädigungen verfügen (€ 2.041 brutto im 3. Lehrjahr).“⁷²⁶

Öffentliche Investitionen in den Wohnbau in Wien kommen also vor allem Kleinst- und Kleinunternehmen zugute und es können überdurchschnittlich gut bezahlte Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.

Generell gilt jedoch, dass in Österreich in den diversen Berufen in der Baubranche Frauen in überwiegendem Ausmaß im kaufmännischen Bereich tätig sind, die auch mit einem höheren Teilzeitanteil einhergehen. Bereits gesetzte Initiativen, um Mädchen und junge Frauen für Ausbildungen in der Branche – auch fernab administrativer Tätigkeiten – zu interessieren, müssen hier noch greifen. Auch das Einkommen der Frauen in der Baubranche liegt im Median – auch aufgrund von Teilzeitarbeit – deutlich unter jenem der Männer. Hier braucht es weitere Maßnahmen, um Gehaltsunterschiede zu nivellieren und Frauen stärker in die Branche zu integrieren.

Auch in Zukunft weist der Baubereich ein großes Arbeitskräftepotential auf. Eine Studie der Arbeiterkammer Wien hat untersucht, wie viele zusätzliche Arbeitskräfte es in Österreich braucht, um weiterhin eine qualitativ hochwertige Erbringung der Daseinsvorsorge im Wohnbereich sicherzustellen. Im Bereich Wohnraumversorgung, welcher auch die Tätigkeiten Ölkesseltausch und thermische Sanierung umfasst, wird gemäß der Studie für das Basisjahr 2021 von einem österreichweiten Personalstand von 128.000 Menschen ausgegangen. Um die sozialökologischen Qualitäten der Daseinsvorsorge beizubehalten, werden bis 2030 weitere 19.100 Beschäftigte gebraucht. Um eine qualitative Aufwertung zu erzielen, werden noch zusätzlich 6.650 Beschäftigte benötigt.⁷²⁷

⁷²⁶ Hekckl et al. (2023): 59

⁷²⁷ Getzner et al. (2024): 182

Neben der bereits zentralen Bedeutung der öffentlichen Investitionen in den Wohnsektor als Teilbereich der Daseinsvorsorge, bietet eine gute Ausfinanzierung auch in Zukunft die Möglichkeit, eine große Zahl an qualitativ hochwertigen, gut bezahlten Jobs zu schaffen und zu sichern.

Öffentliche Investitionen in den Bereich Wohnen

Öffentliche Investitionen in den Wohnbau gliedern sich einerseits in Objektförderung, welche den geförderten Neubau und die geförderte Sanierung umfasst und Bauträger*innen zukommt, und andererseits in Subjektförderung. Diese umfasst Auszahlungen für Wohnkostenzuschüsse und Mietbeihilfen und kommt Mieter*innen zu.

Eine Studie des österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen hat die öffentlichen Investitionen in die Wohnbauförderung von 1996 bis 2022 analysiert. Langfristig ist hier österreichweit ein deutlicher Rückgang zu erkennen:

„die realen Wohnbauförderungsausgaben haben sich seit Ende der 1990er Jahre in etwa halbiert. Im Wohnungsneubau ist der langfristige Rückgang besonders deutlich. Während die nominellen Ausgaben um ein Drittel (-33%) zurückgingen, belief sich der reale Rückgang auf 60%.“⁷²⁸

Auch in puncto Sanierung sind die realen Ausgaben zwischen 1996 und 2022 um 27 Prozent gesunken. Einzig die tatsächlich getätigten Ausgaben für Wohnbeihilfen sind beinahe auf dem gleichen Niveau geblieben.⁷²⁹

Von 2022 auf 2023 war jedoch, sowohl bei den Wohnbauförderungen insgesamt als auch bei den öffentlichen Förderungen für Gebäudesanierung, wieder ein Aufwärtstrend zu beobachten. Hier gibt es Anzeichen, dass die zentrale Rolle der öffentlichen Hand im Wohnbau bei der Bekämpfung der Klimakrise erkannt wurde. Auf Bundesebene wurden Programme wie „Raus aus Öl und Gas“ oder der „Sanierungsbonus“ eingeführt und auch auf Länderebene kam es in diesem Bereich in den letzten beiden Jahren zu verstärkten Bemühungen. „Im Jahr 2023 wurden seitens der Länder rd. 670 Mio. EUR für Sanierung ausgegeben. Seit 2021 ist auch die steigende Bedeutung der Bundesförderungen zu beobachten.“⁷³⁰ Auch in der Bundeshauptstadt Wien war bei den realen öffentlichen Investitionen in den Wohnbau ein ähnlicher Trend zu beobachten. Entgegen dem österreichischen Trend kam es in

⁷²⁸ Kössl (2024): 11

⁷²⁹ ebd.

⁷³⁰ ebd.: 15

Wien aber bereits ab dem Jahr 2000 wieder zu einer Zunahme der Bautätigkeit, die besonders ab 2011 an Fahrt aufnahm. Hier kam es zu einem regelrechten Wohnbauboom. Diese Entwicklung, die trotz der sinkenden tatsächlich getätigten Investitionen stattfand, ist am ehesten durch eine Umstellung der Wohnbaustrategie zu erklären. Die Stadt Wien investierte in diesen Jahrzehnten nicht, wie davor üblich, in den Gemeindebau, sondern förderte vermehrt die Vergabe von Wohnbauprojekten mit einem hohen Anteil geförderter Wohnungen. So kam es zu einem deutlichen Anstieg des Anteils der gemeinnützigen Mietwohnungen. Damit stieg der Anteil geförderter Mietwohnungen in Wien stärker als im österreichischen Durchschnitt: „Die Anteile der GBV Mietwohnungen wuchsen zwischen 2011 und 2020 in Österreich von 13% auf 17% und in Wien von 16% auf 21%.“⁷³¹

Zusätzlich dazu hat die Stadt Wien wieder begonnen, eigene Gemeindebauten zu bauen. Das erste dieser Projekte, der Barbara-Prammer-Hof, wurde 2019 fertiggestellt. 40 weitere Projekte mit 5.700 Gemeindewohnungen werden derzeit realisiert, zusätzlich dazu sollen bis 2030 insgesamt weitere 1.500 Gemeindewohnungen errichtet werden. „Für die Errichtung der neuen Gemeindewohnungen stellt die Stadt Wien beträchtliche Fördermittel sowie einen Sondertopf in Höhe von 31,5 Millionen Euro zur Verfügung.“⁷³²

Auch für die Zukunft ist es wichtig, in ausreichendem Ausmaß Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dabei hat der soziale Wohnbau eine tragende Rolle. Investitionen in den sozialen Wohnbau sichern nicht nur leistbaren Wohnraum, verhindern Spekulation, unterstützen die Krisenresilienz und schaffen sowie sichern Arbeitsplätze, sondern unterstützen auch die Bauwirtschaft insgesamt. Allein in Wien werden über die Bauwirtschaft nach Eigenangaben der Stadt rund 4 Milliarden Euro Wertschöpfung generiert.⁷³³

Schlussfolgerungen

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ein starker gemeinnütziger und öffentlicher Wohnbausektor mehrere entlastende Funktionen erfüllt. Er senkt die individuelle Mietbelastung, stabilisiert den Gesamtmarkt, verringert den Markt für Spekulation, ermöglicht soziale Durchmischung und schafft bzw. sichert Arbeitsplätze. Gleichzeitig erzeugt er durch den Fokus auf Gemeinwohlinteressen eine Steuerungswirkung, die Marktversagen und sozialer Verdrängung

⁷³¹ Klien et al. (2023): 40f.

⁷³² Wiener Wohnen (o.J.[a]): o.S.

⁷³³ Presse-Service (2025): o.S.

präventiv begegnet. Die wissenschaftliche Evidenz spricht daher klar für den Ausbau des gemeinnützigen Sektors als integralen Bestandteil einer sozial verträglichen Wohnungspolitik.

Die zentralen Erkenntnisse sind:

- **Europäischer Trend:** In vielen Ländern gibt es einen Rückzug des Staates aus dem Daseinsvorsorgebereich Wohnen. Es kommt zu einer zunehmenden Privatisierung und Kommodifizierung. Mieten steigen deutlich stärker als Einkommen, wodurch bereits von einer Wohnkrise gesprochen wird.
- **Wien als Ausnahme:** Mit rund 41 Prozent öffentlichem und gefördertem Wohnbau verfügt Wien über einen außergewöhnlich hohen Anteil an Gemeindebau- und Genossenschaftswohnungen. Dieser große öffentliche Sektor wirkt preisdämpfend und stabilisierend auf den gesamten Wohnungsmarkt. Wien ist damit internationales Vorbild für leistbares Wohnen.
- **Preisdämpfender Effekt:** Sozialwohnungen entziehen einen großen Marktanteil der Spekulation. Sie haben eine stabilisierende Wirkung auf den gesamten Mietmarkt; laut WIFO führt ein um 10 Prozent höherer Anteil gemeinnütziger Wohnungen am Wohnungsmarkt zu einer Senkung der Mieten am Gesamtmarkt um etwa 30 bis 40 Cent/m².
- **Soziale Wirkung:** Gesellschaftlich erfüllt der öffentliche Wohnbau eine wichtige Funktion. Er trägt zur sozialen Durchmischung, zur Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen und zur Stärkung des sozialen Friedens und Zusammenhalts bei.
- **Leerstand & Spekulation:** Der gemeinnützige Wohnbau verhindert Leerstand aufgrund von Spekulationsgeschäften. In Wien beträgt die Leerstandsquote nur rund 3,4 Prozent und liegt damit im österreichischen Vergleich am niedrigsten. Dies verhindert Spekulation und sorgt für eine effizientere Nutzung des Wohnraums.
- **Nachhaltigkeit:** Auch in ökologischer Hinsicht ist der öffentliche Wohnbau von zentraler Bedeutung. Eine öffentliche Erbringung ermöglicht das direkte Umsetzen von Maßnahmen wie energetischer und thermischer Sanierung oder einen ökologisch nachhaltigen Ansatz bei der Errichtung von Gebäuden. Außerdem können Synergien mit anderen Bereichen wie Energie oder Stadtplanung geschaffen werden.
- **Krisenresilienz:** Öffentliche und gemeinnützige Wohnbauträger*innen sichern Versorgung und Beschäftigung auch in schwierigen Situationen (z. B. Pandemie, Inflation). So ist es möglich, dass Investitionen in leistbaren Wohnraum wie auch Beschäftigung unabhängig von Konjunkturzyklen aufrechterhalten werden.

- **Investitionstrends:** In Österreich ist seit den 1990er Jahren ein starker Rückgang öffentlicher Wohnbauinvestitionen (teilweise um 50–60 Prozent real) zu beobachten. Neben dem Anstieg der privaten freifinanzierten Wohnbautätigkeit wird in Wien die Schaffung von sozialem Wohnraum weiter forciert, indem die Wohnbauförderung im Rahmen von Bauträger*innenwettbewerben an die Errichtung von mindestens zwei Dritteln geförderten Wohnraums geknüpft ist. Auch die direkte öffentliche Investition in den Bau von Gemeindebauwohnungen nahm in Wien wieder an Fahrt auf. Leistbares, ökologisch nachhaltiges und sozial integrierendes Wohnen kann langfristig nur durch eine starke öffentliche Beteiligung gewährleistet werden.
- **Arbeitsmarkteffekte:** Öffentliche Investitionen in den Wohnbau schaffen und sichern qualitativ hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze im Bauwesen.

Schlussfolgerungen

Zwischen den 1980er und 2000er Jahren gab es einen Liberalisierungs- und Privatisierungsboom in Europa und immer mehr Leistungen der Daseinsvorsorge wurden privaten Unternehmen zugänglich gemacht. Seither zeigt die Entwicklung eine zunehmende Differenzierung. Einerseits ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten auch eine erhebliche Zahl an Rekommunalisierungen zu verzeichnen, bei denen zuvor privatisierte Leistungen wieder in öffentliche Verantwortung überführt wurden. Andererseits gibt es fortbestehende Marktöffnungen und Bestrebungen, weitere Bereiche der Daseinsvorsorge zu liberalisieren und zu privatisieren, weshalb die öffentliche Daseinsvorsorge immer wieder unter Druck gerät.

Die einzelnen Bereiche der Daseinsvorsorge waren in unterschiedlichem Ausmaß von Liberalisierungen und Privatisierungen betroffen. Im Wohn- oder Energiebereich gibt es einen Mix an öffentlichen und privatwirtschaftlichen Unternehmen, die auf einem liberalisierten Markt tätig sind. Im Abfallmanagement gibt es in den meisten Ländern zwar eine überwiegend öffentliche Steuerung, die Erbringung erfolgt aber sowohl über Gemeindeverbände als auch über Privatunternehmen. Im Wassersektor ebenso wie im öffentlichen Verkehr gibt es vereinzelte Fallbeispiele von Privatisierungen, die großen Privatisierungswellen blieben bis dato aus. Trotzdem sehen sich Staaten, Länder und Gemeinden auch in diesen Bereichen immer wieder mit Vorstößen zu weiterer Liberalisierung und Privatisierung konfrontiert.

Aus den bisherigen Erfahrungen mit öffentlich und privat erbrachter Daseinsvorsorge lassen sich aus gesellschaftlicher sowie ökologischer Perspektive und in Bezug auf Krisenresilienz, Arbeitsmarkt und Wirtschaft eine Reihe an Rückschlüssen ziehen, die nahelegen, dass eine öffentliche Daseinsvorsorge eine größere sozialpolitische Wirkung erzielt als eine private.

Die sozialpolitische Wirkung der öffentlichen Daseinsvorsorge

1. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist primär am Gemeinwohl und nicht an Gewinnorientierung ausgerichtet.

Der zentrale Unterschied zwischen einer öffentlichen und privaten Erbringung der Daseinsvorsorge ist, dass während bei privaten Unternehmen oft in erster Linie die reine Gewinnorientierung im Mittelpunkt steht, die öffentliche Hand primär die Förderung des Gemeinwohls zum Auftrag hat. Dabei werden Ziele wie soziale Integration, Inklusion, gerechte Ressourcenverteilung, Stabilität und langfristige Versorgungssicherheit verfolgt. Demgegenüber basieren Märkte auf Ausschluss, Wettbewerb und Preisbildung. Diese Spannung kommt darin zum Ausdruck, dass private Anbieter*innen oft nur lukrative Segmente bedienen, während öffentliche Anbieter*innen eine möglichst flächendeckende und niederschwellige Versorgung zum Ziel haben.

Da sich Wien dem Privatisierungsdruck nicht gebeugt hat, erbringt die Stadt die Leistungen der Daseinsvorsorge in hohem Maße in Eigenregie. Die Stadt Wien und die kommunalen Versorger*innen sind daher auch primär dem Gemeinwohl verpflichtet und nicht der reinen Gewinnorientierung. Dabei wird die öffentliche Daseinsvorsorge in Wien breit gedacht und nicht nur auf das Bereitstellen essenzieller Leistungen wie Energieversorgung, Wasserver- und -entsorgung, Abwasserbehandlung, Abfallentsorgung, Wohnen, Mobilität und Gesundheitsversorgung beschränkt, sondern beinhaltet etwa auch den sozial gerechten Zugang zu Freizeit-, Sport- und Kulturangeboten sowie vielen (Weiter)Bildungsangeboten abseits des klassischen Bildungsweges. Je mehr Daseinsvorsorgeleistungen in öffentlicher Hand sind, desto besser können sie ineinandergreifen, Maßnahmen aufeinander abgestimmt, Synergieeffekte erzielt und letztlich dem Gemeinwohl gedient werden.

2. Eine öffentlich organisierte und gesteuerte Daseinsvorsorge ermöglicht eher umfassendere, langfristige und effizientere Investitionen sowie eine koordiniertere Planung und Umsetzung.

Die Basis der Daseinsvorsorge bildet eine gut ausgebaute und langfristig geplante Infrastruktur, die laufend instand gehalten, gewartet und ausgebaut werden muss. Dies macht stetige, teils umfangreiche Investitionen erforderlich. Eine öffentliche Daseinsvorsorge, die sowohl Langfristigkeit als auch Qualität der Infrastruktur und Leistungsbringung berücksichtigt und im besten Fall die einzelnen Bereiche der Daseinsvorsorge miteinander verbindet, kann daher tendenziell mindestens so effizient und teilweise sogar kostengünstiger agieren und nachhaltiger Investitionen tätigen als private Akteur*innen. Darüber hinaus verpflichtet die Gemeinwohlorientierung die öffentlichen Institutionen

zum verantwortungsvollen Wirtschaften. Investitionskosten amortisieren sich in vielen Fällen jedoch erst über Jahrzehnte, weshalb private Daseinsvorsorgeerbringer*innen oft nicht bereit sind, diese Investitionen auch zu tätigen, da sich die Kosten eventuell erst dann bezahlbar machen, wenn sie die Leistung gar nicht mehr erbringen. Investitionen in den Erhalt, die laufende Erneuerung und den Ausbau der Infrastruktur werden von privaten Unternehmen nur dann getätigt, wenn diese sich wirtschaftlich rechnen, was zu Qualitätseinbußen, aber auch zu Ressourcenverschwendung führen kann. Dies zeigt sich etwa bei der privatisierten Wasserversorgung in Großbritannien, die fast doppelt so viele Rohrleckagen wie der Wasserbranchendurchschnitt aufweist. Allein in der Metropolregion London könnte mit dem täglichen Wasserverlust durch Rohrleckagen die Versorgung von 5 Mio. Menschen gedeckt werden. Auch zeigt sich beim privatisierten Bahnverkehr in Großbritannien, wo es zu mehreren Entgleisungen mit Todesopfern kam, dass eine schlechte Instandhaltung der Infrastruktur zu einem Sicherheitsrisiko werden kann.

In Wien investieren die Stadt und die öffentlichen Versorger*innen laufend in den Erhalt und den Ausbau der Leistungen, um die Qualität für die Zukunft sicherzustellen. Dabei werden auch große Investitionen, die auf Langfristigkeit ausgelegt sind und sich erst über die Jahre amortisieren, getätigt, wie derzeit etwa der Bau der neuen U-Bahnlinie U5. Ein anderes Beispiel wäre der Bau der Wiener Donauinsel in den 1970er und 1980er Jahren. Das Projekt war damals hochumstritten, zeigt heute aber, wie vorausschauende und langfristig gedachte Daseinsvorsorge funktionieren kann. Die Donauinsel wurde als zentrales Hochwasserschutzprojekt erbaut, dabei entstand durch den Aushub für die Neue Donau eine künstliche Insel, die heute eines der beliebtesten Freizeit- und Erholungsgebiete in ganz Wien ist.

3. Die öffentliche Hand bleibt in der Letztverantwortung und muss finanziell einspringen, wenn Privatisierungen scheitern.

Wenn private Unternehmen bei der Leistungserbringung in der Daseinsvorsorge scheitern, bleibt es letztlich an der öffentlichen Hand, diese für die Bevölkerung bereitzustellen, was oft mit erheblichen Kosten verbunden ist. Sei es, dass Investitionen von Seiten privater Unternehmen ausbleiben und die Infrastruktur verfällt, schlechtes Wirtschaften zum Konkurs der privaten Unternehmen führt oder sich private Anbieter*innen aus dem Markt zurückziehen. Hinzu kommt, dass vernachlässigte Investitionen der Privaten im Nachhinein oft zu höheren Kosten für die öffentliche Hand führen. Ein Beispiel hierfür ist etwa die Teilprivatisierung der Londoner U-Bahn, bei der der Staat infolge des Konkurses eines der

betreibenden Unternehmen Zuschüsse in Milliardenhöhe tätigen musste, um den Betrieb weiter aufrechtzuerhalten. Die Kosten trugen letztendlich die Steuerzahler*innen.

4. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss entsprechend finanziert sein, um die Qualität, Sicherheit und Versorgung aller gewährleisten zu können.

Die öffentliche Daseinsvorsorge erbringt eine Vielzahl essenzieller Leistungen, wie beispielsweise die Versorgung mit Wasser, Energie, öffentlichem Verkehr und Gesundheitsleistungen. Damit diese Leistungen und ihre Infrastrukturen erhalten und ausgebaut werden können, braucht es allerdings eine solide finanzielle Basis. In Österreich zeigt sich allerdings, dass immer mehr Gemeinden finanzielle Schwierigkeiten haben und wichtige Investitionen in die Daseinsvorsorge aufschieben müssen. Rund 1 Mrd. Euro an Investitionen für 5.000 Projekte mussten die österreichischen Gemeinden seit Anfang 2025 aufschieben. Besonders betroffen sind dabei Investitionen in die kommunale Basisinfrastruktur, wie Straßen, Gebäudesanierung, Freizeit- und Kultureinrichtungen, Wasser- und Abwasserprojekte, Feuerwehr und Katastrophenschutz sowie Schulen und Kindergärten.

5. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird demokratisch gesteuert und kontrolliert.

Demokratisch legitimierte Entscheidungen über Standards, Preise, Zugang oder Organisation der Leistungen haben tendenziell eher das Gemeinwohl im Fokus als reine Marktmechanismen. Diese entscheidungsbefugten Gremien müssen aufgrund ihrer demokratischen Legitimation die Entscheidungen auch gegenüber der Öffentlichkeit verantworten. Private Anbieter*innen sind dahingehend nicht der Öffentlichkeit, sondern in erster Linie ihren Aufsichtsrät*innen und Aktionär*innen rechenschaftspflichtig. Dies stellt eine große Gefahr für die Gemeinwohlorientierung dar.

Die Stadt Wien legt beispielsweise ihren Fokus in der Stadtplanung und Stadtentwicklung auf das Wohlergehen ihrer Bewohner*innen. Mit der Smart Klima City Strategie hat sich die Stadt eine Rahmenstrategie gegeben, die die Lebensqualität und die Lebenszufriedenheit ihrer Bewohner*innen als zentrale Zukunftsaufgaben festlegt. Die Lebensqualität in der Stadt und die Lebenszufriedenheit der Bewohner*innen werden damit bei der Weiterentwicklung einer umweltfreundlichen, allgemein zugänglichen und sozial verträglichen öffentlichen Daseinsvorsorge maßgeblich mitbedacht.

6. Erfahrungen mit Privatisierungen haben europaweit zu Rekommunalisierungen geführt.

Mit der Liberalisierung und den Privatisierungen gingen eine Reihe an Versprechen einher, die oft nicht gehalten werden konnten. Im Gegenteil kam es vielerorts zu Preiserhöhungen und schlechterer Qualität bei der Leistungserbringung, ausgelöst durch vernachlässigte Investitionen in die Infrastruktur. Ab den 2000er Jahren begannen Kommunen daher, diese Leistungen wieder in öffentliche Verantwortung zu überführen und zu rekommunalisieren. Seither gab es in Europa zumindest 955 Fälle von Rekommunalisierungen.

Nicht so in Wien. Da sich die Stadt stets gegen jegliche weitreichenden Privatisierungen gestellt hat, waren hier bis dato auch keine Rekommunalisierungen notwendig.

7. Eine öffentliche Daseinsvorsorge, die gemeinwirtschaftlich ausgerichtet ist, gewährleistet einen gerechten sowie flächendeckenden Zugang zu Leistungen und Versorgungssicherheit.

Ein gerechter Zugang zu den Leistungen der Daseinsvorsorge bedeutet, dass diese Leistungen grundsätzlich in allen Gebieten zur Verfügung stehen. Öffentliche Anbieter*innen gewährleisten tendenziell ein höheres Maß an Versorgungssicherheit für die Bevölkerung als private Unternehmen, die in erster Linie der Profitorientierung verpflichtet sind. Während öffentliche Anbieter*innen alle Haushalte versorgen müssen, können private, v. a. bei Absenz einer starken öffentlichen Steuerung, ihr Versorgungsgebiet selbst wählen und profitable Gegenden bevorzugen, bei gleichzeitiger Vernachlässigung nicht profitabler Gebiete. Dies wird etwa bei der privat organisierten Hausmüllsammlung in Irland sichtbar. Das „Side-by-Side“ System, bei dem Haushalte direkte Sammelverträge mit den Unternehmen abschließen, führte einerseits zu einem Überangebot in bestimmten Gegenden, wo mehrere Unternehmen dieselbe Straße bedienen, und andererseits zu einer Unterversorgung weniger profitabler, vor allem ruraler Gegenden, wo manche Haushalte gar keinen Sammelvertrag abschließen können.

Eine gegenteilige Herangehensweise zeigt sich in der Abfallwirtschaft Wiens, wo ein zentral erbrachter Service für ein flächendeckendes und hochwertiges Sammelsystem sorgt. Genauso ist im Bereich des öffentlichen Verkehrs eine hohe Abdeckung zu beobachten. In manchen weniger dicht besiedelten Stadtrandlagen führt der geringere Bedarf zu einem nicht so dicht ausgebauten Linienverkehrsnetz der Wiener Linien wie etwa in den innerstädtischen Bezirken. Zusätzlich zum Liniennetz stellen die Wiener Linien mit dem Programm WienMobil eine Reihe an Zusatzangeboten – wie Leihräder oder E-Carsharing Autos – zur Verfügung. Diese finden sich in Form von Mobility Hubs über das ganze Stadtgebiet verteilt, an denen bzw. in deren Nähe in vielen Fällen auch E-Ladestationen zur Verfügung

stehen. Auch werden immer wieder innovative Pilotprojekte ins Leben gerufen wie der „WienMobil Hüpfer“ im Bezirk Donaustadt. Er ist ein vollelektrischer, rollstuhlgerechter Kleinbus, der (mit Stand 2026) in der Donaustadt auf Abruf zur Verfügung steht und Personen flexibel zur nächsten Haltestelle der Wiener Linien oder an ein individuelles Ziel im Bezirk bringt. Damit schließen die Wiener Linien nachhaltig Mobilitätslücken in weniger dicht besiedelten Gebieten der Stadt.

8. Liberalisierung und Privatisierung führen in der Daseinsvorsorge tendenziell zu volatilen und steigenden Verbraucher*innenpreisen.

Liberalisierungen und Privatisierungen haben in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge zu volatilen oder höheren Preisen geführt. Die Energiekrise 2022 zeigte, dass durch die Liberalisierung des Sektors ein System geschaffen wurde, das Unsicherheiten am liberalisierten Markt eins zu eins an die Verbraucher*innen weitergibt. Der freie Markt konnte etwa bei der Energieversorgung nicht für Preisstabilität sorgen, was teilweise zu einem massiven Anstieg der Energiekosten für Haushalte in den EU-Ländern geführt hat. Nur durch staatliche Eingriffe konnte die Last für die Bevölkerung abgefedert werden. Auch außerhalb von solchen Krisenszenarien zeigt sich z. B. im Wassersektor, dass es im Zuge von Privatisierungen zu steigenden Kosten für die Verbraucher*innen kam. Etliche Beispiele, etwa in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, zeigen enorme Preissprünge nach der Privatisierung der vormals öffentlichen Wasserversorger*innen. Erst durch Rekommunalisierungen konnten die Preise wieder gesenkt werden.

In Wien, wo die Wasserversorgung in kommunaler Hand ist, werden die Gebühren nicht willkürlich festgelegt, sondern folgen dem Valorisierungsgesetz, anhand dessen die städtischen Gebühren basierend auf dem Verbraucherpreisindex (VPI) an die Inflation angepasst werden. Dabei werden die Gebühren nicht zwingend jährlich angepasst, sondern nur, wenn der Verbraucherpreisindex um mehr als 3 Prozent steigt. Erst dann kommt es zu moderaten Gebührenanpassungen bei der Wasserversorgung (dasselbe gilt auch für andere Leistungen wie Abfallentsorgung, Abwasser-, Kanalgebühren und Parkscheine). Damit wird wiederum in die Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge investiert, um die hohe Qualität der Leistungen aufrechtzuerhalten.

9. Eine umfassende und gemeinwirtschaftliche öffentliche Daseinsvorsorge entfaltet in einzelnen Bereichen einen preisdämpfenden Effekt.

Das Vorhandensein einer umfassenden und leistbaren öffentlichen Daseinsvorsorge kann in den einzelnen Bereichen einen Einfluss auf die Preisentwicklung des gesamten Marktes haben. Es zeigt sich, dass in jenen Bereichen der Daseinsvorsorge, in denen es neben privaten Anbieter*innen auch eine starke öffentliche Leistungserbringung gibt, diese einen preisdämpfenden Effekt auf den gesamten Sektor entfalten kann.

Dies kann man in Wien im Bereich des Wohnens beobachten, wo rund 41 Prozent der Bevölkerung, die im geförderten Wohnbau (24 Prozent im Gemeindebau/öffentlicher Wohnbau und 17 Prozent in Wohnungen von gemeinnützigen Bauträger*innen) wohnen, direkt davon profitieren, dass die öffentliche Hand Wohnraum schafft und fördert. Der soziale Wohnbau schafft aber nicht nur Wohnraum zu angemessenen Preisen, sondern hat auch einen preisdämpfenden Effekt auf den gesamten Wohnmarkt, was zu günstigeren Durchschnittsmieten führt. Durch den starken Anteil der öffentlichen Hand sind die Mieten in Wien auch finanziell moderater als in anderen europäischen Großstädten.

10. Die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet die Bereitstellung alltagsrelevanter Leistungen für die gesamte Bevölkerung.

Leistungen der Daseinsvorsorge sollten allen Menschen zur Verfügung stehen, auch jenen, die sozioökonomisch schlechter gestellt sind. Dies bedeutet einerseits, dass durch eine sozialverträgliche Preisgestaltung niemand von Leistungen der Daseinsvorsorge ausgeschlossen wird. Eine Inklusion aller kann auch durch Tarifangebote für bestimmte Personengruppen (z. B. Jugendliche, Pensionist*innen, Menschen mit Behinderung) gefördert werden. Andererseits ist es wichtig, dass alle Menschen Zugang zu den grundlegenden und lebenserhaltenden Leistungen wie Trinkwasser oder Gesundheitsversorgung haben.

Anhand der öffentlichen Daseinsvorsorge in Wien sieht man, wie das gelingen kann. Während Hitzeperioden bieten die rund 1.800 Trinkwasserbrunnen in Wien der Bevölkerung einen niederschweligen Zugang zur lebenswichtigen Versorgung mit Trinkwasser. Auf solche flächendeckenden Angebote sind vor allem vulnerable Gruppen angewiesen, da sie oftmals über weniger Alternativen zum öffentlich bereitgestellten Versorgungsangebot zur Deckung ihrer grundlegenden Bedürfnisse verfügen. Oder das Wiener Gesundheitssystem, das stationäre wie mobile Angebote auch für Nicht-Versicherte zur Verfügung stellt.

11. Eine zu starke Fragmentierung der Daseinsvorsorge infolge von Privatisierungen kann mit Einbußen bei Qualität und Sicherheit für die Nutzer*innen einhergehen.

Im Gegensatz zu einer öffentlich erbrachten Daseinsvorsorge kann es durch Privatisierungen zu einer Fragmentierung von Daseinsvorsorgeleistungen kommen. Es hat sich gezeigt, dass bei der Übernahme von Leistungen der Daseinsvorsorge durch private Unternehmen diese oftmals zersplittert werden. Dies kann zu Kommunikations- und Koordinationsproblemen führen, die letztlich die Qualität der Leistung und sogar die Sicherheit der Menschen beeinträchtigen. Dies war etwa nach der Privatisierung des britischen Zugverkehrs zu beobachten, wo es aufgrund unklarer Zuständigkeiten und mangelhafter Kommunikation zwischen unterschiedlichen Dienstleister*innen bezüglich der Instandhaltung und Wartung zu mehreren Zugunglücken kam, die Verletzte und Tote forderten. Mittlerweile befindet sich der britische Bahnverkehr im Prozess der vollständigen Rekommunalisierung. Dieses Problem zeigt sich auch im Energiesektor, wo es im Zuge der Liberalisierung zur Trennung der unterschiedlichen Leistungen (Erzeugung, Verteilung, Übertragung), die vormals in einem Energieunternehmen gebündelt waren, kam. Diese Trennung erschwert die Kommunikation und Koordination zwischen den unterschiedlichen Akteur*innen, was sich negativ auf die Energiewende auswirken kann, die eine koordinierte Planung verlangt.

Auch in Wien sind die Erzeugerin Wien Energie und die Verteilerin Wiener Netze formal voneinander getrennt und agieren als eigenständige Akteurinnen. Allerdings sind sie weiterhin unter dem Dach des gemeinsamen Mutterkonzerns Wiener Stadtwerke vereint, was die Organisation und Koordination insbesondere hinsichtlich der Dekarbonisierung des Energiesektors erleichtert.

12. Eine öffentliche Erbringung der Daseinsvorsorge ermöglicht Lenkungseffekte hin zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit.

Die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Ihre Folgen sind vielfältig und bedürfen gemeinschaftlich gedachter Lösungen für die Menschheit. Umso wichtiger ist es, die EU-Klimaziele, die die Klimaneutralität bis 2050 vorsehen, einzuhalten, die Erderwärmung auf ein Minimum zu reduzieren und die Auswirkungen des Klimawandels auf die Bevölkerung mit Hilfe von Anpassungsmaßnahmen möglichst abzufangen. Ökologische Nachhaltigkeit, Klimaneutralität und Umweltschutz werden zu immer wichtigeren Maßstäben in der Gesellschaft. Die öffentliche Daseinsvorsorge spielt hierbei eine wichtige Rolle. Die Versorgung der Bevölkerung mit Energie, Wasser, öffentlichem Verkehr, Gesundheitsleistungen und Abfallentsorgung ist nicht nur ressourcenintensiv, sondern je nach ihrer Ausgestaltung auch in unterschiedlichem Ausmaß klimawirksam. Eine demokratisch gesteuerte

öffentliche Daseinsvorsorge ist dabei oftmals besser in der Lage, diese Versorgung klima- und umweltfreundlich zu erbringen.

In Wien zeigt sich das deutlich bei der Umsetzung von Klima- und Umweltzielen im Rahmen der Smart Klima City Strategie. Mit der Smart Klima City Strategie hat sich die Stadtregierung auf eine Nachhaltigkeitsstrategie geeinigt, die Klimaschutz, soziale Ausgewogenheit und hohe Lebensqualität miteinander verbindet. Charakteristisch ist dabei das koordinierte Zusammenspiel verschiedener Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, wofür sich unzählige Beispiele in Wien finden lassen. So trägt etwa die enge Vernetzung von Stadtplanung, Wohnbau und öffentlichem Verkehr zur Verkehrsberuhigung vieler Straßen (z. B. durch die Schaffung von Begegnungszonen unter anderem in der Rotenturmstraße, Otto-Bauer-Gasse und Lange Gasse), zur Förderung nachhaltiger Mobilität, zu kurzen Wegen (15-Minuten-Stadt) im Alltag sowie zu einer hohen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum bei. Ein Beispiel, das viele Bereiche der Daseinsvorsorge miteinander verbindet, sind die Stadtquartiere. Hier werden bei der Entwicklung neuer Stadtgebiete nicht nur großzügiger Grünraum und die Anbindung an den öffentlichen Verkehr, sondern auch eine klimafreundliche Energieversorgung und energieeffiziente Bauweise von Anfang an mitbedacht, wodurch „klimaneutrale Quartiere“ (wie z. B. die Seestadt Aspern, das Nordbahnviertel oder der Stadtteil Kuku23 in Atzgersdorf) entstehen. Dadurch wird nicht nur der CO₂-Ausstoß reduziert, sondern zugleich die Lebensqualität im öffentlichen Raum erhöht und die soziale Teilhabe an Mobilität gestärkt. Ein weiteres Beispiel für diesen integrierten Ansatz ist die Hauptkläranlage, wo die Energieerzeugung und Energienutzung verbunden werden. In Verbindung mit der Wien Energie kombiniert die Hauptkläranlage der Stadt Abwasserentsorgung mit nachhaltiger Energieerzeugung und -nutzung, indem sie den Klärschlamm nutzt, um ihren Energiebedarf für die Abwasserreinigung vollständig selbst zu decken. Die Energieversorgung wird aber auch mit der Mobilität zusammengedacht, wie sich am Beispiel einer Kooperation zwischen den Wiener Linien und Wien Energie zeigt. Dabei werden etwa bis Ende 2026 insgesamt 44 Solaranlagen auf Dächern von U-Bahn-Stationen und Betriebsgebäuden installiert. Ebenfalls verbindet die Stadt die Schaffung und den Erhalt von leistbarem Wohnraum mit Fragen der Energieversorgung, etwa durch die Umstellung auf energieeffiziente zentrale Heizsysteme, die thermische Sanierung und Umrüstung von Gebäuden oder die Nutzung von Gebäudehüllen zur Energiegewinnung mittels Photovoltaik. So forciert die Stadt Wien mit dem Programm „Raus aus Gas“ die Umstellung der Wärmeversorgung auf klimafreundliche Alternativen im Gemeindebau, aber auch für private Eigentümer*innen. Mit 59 Sanierungsprojekten (Stand 2026) werden darüber hinaus 14.000 Gemeindewohnungen in Wien thermisch saniert, was nicht nur die Energiewende unterstützt, sondern auch die Energiekosten senkt.

13. Eine öffentliche Daseinsvorsorge geht tendenziell mit einer besseren Performance hinsichtlich ökologischer Nachhaltigkeit einher.

Private Unternehmen achten bei ihrer Leistungserbringung bzw. dem Leistungsangebot tendenziell nur dann auf ökologisch nachhaltige Lösungen, wenn sie daraus wirtschaftliche Vorteile ziehen können. Das konnte man in den letzten Jahrzehnten in den verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge beobachten. So versprach etwa die Liberalisierung des Energiesektors einen schnellen Ausbau klimafreundlicher Energiealternativen, ausgelöst durch einen vermeintlich leichteren Marktzugang neuer Energieversorger*innen. Große Infrastrukturprojekte, einschließlich solcher im Bereich des Ausbaus erneuerbarer Energien, erfordern jedoch eine langfristige Planung sowie kontinuierliche Investitionen und sind oft mit hohen Anfangsinvestitionen und finanziellen Risiken verbunden. Aufgrund unklarer Renditeerwartungen investierten private Unternehmen daher oft nur zögerlich in große Infrastrukturprojekte im Bereich der erneuerbaren Energie und setzten weiterhin auf fossile Energieträger. Ohne staatliche Steuerung und Förderungen wäre der rasche Ausbau von erneuerbaren Energieträgern in den letzten 20 Jahren also gar nicht möglich gewesen. Dagegen sind kommunale Energieversorger*innen aufgrund ihrer breit gefächerten Zielsetzungen – darunter auch umweltpolitische Ziele – eher bereit, dieses Risiko zu tragen, und spielen daher eine zentrale Rolle beim Ausbau erneuerbarer Energien.

Dies zeigt sich in Wien, wo die kommunale Versorgerin Wien Energie das Ziel verfolgt, ihre direkten CO₂ Emissionen bis 2040 durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien auf Null zu senken. Dafür investiert die Wien Energie innerhalb und außerhalb der Stadt. Eines der größten Projekte ist die erste Tiefengeothermianlage in Wien Aspern, mit der ab 2028 rund 20.000 Wiener Haushalte mit klimafreundlicher Wärme versorgt werden. Hierbei zeigt sich, dass die kommunale Versorgerin Wien Energie mit gezielten Investitionen und Forschung den Durchbruch klimafreundlicher Energie maßgeblich unterstützt und vorantreibt. Darüber hinaus hat die Stadt Wien ihre Sonnenstromleistung von 50 MWp (Megawattpeak) im Jahr 2020 auf 330 MWp im Februar 2026 mehr als verfünffacht. Bis 2030 soll die Leistung auf 800 MWp erhöht werden. Da die Möglichkeiten des Ausbaus erneuerbarer Energieträger im beengten Stadtraum eingeschränkt sind, investiert die Wien Energie auch außerhalb der Stadtgrenzen. Damit kann sie die langfristige Versorgungssicherheit der Stadt mit klimafreundlicher Energie gewährleisten. Dafür investiert sie beispielsweise zwischen 2026 und 2035 395 Mio. Euro in Energieanlagen (Photovoltaik-, Wind- und Wasserkraftanlagen) in der Steiermark.

14. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist tendenziell eine stabilere Arbeitgeberin mit besseren Arbeitsbedingungen.

Die weitreichenden Liberalisierungs- und Privatisierungstendenzen in der Europäischen Union zwischen den 1980er und 2000er Jahren hatten erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigten. Das Überführen vormals öffentlicher Versorger*innen in private Unternehmen hatte aufgrund des nun steigenden Wettbewerbsdrucks in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge eine starke Reduktion der Arbeitsplätze zur Folge. Am besten zu sehen ist das im europäischen Energiesektor, wo es durch die weitreichende Liberalisierung und (Teil-)Privatisierungen zu massiven Arbeitsplatzverlusten kam. Zwischen 1995 und 2004 gingen in der EU, vor allem durch Rationalisierung, Outsourcing und Nicht-Nachbesetzung, rund 246.000 Jobs im Elektrizitätssektor verloren. Dies bedeutete – je nach Land – eine Reduktion der Arbeitsplätze um 20 bis 50 Prozent. Dies führte auch zu einschneidenden Veränderungen der Arbeitsbedingungen, da der eingetretene Personalabbau die Arbeitsintensität für die verbliebenen Mitarbeiter*innen deutlich erhöht hat. Die europäischen Gewerkschaftsverbände konstatieren, dass Liberalisierung und Privatisierung in allen Bereichen der Daseinsvorsorge oft mit der Gefahr von Lohndumping und schlechteren Arbeitsbedingungen einhergehen.

Demgegenüber werden die Arbeitsbedingungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge tendenziell besser beurteilt, wie etwa eine Studie über die Arbeitszufriedenheit in österreichischen Städten und Gemeinden (darunter auch Wien) zeigt. Eine Befragung der Mitarbeiter*innen ergibt, dass sie im Vergleich zu privaten Arbeitgeber*innen gut abschneiden. Die Mitarbeiter*innen bewerten Städte und Gemeinden als Arbeitgeber*innen als sicher, nachhaltig und gerecht. Darüber hinaus bieten sie die Möglichkeit einer stabilen Laufbahn und gute betriebliche Angebote.⁷³⁴

15. In der öffentlichen Daseinsvorsorge steckt das Potenzial, auch als Ausbilder*in tätig zu werden und Menschen zu qualifizieren.

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist nicht nur Arbeitgeber*in, indem sie Arbeitsplätze schafft und sichert, sondern sie kann auch als Ausbilder*in aktiv werden. Das betrifft sowohl die Ausbildung von Lehrlingen als auch jene von qualifiziertem Fachpersonal.

⁷³⁴ Österreichischer Städtebund: Städte sind sichere und nachhaltige Arbeitgeber*innen

Am Beispiel Wien lässt sich das Potenzial von Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die in der Daseinsvorsorge stecken, erkennen. In Wien wird (Aus-)Bildung weitergedacht. Das zeigt sich darin, dass die Stadt Wien einer der größten Ausbildungsbetriebe Österreichs ist. Um sicherzustellen, dass es auch in Zukunft genügend gut ausgebildete Fachkräfte gibt, bildet die Stadt Wien derzeit rund 600 Lehrlinge aus. Rund 750 weitere absolvieren ihre Lehrlingsausbildung bei der Wiener-Stadtwerke-Gruppe und der Wien Holding. Die Wiener Linien haben sogar einen eigenen „Lehrlingscampus“ eröffnet, um mehr Lehrlinge ausbilden zu können. Die Wien Energie hat 2023 mit der „Lehrwerkstatt“ ein technisches Ausbildungszentrum errichtet, wo bis zu 160 Lehrlinge ausgebildet werden sollen sowie Schulungen für Fachkräfte stattfinden. Aber auch in anderen stadtnahen Unternehmen werden jungen Menschen Lehrlingsausbildungen angeboten. Aber nicht nur in der Lehrlingsausbildung sind die Daseinsvorsorgeleister*innen in der Stadt aktiv. Als größter Gesundheitsausbildner Österreichs bildet der Wiener Gesundheitsverbund an fünf Standorten, darunter vier Bildungs- und ein Hochschulcampus, aus. An diesen Ausbildungsstätten können Ausbildungen in diversen Gesundheitsberufen der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der medizinischen Assistenzberufe absolviert werden. Darüber hinaus hat die Stadt Wien mit dem waff ein Instrument für lebenslanges Lernen geschaffen, das sowohl Weiterqualifizierungs- als auch Umschulungsmaßnahmen für Arbeitnehmer*innen bereitstellt und monetär unterstützt. Die Bandbreite der angebotenen Berufe ist groß. Von Sozial- und Pflegeberufen über technische bis hin zu handwerklichen Berufen.

16. Öffentliche Investitionen in die Daseinsvorsorge schaffen und sichern Arbeitsplätze.

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist ein Jobmotor und führt zur Schaffung und Sicherung von (Green) Jobs. Dies geschieht einerseits durch die direkte Beschäftigung in öffentlichen Unternehmen der Daseinsvorsorge und andererseits durch Multiplikatoreffekte in den Wirtschaftsbereichen rund um die Daseinsvorsorge. Welches Beschäftigungspotenzial damit verbunden ist, zeigen exemplarische Zahlen aus Österreich. So schaffen und sichern etwa Investitionen in den Ausbau des österreichischen Bahnnetzes jährlich 12.000 bis 14.400 Arbeitsplätze. Auch im Wohnbau werden durch Investition pro 100 Mio. Euro 1.200 Stellen in der Baubranche geschaffen und gesichert.

Auch in Wien ist die öffentliche Daseinsvorsorge ein Beschäftigungsmotor. Die Bereitstellung, der Erhalt sowie der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge schaffen und sichern eine Vielzahl an Arbeitsplätzen bei der Stadt und den stadteigenen kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Daseinsvorsorge. Über 100.000 Menschen sorgen tagtäglich dafür, dass die Stadt am Laufen gehalten wird. Ein beträchtlicher Teil davon arbeitet in Bereichen wie beispielsweise der Abfallentsorgung, der

Energieversorgung, dem öffentlichen Verkehr oder dem Bildungsbereich. Damit wird sichergestellt, dass die Leistungen der Daseinsvorsorge verlässlich erbracht werden. Die größten Arbeitgeber*innen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind die Stadt Wien, die rund 69.000 Menschen beschäftigt, die stadteigenen Wiener Stadtwerke, die weitere 19.000 Arbeitnehmer*innen zählen, sowie die Wien Holding mit weiteren 3.800 Arbeitnehmer*innen. Mit jeder Investition von rund 1 Mrd. Euro werden 11.150 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen oder gesichert. Die laufenden Investitionen in die Daseinsvorsorge schaffen und sichern darüber hinaus auch indirekt Arbeitsplätze in den in der Stadt ansässigen Unternehmen.

17. Eine gut ausgebaute Daseinsvorsorge stärkt den Wirtschaftsstandort.

Es gibt eine Reihe von internationalen Rankings, die Städte anhand verschiedener Indikatoren miteinander vergleichen. Dazu zählen etwa der „Global Liveability Index“ des Economist oder das Mercer Ranking. Bei beiden Rankings werden verschiedene Indikatoren wie etwa Gesundheitsversorgung, politische Stabilität, Wirtschaftslage, Bildungssystem, Infrastruktur, Wohnungsmarkt und Naturschutz herangezogen. Das Beratungsunternehmen Mercer beschreibt den Einfluss dieser Indikatoren für Unternehmen wie folgt: „For HR professionals and global mobility managers, this [...] is a critical tool for understanding the best urban environments for talent deployment and retention. As organizations rely increasingly on international assignees to drive global business strategies, the quality of living in potential host cities has become a key consideration that directly impacts allowances and compensation packages. Factors such as safety, healthcare, education and cultural integration play a significant role in attracting and retaining top talent, influencing not only where employees choose to relocate but also how organizations structure their compensation to meet the needs of their workforce in diverse global markets.“⁷³⁵ Die Qualität der Leistungen der Daseinsvorsorge hat somit direkten Einfluss auf die Entwicklung eines Wirtschaftsstandorts und auf die Entscheidung von Unternehmen, sich dort anzusiedeln.

Wien zählt seit Jahren zu den lebenswertesten Städten der Welt und belegt regelmäßig, so etwa beim Mercer Ranking 2024 als auch beim Economist Ranking 2025, Positionen im absoluten Spitzenfeld. Die gut ausgebaute und leistbare öffentliche Daseinsvorsorge in Wien spielt dafür eine entscheidende Rolle. So sind etwa für Betriebsansiedlungen in der Stadt und das Lukrieren von Fachkräften Faktoren wie ein verlässlicher und gut ausgebauter Verkehr, der kurze Verkehrswege garantiert, genügend

⁷³⁵ Mercer: Quality of Living City Ranking 2024

leistbarer Wohnraum, eine gut ausgebaute Gesundheitsversorgung oder verlässliche Energie- und Wasserversorgung entscheidend. Die öffentliche Daseinsvorsorge in Wien ist das Fundament für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts und ein entscheidender Pull-Faktor für internationale Unternehmen.

18. Eine gut ausgebaute Daseinsvorsorge erzeugt wirtschaftliche Wertschöpfung.

Ein Wirtschaftsstandort ist wesentlich beeinflusst durch das Bereitstellen von Leistungen der Daseinsvorsorge. Eine gut ausgebaute Daseinsvorsorge unterstützt nationale wie internationale Unternehmen bei ihrer Entscheidung, sich in der Stadt oder einem bestimmten Gebiet anzusiedeln. Durch die Ansiedelung von Betrieben und Unternehmen werden Arbeitsplätze geschaffen und gesichert und wichtige indirekte ökonomische Effekte geschaffen, die die Wirtschaft der Region und darüber hinaus beleben.

In Wien hat die öffentliche Daseinsvorsorge maßgeblich dazu beigetragen, dass sich im Jahr 2025 224 Unternehmen aus 49 Ländern angesiedelt haben. Dadurch wurden 1.682 neue Arbeitsplätze geschaffen und rund 525 Mio. Euro an Investitionen generiert. Diese Effekte wirken über Wien hinaus und führten zu einer zusätzlichen Wertschöpfung von rund 750 Mio. Euro für ganz Österreich.⁷³⁶ Dabei ist Wien auch als Standort für Zentral- und Osteuropa-Headquarters internationaler Unternehmen von großer Bedeutung. Im Jahr 2024 verzeichnete Wien eine Anzahl von 576 Headquarters im Stadtgebiet. Ebenso konnte sich die Stadt als Kongress-Hotspot etablieren. Wien konnte 2025 7.196 Kongresse und Firmentagungen verzeichnen, so viel wie noch nie zuvor. Das führte erstmals zum Überschreiten der Grenze von 2,5 Mio. Nächtigungen durch Teilnehmer*innen von Kongressen, Firmentagungen und -meetings. Die Wiener Tagungsindustrie ist sowohl für die Stadt als auch für ganz Österreich ein zentraler Wirtschaftsmotor. Dadurch konnte 2025 eine Wertschöpfung von 1,7 Mrd. Euro generiert werden, wodurch 19.300 Beschäftigungsverhältnisse ganzjährig gesichert werden konnten.⁷³⁷

⁷³⁶ OTS (2.4.2026)

⁷³⁷ OTS (21.04.2026)

19. Öffentliche Investitionen in die Daseinsvorsorge sind ein wichtiger Motor für die Wirtschaft.

Öffentliche Investitionen in den Erhalt, die Sanierung und den Ausbau der Infrastruktur sorgen nicht nur für eine funktionierende und zukunftsorientierte Daseinsvorsorge, sondern sind auch ein wichtiger Motor für die Wirtschaft. Damit sich Wirtschaftsbetriebe ansiedeln, braucht es Digitalisierungs- und Infrastrukturmaßnahmen, Energie- und Wasserversorgung, Abwasserbehandlung, genügend Wohnraum und ein gut ausgebautes Verkehrsnetz. Um dies zu erhalten und auszubauen, sind laufende Investitionen notwendig. Dabei sind kommunale Investitionen gerade für die regionale Wertschöpfung von großer Bedeutung. Ein Großteil der Aufträge in Österreich wird in der eigenen Gemeinde oder Region vergeben. Die getätigten Investitionen erzeugen folglich lokale Wertschöpfung, wirken aber auch darüber hinaus. So zeigen Studien etwa, dass jede investierte Milliarde der ÖBB in den Ausbau des österreichischen Bahnnetzes zu 700 Millionen Euro an direkter Wertschöpfung führt, induzierte Effekte mit eingerechnet sind es sogar 1,2 Milliarden Euro.

Auch die Investitionen der Wiener Stadtwerke haben einen Wertschöpfungseffekt im In- und Ausland. Die veranschlagten Investitionen von 2021 bis 2025 in Höhe von 5,59 Mrd. Euro lösten insgesamt einen Wertschöpfungseffekt von rund 7,31 Mrd. Euro aus.⁷³⁸ Auch in Zukunft wird weiter investiert. Bis 2030 investieren die Wiener Stadtwerke (Wien Energie, Wiener Netze, Wiener Linien sowie die restlichen Konzernunternehmen) 9,4 Mrd. Euro, wobei rund 90 Prozent davon in klimafreundliche Projekte fließen.⁷³⁹ Davon investiert allein die Wien Energie von 2025 bis 2029 2,6 Mrd. Euro in die Energie- und Wärmewende und gewährleistet damit nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern trägt zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts bei. Eine Analyse des WIFO ergibt, dass schätzungsweise jede investierte Million mit 700.000 Euro an Wertschöpfung verbunden ist. Zudem werden auch Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. Allein die Investitionen der Wien Energie von 2020 bis 2024 haben 10.000 Arbeitsplätze generiert.⁷⁴⁰ Auch die Wiener Linien investieren allein 2026 rund 760 Mio. Euro, wobei die Hälfte alleine auf den U-Bahn-Ausbau entfällt, womit die Mobilität in der Stadt weiter attraktiviert wird. Aber nicht nur die kommunalen Versorger*innen investieren in Instandhaltung und den Ausbau der Daseinsvorsorge, sondern auch die Stadt selbst. Der Budgetvoranschlag 2026 sieht trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen anhaltende Investitionen in die Leistungen der Daseinsvorsorge vor. In die Wasserversorgung werden jährlich rund 120 Mio. investiert. Zudem wurde der Bau des neuen Wasserkraftwerks auf der Donauinsel zur Trinkwasserversorgung beschlossen. Auch Investitionen in eine moderne Gesundheitsversorgung und Bildung sowie in Klimaschutzprojekte

⁷³⁸ Technische Universität Wien (2021)

⁷³⁹ Wiener Stadtwerke (2025): 9,4 Mrd. Euro Investitionen der Wiener Stadtwerke

⁷⁴⁰ Presse-Service Rathauskorrespondenz (30.04.2024)

werden fortgeführt. All diese Investitionen in die Daseinsvorsorge erhalten und verbessern nicht nur die Versorgungssicherheit und Leistung für die Bevölkerung, sondern nutzen auch dem Wirtschaftsstandort. Entgegen der gesamtösterreichischen Entwicklung konnte Wien 2025 neben einem leichten Wirtschaftswachstum (plus 0,4 Prozent) auch eine stabile Wertschöpfung und ein leichtes Beschäftigungswachstum verzeichnen.⁷⁴¹

20. Die öffentliche Daseinsvorsorge erweist sich in Krisen als tendenziell preisstabiler.

Krisen führen auf den Rohstoffmärkten oft zu hohen Preisschwankungen. Die öffentliche gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge hat ein stärkeres Interesse daran, die Preise stabil zu halten und Anpassungen gesellschaftlich verträglich zu gestalten. Dies zeigt sich am Beispiel des Personennahverkehrs. Obwohl sowohl für private wie öffentliche Erbringer*innen die Treibstoffpreise im Falle von Krisenereignissen wie etwa dem Iran-Krieg 2026 ansteigen, geben öffentliche Verkehrsdienstleister*innen diese ihnen anfallenden Zusatzkosten nicht sofort an die Kund*innen weiter. Es wird versucht, die Preise stabil zu halten, und Anpassungen erfolgen meist nur einmal jährlich. Damit wird auch in solchen Krisenzeiten der Versorgungsauftrag durch stabile Preise gewährleistet. Die Versorgung des Einzelnen beim motorisierten Individualverkehr ist dagegen starken Preisschwankungen unterworfen, da dort die Preise oft mehrmals täglich angepasst werden, was zu Kostenbelastungen für die Menschen führt.

In Wien ist die Preisstabilität sehr gut an der Entwicklung bei der Jahreskarte der Wiener Linien abzulesen. 2012 wurde der Preis der Jahreskarte von 449 Euro auf 365 Euro reduziert und blieb die darauffolgenden 15 Jahre konstant. Wäre der Preis jedes Jahr angepasst worden, läge der Preis der Jahreskarte mittlerweile bei 524 Euro. Die Anpassung lag also deutlich darunter, und das, obwohl seit 2012 das Netz der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien massiv ausgebaut wurde.

21. Gut ausgebaute öffentliche Gesundheitssysteme zeigen in Krisenzeiten eine erhöhte Resilienz.

Bei akuten Gesundheitskrisen, wie man bei der Covid-Pandemie gesehen hat, ist es für die Bevölkerung und insbesondere für vulnerable Gruppen, wie ältere Menschen oder chronisch Kranke, wichtig, dass genügend Reservestrukturen zur Verfügung stehen. Es muss einerseits die Versorgung von allgemeinen medizinischen Notfällen und andererseits die Behandlung von Krisenpatient*innen sichergestellt

⁷⁴¹ Stadt Wien: Budget 2026

sein. Die Covid-Pandemie hat gezeigt, dass die europäischen Gesundheitssysteme nicht im selben Ausmaß auf ein Krisenereignis vorbereitet waren. Ein entscheidender Faktor war dabei die Organisation des Gesundheitssystems. Es hat sich gezeigt, dass Länder, in denen das Gesundheitssystem vermehrt private Akteur*innen aufweist, tendenziell schlechter durch die Krise kamen. Die Gewinnorientierung von privaten Dienstleister*innen im Gesundheitsbereich hat in vielen Fällen zur Wegrationalisierung nötiger Reserven für den Notfall geführt und damit die Krisenreaktionsfähigkeit und -resilienz empfindlich verringert.

Das Gegenteil war in Wien zu beobachten. Aufgrund des krisenunabhängigen und laufenden Investitionsflusses, der starken Steuerungshoheit und des hohen Anteils öffentlicher Einrichtungen im Gesundheitswesen konnte bereits zu Beginn der Pandemie auf eine höhere Anzahl an Krankenhausbetten als in vergleichbaren Regionen zurückgegriffen und Krisenreaktionsstrategien erfolgreich umgesetzt werden. Dies konnte eine durch systemische Defizite verursachte anfängliche Übersterblichkeit verhindern.

22. Die öffentliche Daseinsvorsorge schafft zukunftsfähige Infrastrukturen, die möglichen Engpässen und Ausfällen entgegenwirken und weniger anfällig für externe Schocks sind.

In den unterschiedlichen Bereichen der Daseinsvorsorge zeigt sich, dass öffentliche Versorger*innen vorausschauender agieren als private, wodurch die Wahrscheinlichkeit für externe Schocks sinkt. Im Gegensatz dazu lässt sich beobachten, dass Entscheidungen von privaten Akteur*innen die Anfälligkeit für externe Schocks erhöhen, weil die Gewinnorientierung zu kostengünstigeren, aber nicht nachhaltigen Lösungen führt. So zeigte sich etwa beim stark privatisierten und wenig öffentlich regulierten Abfallmanagement in Irland, dass die niedrigen Kapazitäten bei der Altstoffverwertung von den privaten Unternehmen nicht erhöht wurden, sprich keine Investitionen getätigt wurden. Da es günstiger war, wurde der Abfall nach China exportiert. Als China den Import von Plastik 2018 stoppte, führte das zu einem Anstieg der Preise, da das Plastik nun nicht mehr für geringe Kosten nach China verschifft werden konnte und das Unternehmen die nun entstandenen Zusatzkosten für die Entsorgung von Plastik unverzüglich an die Kund*innen weitergab. Ein Beispiel für ein vorausschauendes Handeln der öffentlichen Daseinsvorsorge sind die Investitionen der öffentlichen Versorger*innen in Österreich, die seit dem Rekorddürresommer 2003 getätigt wurden. Um die Bevölkerung vor lokalen Wasserknappheiten zu schützen, wurde hier zunehmend investiert.

Auch in Wien, wo die Wasserversorgung trotz des Klimawandels allgemein als gesichert gilt, setzt der Versorger durch laufende Investitionen Maßnahmen zur Instandhaltung, Trinkwasserspeicherung und

Erschließung zusätzlicher Trinkwasserquellen um. Damit wird einerseits die flächendeckende Versorgungssicherheit der Bewohner*innen auch im Krisenfall (z. B. Blackout) gewährleistet und andererseits die Wasserverluste durch Rohrleckagen und Rohrbrüche in Wien auf ein Minimum reduziert. Im Vergleich dazu reagiert der private Versorger Thames Water in Südostengland nicht, obwohl Wasserknappheit dort zunehmend zum Problem wird. Es wird weder in die Instandhaltung noch in neue Trinkwasserressourcen oder ausreichende Wasserspeicher für den Notfall investiert.

23. Die öffentliche Daseinsvorsorge agiert krisenpräventiv.

Eine auf Langfristigkeit ausgelegte Daseinsvorsorge, wie sie eher von der öffentlichen Hand erbracht wird, bedeutet auch den Aufbau einer Krisenresilienz. Demzufolge setzt die öffentliche Daseinsvorsorge tendenziell mehr krisenpräventive Maßnahmen als private Unternehmen.

Wien zeigt, wie durch eine Vielzahl an öffentlich bereitgestellten Leistungen die Krisenfestigkeit erhöht werden kann, und ist damit gut durch die Krisen der letzten Jahre gekommen. So hat sich etwa das Gesundheitssystem während der Covid-19-Pandemie ebenso krisenresilient gezeigt wie der Hochwasserschutz während des Starkregenereignisses im Herbst 2024. Anhaltender Starkregen führte zu enormen Wassermassen und Überschwemmungen in weiten Teilen Österreichs, darunter auch in Wien. Größere Schäden im Stadtgebiet konnten allerdings verhindert werden, da die Stadt Wien mit einem auch auf den Klimawandel angepassten und ständig instandgehaltenen Kanalsystem, umfangreichen Rückhaltebecken sowie mit der Donauinsel und der Neuen Donau als Entlastungsgerinne als Hochwasserschutz vorgesorgt hat. Die Stadt Wien verfolgt darüber hinaus das Schwammstadtprinzip. Entsiegelte Flächen sorgen dafür, dass Niederschläge eher vom Boden aufgenommen werden können, wodurch das Kanalsystem entlastet wird, da dieses das überschüssige Wasser im Falle von Starkregen bewältigen muss. Außerdem sorgt viel städtisches Grün für ein besseres Mikroklima und eine hohe Aufenthaltsqualität in der Stadt - besonders für vulnerable Gruppen. Gleichzeitig kommt es zu stetigen Adaptierungsmaßnahmen, um die Versorgungssicherheit auch im Falle von künftigen Krisenereignissen zu gewährleisten. So wird etwa der bereits bestehende Hochwasserschutz von einem 1.000-jährlichen Hochwasser auf ein 5.000-jährliches Hochwasser ausgebaut. All diese Maßnahmen werden getätigt, um zielsicher auf Herausforderungen des Klimawandels zu reagieren.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung der Daseinsvorsorge in der Menschheitsgeschichte (eigene Darstellung)	16
Tabelle 2: Vergleich von Parametern des Abfallmanagements in Österreich und Irland.....	52
Tabelle 3: Kennzahlen der privaten und öffentlichen Abfallwirtschaft Österreichs.....	59
Tabelle 4: Entwicklung Wahlärzt*innen in Österreich (ohne Wien) und Wien	108
Tabelle 5: Vorpandemische Intensivbettenkapazität pro 1.000 Einwohner*innen	119
Tabelle 6: Übersicht Krisenresilienz Covid-Pandemie – Vergleich Wien, München, Stockholm, Mailand	121
Tabelle 7: Krankenhausbetten/1.000 Einwohner*innen (2022)	124
Tabelle 8: Maßnahmen des gesundheitspolitischen Transformationsprozesses.....	129
Tabelle 9: Anzahl an Pflegepersonal und Ärzt*innen/1.000 Einwohner*innen (gerundet)	130
Tabelle 10: Ticketpreise im öffentlichen Verkehr in Wien, London, Paris und Berlin	155

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Abfallhierarchie-Pyramide.....	43
Abbildung 2: Deponierungs- und Recyclingrate von Siedlungsabfällen in Irland 2010-2022	49
Abbildung 3: Deponierungs- und Recyclingrate von Siedlungsabfällen in Österreich 2010-2022	50
Abbildung 4: Entwicklung der Verwertung von Siedlungsabfällen in Österreich 1995-2017	51
Abbildung 5: Durchschnittliche Day-Ahead-Strompreise im Großhandel	76
Abbildung 6: Anteil Erneuerbarer am Gesamtenergieverbrauch	89
Abbildung 7: Anteil Erneuerbarer am Gesamtstromverbrauch	90
Abbildung 8: Offene Kassenstellen für Fachärzt*innen nach Fachbereichen 2023, Österreich (exklusive Zahnmedizin und Allgemeinmedizin)	109
Abbildung 9: Personen, die innerhalb von 45 Minuten Fahrtzeit kein Krankenhaus erreichen können, in Prozent, 2023	116
Abbildung 10: Externe Kosten unterschiedlicher Verkehrsarten in Österreich	138
Abbildung 11: Flächenverbrauch unterschiedlicher Verkehrsmittel.....	139
Abbildung 12: Entwicklung des Modal Splits in Wien 1993-2025	142
Abbildung 13: Modal Split in ausgewählten europäischen Städten im Jahr 2018.....	143
Abbildung 14: Autobesitz unter verschiedenen Einkommensschichten in Österreich	149
Abbildung 15: Faktoren für den Umstieg von Auto auf Bahn.....	151
Abbildung 16: 10-, 15- und 20-Minuten-Städte	153
Abbildung 17: Entwicklung der Spritpreise in Österreich.....	159
Abbildung 18: Kostenentwicklung des ÖV bei steigender Fahrgastanzahl	164
Abbildung 19: Gewässerqualität in der EU aus Wasseratlas 2025 (Heinrich Böll Stiftung)	174

Literatur

Abgeordnetenhaus Berlin (2023): Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Antonín Brousek.
<https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-17142.pdf>

Advantage Austria: Facts and Figures – Energy Industry.
https://www.advantageaustria.org/us/zentral/branchen/energiwirtschaft/zahlen-und-fakten/Zahlen_und_Fakten.en.html

AEA (2022): Stromgroßhandel. Preisentwicklung und wesentliche Einflussfaktoren.
https://oesterreichsenergie.at/fileadmin/user_upload/Oesterreichs_Energie/Publikationsdatenbank/Studien/2022/AEA_Kurzanalyse_Stromgroßhandel_Update_vom_März_2022.pdf

Aistleitner, M.; Grimm, C.; Kapeller, J. (2018): Auftragsvergabe, Leistungsqualität und Kostenintensität im Schienenpersonenverkehr. Eine internationale Perspektive. ICAE Working Paper Series, No. 86.

AK Europa (2025): Wasserkrise in Europa. Neue EU – Strategie soll Versorgung und Resilienz sichern.
<https://www.akeuropa.eu/de/wasserkrise-europa-neue-eu-strategie-soll-versorgung-und-resilienz-sichern>

AK NÖ (2021): Pflege am Limit.
https://noe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/gesundheit/Pflege_am_Limit.html

AK Wien (2009): Märkte – Wettbewerb – Regulierung. Wettbewerbsbericht der AK 2009.

AK Wien (2015): Der stille Angriff auf öffentliche Dienstleistungen. Wie EU-Verhandler und Wirtschaftslobbyisten bei CETA und TTIP an einem Strang ziehen.
https://www.arbeiterkammer.at/infopool/wien/Stiller_Angriff_oeffentliche_Dienstleistungen_DT_laeng.pdf

Allinger, Bernadette; Mairhuber, Ingrid (2021): Gesundheitsberufe in der Europäischen Union. FORBA.
https://wien.arbeiterkammer.at/service/studienundzeitschriften/studien/gesundheitundpflege/Gesundheitsberufe_in_der_EU_20210625.pdf

Altzinger, Wilfried; List, Emanuel (2020): Wohnkosten in Österreich. Forschungsinstitut Economics of Inequality, WU Wien/Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Düsseldorf.
https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/ri/ineq/Projekte/Wohnkosten/INEQ_VerteilungWohnkosten.pdf#:~:text=Folglich%20führt%20die%20Berücksichtigung%20der%20Wohnkosten%20zu,Wohnkostenbelastung%20aufweisen%20als%20nicht%20Dgeforderte%20MieterInnen%20und%20unter%20D.

Amann, Wolfgang; Mundt, Alexis; Oberhuber, Andreas (2024): Berichtsstandard Wohnbauförderung 2023. Studie des Instituts für Immobilien, Bauen und Wohnen im Auftrag des Landes Wien, MA 50.

Amann, Wolfgang; Mundt, Alexis; Oberhuber, Andreas (2024a): Herausforderungen und Ziele im Wohnbau aus Arbeitnehmer:innensicht. AK Niederösterreich.

Arbeiterkammer (2022): Systemische Lösung zur Senkung der Strompreise.

https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/energiepolitik/Systemische_Loesung_zur_Senkung_des_Strompreises.pdf

Arbeiterkammer (2023): Positionspapier der Bundesarbeiterkammer zur Reform des Strommarktdesigns der Europäischen Union.

https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/energiepolitik/BAK_Position_zu_Strommarktdesign_20230720.pdf

Arbeiterkammer (2023): Spekulativer Wohnbauboom zu Ende – Chance für leistbares Wohnen!

<https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/konsument/Spekulativer-Wohnbauboom-zu-Ende.html>

Arbeiterkammer (2026): Strom-Sozialtarif.

<https://wien.arbeiterkammer.at/beratung/konsumentenschutz/energie/Strom-Sozialtarif.html>

Arthofer, Sebastian (2025): Wahlarzt versus Kassenarzt: Alle aktuellen Statistiken im Überblick.

<https://www.krankenversichern.at/wahlarzt-kassenarzt-statistiken/>

Assa, Jacob; Calderon, Maria, Cecilia (2020): Privatization and Pandemic: A Cross-Country Analysis of COVID-19 Rates and Health Care Financing Structures.

https://www.researchgate.net/publication/341766609_Privatization_and_Pandemic_A_Cross-Country_Analysis_of_COVID-19_Rates_and_Health-Care_Financing_Structures

Attac: Mythen der Liberalisierung.

<https://www.attac.at/kampagnen/energieversorgung-demokratisieren/fragen-und-antworten-zum-energiesystem>

Atzmüller, Roland; Hermann, Christoph (2004): Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen. Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU und Österreich.

Bahnonline (25.02.26).

<https://www.bahnonline.ch/27592/oev-preise-steigen-per-dezember-2023-erstmals-seit-sieben-jahren-an/#:~:text=Gleichzeitig%20verteuerten%20sich%20die%20Konsumentenpreise,Qualit%C3%A4t%20des%20%C3%B6V%20Schweiz%20leisten>

Balbotin, Camila; Hensher, David A. (2021): Understanding business location decision making for transport planning: An investigation of the role of process rules in identifying influences on firm location. In: Journal of Transport Geography. Vol. 91.

Banister, David (o.J.): Inequality in Transport.

<https://inequalityintransport.org.uk/exploring-transport-inequality/what-it-costs-travel>

Bardt, Hubertus et al. (2019): Für eine solide Finanzpolitik-Investitionen ermöglichen! IMK Report Nr. 152, Düsseldorf.

Baron, Harald; Ngoc Doan, Thi Bich; Kadi, Justin; Plank, Leonard (2021): Wohnungspolitik und Wohnversorgung. Bericht aus fünf wachsenden europäischen Millionenstädten. AK Wien. Stadtpunkte Nr. 37.

Bayliss, Kate; Mattioli, Giulio (2021): Inequality, poverty and privatization of essential services: A 'systems of provision' study of water, energy and local buses in the UK.

BBC (1999): Rail repair costs spiral to £5bn.

http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/565507.stm

BBC (2022): Remembering the Potters Bar crash: Memorials mark 20th anniversary.

<https://www.bbc.com/news/uk-england-beds-bucks-herts-61391480>

BBC (2025): How much sewage is spilled near you?

<https://www.bbc.com/news/articles/cz9kz8ydpjno>

BBC (2025): Serious water pollution incidents up 60% in England, Environment Agency says.

<https://www.bbc.com/news/articles/cg5zl75dmm0o>

BBC (2025): Why is Thames Water in so much trouble?

<https://www.bbc.com/news/articles/cgleg70r7rno>

Bentham, Justin; Bowman, Andrew; Cuesta, Mara de la; Engelen, Ewald; Ertürk, Ismail; Folkman, Peter; Froud, Julie; Johal, Sukhdev; Law, John; Leaver, Adam; Moran, Michael; Williams, Karel (2013): Manifesto for the Foundational Economy. CRESC Working paper 131.

Berl, Florian; Forster, Alexander (2016): Abfallwirtschaftsrecht. Schriftenreihe Recht & Finanzen für Gemeinden. Vol. 2016. No. 05.

Berliner Wasserbetriebe (o.J.): Berliner Trinkbrunnen.

<https://www.bwb.de/de/trinkbrunnen.php>

Berrer, Helmut; Grohall, Günther; Sun, Chao (2024): Berechnung volkswirtschaftlicher Wirkungen des Zielnetzes 2040. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

Beyond Fossil Fuel (2025): How Europe's grid operators are preparing for the energy transition.

https://beyondfossilfuels.org/wp-content/uploads/2025/05/REPORT_FINAL.pdf

BMASGPK (o.J.): Gesundheitsförderung.

<https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitsfoerderung.html>

BMASGPK (2021): Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen. Sonderauswertung des Österreichischen Arbeitsklima-Index.

<https://broschuerenservice.sozialministerium.gv.at/Home/Download?publicationId=784>

BMASGPK (2024): Zielsteuerung-Gesundheit.

[https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitsreform-\(Zielsteuerung-Gesundheit\)/Zielsteuerungsvertrag-2024-bis-2028.html](https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Gesundheitsreform-(Zielsteuerung-Gesundheit)/Zielsteuerungsvertrag-2024-bis-2028.html)

BMASGPK (2025): Betten in Krankenanstalten.

<https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Gesundheit/Gesundheitssystem/Krankenanstalten/Krankenanstalten-und-selbststaendige-Ambulatorien-in-Oesterreich/Krankenanstalten-in-Zahlen/Ressourcen-und-Inanspruchnahme/Betten.html>

BMASGPK (2025): Pflege mit Zukunft.

<https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Pflege/Pflege-mit-Zukunft.html>

BMLUK (2021): Wasserschatz Österreichs. Grundlagen für nachhaltige Nutzung des Grundwassers. Zusammenfassung.

Böhm, Markus (2024): Wien ist die Nachtzug-Hauptstadt der EU. In: Der Standard.

<https://www.derstandard.at/story/3000000221850/wien-ist-die-nachtzug-hauptstadt-der-eu>

Brandt et al. (2008): Europa im Ausverkauf, Hamburg: VSA, S. 244–248.

Brandt, Torsten; Schulten, Thorsten (2009): Die Folgen von Liberalisierung und Privatisierung für Arbeitsbeziehungen. In: Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und deren Auswirkungen auf Qualität, Beschäftigung und Produktivität.

Braun, Hanna et al. (2023): Energiegrundsicherung. Warum wir ein Recht auf saubere Energie haben und der Markt es nicht richten wird.

https://www.armutskonferenz.at/media/braun_frey_schenk_steinhardt_energiegrundsicherung_2023.pdf

Braunegger-Kallinger, Gudrun (2023): Gesundheitsförderung: Aktuellen Public-Health-Herausforderungen begegnen. In: Gesundheit Österreich GmbH: Gesundheitsbericht für alle: Reflexionen und Zukunftstrends. Wien. Verlag Österreich, 265 – 279.

Broughton, Andrea; Manzoni, Chiara (2017): Employment in privatized utilities: A higher risk of precariousness? Study for the EMPL Committee; European Parliament, Brussels.

Bruegel (2023): National fiscal policy responses to energy crisis.

<https://www.bruegel.org/dataset/national-policies-shield-consumers-rising-energy-prices>

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz:
Barrierefreiheitsgesetz.

<https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Soziales/Menschen-mit-Behinderungen/Barrierefreiheitsgesetz.html>

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Klimaschutz (2026): Übersicht Green Jobs (klimarelevante Berufe) am österreichischen Arbeitsmarkt.

<https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Arbeitsmarktdaten/Green-Jobs.html>

Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (2011): Kapitel 6: Mobilität. In: Verkehr in Zahlen 2011.

https://www.bmimi.gv.at/themen/verkehrsplanung/statistik/viz11/kap_6.html

Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur (o.J.): Zahlen, Daten, Fakten. Österreichweites Klimaticket.

<https://www.bmimi.gv.at/themen/mobilitaet/1-2-3-ticket/fakten.html>

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (2024): Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich. Periode 2021-2030.

https://www.bmluk.gv.at/dam/jcr:6c55ea04-e4b8-499f-ac3b-9d8786147cee/NEKP_final_20241203.pdf

Bundesverband Erneuerbare Energien e.V. (2018): Klares Bekenntnis der Deutschen Bevölkerung zu Erneuerbaren Energien.

<https://www.bee-ev.de/service/pressemitteilungen/beitrag/klares-bekenntnis-der-deutschen-bevoelkerung-zu-erneuerbaren-energien>

BVG (2025): Über Uns.

<https://www.bvg.de/de/unternehmen/ueber-uns>

BVG (2026): Ticketpreise.

<https://www.bvg.de/de/abos-und-tickets/alle-tickets>

Calafati, Luca; Froud, Julie; Haslam, Colin; Johal, Sukhdev; Williams, Karel (2023): What is the foundational economy?

<https://foundationaleconomy.com/introduction/>

CCPC (2018): The Operation of the Household Waste Collection Market. Studie der Consumer and Competition Protection Commission.

<https://www.ccpc.ie/business/wp-content/uploads/sites/3/2018/10/The-Operation-of-the-Household-Waste-Collection-Market.pdf> - page17

Clark, Andrew (2002): Sabotage: rail firm's crash theory. In: The Guardian.

<https://www.theguardian.com/uk/2002/may/18/transport.pottersbar>

Cooper, Leonie (2019): Running out or flooded out? London's water crisis. London Assembly Labour.

https://www.london.gov.uk/sites/default/files/running_out_or_flooded_out_-_londons_water_crisis_by_leonie_cooper_am.pdf?utm_source=chatgpt.com

Coote, Anna (2020): Universal Basic Services and the Foundational Economy. The Foundational Economy Collective. Working Paper No. 7. 2020.

Cserjan, Lukas; Eder, Julia; Hornykewycz, Anna; Porak, Laura; Pühringer, Stephan (2025): Mobilitätswende Produzieren. Produktionsbedingungen der österreichischen Bahnindustrie und industrielle Potenziale durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/umweltundverkehr/verkehr/unsere-bahnen/Mobilitaetswende_produzieren.pdf?utm_source=chatgpt.com

Cui, Jianqiang; Nelson, John D.; Beercroft, Mark; Lin, Dong (2024): Subway systems and tourism: An overview and implications. In: Research in Transportation Business & Management. Vol.57.

Damjanovic, Dragana et. al (2024): Daseinsvorsorge 2030. Gute Grundversorgung für alle innerhalb planetarer Grenzen. Wien. Verlag Arbeiterkammer Wien.

Deistler, Julia; Homeier, Ina; Lengauer, Christina; Pangerl, Eva; Rücker, Eva (2022): Smart City Strategie Wien.

https://smartcity.wien.gv.at/wp-content/uploads/sites/3/2022/03/scwr_klima_2022_web-neu.pdf

Department for Transport (2011): Realising the Potential of GB Rail. Report of the Rail Value for Money Study.

<https://assets.publishing.service.gov.uk/media/5a79cedaed915d6b1deb37f4/realising-the-potential-of-gb-rail-summary.pdf>

Department for Transport (2021): Great British Railways. The Williams-Shapps Plan for Rail.

<https://assets.publishing.service.gov.uk/media/60cb29dde90e0743ae8c29c1/gbr-williams-shapps-plan-for-rail.pdf>

derStandard (18.07.2022): Hitze und Dürre befeuern Energiekrise.

<https://orf.at/stories/3275543/>

derStandard (28.02.2025): Günstigere Energie für Europa lässt auf sich warten.

<https://www.derstandard.at/story/3000000259160/guenstigere-energie-fuer-europa-laesst-auf-sich-warten>

derStandard (13.08.2025): Kann die Schweiz Vorbild sein für neues Strommarktdesign?

<https://www.derstandard.at/story/3000000283304/kann-die-schweiz-vorbild-sein-fuer-neues-strommarktdesign>

derStandard (10.11.2025): Wien investiert 70 Millionen Euro in besseren Hochwasserschutz.

<https://www.derstandard.at/story/3000000295704/wien-investiert-70-millionen-euro-in-verbesserten-hochwasserschutz>

derStandard (07.01.2026): Blackout in Berlin verursacht Millionenschaden - warum dauert die Reparatur so lang?

<https://www.derstandard.at/story/3000000302868/blackout-in-berlin-verursacht-millionenschaden-warum-dauerte-die-reparatur-so-lang>

derStandard (2026): Lehren aus der Energiekrise: Europas neue Stärke – und alte Schwächen.

<https://www.derstandard.at/story/3000000313795/lehren-aus-der-energiekrise-europas-neue-staerke-und-alte-schwaechen>

DESTATIS (2025): 4,2 Millionen Menschen leben in Haushalten mit Zahlungsrückständen bei Versorgungsbetrieben.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/09/PD25_N050_61_63.html

Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer (2020): Innovative Technologien für eine energieeffiziente und ressourcenschonende Wasserwirtschaft in Bulgarien.

<https://www.dihk-service-gmbh.de/resource/blob/109304/77bf090e7c2711b08a0cc44b1533d908/2020-bulgarien-wasserwirtschaft-data.pdf#:~:text=denen%20die%20Bevölkerung%20erst%20nach%20der%20Dekontamination,%20Danlagen%20ist%20unzureichend.%20Angesichts%20des%20Anteils%20des>

Deutsches Ärzteblatt (2022): Öffentlich zugängliche Defibrillatoren und sozioökonomische Faktoren auf kleinräumiger Ebene in Berlin.

<https://www.aerzteblatt.de/archiv/oeffentlich-zugaengliche-defibrillatoren-und-soziooekonomische-faktoren-auf-kleinraeumiger-ebene-in-b8erlin-49bc5bf7-b84d-47d5-af36-c0e809dc4d52>

Deutsches Institut für Menschenrechte (o.J.): Sozialpakt (ICESCR).

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/menschenrechtsschutz/deutschland-im-menschenrechtsschutzsystem/vereinte-nationen/vereinte-nationen-menschenrechtsabkommen/sozialpakt-icescr>

Deutsches Institut für Menschenrechte (2025): Recht auf Wohnen.

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/wirtschaftliche-soziale-und-kulturelle-rechte/recht-auf-wohnen>

Deutsches Institut für Urbanistik (2024): Superblocks - zwischen Verkehrsberuhigung und nachhaltiger Transformation des öffentlichen Raumes. Ergebnisse des Forschungsberichts TuneOurBlock.

<https://repository.difu.de/server/api/core/bitstreams/92c4614c-293b-44ff-9a57-7c20ffb75c5f/content>

Dialer, Doris; Eppler, Annegret (2021): Die EU-Gesundheitspolitik während der ersten Welle von COVID-19. In: Walter Steinmair et al. (Hg.): Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und Solidarität in Österreich und Europa. Festgabe zum 85. Geburtstag von Professor Heinrich Neisser, einem europäischen Humanisten, 391 – 413.

Dickhaus, Barbara; Dietz, Kristina (2004): Öffentliche Dienstleistungen unter Privatisierungsdruck. Folgen von Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa.

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Policy_Paper/Studie_Privatisierung_EU-final_version.pdf

Die Furche (o.J.): Lichtjahre. 100 Jahre Strom für Österreich.

<https://www.furche.at/meinung/lichtjahre-100-jahre-strom-in-oesterreich-6983393>

Die Presse (2021): Das Management von Naturgefahren.

<https://www.diepresse.com/6044673/das-management-von-naturgefahren>

Die Presse (2025): Marode Infrastruktur in Großbritannien: Kehrt der Staat zurück?

<https://www.diepresse.com/19791320/marode-infrastruktur-in-grossbritannien-kehrt-der-staat-zurueck>

Die Zeit (2023): Fehlende Fahrer führen zu Ausfällen bei Bussen und Bahnen.

https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-03/fachkraeftemangel-personal-bus-bahn-ausfaelle?utm_source=chatgpt.com

Die Zeit (21.09.2022) Das ist erst der Anfang.

<https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2022-09/uniper-gasumlage-robert-habeck-christian-lindner>

Die Zeit (22.12.2022): Uniper ist verstaatlicht.

<https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2022-12/energiekrise-uniper-verstaatlicht-gasversorgung>

DMG Deutsche Meteorologische Gesellschaft (2025): Globale Erwärmung beschleunigt sich – Ein Aufruf zu entschlossenem Handeln.

Dowling, E (2021): The Care Crisis – What Caused It and How Can We End It? London/New York: Versa.

Dublin City Council (o.J.): Learn About Bring Centres.

https://www.dublincity.ie/waste-and-recycling/find-out-about-recycling/learn-about-bring-centres?utm_source=chatgpt.com

E-Control (2021): 1,4 Milliarden Euro jährliche Ersparnis für die Strom- und Gaskunden.

<https://www.e-control.at/documents/1785851/0/PK+20+Jahre+Strom-+udn+Gasmarktliberalisierung.pdf/cd574fa5-492f-449d-a969-60f505558d85?t=1633420309760>

Eau de Paris (o.J.): Eau de Paris s’engage pour l’égalité, la diversité et la solidarité.

https://www.eaudeparis.fr/eau-de-paris-sengage-pour-legalite-la-diversite-et-la-solidarite?utm_source=chatgpt.com

Eau de Paris (2021): Parisians always satisfied with their water.

https://www.eaudeparis.fr/en/news/Parisian-women-always-satisfied-with-their-water?utm_source=chatgpt.com

Eau de Paris (2022): The management of fountains in Paris.

<https://www.eaudeparis.fr/en/management-of-paris-fountains>

ebswien.at (2025): Klimaschutz beginnt in Wien am Klo.

<https://www.ebswien.at/klimaschutz/>

Economia GmbH (2023): Der ökonomische Fußabdruck der Elektrizitätswirtschaft Österreichs.

https://oesterreichsenergie.at/fileadmin/user_upload/Oesterreichs_Energie/Publikationsdatenbank/Studien/2023/Studie_Der_Ökonomische_Fußabdruck_der_Elektrizitätswirtschaft_Österreichs.pdf

EE-News (09.05.2018): EU-Strommarkt: Liberalisierung macht Weg frei für neue Anbieter und Erneuerbare.

<https://www.ee-news.ch/de/article/38436/eu-strommarkt-liberalisierung-machte-weg-frei-fur-neue-anbieter-und-erneuerbare>

EEA (2019): Waste water treatment improves in Europe but large differences remain.

<https://www.eea.europa.eu/highlights/waste-water-treatment-improves-in>

EEA (2022): Europe’s groundwater – a key resource under pressure.

<https://www.eea.europa.eu/en/analysis/publications/europes-groundwater-a-key-resource-under-pressure>

EEA (2024): Water abstraction by source and economic sector in Europe.

<https://www.eea.europa.eu/en/analysis/indicators/water-abstraction-by-source-and>

EEA (2025): Water savings for a water-resilient Europe.

https://www.eea.europa.eu/en/analysis/publications/water-savings-for-a-water-resilient-europe?utm_source=chatgpt.com

EEA (2025): Water scarcity conditions in Europe.

<https://www.eea.europa.eu/en/analysis/indicators/use-of-freshwater-resources-in-europe-1?activeAccordion=546a7c35-9188-4d23-94ee-005d97c26f2b>

Eichhorn, Peter (2001): Konstitutive Merkmale von Non-Profit-Organisationen. In: Witt, Dieter et al. (Hg.): Non-Profits-Management im Aufwind?. NPO-Management.

https://doi.org/10.1007/978-3-322-81409-8_6

EIT Urban Mobility (2025), The Copenhagenize Index 2025 – EIT Urban Mobility Edition. The Global Ranking of Bicycle-Friendly Cities.

https://www.eiturbanmobility.eu/wp-content/uploads/2025/11/INDEXReport_VFLight.pdf

Eglau, Karin (2023): Zielsteuerung Gesundheit. Eine institutionalisierte Gesundheitsreform? In: Gesundheit Österreich GmbH: Gesundheitsbericht für alle: Reflexionen und Zukunftstrends. Wien. Verlag Österreich, 113 – 123.

Ellguth, Peter; Kohaut, Susanne (2011): Der Staat als Arbeitgeber: Wie unterscheiden sich die Arbeitsbedingungen zwischen öffentlichem Sektor und der Privatwirtschaft? In: Industrielle Beziehungen/The German Journal of Industrial Relations. Vol. 18. No. 1. 11-38.

End Fuel Poverty Coalition (2023): Price cap and fuel poverty estimates methodology.

<https://www.endfuelpoverty.org.uk/price-cap-methodology/>

End Fuel Poverty Coalition (2026): Energy bills set to fall 7% from 1 April under Ofgem price cap.

<https://www.endfuelpoverty.org.uk/energy-bills-set-to-fall-7-from-1-april-under-ofgem-price-cap/>

Energie & Management (2025): Stadtwerke München investieren 1 Milliarde jährlich.

<https://www.energie-und-management.de/nachrichten/detail/stadtwerke-muenchen-investieren-1-milliarde-jaehrlich-260452#:~:text=Stadtwerke%20München%20investieren%201%20Milliarde%20jährlich%20%7C%20E&M>

energie.gv.at: REDIII.

<https://energie.gv.at/glossary/red-iii>

energie.gv.at: Welche Bestandteile haben Strom- und Gasrechnung.

<https://energie.gv.at/preise/welche-bestandteile-haben-strom-und-gasrechnungen>

Engartner, Tim (2024): Verfehlte Weichenstellungen in Richtung Wettbewerb. Erfolgskriterien für die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene. Kurzstudie des ETF, vida, mobifair, EVG, SEV und der Arbeiterkammer Wien.

Erne, Roland et. al (2024): Politicising commodification: European governance and labour politics from the financial crisis to the covid emergency. Cambridge. Cambridge University Press.

Erneuerbare Energie (2026): Offener Brief an den Nationalen Sicherheitsrat.

<https://www.erneuerbare-energie.at/presseaussendungen/2026/3/4/offener-brief-an-den-nationalen-sicherheitsrat>

Esping-Anderson, Gøsta (2009): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.

ESWA (2023): Erklärung zum Europäischen Blauen Deal.

<https://www.eesc.europa.eu/sites/default/files/2024-02/qe-04-23-852-de-n.pdf>

EU Mads Limited.

<https://deutschemedz.de/blog/saubersten-staedte>

EU-Trinkwasserrichtlinie 2020/2184.

<https://eur-lex.europa.eu/eli/dir/2020/2184/oj?locale=de>

Eunomia Research & Consulting Ltd. (???): Costs for Municipal Waste Management in the EU.

Europäische Kommission: „Access City Award“ für barrierefreie Städte.

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/disability/access-city-award-aca_de

Europäische Kommission: Der europäische Grüne Deal. Erster klimaneutraler Kontinent werden.

https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de

Europäische Kommission: Energie und Grüner Deal.

https://commission.europa.eu/topics/energy/energy-and-green-deal_de

Europäische Kommission: EU-Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise.

https://commission.europa.eu/topics/energy/eu-action-address-energy-crisis_de

Europäische Kommission: Geothermie.

https://energy.ec.europa.eu/topics/renewable-energy/geothermal-energy_en?prefLang=de

Europäische Kommission: Nationale Energie- und Klimapläne.

https://energy.ec.europa.eu/strategy/energy-union/national-energy-and-climate-plans_en?prefLang=de&ettrans=de

Europäische Kommission: REPowerEU.

https://commission.europa.eu/topics/energy/repowereu_de

Europäische Kommission: Solarenergie.

https://energy.ec.europa.eu/topics/renewable-energy/solar-energy_en

Europäische Kommission: Windenergie in der EU.

https://energy.ec.europa.eu/topics/renewable-energy/eu-wind-energy_en

Europäische Kommission (2024): Kommission beschließt, Frankreich wegen Nichteinhaltung der Trinkwasserrichtlinie vor dem Gerichtshof der Europäischen Union zu verklagen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_3742

Europäische Kommission (2025): Neue Strategien für größere Wasserversorgungssicherheit für Mensch, Wirtschaft und Umwelt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1404

Europäische Kommission (31.7.2025): Mehr Barrierefreiheit in der EU.

https://commission.europa.eu/news-and-media/news/eu-becomes-more-accessible-all-2025-07-31_de

Europäische Kommission (10.12.2025): Fragen und Antworten zum Europäischen Netzpaket und zur Initiative „Energieautobahn“.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_25_2946

Europäische Kommission (22.05.2026): Kopenhagener Forum unterstreicht Bedeutung der Energieinfrastruktur.

https://energy.ec.europa.eu/news/copenhagen-forum-underlines-importance-energy-infrastructure-2026-05-22_en?prefLang=de&etrans=de

Europäisches Parlament (2018): Drinking water in the EU: better quality and access.

<https://www.europarl.europa.eu/topics/en/article/20181011STO15887/drinking-water-in-the-eu-better-quality-and-access>

Europäisches Parlament (2025): Europas Gewässer – Herausforderungen und Lösungsansätze der EU.

<https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20250428STO28142/europas-gewasser-herausforderungen-und-losungsansatze-der-eu>

Europäischer Rat (2025): Abwasserbehandlung.

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/wastewater-treatment/>

Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union: Anstieg der Energiepreise seit 2021.

<https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/energy-price-rise-since-2021/>

Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union: EU-Maßnahmen für mehr grüne Energie.

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/how-the-eu-is-greening-energy/>

Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union: Strommarktreform.

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/electricity-market-reform/>

Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union: Wie hat die EU auf die Energiekrise 2022 reagiert?

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/how-did-the-eu-respond-to-the-2022-energy-crisis/>

Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union: Wie viel Gas haben die EU-Länder gespeichert?

<https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/gas-storage-capacity/>

Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union: Wie wird Strom in der EU erzeugt und verkauft?

<https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/how-is-eu-electricity-produced-and-sold/>

Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union: Russische Gaseinfuhren: Rat billigt endgültig schrittweises Verbot.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/01/26/russian-gas-imports-council-gives-final-greenlight-to-a-stepwise-ban/>

Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union (2024): Strommarktreform: Rat verabschiedet aktualisierte Vorschriften.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/21/electricity-market-reform-council-signs-off-on-updated-rules/>

European Environment Agency (2025a): Waste management country Profile with a focus on municipal and packaging waste. Austria. Factsheet EEA. Februar 2025.

European Environment Agency (2025b): Waste management country profile with a focus on municipal and packaging waste. Ireland. Factsheet EEA. March 2025.

European Parliament (2023): Energy poverty in the EU.

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/733583/EPRS_BRI\(2022\)733583_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2022/733583/EPRS_BRI(2022)733583_EN.pdf)

Eurostat (o.J.): Growth and jobs in the environmental economy.

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/environment/information-data/growth-jobs-environmental-economy>

Eurostat (o.J.): Population connected to public water supply.

https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/env_wat_pop/default/table?lang=en&category=en.env_wat.env_nwat

Eurostat (o.J.): Population connected to wastewater treatment plants.

https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/env_ww_con/default/table?lang=en&category=en_v.env_wat.env_nwat

Eurostat (2023): Renewables: main source of energy production in 2021.

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20230403-1>

Eurostat (2024): Healthcare expenditure statistics – overview.

https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Healthcare_expenditure_statistics_-_overview

Eurostat (2024): Renewable energy infographic 2024.

https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Renewable_energy_2024_infographic.jpg

Eurostat (2025): Energy consumption in households.

https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Energy_consumption_in_households

Eurostat (2025): Renewable energy statistics.

https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Renewable_energy_statistics

Eurostat (2026): 47% of EU's electricity came from renewables in 2025.

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/w/ddn-20260319-2>

Eurostat (2026): Inability to keep home adequately warm.

https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_mdcs01_custom_14972273/default/table?lang=en

Eurostat (2026): Small increase in renewable heating & cooling in 2024.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20260126-1>

Fellner, Johann; Hirner, Peter; Rechberger, Helmut (2025): Klimabilanz der Wiener Abfallwirtschaft. Ergebnisbericht für Wiener Siedlungsabfälle für das Jahr 2022. Studie des Vienna Institute for Resources and Waste und TU Wien im Auftrag der MA48.

Finn, Christina (2018): China took 95% of Ireland's plastic waste – but now it's changed its mind and we're in trouble. In: The Journal.

<https://www.thejournal.ie/ireland-plastic-waste-3786393-Jan2018/>

Fischer, Karin (2009): The Influence of Neoliberals in Chile before, during, and after Pinochet. In: Mirowski, Philip; Plehwe, Dieter (Hg.): The Road From Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective. Cambridge, London: Harvard University Press.

Flecker, Jörg; Hermann, Christoph (2009)a: Wie reagieren Unternehmen auf Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen? In: Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und deren Auswirkungen auf Qualität, Beschäftigung und Produktivität.

Flecker, Jörg et al. (2009)b: Privatisation of Public Services and the Impact on Quality, Employment and Productivity (PIQUE).

Formanek, Susanne; Mauss, Katharina; Peritsch, Manfred; Schultes, Christopher (2024): Green Market Report. Bauwerksbegrünung in Österreich 2019-2022. Zahlen, Daten, Märkte.
https://nachhaltigwirtschaften.at/resources/sdz_pdf/GMR_19_22_komprimiert.pdf

Fox, Steven (2024): Dublin revival plan recommends move away from multiple private domestic bin operators in city. In: The Journal.
https://www.thejournal.ie/bin-collection-dublin-city-public-6520562-Oct2024/?utm_source=chatgpt.com

Förster, Wolfgang (2017): Sondermaterie und/oder Alltäglichkeit. Was Wohnbaugestaltung zur Integration beitragen kann. In: Ludl, Herbert (Hg.): Integration im Wohnbau. Modelle für ein soziales Zusammenleben. 87-94.

Fritz, Thomas (2015): Public services under attack. TTIP, CETA and the secretive collusion between business lobbyists and trade negotiators. Studie der AK Wien, AITEC, CEO, EPSU, IGO UND TNI.

FGSV (2021): Multi- und Intermodalität: Hinweise zur Umsetzung und Wirkung von Maßnahmen im Personenverkehr.
https://www.fgsv.de/fileadmin/Gremien/AK_1.2.8/Teilpapier_1_Definitionen.pdf

FSW (2025): Pflegestarter:innen.
https://www.bildungszentrum-wien.at/p/pflegestarter_innen

Fuchs, Michael (2018): Nicht-krankenversicherte Personen in Österreich – empirische Erkenntnisse – Kurzfassung.
<https://www.sozialversicherung.at/cdscontent/?contentid=10007.845161&=svportal>

Gabmayer, Renate; Ramic, Mirela (2024): Das Personal des Bundes 2024. Daten und Fakten. Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport.
<https://oeffentlicherdienst.gv.at/wp-content/uploads/2024/10/Das-Personal-des-Bundes-2024.pdf#page=62>

Gareth, Dennis (2025): Die Privatisierung der britischen Bahn war ein völliger Fehlschlag.
<https://www.rosalux.de/news/id/53917/die-privatisierung-der-britischen-bahn-war-ein-voelliger-fehlschlag>

GBV (2024): Verbandsstatistik 2024. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft in Zahlen.

Gesundheit Österreich (2025): Pflegepersonen nach Geschlecht.

https://pfleregereporting.at/sites/pfleregereporting.at/files/inline-files/INFOSHEET_Geschlecht_2025.pdf

Geothermie Österreich: Potenzial und aktuelle Nutzung der tiefen Geothermie in Österreich.

<https://www.geothermie-oesterreich.at/was-ist-geothermie/tiefe-geothermie/potential-und-nutzung/>

GeoTief Wien.

<https://www.geotiefwien.at>

Getzner, Michael; Köhler, Bettina et al. (2018): Vergleiche europäischer Systeme der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Endbericht (Langfassung).

Getzner, Michael; Damjanovic, Dragana; Dowling, Emma; Müller, Hannah Lucia; Plank, Leonhard; Strickner, Alexandra; Damböck, Charlotte; Evers, Pauline; Kalhorn, Anna Franziska; Pöchlhammer, Tim (2024): Daseinsvorsorge 2030. Gute Grundversorgung für alle innerhalb planetarer Grenzen. Studie der Arbeiterkammer Wien.

GOEG (o.J.): Was ist HiAP?

https://hiap.goeg.at/was_ist_hiap

Greater London Authority (2024): Mayor announces TfL fares package for 2025, with a freeze to bus and tram fares.

Greenpeace (2023): Climate & Public Transport Tickets in Europe. A Greenpeace ranking of 30 European countries and their capitals.

<https://greenpeace.at/uploads/2023/05/report-climate-and-public-transport-tickets-in-europe.pdf>

Greenpeace (2024): Wohnungsleerstand in Österreich. Greenpeace-Analyse zu Leerstand und Leerstandsabgaben.

Griebler, Robert et al. (2023): Geko-T – Gesundheitskompetenz von 9-13-jährigen Kindern in Tirol.

https://jasmin.goeg.at/id/eprint/2891/1/Geko-T%20Ergebnisbericht_bf.pdf

Gütermann, Fjodor; Streissler, Agnes (2013): Volkswirtschaftliche Effekte der Liberalisierung des Eisenbahnpersonenverkehrs in Österreich. Argumentarium im Auftrag der AK Wien, Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Österreichischer Städtebund, Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs, Gewerkschaft vida.

Haas, Reinhard et al. (2004): Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der Europäischen Union und Österreich.

Haas, Sabine; Weigl, Marion (2023): Frühe Hilfen: Mehr Chancengerechtigkeit durch politikfeldübergreifende Kooperation. In: Gesundheit Österreich GmbH (Hg.): Gesundheit für alle: Reflexion und Zukunftstrends. Verlag Österreich, 13 – 27.

Hagemann, Sara; Schwab, Thomas (2026): Heating Up Inequality?
https://bst-europe.eu/investment-budget/heating-up-inequality/?utm_source=chatgpt.com

Hall, David (2014) Öffentlich-Private Partnerschaften – die Lehren aus internationaler Erfahrung. In: Prausmüller, Oliver; Wagner, Alice (Hg.): Bilanz und Alternativen zur neoliberalen Privatisierungspolitik.

Handelsblatt (2023): Warum die britischen Wasserversorger ein Sanierungsfall sind.
<https://www.handelsblatt.com/unternehmen/dienstleister/grossbritannien-warum-die-britischen-wasserversorger-ein-sanierungsfall-sind/29236196.html>

Hans Böckler Stiftung (2008): Privatisierung: Jobverluste überwiegen.
<https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-jobverluste-ueberwiegen-9280.htm>

Hauler, Sophie; Janning, Stine; Mehrgans, Emilia; Kobras, Vanessa (2021): Factsheet zur Wohnkostenbelastung in Wien. Institut für Raumplanung und Architektur der TU Wien und Future Lab.

Health & Safety Commission (2001): The Ladbroke Grove Rail Inquiry. Part 1 Report.
https://eda9d808-033c-484c-af02-96eae3020f88.usrfiles.com/ugd/20708f_c854a0f3c9b141918468172157432c30.pdf

Heckl, Eva; Dorr, Andrea; Petzlberger, Karin; Hosner, Daniela; Danzer, Lisa (2023): Branchenspezifische Fachkräftesituation in Wien. 2023. Studie der KMU Forschung und L & R Sozialforschung.
https://www.lrsocialresearch.at/wp-content/uploads/2024/03/Branchenspezifische_Fachkraeftesituation_in_Wien.pdf

Heimberger, Philipp (2022): Österreichische Gemeinden im Kontext der Covid-19-Krise: Finanzausgleich bei steigenden Investitionsbedarfen und sinkenden Einnahmen; wiiw.

Hennessy, Michelle (2018): Panda to charge customers for recycling in response to China's European plastic ban. In: The Journal.
<https://www.thejournal.ie/panda-recycling-3901850-Mar2018/>

Hermann, Christoph; Verhoest, Koen (2009): Liberalisierung, Privatisierung und Regulierung. In: Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und deren Auswirkungen auf Qualität, Beschäftigung und Produktivität.

Himpele, Klemens; Pohl, Alina (2019): Alternative Wohlstandsmessung. Neue Metriken für eine emanzipatorische Stadtpolitik. In: Kurswechsel. Vol. 2019. No. 4. 60-71.

Hofmarcher, Maria; Rack, Herta (2006): Gesundheitssysteme im Wandel: Österreich. Kopenhagen. WHO Regionalbüro für Europa.

Holemans, Dirk (2014): Public-Civil-Partnerships for a Better City. In: Alltagsökonomie in Wien – ein neuer Zugang zu Ökonomie und Stadt. Werkstattbericht 183.

Horvath, Thomas; Huemer, Ulrike; Kratena, Kurt; Mahringer, Helmut; Sommer, Mark; Gstinig, Karolin; Janisch, Dominik; Kuzmann, Raimund; Kulmer, Veronika (2016): Beschäftigungsmultiplikatoren und die Besetzung von Arbeitsplätzen in Österreich. Studie des WIFO und Joanneum Research.

Housing Europe (2023): The State of Housing in Europe 2023.

Hüther, Michael (2021): Der Staat als Retter und die Mühen der administrativen Ebene. Makronom. <https://makronom.de/der-staat-als-retter-und-die-muehen-der-administrativen-ebene-38510>

IEA (2024): Clean Energy Is Boosting Economic Growth. <https://www.iea.org/commentaries/clean-energy-is-boosting-economic-growth>

IG Windkraft (2026); Pressekonferenz: Für Österreich und Europa – Erneuerbare Energien sind Schutzschirm gegen geopolitischen Sturm. <https://www.igwindkraft.at/aktuelles/news/erneuerbare-energien-sind-schutzschirm-gegen-geopolitischen-sturm>

Industriewissenschaftliches Institut (2024): Branchenbild Abfallwirtschaft. Zusammenfassender Bericht. Studie im Auftrag des Fachverbandes Entsorgungs- und Ressourcenmanagement der Wirtschaftskammer (FVERM), des Österreichischen Wasser- und Abfallwirtschaftsverbandes (ÖWAV), der VÖA – Bereinigung öffentlicher Abfallwirtschaftsbetriebe und des Verbandes Österreichischer Entsorgungsbetriebe (VOEB).

Industriewissenschaftliches Institut (2025): Die Abfallwirtschaft Wiens als Triebfeder für wirtschaftlichen Erfolg. Studie im Auftrag der Fachgruppe Entsorgungs- und Ressourcenmanagement der Wirtschaftskammer Wien.

Institute of Public Administration (2023): Research in respect of the remunicipalisation of waste service in Dublin City Council. Research on behalf of the Strategic Policy Committee of Dublin City Council (Climate Change, Environment and Energy).

IRENA (2026): From Energy Crisis to Energy Security. https://www.irena.org/-/media/Files/IRENA/Agency/Publication/2026/Apr/IRENA_policy_advisory_4-26-1_Middle_East-2026.pdf

Jasiński, Łukasz (2021): Markets vs Public Health Systems. Perspectives from the Austrian School of Economics. London. Routledge.

Jüngling, Leonard (2025): Wohnbauinvestitionen: Österreich fällt im EU-Vergleich deutlich zurück.
<https://www.momentum-institut.at/news/wohnbauinvestitionen-oesterreich-faellt-im-eu-vergleich-deutlich-zurueck/>

Kadi, Justin; Verlič, Mara (2019): Gentrifizierung am privaten Wiener Wohnungsmarkt. In: Kadi Justin; Verlič, Mara (Hg.): Stadtpunkte Nr 27. Gentrifizierung in Wien. Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Praxis. Arbeiterkammer Wien.

Kadi, Justin; Lilius, Johanna (2022): The remarkable stability of social housing in Vienna and Helsinki: a multi-dimensional analysis. In: Housing Studies. Vol. 39. No.7. 1607-1631.

KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung (o.J.): Gebühren richtig kalkulieren.
<https://www.kdz.eu/de/aktuelles/blog/gebuehren-richtig-kalkulieren>

KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung (2023): FAG-Faktencheck #6: Ist die Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge gesichert?
<https://www.kdz.eu/sites/default/files/2023-04/FAG-Faktencheck%20%20-%20kommunale%20Daseinsvorsorge.pdf>

KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung (2024): Finanzausgleich Kompakt 2024.

KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung (2025): Finanzausgleich Kompakt 2025.

KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung (2025): Gemeindefinanzprognose Mai 2025 – Leistungskürzungen stehen am Plan.
<https://www.kdz.eu/de/gemeindefinanzprognose-mai-2025>

kea (2025): Faktencheck Energiearmut.
<https://kea.gv.at/wp-content/uploads/sites/24/2025/06/Faktencheck-Energiearmut-2025-barrierefrei.pdf>

Kemna, Verena (2009): Fünf Gründe für den Nahverkehr.
<https://www.deutschlandfunk.de/fuenf-gruende-fuer-den-nahverkehr-100.html>

Kettunen/Ruonavaara (2021): Rent regulation in 21st century Europe. Comparative Perspectives. In: Housing Studies. Vol. 36. No. 9. 1446-1468.

Kirchengast, Gottfried; Pichler, Moritz (2025): A traceable global warming record and clarity for the 1.5 C well-below-2 C goal.

Klampfl-Pernhold, H.; Gelbmann, U. (2006): Quantensprünge in der Abfallwirtschaft. Entwicklung eines innovationsorientierten Phasenmodells der europäischen Abfallwirtschaft. Aachen: Shaker.

Kleine Zeitung (07.04.2026): Bis 2035 sollen neun Milliarden Euro in das Übertragungsnetz fließen.

<https://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/20746313/bis-2035-sollen-neun-milliarden-euro-in-das-uebertragungsnetz-fliesen>

Klien, Michael; Huber, Peter; Reschenhofer, Peter; Gutheil-Knopp-Kirchwald; Kössl, Gerald (2022): Die preisdämpfende Wirkung des gemeinnützigen Wohnbaus. Studie des WIFO.

Klien, Michael; Böheim, Michael; Streichner, Gerhard (2023): Die Rolle des öffentlichen Vergabewesens für eine klimaneutrale Produktions- und Lebensweise. Studie des WIFO im Auftrag der AK Wien und der AK Niederösterreich.

Kommunal (2025): Stark schwankendes Grundwasser – Wasserversorgung: Klimawandelanpassungen erhöhen Kosten.

<https://kommunal.at/wasserversorgung-klimawandelanpassungen-erhoehen-kosten>

Kommunale Abwasserrichtlinie (RL 2024/3019).

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:L_202403019

Kompetenzzentrum für Alltagsökonomie (2025): Über die Alltagsökonomie.

<https://alltagsoekonomie.at/>

kontrast.at (2026): Spanien hat in Erneuerbare Energien investiert und profitiert jetzt von günstigen Strompreisen.

<https://kontrast.at/spanien-strompreis-erneuerbare-oelpreis/>

Kössl, Gerald (2024): Wohnbauförderung in Österreich 2023. Förderungszusicherungen, Förderungsgebarung und internationaler Vergleich 1996-2023. Österreichischer Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen.

Kössl, Gerald; Jobst, Jeremias; Buchsteiner, Maximilian (2025): Strengthening EU Housing Policy: Lessons from Austria's Limited-Profit Housing Model and Vienna's Subsidy Conditionality and Zoning. Position Paper. GBV; VÖWG.

KPMG (2024): Economic assessment: Re-municipalisation of household waste management in Ireland. Report Prepared for the Irish Waste Management Association (IWMA).

Kratena, Kurt (2004): Evaluierung der Liberalisierung des österreichischen Energiemarktes aus makroökonomischer Sicht.

https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-3191/MB_2004_11_06_ENERGIEMARKTLIBERALISIERUNG_.pdf

Krenn, Manfred (2023): Die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen in Zeiten der Pandemie: Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten – eine Querschnittsanalyse europäischer Städte. Wien. Verlag Arbeiterkammer Wien.

Krisch, Astrid; Novy, Andreas; Plank, Leonhard; Schmidt, Andrea E.; Blaas, Wolfgang (2020): Die Leistungsträgerinnen des Alltagslebens. Covid-19 als Brennglas für die notwendige Neubewertung von Wirtschaft, Arbeit und Leistung. Bericht des Foundational Economy Collective.

Krutzler, David (2025): Preiserhöhungen bei Wiener Öffi-Jahreskarte und Parkpickerl werden geprüft. In: Der Standard.

<https://www.derstandard.at/story/3000000274525/preiserhoehungen-bei-wiener-oeffi-jahreskarte-und-parkpickerl-werden-geprueft>

Kuhn, Lothar (2019): Wo Bahnfahren in Europa am teuersten ist. Edison Magazin.

<https://edison.media/erklaeren/wo-bahnfahren-in-europa-am-teuersten-ist/25097566.html>

Lebensraumwasser (2019): Wasserverluste bedrohen Versorgungssicherheit in London.

<https://www.lebensraumwasser.com/wasserverluste-bedrohen-versorgungssicherheit-in-london/>

Linhart, Miroslav; Hána, Petr; Leško, Jakub; Machula, Lukáš; Marek, David (2024): Deloitte Property Index. Overview of European Residential Markets. 13th Edition. August 2024.

London Assembly (2024): London's water crisis.

<https://www.london.gov.uk/who-we-are/what-london-assembly-does/questions-mayor/find-an-answer/londons-water-crisis>

London.gov.uk: Drinking fountains for London.

<https://www.london.gov.uk/programmes-strategies/environment-and-climate-change/waste-and-recycling/single-use-plastic-bottles/drinking-fountains-london>

Lynas, Matthew (2025): Britische Regierung schreibt Photovoltaik-Pflicht für neue Häuser in England vor.

<https://www.pv-magazine.de/2025/06/10/britische-regierung-schreibt-photovoltaik-pflicht-fuer-neue-haeuser-in-england-vor/>

MA 15 (2024): 1.13 Magistratsabteilung 15 – Gesundheitsdienst. In: Leistungsbericht 2024 der Wiener Stadtverwaltung.

MA 24 (2024): 1.21 Magistratsabteilung 24 – Strategische Gesundheitsversorgung.

In: Leistungsbericht 2024 der Wiener Stadtverwaltung.

<https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrup/periodical/thumbview/5523316>

MA27 (2004): Stärken der kommunalen Abfallwirtschaft. Argumentarium gegen die Liberalisierung. Abschlussbericht der Arbeitsgruppe der Stadt Wien gegen die Liberalisierung der Abfallwirtschaft.

MA27 (2015): Argumentarium gegen die Liberalisierung des Wassersektors. Stadt Wien.

MA48 (2024): Jahresbericht 2024.

MA48 (2024): Wiener Abfallwirtschaftsplan & Wiener Abfallvermeidungsprogramm (Wr. AWP & AVP) 2025-2030. Im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung 2023/24.

Mazzucato, Mariana (2013): The Entrepreneurial State: Debunking Public vs. Private Sector Myths. London: Anthem Press.

McHugh, Brian (2025): Current waste market structure will never deliver for Irish public. CCPC.
<https://www.ccpc.ie/business/current-waste-market-structure-will-never-deliver-for-irish-public/>

MeinBezirk (2025): Neues Wasserwerk entsteht bis 2030 auf der Donauinsel.
https://www.meinbezirk.at/floridsdorf/c-lokales/neues-wasserwerk-entsteht-bis-2030-auf-der-donauinsel_a7679611

Mercer: Quality of Living City Ranking 2024.
<https://www.mercer.com/insights/total-rewards/talent-mobility-insights/quality-of-living-city-ranking/#city-attractiveness>

Mieterhilfe.
<https://mieterhilfe.at/>

MIPEX (2020): Health.
<https://www.mipex.eu/health>

MIPEX (2025): Health.
<https://www.mipex.eu/health-2025>

Molina, Camilo; Quinz, Hannah; Reinprecht, Christoph (2020): Sozialraum Monitoring. Durchmischung und Polarisierung in Wien. AK Wien. Stadtpunkte Nr. 34.

Momentum Institut (2022): Preisdeckel als Strompreisbremse.
<https://www.momentum-institut.at/news/preisdeckel/>

Money Guide Ireland (2025): Cheapest Dublin Bin Collection Charges.
https://www.moneyguideireland.com/cheapest-dublin-bin-collection-charges.html?utm_source=chatgpt.com

Moreno, Carlos (2016): La ville du quart d'heure. In: La Tribune.
<https://www.latribune.fr/regions/smart-cities/la-tribune-de-carlos-moreno/la-ville-du-quart-d-heure-pour-un-nouveauchrono-urbanisme-604358.html>

Musil, Robert; Brand, Florian; Huemer, Hannes; Köckl, Petra; Wonaschütz, Maximilian (2021): Die Transformation der Wiener Gründerzeitstadt. Dynamiken am Wiener Zinshausmarkt 2007-2019. ISR-Forschungsbericht Heft 55. Österreichische Akademie der Wissenschaften.

Natarajan, Anu (2024): Harris-Walz and Ocasio-Cortez-Smith Housing Plans Reference Social Housing Elements.

<https://lesardevelopment.com/harris-walz-and-ocasio-cortez-smith-housing-plans-reference-social-housing-elements/#:~:text=Harris%2DWalz%20and%20Ocasio%2DCortez,Housing%20Elements%20%2D%20LeSar%20Development%20Consultants>

Neu, Claudia (2009): Daseinsvorsorge – eine Einführung. In: Neu, Claudia (Hrsg.): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 9-22.

North Strand Recycling Centre (o.J.).

<https://www.dublincity.ie/sites/default/files/2024-06/north-strand-information-leaflet-june-2024.pdf>

Noussan, Michel (2019): Effects of the Digital Transition in Passenger Transport – an Analysis of Energy Consumption Scenarios in Europa. Working Paper. Fondazione ENI Enrico Mattei.

NHS (o.J.): NHS Health Check.

<https://www.nhs.uk/tests-and-treatments/nhs-health-check/>

Novy, Andreas; Strickner, Alexandra; Plank, Leonhard; Kroismayr, Sigrid; Frey, Iris; Kamtner, Verena (2019): Alltagsökonomie in Wien – ein neuer Zugang zu Ökonomie und Stadt. Werkstattbericht 183.

OECD (2018): Health at a Glance 2018. State of Health in the EU Cycle.

https://health.ec.europa.eu/system/files/2020-02/2018_healthatglance_rep_en_0.pdf

OECD (2020): Environmental health and strengthening resilience to pandemics. In: OECD (Hg.): Tackling Coronavirus (COVID-19): Contributing to a Global Effort.

OECD (2023): Health at a Glance 2023. OECD Indicators.

https://www.oecd.org/en/publications/health-at-a-glance-2023_7a7afb35-en.html

OECD (2025): Health at a Glance 2025. OECD Indicators.

https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2025/11/health-at-a-glance-2025_a894f72e/8f9e3f98-en.pdf

Oesterreich.gv.at: Das Übereinkommen von Paris.

https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/umwelt_und_klima/klima_und_umweltschutz/1/Seite.1000325

Oesterreich.gv.at: Medizinische Behandlung und Versorgung mit Lebensmitteln.

https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/hilfe_und_finanzielle_unterstuetzung_erhalten/2/Seite.1694200

Oesterreich.gv.at Schlichtungsstellen.

https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/gesetze_und_recht/gerichtsorganisation_der_justiz/zivilrecht/1/1/Seite.1010142

Office of Rail Regulation: Train Derailment at Hatfield: A Final Report by the Independent Investigation Board.

https://www.railwaysarchive.co.uk/documents/HSE_HatfieldFinal2006.pdf

OFWAT (2025): Analysis of household customer debt.

OHCHR (o.J.): Universal Declaration of Human Rights – German (Deutsch).

<https://www.ohchr.org/en/human-rights/universal-declaration/translations/german-deutsch>

Oltermann, Philip (2024): The social housing secret: how Vienna became the world's most livable city. In: The Guardian.

<https://www.theguardian.com/lifeandstyle/2024/jan/10/the-social-housing-secret-how-vienna-became-the-worlds-most-livable-city>

orf.at (2018): Wohnbau: Zwei Drittel müssen gefördert werden.

<https://wien.orf.at/v2/news/stories/2945439/#:~:text=Wien%20will%20die%20Quote%20leistbarer,a m%20Montag%20im%20APA%2DGespräch.&text=Wann%20wird%20diese%20Zwei%2DDrittel,Vorgabe%20hinsichtlich%20leistbarem%20Wohnraum%20betroffen.>

orf.at (2020): Neue Trinkwasserleitung ins Waldviertel.

<https://noe.orf.at/stories/3056421/>

orf.at (14.09.2022): Lage für deutsche Stadtwerke zunehmend angespannt.

<https://orf.at/stories/3285212/>

orf.at (2023): Dürre in Frankreich lässt Grundwasserspiegel sinken.

<https://orf.at/stories/3308695/#:~:text=Die%20Trockenheit%20im%20vergangenen%20Sommer,Mine n%20heute%20in%20Paris%20mit>

orf.at (17.06.2025): Überspannung führte zu Spaniens Blackout.

<https://orf.at/stories/3397042/>

orf.at (15.09.2025): Wien zieht Lehren aus Hochwasser 2024.

<https://wien.orf.at/stories/3321559/>

orf.at (2025): Über 240 Begrünungsprojekte umgesetzt.

<https://wien.orf.at/stories/3307824/>

orf.at (2025): Wasservorräte in England werden knapp.

<https://orf.at/stories/3402315/>

orf.at (2026): Pfandsystem bewährte sich im ersten Jahr.

<https://oesterreich.orf.at/stories/3339672/>

OTS (2.4.2026): Wirtschaftsagentur Wien: Wien als Magnet für internationale Unternehmen: 2025 starker Anstieg bei geschaffenen Arbeitsplätzen.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20260402_OTSO002/wien-als-magnet-fuer-internationale-unternehmen-2025-starker-anstieg-bei-geschaffenen-arbeitsplaetzen

OTS (21.04.2026): Stadt Wien: Meeting-Bilanz 2025: Erfolgreichstes Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20260421_OTSO121/meeting-bilanz-2025-erfolgreichstes-jahr-seit-beginn-der-aufzeichnungen

OTS (29.01.2026): Wien Energie: Kein Mist: Wien Energie nutzt Wärme in der Spittelau jetzt dreifach.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20260129_OTSO100/kein-mist-wien-energie-nutzt-waerme-in-der-spittelau-jetzt-dreifach

O'Sullivan, Kevin (2024): 'Wild west' privatised waste collection has failed householders, Oireachtas committee told. In: The Irish Times.

https://www.irishtimes.com/environment/2024/07/09/wild-west-privatised-waste-collection-has-failed-householders-oireachtas-committee-told/?utm_source=chatgpt.com

ÖAK (2019): Ärzttestatistik für das Jahr 2019.

https://www.aerztekammer.at/documents/261766/679332/%C3%96%C3%84K_%C3%84rztestatistik_2019.pdf/cc3c3c47-e62b-62eb-35f1-38c8f539d6d3?t=1597989442710

ÖAK (2023): Ärzttestatistik für das Jahr 2023.

<https://www.aerztekammer.at/documents/d/content-pool/oak-arztestatistik-2023>

ÖAK (2024): Ärzttestatistik für das Jahr 2024.

<https://www.aerztekammer.at/documents/d/content-pool/arztestatistik-2024>

ÖAMTC (2025): Städtische Verkehrsmittel im Vergleich.

<https://www.oamtc.at/thema/tests/staedtische-verkehrsmittel-im-vergleich-55856985>

ÖBB (2023): Geschichte der Eisenbahn.

<https://konzern.oebb.at/de/ueber-den-konzern/geschichte>

ÖBB (2025 [a]): Erstmals über eine halbe Milliarde Fahrgäste. Presseaussendung 09.03.2025.

<https://presse-oebb.at/news-oebb-erstmals-ueber-eine-halbe-milliarde-fahrgaeste?id=214376&menueid=27024&l=deutsch>

ÖBB (2025[b]): ÖBB kompakt 2024/25. Zahlen Daten Fakten inkl. Rahmenplan 2025-2030.

<https://static.web.oebb.at/bericht/zahlen-daten-fakten-2024/index.html>

ÖBB (2025 [c]): Modernisierung und Elektrifizierung der Traisentalbahn auf Kurs. Presseaussendung 18.06.2025.

<https://presse-oebb.at/news-modernisierung-und-elektrifizierung-der-traisentalbahn-auf-kurs?id=219166&menueid=27021&l=deutsch>

ÖGB (2022): Übergewinne besteuern.

https://www.oegb.at/content/dam/oegb/downloads/übergewinne/Factsheet_Uebergewinnsteuer_Energiesektor_final.pdf S.6

ÖGB (2023): Reform des Strommarktdesign der Europäischen Union – Beitrag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

https://www.oegb.at/content/dam/oegb/downloads/Energiemarktdesign_%20Beitrag%20OEGB%2023%2002%2008.pdf

ÖGB (24.04.2025): Starke Beschäftigte, starke Netze. Europas Weg zur gerechten Energiewende.

<https://www.oegb.at/der-oegb/europabuero-und-eu/berichte/europas-weg-zur-gerechten-energiewende>

ÖGPP (2008). Privatisierung und Liberalisierung kommunaler Dienstleistungen in der EU.

ÖGPP (2014): Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU.

ÖGPP (2015): Die Organisation der Wasserversorgung in der EU – Ein Überblick.

ÖGPP (2019): Rekommunalisierung in Europa. Fakten, Motive, Beispiele.

Öko-Institut (2025): Energiearmut, Vulnerabilität und Klimaschutz: Maßnahmen zur Unterstützung betroffener Haushalte.

<https://www.oeko.de/news/aktuelles/energiearmut-vulnerabilitaet-und-klimaschutz-massnahmen-zur-unterstuetzung-betroffener-haushalte/>

Österreichs Energie: 20 Jahre Strommarkliberalisierung.

<https://oesterreichsenergie.at/aktuelles/neuigkeiten/detailseite/20jahre-strommarkliberalisierung>

Österreichischer Gemeindebund (30.04.2026): Blitzumfrage: Gemeinden haben 1 Milliarde Euro an Investitionen aufgeschoben.

<https://gemeindebund.at/blitzumfrage-gemeinden-haben-1-milliarde-euro-an-investitionen-aufgeschoben/>

Österreichischer Städtebund: Städte sind sichere und nachhaltige Arbeitgeber*innen.

<https://www.staedtebund.gv.at/themen/finanzen/fag2024/presseaussendungen/presseaussendungen-details/staedtebund-staedte-sind-sichere-und-nachhaltige-arbeitgeberinnen/>

Österreichisches Staatsarchiv (2024): Die „Allgemeine Schulordnung“ Maria Theresias vom 6. Dezember 1774 – 250 Jahre Unterrichtspflicht in Österreich.

<https://www.oesta.gv.at/veroeffentlichungen/archivale-des-monats/archivale-des-monats-dezember-24.html>

ÖWAV (2020): The Role of Waste-to Energy Technologies in the Circular Economy, by Example of Austria. Österreichischer Wasser- und Abfallwirtschaftsverband. Expert Paper.

Parlament.gv.at (2023): Nachbesetzung von Kassenstellen 16086/AB, Beilage 2.

https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/AB/16086/imfname_1601930.pdf

Parlamentskorrespondenz (2023): Nationalrat spricht sich für höheren Energiekrisenbeitrag von Stromerzeugern aus.

https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2023/pk0576

Pepper, Diarmuid (2025): Lack of bins in Dublin’s parks is down to ‘turf war’ between Council and other agencies. In: The Journal.

https://www.thejournal.ie/bins-public-parks-dublin-opw-6622794-Feb2025/?utm_source=chatgpt.com

Perner, Robin (o.J.): Die Energiekrise als Motor der Teuerung.

https://www.arbeiterkammer.at/infopool/akportal/Liberalisierung_3.pdf s79

Peter, Erik (2025): Übermacht gegen Mieter. In: taz.de.

<https://taz.de/Vonovia-uebernimmt-Deutsche-Wohnen/!6064752/>

Peverini, Marco (2023): Promoting Rental housing Affordability in European Cities. Learning from the Cases of Milan and Vienna. Politecnico Milano; Springer Briefs in Applied Sciences and Technology.

Plank, Leonhard; Schneider, Antonia; Kadi, Justin (2022): Wohnbauboom in Wien 2018-2021. Preise, Käufer:innen und Leerstände in der Wohnbauproduktion. Stadtpunkte Nr. 40. Arbeiterkammer Wien.

Plattform Primärversorgung (2025): Entwicklung der PVE in Österreich.

<https://primaerversorgung.gv.at/pve-entwicklung-oesterreich#:~:text=Die%20erste%20Prim%C3%A4rversorgungseinheit%20%C3%96sterreichs%20wurde,Entwicklung%20der%20Anzahl%20an%20Prim%C3%A4rversorgungseinheiten.>

Plattform Primärversorgung (2025): PVE-Landkarte.

<https://primaerversorgung.gv.at/standorte-pve-landkarte?locations%5B%5D=15&type=pve>

Peiseler, Florian; Runkel, Matthias; Collmer, Florin; Zahn, Paulin (2024): MIV und ÖPNV im Kostenvergleich. Einsparung gesellschaftlicher Kosten durch den öffentlichen Personennahverkehr. Studie des Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.

https://foes.de/publikationen/2024/2024-04_FOES_OEPNV.pdf

Peistrup, Matthias (2010): Legitimation und Reformpotenziale der ÖPNV-Förderung in Deutschland. Münster: Nomos.

Presse-Service Rathauskorrespondenz (30.04.2024): Wertschöpfung: Investitionen in Energiewende sichern tausende Arbeitsplätze.

<https://presse.wien.gv.at/presse/2024/04/30/wertschoepfung-investitionen-in-energiewende-sichern-tausende-arbeitsplaetze>

Presse-Service Rathauskorrespondenz (2025): Gaál: Wirtschaftsmotor Wiener Wohnbau-Offensive läuft – Kampagne „Wien baut vor“.

<https://presse.wien.gv.at/presse/2025/10/17/gaal-wirtschaftsmotor-wiener-wohnbau-offensive-laeuft-kampagne-wien-baut-vor>

Pucher, Johannes (2025): Stadt Wien geht gegen Immo-Haie vor: 90 bis 100 Häuser unter Beobachtung. In: DerStandard.

<https://www.derstandard.at/story/3000000263172/stadt-wien-geht-gegen-immo-haie-vor-90-bis-100-haeuser-unter-beobachtung>

Puls (o.J.): Definetzwerk Österreich.

<http://www.puls.at/projekte/definetzwerk-oesterreich/>

Quiggin, John (2019): Franchising and privatisation of public transport: a history of failure. Report to Rail, Tram and Bus Union. University of Queensland.

Quinn, Martin; Feeney, Orla (2022): Domestic Waste Management in Ireland – the Journey Towards Financialization, QMS Research Paper. Queen’s University Belfast. Queen’s Management School Belfast.

Raab, Roman (06.07.2023): Energiemarktliberalisierung – Gold-Rush für Energieriesen oder Wohltat für Konsument:innen?

<https://www.awblog.at/Europa/energiemarktliberalisierung-fuer-konsumentinnen>

Rammner, Stephan; Dirk, Thomas; Uhl, André; Beer, Felix (2021): Resiliente Mobilität - Ansätze für ein krisenfestes und soziales Verkehrssystem. Friedrich Ebert Stiftung.

Rathauskorrespondenz (2024): Hanke/Hacker: Wiener Pflegeausbildungsprämie sichert leistbare Pflegeausbildung bis 2028.

<https://presse.wien.gv.at/presse/2024/06/12/hanke-hacker-wiener-pflegeausbildungspraemie-sichert-leistbare-pflegeausbildung-bis-2028>

Rathauskorrespondenz (2025): Mit Windkraft raus aus Gas.

<https://presse.wien.gv.at/presse/2025/11/06/mit-windkraft-raus-aus-gas-wien-setzt-meilenstein-in-der-energiewende-und-versorgt-kuenftig-alle-wiener-haushalte-mit-oekostrom>

RATP (2026): Fares.

<https://www.ratp.fr/en/titres-et-tarifs>

Ravier, Adrián (2016): Extracts from an Interview with Friedrich von Hayek (El Mercurio, Chile, 1981).

<https://puntodevistaeconomico.com/2016/12/21/extracts-from-an-interview-with-friedrich-von-hayek-el-mercurio-chile-1981/>

Rechnungshof Österreich (2021): Ärztliche Versorgung im niedergelassenen Bereich. Bericht des Rechnungshofes.

https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/004.840_A_rztliche_Versorgung.pdf

Reinprecht, Christoph (2014): Social Housing in Austria. In: Seanlon, Kathleen; Whitehead, Christine; Arrigoitia, Melissa Fernández (Hg): Social Housing in Europe. Oxford: Wiley Blackwell. 61-74.

Reinwald, Florian; Weichselbaumer, Roswitha; Ring, Zita (2020): Case Study Wien: Gebäudebegrünung im geförderten Wohnungsbau. In: Quartier Fachmagazin für urbanen Wohnungsbau.

<https://www.magazin-quartier.de/article/case-study-wien-gebaeudebegrueung-gefoerderter-wohnungsbau/>

Reuters (2025): UK to set out water reforms as Thames Water faces crisis.

<https://www.reuters.com/sustainability/boards-policy-regulation/uk-set-out-water-reforms-thames-water-faces-crisis-2025-07-18/>

Right2Water (2025).

<https://right2water.eu/>

Ringsend Recycling Centre (o.J.).

<https://www.dublincity.ie/sites/default/files/2024-06/ringsend-info-leaflet-june-2024.pdf>

RIS (2018): Bundesrecht konsolidiert: Allgemeines Sozialversicherungsgesetz §330a, Fassung vom 17.02.2018.

<https://ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008147&Artikel=&Paragraf=330a&Anlage=&Uebergangsrecht=>

RIS (2024): Bundesrecht konsolidiert: Lehrpläne – allgemeinbildende höhere Schulen Anl. 1, tagesaktuelle Fassung.
<https://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008568&Artikel=&Paragraf=&Anlage=1&Uebergangsrecht=>

RIS (2025): Bundesrecht konsolidiert: Lehrplan der Volksschule Anli. 1, tagesaktuelle Fassung.
<https://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009275&Artikel=&Paragraf=&Anlage=1&Uebergangsrecht=>

RIS (2025): Bundesrecht konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift für Schwerarbeitsordnung, Fassung vom 27.10.2025.
<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20004642>

Riß, Sabina A.; Lechner, Christine; Mundt, Alexis; Amann, Wolfgang (2019): Frauen in der Wohnungswirtschaft. Karrierebedingungen, Erhöhung der Frauenrepräsentanz. Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen im Auftrag der MA 50.

Ryan-Christensen, Aoife (2019): What really happens to our recycling? In: RTÉ News.
<https://www.rte.ie/brainstorm/2019/0912/1075557-what-really-happens-to-our-recycling/>

Schäfer, Michael (2023): Kommunalwirtschaft. Eine gesellschaftspolitische und volkswirtschaftliche Analyse. Wiesbaden: Springer.

Schenner, Elisa (2006): EU und Wasserliberalisierung. Eine Analyse auf internationaler und europäischer Ebene. Arbeiterkammer Wien.

Schmidt, Andrea et. al (2023): Krisen meistern, Chancen nutzen: Gesundheit und Klima im Wandel der Zeit. In: Gesundheit Österreich GmbH: Gesundheitsbericht für alle: Reflexionen und Zukunftstrends. Wien. Verlag Österreich, 307 – 321.

Schönbäck, Wilfried; Oppolzer, Gerlinde et al. (o.J.): Internationaler Vergleich der Siedlungswasserwirtschaft. Arbeiterkammer Österreich.

Schöneberg, Katharina; Riede, Hannah (2024): Öffentlicher Personennahverkehr: Trends in der städtischen Mobilität und das Engagement der Gewerkschaften. Bericht im Rahmen des Projekts „Stärkung der Kapazitäten von Arbeitnehmerorganisationen zur Bewältigung sozialer Herausforderungen im Landverkehr in Europa“ der ETF (Europäischen Transportarbeiter-Föderation).

Schwarze, Björn; Spiekermann, Klaus; Bauer, Uta; Lohaus, Jannik; Scheiner, Joachim (2024): Die Stadt der Viertelstunde. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.
<https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2025/bbsr-online-027-2025-dl.pdf?blob=publicationFile&v=3>

Science.orf.at (15.04.2025): Europa erwärmt sich am schnellsten.

<https://science.orf.at/stories/3229787/>

Science.orf.at (04.11.2025): Erde steuert auf 2,8 Grad Erwärmung zu.

<https://science.orf.at/stories/3232769/>

Science.apa.at (01.09.2022): Die Wärme aus der Therme – zur Abwärmenutzung von Thermalwasser.

<https://science.apa.at/reportage/die-waerme-aus-der-therme-zur-abwaermenutzung-von-thermalwasser/>

Seliger, Florian; Thelitz, Nikolai; Götz, Ida (2024): By the numbers: European cities are increasingly pushing back on Airbnb rentals. NZZ.

<https://www.nzz.ch/english/by-the-numbers-mapping-europes-top-airbnb-hot-spots-ld.1851646>

Sibille, Elisabeth; Simader, Günter; Dolna-Gruber, Christoph; Bosak, Alexander; Treitler, Lorenz (2025): Gebäudereport 2025. Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur.

Sitte, Christian (o.J.): Volkswirtschaft I. Grundbegriffe.

https://homepage.univie.ac.at/christian.sitte/PAkrems/zerbs/volkswirtschaft_1/haupttexte/gbg.html

Söör, Johan (2019): Das am stärksten deregulierte Eisenbahnnetz der Welt. In: Smedjan.

<https://timbro.se/smedjan/varldens-mest-avreglerade-jarnvag/>

Stadt Wien (o.J.): 2.5 Öffentlicher Raum.

<https://www.wien.gv.at/spezial/hitzeaktionsplan/es-wird-heisser-was-tut-wien/offentlicher-raum/#Sitzgelegenheiten-im--ffentlichen-Raum-im-Schatten->

Stadt Wien (o.J.): Budget 2026: Wohlstand sichern. Sozialen Zusammenhalt stärken.

<https://www.wien.gv.at/politik/budget-2026>

Stadt Wien (o.J.): Brunnen in Wien.

<https://www.wien.gv.at/umwelt/trinkbrunnen>

Stadt Wien (o.J.): Coole Zonen.

<https://www.wien.gv.at/umwelt/coole-zonen>

Stadt Wien (o.J.): Daseinsvorsorge-Einführung.

<https://www.wien.gv.at/politik/daseinsvorsorge-hintergrund>

Stadt Wien (o.J.): Gemeindebau-Mieten werden bis 2025 nicht erhöht.

<https://www.wien.gv.at/bauen-wohnen/keine-mieterhoehungen-gemeindebauten.html>

Stadt Wien (o.J.): Geschlechtssensible Verkehrsplanung.

<https://www.wien.gv.at/stadtplanung/geschlechtssensible-verkehrsplanung>

Stadt Wien (o.J.): Hochwasserschutz.

<https://www.wien.gv.at/umwelt/hochwasser>

Stadt Wien (o.J.): Mistplätze.

<https://www.wien.gv.at/umwelt/mistplaetze>

Stadt Wien (o.J.): Offensive Rohrnetzerneuerung.

<https://www.wien.gv.at/umwelt/wasserrohrnetz-erneuerung>

Stadt Wien (o.J.): Praterstern wird zur Oase.

<https://www.wien.gv.at/stadtplanung/praterstern-umgestaltung>

Stadt Wien (o.J.): Stopp den illegalen Abfallexport.

<https://www.wien.gv.at/umwelt/illegaler-abfallexport>

Stadt Wien (o.J.): Veröffentlichung gemäß der EU – Trinkwasser – Richtlinie.

<https://www.wien.gv.at/umwelt/eu-trinkwasserrichtlinie>

Stadt Wien (o.J.): Wiener Sportstätten-Entwicklungsplan „Sport.Wien.2030“.

<https://www.wien.gv.at/freizeit/sportstaettenentwicklungsplan>

Stadt Wien (o.J.): Zahlen und Fakten zum Wiener Radverkehrsnetz.

<https://www.wien.gv.at/verkehr/radverkehrsnetz-radwege-statistiken>

Stadt Wien (2021): Aktive Mobilität in Wien. Vertiefte Auswertung des Mobilitätsverhaltens der Wiener Bevölkerung für das zu Fuß gehen und das Rad fahren.

https://blog.stadtentwicklung.wien.gv.at/wp-content/uploads/sites/57/2021/03/Vert_Ausw_Aktiv_Mobili_Endb_21.01.2021.pdf

Stadt Wien (2022): Bericht Supergrätzl Favoriten.

<https://www.wien.gv.at/pdf/ma21/supergraetzl-favoriten-pilotphase-strassenraum4.pdf>

Stadt Wien (2022): Gesundheitsziele Wien 2025. Indikatorenmonitoring Update-Bericht. Wien. MA21b.

Stadt Wien (2022): Smart Klima City Strategie Wien.

Stadt Wien (2023): Beschäftigung - Statistiken.

<https://www.wien.gv.at/statistik/beschaeftigung>

Stadt Wien (2023): Wiener Linien schnüren 5-Punkte-Programm zur Stabilisierung der Intervalle und Bewältigung der angespannten Personalsituation.

<https://presse.wien.gv.at/2023/01/05/wiener-linien-schnueren-5-punkte-programm-zur-stabilisierung-der-intervalle-und-bewaeltigung-der-angespannten-personalsituation>

Stadt Wien (2024): Leistungsbericht 2024 der Wiener Stadtverwaltung.
<https://www.digital.wienbibliothek.at/urn/urn:nbn:at:AT-WBR-1332834>

Stadt Wien (2024): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2024. Wien in Zahlen.

Stadt Wien (2024a): Schutz vor Delogierung: Sozialarbeiter*innen sicherten 835 Wohnungen.
<https://presse.wien.gv.at/presse/2024/12/22/schutz-vor-delogierung-sozialarbeiter-innen-sicherten-835-wohnungen>

Stadt Wien (2024b): Vermieten von Wohnungen für touristische Zwecke.
<https://www.wien.gv.at/wirtschaft/standort/share-economy/privat-vermieten.html>

Stadt Wien (2024c): Gaál: Baurecht statt Flächenverkauf – Stadt Wien entwickelt mit Mehrwert & sichert Grund mit Weitblick ab.
<https://presse.wien.gv.at/presse/2024/12/05/gaal-baurecht-statt-flaechenverkauf-stadt-wien-entwickelt-mit-mehrwert-sichert-grund-mit-weitblick-ab>

Stadt Wien (2024d): „Wien baut vor“ begleitet Wiener Wohnbau-Offensive 2024+.
<https://presse.wien.gv.at/2024/10/17/wien-baut-vor-begleitet-wiener-wohnbau-offensive-2024>

Stadt Wien (2025): Automatisierte Wasserzähler – Ablesung.
<https://digitales.wien.gv.at/automatisierte-wasserzaehler-ablesung/>

Stadt Wien (2025): Energie in Zahlen 2025.
<https://www.wien.gv.at/pdf/ma20/energie-in-zahlen2025.pdf>

Stadt Wien (2025): Hausmüllgebühren -Tarifübersicht 2025.
<https://www.wien.gv.at/umwelt/hausmuellgebuehren-tarifuebersicht>

Stadt Wien (2025): Modal Split 2024: Weitere Zunahme bei Öffis und Radfahren, Zu-Fuß-Gehen nach wie vor auf Rekordniveau.
https://presse.wien.gv.at/presse/bilder/2025/03/16/mob_modal_split_2025_a1_05_fogra39_1-png

Stadt Wien (2025): PV-Förderantrag.
<https://www.wien.gv.at/amtswege/oekostromanlagen-photovoltaik-anlagen-foerderantrag>

Stadt Wien (2025): Wasserbezugs- und Wasserzählergebühr – Meldung.
<https://www.wien.gv.at/amtswege/wasserbezugs-wasserzaehlergebuehr-meldung#kosten-und-zahlung>

Stadt Wien (2025): Wien in Zahlen 2025.

Stadt Wien (2026): Wiener Sonnenstromoffensive.

<https://app.powerbi.com/view?r=eyJrljoiOWUxMTU1OGEtZjg4ZC00ZmExLTk2NDctZjk1MjlxMGUyYWVmliwidCI6ImMyNGQ4YWwLWE3YjAtNGU0MS1hZWY4LTQyMDMzMjY2N2MyNiIsImMiOiJ9>

Stadt Wien – Presse Service (2023): Erste Wiener Hochquellenleitung wurde mit dem „Hydro – Environment World Heritage Award“ ausgezeichnet.

<https://presse.wien.gv.at/presse/2023/08/25/erste-wiener-hochquellenleitung-wurde-mit-dem-hydro-environment-world-heritage-award-ausgezeichnet#:~:text=vom%2025.08.2023:-,Erste%20Wiener%20Hochquellenleitung%20wurde%20mit%20dem%20>

Stadt Wien – Presse Service (2025): Sicherheit und Vorsorge für unser Trinkwasser: Wien baut ein neues Wasserwerk auf der Donauinsel.

<https://presse.wien.gv.at/presse/2025/10/02/sicherheit-und-vorsorge-fuer-unser-trinkwasser-wien-baut-ein-neues-wasserwerk-auf-der-donauinsel#:~:text=Neue%20Maßnahmen:%20Erneuerung%20der%20Düker,innen%20garantiert“%2C%20betont%20Czernohorszky>

Statistik Austria (o.J.): Energiearmut.

<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/energiearmut>

Statistik Austria (o.J.): Energieeinsatz der Haushalte.

<https://www.statistik.at/statistiken/energie-und-umwelt/energie/energieeinsatz-der-haushalte>

Statistik Austria (o.J.): Verbraucherpreisindex.

<https://statcube.at/statistik.at>

Statistik Austria (2023): Wohnen 2023. Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik.

Statistik Austria (2023a): Zensus Gebäude- und Wohnungszählung 2021. Ergebnisse zu Gebäuden und Wohnungen aus der Registerzählung.

Statistik Austria (2024): Wohnen 2024. Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik.

Statistik Austria (2025): Bevölkerung zu Jahres-/Quartalsanfang.

<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/bevoelkerung-zu-jahres-/quartalsanfang>

Statistik Austria (2025): Modal Split.

<https://www.statistik.at/statistiken/tourismus-und-verkehr/gueterverkehr/modal-split>

Statistik Austria (2026): Jeder 8. Haushalt von Energiearmut betroffen.

<https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2026/03/20260320Energiearmut.pdf>

Statistik Austria (2026): Kurzbericht Konsumerhebung 2024/25. Hauptergebnisse.
https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Konsumerhebung_Kurzbericht_Teil1_bericht.pdf

Staudacher, Anita (2023): Personalnot: Buslenker und Zugführer auf Mangelberufsliste. In: Kurier.
<https://kurier.at/wirtschaft/personalnot-fachkraeftemangel-buslenker-und-zugfuehrer-auf-mangelberufsliste-2024/402684037#:~:text=Personalnot:%20Buslenker%20und%20Zugfuehrer%20auf%20Mangelberufsliste%20%7C%20Kurier>

Steiner, Guenther (2019): Die Sozialversicherung in Österreich von den Anfängen bis zum Ende der Monarchie.
<https://www.sozialversicherung.at/cdscontent/load?contentid=10008.713096&version=1556618668>

Stoifl, Barabara; Bernhardt, Antonia; Karigl, Brigitte; Lampert, Christoph; Neubauer, Milla; Thaler, Peter (2017): Kunststoffabfälle in Österreich. Aufkommen & Behandlung. Umweltbundesamt.

Stöger, Karl (2024): Was bedeutet ein Recht auf Gesundheit?
<https://rudolphina.univie.ac.at/rechtliche-grundlagen-in-oesterreichs-gesundheitssystem>

Süddeutsche Zeitung (2023): Frankreich: Der Kampf um knappes Wasser beginnt.
<https://www.sueddeutsche.de/wissen/klimakrise-frankreich-der-kampf-um-knappes-wasser-beginnt-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230926-99-334691>

SWM (2024): Baustart für die größte Geothermieranlage in Kontinentaleuropa.
<https://www.swm.de/unternehmen/magazin/energie/geothermie-michaelibad>

t-online (2025): Kilogramm in Ihrer Mülltonne: Das bedeuten 80 oder 120 Liter wirklich.
https://www.t-online.de/heim-garten/wohnen/id_100584670/muelltonnen-groessen-so-berechnen-sie-kilogramm-aus-litern.html

Tagesschau (2025): Wuchernde Grünalgen, bedrohte Austern.
<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/europamagazin-algenpest-bretagne-100.html>

Tammaru, Tiit; Marciczak, Szymon; van Ham, Maarten; Musterd, Sako (2016): Socio-Economic Segregation in European Capital Cities. East meets West. London/New York: Routledge.

taz (2026): So kann man ja nicht gesünder werden.
<https://taz.de/Energiearmut-in-Deutschland/!6151497/>

Technische Universität Wien (2021): Volks- und regionalwirtschaftliche Wirkungen des Investitionsprogramms der Wiener Stadtwerke 2021–2025.
<https://www.wienerstadtwerke.at/o/document/endbericht-volks-und-regionalwirtschaftliche-wirkungen-des-investitionsprogramms-der-wiener-stadtwerke>

Terzic, Laurentius (2017): Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen – was heißt das für die Beschäftigten?

<https://www.awblog.at/Arbeit/rekommunalisierung-oeffentlicher-dienstleistungen-was-heisst-d>

The Guardian (1997): A brief silence - and then fires broke out along the wrecked train: passengers had no warning of the crash.

<https://www.theguardian.com/uk/1997/sep/20/lukeharding.stuartmillar>

The Guardian (23.03.2022): UK households could face 2.4bn bill for energy firm collapses.

<https://www.theguardian.com/business/2022/mar/23/ofgem-fallout-energy-firm-collapses>

The Guardian (25.08.2022): Energy firms refusing to supply small UK businesses over bankruptcy fears.

<https://www.theguardian.com/business/2022/aug/25/big-energy-firms-refuse-to-supply-small-uk-businesses-bankruptcy-fears-contracts>

The Guardian (2023): Call to end forced installation of UK prepayment meters after millions suffer without power.

<https://www.theguardian.com/money/2023/jan/11/call-to-end-forced-installation-of-uk-prepayment-meters-after-millions-suffer-without-power>

The Guardian (2024): Only three water company prosecutions in England and Wales for unfit drinking supply.

<https://www.theguardian.com/environment/article/2024/jun/04/regulator-prosecutions-unsafe-drinking-water-england-wales>

The Guardian (2024): Water bills in England and Wales: how much more might you pay in your area?

<https://www.theguardian.com/money/2024/dec/19/water-bills-england-and-wales-how-much-rise-charge>

The Guardian (2024): Water firms in England and Wales lost more than 1tn litres from leaks last year.

<https://www.theguardian.com/business/article/2024/sep/08/water-firms-in-england-and-wales-lost-more-than-1tn-litres-from-leaks-last-year>

Thøgersen, John (2021): Consumer behavior and climate change: consumers need considerable assistance. In: Current Opinion in Behavioral Sciences. Vol. 2021. No. 42. 9-14.

Topham, Gwyn (2025): ‚New dawn‘: first train service renationalised under Labour begins. In: The Guardian. 25.05.2025.

<https://www.theguardian.com/business/2025/may/25/first-train-service-renationalised-under-starmer-begins-south-western-railway>

Tran, Mark; Left, Sarah; Pank, Philip (2002): Timeline: Railtrack. In: The Guardian.

<https://www.theguardian.com/world/2002/jun/27/transport.uk>

Transport for London (o.J.): What we do.

<https://tfl.gov.uk/corporate/about-tfl/what-we-do>

Transport for London (o.J. [a]) Sustainability.

<https://tfl.gov.uk/corporate/about-tfl/sustainability>

Transport for London (2021): At the heart of a greener London. Corporate Environment Plan 2021.

<https://content.tfl.gov.uk/tfl-corporate-environment-plan-29-october-2024-acc.pdf>

Transport for London (2023): Travel in London 2023. Consolidated estimates of travel and mode shares.

<https://content.tfl.gov.uk/travel-in-london-2023-consolidated-estimates-of-total-travel-and-mode-shares-acc.pdf>

Transport for London (2026): Bus and Tram Fares.

<https://tfl.gov.uk/fares/find-fares/bus-and-tram-fares>

Tranum, Sam (2024): Two big reports recommend Dublin City Council get back control of bin collection. In: Dublininquirer.

<https://www.dublininquirer.com/two-big-reports-recommend-dublin-city-council-get-back-control-of-bin-collection/>

Tröger, Nina (2023): Reparaturbonus – Potenzial für ein europäisches Erfolgsmodell? In: Wirtschaft&Umwelt. Zeitschrift für Umweltpolitik und Nachhaltigkeit.

<https://ak-umwelt.at/leben/?issue=2023-03>

Truger, Achim (2015): Implementing the Golden Rule for Public Investment in Europe. Safeguarding Public Investment and Supporting the Recovery; Kammer für Arbeiter und Angestellt für Wien.

Tsenkova, Saaha (2021): Resilience of Social Housing Systems in Vienna, Amsterdam, and Copenhagen. In: Cities and Affordable Housing.

TU Graz (2023): Satellite Data Shows Sustained Severe Drought in Europe.

<https://www.tugraz.at/en/news/article/satellitendaten-belegen-anhaltend-schwere-duerre-in-europe>

TU Wien (2023): Wasserkrisen durch Klimawandel: gefährlicher als bisher gedacht.

<https://www.tuwien.at/alle-news/news/wasserkrisen-durch-klimawandel-gefaehrlicher-als-bisher-gedacht>

Umweltbundesamt (2025): Klima/Wandel/Anpassung. Anhaltende Trockenperiode in ganz Europa und ihre Folgen.

<https://www.klimawandelanpassung.at/newsletter/nl59/trockenperiode-europa>

Umweltbundesamt (2025a): Klima/Wandel/Anpassung. Wasserversorgung in Rekordsommern.
<https://www.klimawandelanpassung.at/newsletter/nl38/kwa-wasserversrekordsomm>

Umweltbundesamt Deutschland (2023): Luftschadstoff-Emissionen in Deutschland.
<https://www.umweltbundesamt.de/daten/luft/luftschadstoff-emissionen-in-deutschland#entwicklung-der-luftschadstoffbelastung>

United Kingdom (1994): British Railway Act 1994.
<https://www.legislation.gov.uk/ukla/1994/4/enacted>

unsertrinkwasser.at (2025): EU – Kontext: Trinkwasserversorgung im großen Stil.
<https://unsertrinkwasser.at/trinkwasserversorgung-in-der-eu/>

Unwater.org (2025).
<https://www.unwater.org/water-facts/human-rights-water-and-sanitation>

Valentin, Louisa; Steinfort, Lavinia (2024): The living legacy of privatisation in the United Kingdom.
<https://www.tni.org/en/article/the-living-legacy-of-privatisation-in-the-united-kingdom>

VCÖ (2017): Immer mehr gefahrene Kilometer in Österreich.
<https://vcoe.at/grafiken/detail/energie-und-klimaschutz>

VCÖ (2021): Geringe Kosten für die Öffentliche Hand bei Linienbusbetrieb mit mehr Fahrgästen.
<https://vcoe.at/grafiken/detail/oeffentlicher-verkehr-und-sharing>

VCÖ (2022[a]): Fast die Hälfte der Haushalte mit niedrigem Einkommen hat kein Auto.
<https://vcoe.at/grafiken/detail/soziale-gerechtigkeit>

VCÖ (2022): Mehr Platz für gesunde Mobilität schaffen.
<https://vcoe.at/grafiken/detail/oeffentlicher-raum-und-raumordnung>

VCÖ (2024): Aktive Mobilität als Zubringer zum Öffentlichen Verkehr. VCÖ Factsheet.
[https://vcoe.at/files/vcoe/uploads/News/VCOe-Factsheets/2024/Aktive%20Mobilit%C3%A4t%20als%20Zubringer%20zum%20%C3%96ffentlichen%20Verkehr/VC%C3%96-Factsheet%202024-06%20Aktive%20Mobilit%C3%A4t%20als%20Zubringer%20zum%20%C3%96ffentlichen%20Verkehr.p
df](https://vcoe.at/files/vcoe/uploads/News/VCOe-Factsheets/2024/Aktive%20Mobilit%C3%A4t%20als%20Zubringer%20zum%20%C3%96ffentlichen%20Verkehr/VC%C3%96-Factsheet%202024-06%20Aktive%20Mobilit%C3%A4t%20als%20Zubringer%20zum%20%C3%96ffentlichen%20Verkehr.pdf)

VCÖ (2025[a]): Verkehr ist Österreichs Sektor mit dem größten Energieverbrauch. Presseaussendung.
https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/vcoe-verkehr-ist-oesterreichs-sektor-mit-dem-groessten-energieverbrauch?page_n168=32

VCÖ (2025[b]): Klimaticket als wichtigster Grund für die Verlagerung von Autofahren auf die Bahn.
<https://vcoe.at/grafiken/detail/oeffentlicher-verkehr-und-sharing>

VCÖ (2025[c]): VCÖ zu langfristigen Auswirkungen der Pandemie: Mehr Radverkehr, mehr Homeoffice.

<https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/vcoe-zu-langfristigen-auswirkungen-der-pandemie-mehr-radverkehr-mehr-homeoffice>

VCÖ (2025[d]): Die Verdreifachung des Pendlereuros wird dem eigenen Anspruch nicht gerecht.

<https://vcoe.at/blog/detail/die-verdreifachung-des-pendeleuros-wird-dem-eigenen-anspruch-nicht-gerecht>

Verdi.de (2024): Weder Private noch der Markt sollen Wasser kontrollieren.

https://ver-und-entsorgung.verdi.de/branchen/wasserwirtschaft_1/++co++459a2d44-b6e8-11ef-a6ed-11c01cb59038

Vereinte Nationen Generalversammlung (2010): 64/292 Das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung.

<https://docs.un.org/ot/A/RES/64/292>

Vienna.at (2024): Wien schafft neues Fachkräftezentrum gegen Personalmangel.

<https://www.vienna.at/wien-schafft-neues-fachkraeftezentrum-gegen-personalmangel/8498812>

Vienna Convention Bureau (2025): Vienna is a congress hotspot: 2024 meeting statistics set records across the board.

waff: Sozial- und Pflegeberufe.

<https://www.waff.at/jobs-ausbildung/jobs-mit-ausbildung/sozial-pflegeberufe/>

waff: Wien 2040 Klima- Musterstadt ohne Erdgas.

<https://www.waff.at/fachkraeftezentrum/blog/wien-2040klima-musterstadt-ohne-erdgas/>

waff (2024): Hanke bei Wiener Linien: „Jobs PLUS Ausbildung‘ bietet Perspektiven und sichert Fachkräfte“.

https://www.waff.at/p/jpa-fachkraefte-perspektive/?utm_source=chatgpt.com

Weghmann, Vera (2019): Der Gang an die Börse. Das Scheitern der Energieliberalisierung.

Weghmann, Vera (2023): Waste Management in Europe. European Public Service Union; Public Service International Research Unit.

Weghmann, Vera (2025): Emerging health and safety risks in the waste sector. European Public Service Union; Public Service International Research Unit.

Wegscheider- Pichler, Alexandra (2026): Energiearmut in Österreich 2026.

https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/klimadialog/Energiearmut_in_Oestreich_2026.pdf

WHO (2021): 2021 WHO health and climate change global survey report.

<https://iris.who.int/server/api/core/bitstreams/226cafda-e49b-43b0-aa9a-9bff486e6f12/content>

WHO (2024): Health at a Glance: Europe 2024. State of Health in the EU Cycle.

https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2024/11/health-at-a-glance-europe-2024_bb301b77/b3704e14-en.pdf

WHO (2025): A Global Health Strategy for 2025–2028.

<https://iris.who.int/server/api/core/bitstreams/46cc7cac-e35e-451b-808e-1f0e4ad5f68c/content>

WHO (2025): Medical doctors (per 10,000).

[https://www.who.int/data/gho/data/indicators/indicator-details/GHO/medical-doctors-\(per-10-000-population\)](https://www.who.int/data/gho/data/indicators/indicator-details/GHO/medical-doctors-(per-10-000-population))

Wien1x1(2022): Gebührenvalorisierung 2023 – Die Fakten.

<https://wien1x1.at/gebuehrenvalorisierung-2023/>

wien.orf.at (20.4.2026): Wiener Linien mit Rekord an Dauertickets.

<https://wien.orf.at/stories/3350820/>

Wien Energie: Geothermie.

<https://www.wienenergie.at/ueber-uns/unternehmen/energie-klimaschutz/energieerzeugung/geothermie/>

Wien Energie: Unternehmen.

<https://www.wienenergie.at/ueber-uns/unternehmen/>

Wien Energie (2023): Wie funktioniert der Energiemarkt?

<https://www.wienenergie.at/blog/wie-funktioniert-der-energiemarkt/>

Wien Energie (2025): Wien Energie verzichtet auf Energie- Abschaltungen bei Zahlungsproblemen.

<https://www.wienenergie.at/pressrelease/wien-energie-verzichtet-auf-energie-abschaltungen-bei-zahlungsproblemen/>

Wien Energie (2026): Nachhaltige Wärmeversorgung dank Manner-Schnitten: Umweltfreundliche Energie für 600 Haushalte.

<https://www.wienenergie.at/blog/suesse-waerme-ab-sofort-heizt-die-manner-schnitte/>

Wiener Linien (o.J.): Barrierefreiheit bei den Wiener Linien.

<https://www.wienerlinien.at/barrierefreiheit>

Wiener Linien (o.J.): Die Wiener Öffis in Zahlen.

<https://www.wienerlinien.at/die-wiener-oeffis-in-zahlen>

Wiener Linien (o.J.): WienMobil Rad: Das Bikesharing-Angebot der Wiener Linien.

<https://www.wienerlinien.at/wienmobil/rad>

Wiener Linien (o.J.): WienMobil Auto: Das Carsharing-Angebot der Wiener Linien.

<https://www.wienerlinien.at/wienmobil/auto>

Wiener Linien (2021): 78 Millionen Kilometer und 550.000 Tonnen CO2-Einsparung durch U-Bahn, Bim und Bus!

<https://presse.wien.gv.at/2022/01/03/78-millionen-kilometer-und-550-000-tonnen-co2-einsparung-durch-u-bahn-bim-und-bus>

Wiener Linien (2024): Betriebsangaben 2024.

https://www.wienerlinien.at/o/document/betriebsangaben_2024_deutsch_web

Wiener Linien (2026): Nachhaltigkeit & Klimaschutz.

<https://www.wienerlinien.at/wir-sind-nachhaltig>

Wiener Linien (2026 [a]): Tickets.

<https://www.wienerlinien.at/tickets>

Wiener Linien (2026 [b]): Investition in die Zukunft: Wiener Linien eröffnen modernen Lehrlingscampus in Simmering.

<https://www.wienerlinien.at/news/wiener-linien-eroeffnen-modernen-lehrlingscampus-in-simmering>

Wiener Netze: Die Lebensadern ihrer Stadt.

<https://zukunft.wienernetze.at/>

Wiener Stadtwerke: Das Emissionshandelssystem der EU.

<https://positionen.wienerstadtwerke.at/wissenshub/einfach-erklart/das-emissionshandelssystem-der-eu>

Wiener Stadtwerke: Generalsanierung der Müllverbrennungsanlage Spittelau.

<https://www.wienerstadtwerke.at/generalsanierung-der-müllverbrennungsanlage-spittelau#:~:text=Energie%20für%20zehntausende%20Haushalte,Wärme%20und%20Warmwasser%20zu%20versorgen>

Wiener Stadtwerke: Sprechen wir über Raus aus Gas.

<https://positionen.wienerstadtwerke.at/positionen/energie/raus-aus-gas>

Wiener Stadtwerke (2025): 9,4 Mrd. Euro Investitionen der Wiener Stadtwerke.

<https://positionen.wienerstadtwerke.at/wissenshub/grafiken/investitionen-wiener-stadtwerke>

Wiener Stadtwerke (2025): Fortschritt, der bleibt: Wiener Linien setzen starke Impulse für Wirtschaft, Klimaschutz und Lebensqualität.

<https://positionen.wienerstadtwerke.at/aktuelles/baustellen-investitionen-wienerlinien>

Wiener Stadtwerke (2025): Lehrlingstag: Wiener Stadtwerke begrüßen 235 neue Lehrlinge.

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20250909_OTS0074/lehrlingstag-wiener-stadtwerke-begrueessen-235-neue-lehrlinge-zukunft-in-21-berufen

Wiener Wasser 2050.

<https://www.wien.gv.at/umwelt/wasser-strategie-2050>

Wiener Wassercharta.

<https://www.wien.gv.at/umwelt/wiener-wassercharta>

Wiener Wohnen (o.J.): Gemeindewohnungen NEU.

<https://www.wienerwohnen.at/etwas-mieten/wohnung-mieten/gemeindewohnungen-NEU.html>

Wiener Wohnen (o.J.): Geschichte des Wiener Gemeindebaus.

<https://www.wienerwohnen.at/wiener-gemeindebau/geschichte.html>

Wiener Wohnen (o.J.): Unsere Mitarbeiter*innen.

<https://www.wienerwohnen.at/ueber-uns/mitarbeiter.html>

Wiener Zeitung (2024): Wer soll für sauberes Wasser Zahlen.

<https://www.wienerzeitung.at/a/wer-soll-fuer-sauberes-wasser-zahlen>

Wiener Zeitung (04.09.2025): Jahreskarte Wiener Linien: Preiserhöhung längst überfällig?

<https://www.wienerzeitung.at/a/fahrkarten>

WieNGS (2025): 2022 – 2027 Stufenmodell & Gütesiegel.

https://www.wiengs.at/fileadmin/user_upload/Wings/Formulare_neu/WieNGS_Stufenbrochuere.pdf

WIFO (14.10.2024): Hochwasser verursachte 1,3 Mrd. € Schaden.

<https://www.wifo.ac.at/news/hochwasser-verursachte-13-mrd-e-schaden/>

WIGEV (o.J.): Studieren und verdienen. Anstellung während des Studiums? Das ist ab sofort beim Wiener Gesundheitsverbund möglich.

<https://ausbildung.gesundheitsverbund.at/studieren-und-verdienen/>

Williams, Trefor (2010): Analysis of the London Underground PPP Failure.

https://www.academia.edu/2755359/Analysis_of_the_London_Underground_PPP_Failure

WISE Freshwater: Country profiles on urban waste water treatment – Austria.

<https://water.europa.eu/freshwater/countries/uwwt>

Wissenschaftlicher Dienste. Deutscher Bundestag (2024): Die Hilfe zur Pflege gemäß §§ 61 ff. SGB XII.

<https://www.bundestag.de/resource/blob/1031424/WD-6-065-24-pdf.pdf>

WKO (2012-2026): Kraftstoff- und Heizölpreise.

<https://www.wko.at/oe/industrie/energierohstoff-kraftstoff/kraftstoff-und-heizoelpreise>

WKO (2023): Gesundheitswesen. Gesundheitsausgaben, ärztliche Versorgung und Bettendichte 2023.

<https://www.wko.at/statistik/eu/europa-gesundheitswesen.pdf>

WKO (2024): Unselbstständig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereich 2024.

<https://www.wko.at/statistik/jahrbuch/am-beschaeftigte-wb.pdf>

WKO (2025): Die Österreichische Transportwirtschaft. Daten und Fakten.

WKO (2026): Bevölkerungsentwicklung.

<https://www.wko.at/statistik/eu/europa-bevoelkerungsentwicklung.pdf>

Wohnberatung Wien: Gaál: Sonnenstrom im Gemeindebau.

<https://wohnberatung-wien.at/news/detail/gaal-sonnenstrom-im-gemeindebau>

Wohnberatung Wien (2021): Alle Informationen über den sozialen Wohnbau.

https://wohnberatung-wien.at/fileadmin/user_upload/wbw_broschuere2021_fin_September_2021.pdf?utm_source=chatgpt.com

Wohnfonds Wien (2024): Beurteilung. 4-Säulen Modell.

https://www.wohnfonds.wien.at/media/Website%20PDF-INFO%20Downloads/Neubau/2024_4_saeulen_modell.pdf